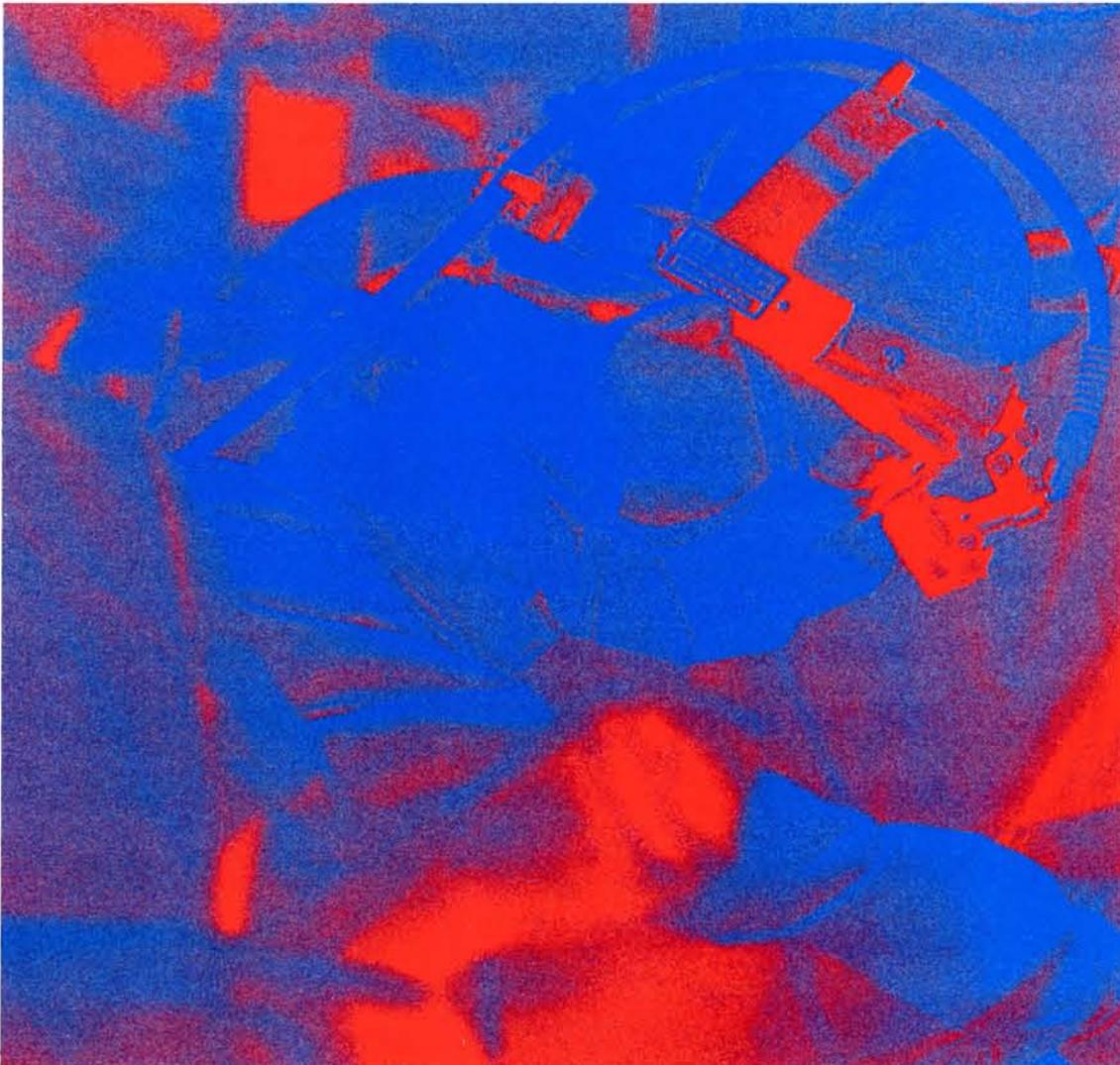


GESUNDE REFORMEN?



Michaela Evans/
Josef Hilbert
Zukunftsbranche
Lebensqualität

Jürgen Wasem vs.
Rolf Rosenbrock
Die Reformvorschläge
der Friedrich-Ebert-
Stiftung

Christoph Then
Patente auf
menschliche Gene

Heinz Lohmann
Umbruch im
Krankenhaus

Im Forum DL21 u. a.:
Jahrestagung 2002
mit den Reden von
Egon Bahr und
Dieter S. Lutz

von Thomas Westphal

Das Wahlkampfjahr geht in die nächste Runde. Die erste Runde lief unter dem Motto „Wir präsentieren den Kandidaten“. In dieser Runde war für die Opposition nicht mehr als nur ein knapper Punktsieg drin. Edmund Stoiber konnte seinen ersten Vorsprung in den Umfragen nicht halten. Durch eigene Fehler (vor allem das „Äh, nein, Äh – Interview“ bei Frau Christiansen) und einige strukturellen Ungereimtheiten in seinen Positionen (strenge Sparpolitik bei gleichzeitiger Neuverschuldung) wurde der Kandidat aus Bayern in Hochgeschwindigkeit zum Scheinriesen, je näher der Betrachter hinsah, desto kleiner wurde das Format des bayerischen Ministerpräsidenten.

In Runde zwei haben alle Parteien ihre Wahlprogramme verabschiedet und medienträchtig präsentiert. Diese Runde geht, mehr als eindeutig, an die FDP und an ihren neuen Kanzlerkandidaten Guido Westerwelle. Haben wir es bei Westerwelle mit dem zweiten Scheinriesen dieses Wahlkampfes zu tun? Kann sich der Kanzler und die Kampa zurücklehnen, weil die nervtötende Politshow, die permanente Übertreibung, die Würzung jeder politischen Aussage mit einem Gag, bei der ersten Substanzprobe in sich zusammenbricht? Oder handelt es sich beim Aufstieg der FDP um den Anfang eines säkularen Prozesses, der in Europa den „Ich- und – Jetzt-Populismus“ weiter beflügelt und ähnlich wie in den Niederlanden das etablierte System aus Parteien und Milieu zersetzt?

Das aufgeklärte Bürgertum hält die Sache für entschieden. Die FDP ist laut Süddeutsche Zeitung „die größte Werbeagentur Deutschlands und zugleich die einzige, die zu Bundes- und Landtagswahlen antritt.“ Ähnlich hämisch waren die Reaktionen der anderen überregionalen Tageszeitungen auf die Inthronisierung Westerwelles zum Kanzlerkandidaten. Es erscheint reichlich naiv oder ignorant anzunehmen, das Gespenst verschwinde wie es gekommen war; in heißer Luft. Auch wenn es uns überhaupt nicht gefällt, derzeit wird die FDP als die einzige Opposition zu den sozialkonservativen Volksparteien wahrgenommen.

Westerwelle hat jedoch längst gezeigt, dass ihn derartige Schmähungen nicht anfechten. Wenn er immer wieder zu Protokoll gibt, dass er die FDP neu aufgestellt hat, dann hat er dabei nicht so sehr die Steuerpolitik, die Mittelstands- und Sozialpolitik oder die Außenpolitik im Sinn. Er redet in diesen Momenten überhaupt nicht in programmatischen Kategorien, sondern in Klassenkategorien.

Die traditionelle FDP bestand aus einem recht komplizierten Mischungsverhältnis aus strengem Ordoliberalismus, libertärem Staatsverständnis und distinguiertem Gesellschaftsverständnis. Das Wählerklientel setzte sich vielfach aus Freiberuflern, ständischen Handwerkern und Studenten, Beamten aus dem höheren Staatsdienst und dem Restadel zusammen. Wenn Westerwelle sagt, er hat die FDP neu aufgestellt, dann will er das neue Mischungsverhältnis im Selbstverständnis der Partei und die neuen Zielgruppen hervorheben. Er hat es geschafft, das distinguierte Gesellschaftsverständnis zur dominanten Strömung auszubauen und damit junge Wähler aus fast allen Schichten anzusprechen.

Kurzum: Das eigentliche Programm von Westerwelle und der FDP steht in keiner offiziellen Parteibroschüre. Es lautet einfach: „Du darfst was Besseres sein – und das gilt für alle“. Das Ergebnis: Die Kinder der 68er, denen es auf den feinen Unterschied ankommt, wählen FDP.

So wie die Dinge liegen, erscheint mir die Hoffnung vieler, dass der Höhenflug der FDP ein vorübergehendes mediales Ereignis ist, leicht unbegründet. Westerwelle ist ein hervorragender Interpret eines Populismus, der weitgehend ohne rassistische Töne auskommt, stattdessen die Identitätsposition vieler junger Erwachsener geschickt aufgreift und sich vom Einheitsbrei der Volksparteivertreter absetzt.

Bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt hat die FDP der Schill-Partei die Rolle als Protestwählerpartei bereits erfolgreich streitig gemacht. In der Altersklasse der 18-25 Jährigen kann die FDP bereits seit der Landtagswahl in NRW einen stetigen Wählerzulauf verzeichnen. In der selben Zeit konnte sie als einzige etablierte Partei eine Steigerung der Mitgliederzahl erreichen.

Kulturhistorisch lassen sich viele Beispiele dafür finden, dass die übersteigerte Suche nach dem privatem Glück, das Streben nach besonderen persönlichen Erlebnissen, die Suche nach dem kulturellem, körperlichen, sexuellen Kick, die Unfähigkeit das einfache Leben zu genießen, also dem Wunsch etwas Besonderes, etwas Besseres zu sein, besonders ausgeprägt vorzufinden ist in sich wandelnden, verunsicherten Gesellschaften. Phänomene wie der Container-Event bei Big Brother sind keineswegs Erfindungen unserer Zeit. In anderen Formen und Ausprägungen gibt es dafür viele kulturelle Vorbilder. Sebastian Hafner hat dieses Phänomen in seinem Buch „Geschichte eines Deutschen“ in eindringlicher Weise für die Endphase der Weimarer Republik geschildert. Distinktion, der Wunsch zur Abgrenzung wächst in breiten Schichten der Bevölkerung weit über die sozial besser gestellten Schichten in dem selben Maße heran, wie die Richtung der Lebensführung, der Zukunftspläne und Aussichten durch unklare gesellschaftliche und wirtschaftliche Verhältnisse immer unsicherer werden. In gesellschaftlichen Depressionsphasen sind die Menschen viel öfter auf sich selbst und ihre wankende Identität zurückgeworfen, als viele Revolutionstheoretiker es wahrhaben wollten und wollen.

Kurzum: Wir sollten uns abgewöhnen Populismus immer mit Rassismus zu übersetzen. Populismus ist die Mobilisierung gesellschaftlicher Alltagsweisheiten für politische Machtziele. Sie werden im Gegensatzpaar zum gesellschaftlichen Grundkonsens konstruiert und erlangen daraus ihre Radikalität. In diesem Sinne ist Westerwelle geistig verwandter mit Roland Schill und Pim Fortuyn als mit Hans Dietrich Genscher und Otto Graf Lambsdorff.

Westerwelle zum Politclown zu erklären ist zwar faktisch richtig, aber nicht weiter hilfreich. Es ist nichts mehr als eine Beruhigung nach Innen, eine Solidaritätserklärung an die Etablierten, aber kein Signal für den Kampf um die geistige Hegemonie in der weiteren Wahlkampfauseinandersetzung.

Herausgeber/Herausgeberinnen:

Edelgard Bulmahn (Hannover)
 Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
 Klaus Dörre (Recklinghausen)
 Katrin Fuchs (Verl)
 Christel Riemann-Hanewinkel (Halle/S.)
 Michael R. Krätke (Amsterdam)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Benjamin Mikfeld (Bochum)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Andrea Nahles (Weiler)
 Horst Peter (Kassel)
 René Rösper (Hagen)
 Thomas Sauer (Mölin)
 Sigrd Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)
 Thomas Westphal (Dortmund)
 Ulrich Zachert (Apensen)

Redaktion:

Thorben Albrecht
 Uta Biermann
 Björn Böhning
 Stefanie Gerszewski
 Oliver Kaczmarek
 Anja Kruke
 Dirk Meyer
 Lars Neumann
 Svea Reiners
 Reinhold Rünker
 Frank Schauf
 Frank Wilhelmy

Redaktionsmanagement:

Reinhold Rünker, logo office Leichlingen

Redaktions- und Verlagsadressen:

spw-Verlag/Redaktion GmbH
 Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
 Telefon (Verlag) 02 31 - 40 24 10
 Telefon (Redaktion) 02 31 - 40 14 11
 Telefax 02 31 - 40 24 16
 verlag@spw.de, redaktion@spw.de
 www.spw.de

Geschäftsführung:

Olaf Schade
 Alfred Voges

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 6 Hefen im Jahr.

Jahresabonnement Euro 34,-
 (bei Bankeinzug Euro 32,-)

Auslandsabonnement Euro 37,-

Abbestellungen mit einer Frist

von drei Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und

Zuschriften. Wenn möglich, sollen

Manuskripte per E-mail oder auf einer

MS-DOS/Windows-formatierten Diskette

mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2002.

Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto:

Christian Kiel, Berlin

Satz und Gestaltung:

Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:

Nolte-Druck, Iserlohn
 1.-2. Tausend, Mai 2002

Kurzum 2

FORUM DL21

Martin Kreams
 Ende eines Modells – Sachsen-Anhalt hat gewählt 4

Andrea Nahles
 Berliner Weckruf! 5

Andrea Nahles
 Forum Demokratische Linke 2002 – Außenpolitische Tagung vom 22./23 März in Berlin .. 6

Rede von Dr. Egon Bahr auf der DL21-Jahrestagung
 Deutschland, der Kosovo-Krieg und die Linke 7

Rede von Prof. Dieter S. Lutz auf der DL21-Jahrestagung
 Der Krieg folgt eigenen Gesetzen 9

René Rösper
 Neues vom Spagat – Stammzellforschung in Deutschland künftig möglich 10

GESUNDE REFORMEN?

Björn Böhning, Horst Peter, Felix Welt
 Gesunde Reformen? Einleitung zum Heftschwerpunkt 12

Michaela Evans/Josef Hilbert
 Zukunftsbranche Lebensqualität: Ökonomische und soziale Herausforderungen 13

Holger Paetow
 Ökonomisierung der Gesundheit – Über die Rolle der Gesundheitsökonomie 17

Jürgen Wasem
 Eckpunkte einer neuen Gesundheitspolitik 22

Rolf Rosenbrock
 Das GKV-System – mehr Effizienz durch noch mehr Wettbewerb? 24

Christoph Then
 Industriepolitik der besonderen Art: Patente auf menschliche Gene 27

Heinz Lohmann
 Umbruch im Krankenhaus 30

Karl Lauterbach
 Die neuen Disease Management Programme der GKV 32

INTERNATIONALE POLITIK

Wolfgang Weinz
 Gewerkschaften in Mitteleuropa und der EU Beitritt 35

Meike Scholz
 Zimbabwe nach „den Wahlen“ 36

THEORIE & STRATEGIE

Diether Dehm
 Marx und Demokratie 39

Niels Annen
 Der Generationenaufbau in der SPD 41

Björn Böhning, Tobias Gombert
 Recht auf Zukunftschancen umsetzen 42

Ole Erdmann und Matthias Körner
 „we will grow!“ – Über die Arbeit von scudag 44

Matthias Brodtkorb
 Vive la gauche? – Über die Rekonstruktion der sozialdemokratischen Linken 46

Björn Wiele
 Das neue Dogma – Replik auf Matthias Machnig: Politische Kommunikation 2002 50

Astrid Ziegler
 Einkommensdifferenzen von Frauen und Männern aus der Arbeitsmarktperspektive 53

Wolfgang Schmidt
 ATTAC ist ATTAC 56

Rez.: Analysen zur Politik der USA und zum 11. September (Lennart Laberenz) 59

Ende eines Modells

Sachsen-Anhalt hat gewählt

Von Martin Kreams

Die sachsen-anhaltische SPD hat den tiefsten Einschnitt seit ihrer Wiederbe-gründung 1989/90 erlebt. Bei der Landtagswahl am 21. April stürzte die Partei von 35,9 auf 20,0 Prozent der Wählerstimmen ab und wurde nur noch drittstärkste Partei. Von 537.000 Wählerinnen und Wählern im Jahr 1998 blieben der SPD jetzt gerade mal noch 232.000, von 47 Direktmandaten konnte nur eins gehalten werden. Die größten Verluste gingen in Richtung Nichtwähler. Bei den unter 25-Jährigen und bei den unter 35-Jährigen kam die SPD mit Anteilen von 14 und 12 Prozent jeweils auf den vierten Platz.

Der klare Sieg von CDU und FDP mit zusammen 50,6 Prozent der Stimmen war in dieser Höhe von niemandem erwartet worden. Selbst angesichts einer sich stetig verschlechternden Stimmung vor der Wahl wurde allgemein damit gerechnet, dass es ohne die Schill-Partei keine bürgerliche Mehrheit geben könne. Schill scheiterte jedoch mit 4,5 Prozent – vor allem deswegen, weil sein Landesvorsitzender Ulrich Marseille unter dem Verdacht stand, die Regierungsmacht nur zum Zweck der nachträglichen Subventionierung seiner Seniorenwohnheime anzustreben.

Aus der Konkursmasse der DVU, die vor vier Jahren 12,9 Prozent erzielte und damit für bundesweites Aufsehen sorgte, blieb einzig ihre Abspaltung FDVP (Freiheitliche Deutsche Volkspartei) übrig. Trotz einer erneuten Materialschlacht erreichte sie nur 0,8 Prozent. Protest äußerte sich diesmal schwerpunktmäßig in Wahlenthaltung – die Wahlbeteiligung stürzte von 71,5 auf 56,5 Prozent ab – und konnte zudem von den bürgerlichen Parteien integriert werden, die anders als 1998 keine Regierungsverantwortung im Bund trugen.

Eine erste Auswertung des Wahlkampfes, der Medienberichterstattung und der deskriptischen Analysen lässt mehrere Ursachen für die SPD-Niederlage erkennen: § Im Zentrum des Angriffs auf die Landesregierung, sowohl in der Wahlkampagne von CDU und FDP als auch in der kampagnenartigen Berichterstattung der beiden

Monopolzeitungen (Mitteldeutsche Zeitung und Volksstimme), stand die ökonomische Lage Sachsen-Anhalts im Vergleich der ostdeutschen Länder. Obgleich alle Länder – bei unterschiedlicher Reihung der verschiedenen Indikatoren – nahezu gleichauf liegen und Sachsen-Anhalt in mehreren Kategorien Spitzenplätze einnimmt, ist es mit dieser abgestimmten Kampagne gelungen, das Land generell zum Träger der „roten Laterne“ abzustempeln, monatlich symbolhaft belegt durch die höchste Arbeitslosenrate. (Dass auch diese seit Monaten im Vorjahresvergleich rückläufig ist, spielte weiter keine Rolle.)

CDU und FDP ist es im Ergebnis gelungen, mit der Penetration des „Rote-Laterne“-Bildes einerseits die schwach ausgeprägte Landesidentität und das Selbstwertgefühl der Sachsen-Anhalter weiter herunterzudrücken, andererseits ihren Selbstbehauptungswillen für sich zu nutzen („Kopf hoch, Sachsen-Anhalt“). Die SPD konterte mit einer demonstrativen Betonung der erzielten Erfolge („Unser Land hat die beste Kinderbetreuung.“, „Unser Land liegt bei Investitionen vorn.“ usw.). Diese Kampagne war alternativlos, blieb jedoch in der Luft hängen und wurde als realitätsfremde Rechtfertigungslinie interpretiert, weil sie an keinerlei medial vermittelte Erfahrungen der Wählerinnen und Wähler anknüpfte. Dabei rächte es sich, dass die Landesregierung sich nie zu einer Imagekampagne für Sachsen-Anhalt hatte durchringen können, die verbindend wirken und über den administrativen Alltag hinaus ein Leitbild für ein lebenswertes Land hätte prägen können.

• Die Unzufriedenheit mit der SPD-Landesregierung angesichts ausbleibender kurzfristiger wirtschaftlicher Erfolge korrespondiert – in ganz Ostdeutschland – mit einer Enttäuschung über geringe Erfolge der SPD-geführten Bundesregierung, insbesondere ebenfalls bei den Arbeitslosenzahlen. Dieser Aspekt eines ansonsten landespolitisch geprägten Wahlergebnisses wirft auch ein Problem für die Bundestagswahl auf.

• Die Popularität von Reinhard Höppner hat seit Sommer 2001 dramatisch abgenom-

men. Facetten seiner Persönlichkeit, die noch vor vier Jahren zu seiner Beliebtheit beitrugen und als Ausweis von „Authentizität“ galten – kein „typischer“ Politiker, kein Machtmensch, unangepasst an die Mediengesellschaft und an den westdeutsch geprägten Politikbetrieb – wurden jetzt als Beleg für Unfähigkeit herangezogen. Die durchaus widersprüchliche Bewertung der gewünschten Eigenschaften eines Politikers setzt sich dabei auch in der neuen politischen Konstellation fort: Der künftige Ministerpräsident Wolfgang Böhmer verkörpert ebenfalls einen bescheidenen, „demütigen“ Politikertyp, während die FDP-Landeschefin Cornelia Pieper vor Selbstüberschätzung schier platzt.

• Die Wahlanalysen bieten keinen Beleg dafür, dass das Wahlergebnis eine Grundsatzzusammenarbeit gegen eine Zusammenarbeit von SPD und PDS war. Als hinderlich, und zwar über die gesamte Legislaturperiode hinweg, hat sich aber die Form der Zusammenarbeit erwiesen. Die Entscheidung für eine Fortführung des Tolerierungsmodells auch ohne Grüne 1998 war insbesondere der bevorstehenden Bundestagswahl geschuldet. Danach, insbesondere aber nach der Regierungsbildung in Mecklenburg-Vorpommern, gab es für eine halbherzige, verschämte Zusammenarbeit keinen Grund mehr. Es hat der SPD innerparteilich geschadet, dass eine Richtungsentscheidung für die eine oder für die andere mögliche Koalition vermieden wurde, denn es entstand ein Klima, in dem sich die Anhänger beider Varianten vier Jahre lang gegenseitig belauerten und verdächtigten. Die Tolerierungszusammenarbeit wurde deshalb auch nicht offensiv politisch begründet und vertreten, sie war intransparent organisiert und hangelte sich von einem technokratischen Kompromiss zum nächsten.

So groß die Bedeutung der Wirtschaftspolitik im Wahlkampf war, so gering wird sie für die kommende Regierung sein. Sie wird sich mangels strategischer Optionen weiter auf Standortmarketing und Ansiedlungspolitik beschränken. Akzente, das lassen die Koalitionsgespräche ahnen, werden CDU und FDP vor allem auf anderen Feldern setzen: In der Schulpolitik sollen fortschrittliche Modelle wie die Grundschule mit festen Öffnungszeiten – eben vom Bundesverfassungsgericht bestätigt – abgeschafft werden. Die Kinderbetreuung, flächendeckend die beste in Deutschland, ist in dieser Form bedroht, ebenso wie die im Osten überlebenswichtigen ABM. In der Verkehrspolitik sind drastische Einschnitte ins regionale Schienennetz und eine Kanalisierung der unteren Saale zu erwarten.

Das Personal der künftigen Regierung wird in seiner großen Mehrheit aus den drei gescheiterten Kabinetten der Jahre 1990 bis 1994 rekrutiert. Schlimmes lässt die Tatsa-

Martin Kreams ist Historiker, lebt in Walbeck und war seit 1996 Pressesprecher im Bau- und Verkehrsministerium in Magdeburg. Er ist Vorsitzender der SPD-Ortsvereins Weferlingen und Mitglied des Gründungsvorstands der DL 21 Sachsen-Anhalt

che befürchten, dass die FDP mit Wirtschaft/Arbeit, Finanzen und Gesundheit/Soziales außer Bau/Verkehr alle ökonomischen Machtministerien erhält.

Die SPD hat die erste Etappe eines Neubeginns abgeschlossen. Der bisherige Innenminister Manfred Püchel hat den Fraktions- und Parteivorsitz übernommen. Er hat damit die schwierige Aufgabe, als bisheriger Flügelmann der „Neuen Mitte“, der stets gegen eine Koalition mit der PDS eintrat, jetzt die Einigung der zerstrittenen Partei zu versuchen und von der Fixierung auf die Koa-

litionsfrage abzubringen. Ein Sonderpartei-tag hat ihn darin unterstützt und Versuche des Nachtretens gegen die bisherigen Führungspersonlichkeiten Reinhard Höppner und Rüdiger Fikentscher deutlich abgewiesen, die zum Mandatsverzicht im Landtag aufgefordert werden sollten. Der neue Landesvorstand ist, bei einer deutlichen Akzentverschiebung, weiterhin plural zusammengesetzt.

Die bislang ohne besonderen Grund in zwei getrennten Gesprächskreisen organisierte Linke will sich im Juni neu formieren

und als Landesverband der Demokratischen Linken 21 zusammenschließen. Sie vor allem hat jetzt die Aufgabe, ihren eigenen inhaltlichen Anspruch einzulösen. Jahrelang hat sie die Tolerierungszusammenarbeit mit der PDS verteidigt und dabei Formelkompromisse gewahrt, ohne die Diskussion über die Zukunftsperspektiven des Landes und der Sozialdemokratie zu führen. Wenn sie in der SPD Sachsen-Anhalt weiterhin eine starke Rolle einnehmen will, kann sie das nur Kraft ihrer Argumente tun.

Forum DL21

Berliner Weckruf!

Von Andrea Nahles

Die SPD-Parteiführung hat geschaltet. Mehr Lust zur Auseinandersetzung und das mit den richtigen Schwerpunkten demonstrierten Franz Müntefering und Gerhard Schröder auf einer Konferenz aller Bundestagsabgeordneten. Eine Polarisierung in der Sache gegenüber FDP und CDU/CSU ist auch die einzige Chance. Seit Wochen verschlechtern sich die SPD-Werte in den Sonntagsfragen. Der Parteibasis sind die Füße eingeschlafen, weil sie im Kopf nicht mehr klar haben, wo es hingehen soll. Ein plattes ICH oder ER ist da fehl am Platz. In dieser Woche wurde ein moderater Strategiewechsel eingeleitet. Und das wurde auch Zeit: Wer Stoiber wählt, wählt Abbau der Arbeitnehmerrechte. Wer Stoiber wählt, wählt Studiengebühren. Wer Stoiber wählt, wählt Medverschuldung..... Es gibt also doch einen Richtungswahlkampf. Den hatten wir als Parteilinke seit Wochen im Parteivorstand und der Antragskommission eingefordert. Dazu zählen: Die Einordnung der Bundestagswahl am 22.9.2002 in einen gesamt-europäischen Kontext, d.h. die Verhinderung eines weiteren Rechtsrucks im Zentrum Europas – was Schröder betont. Die Alternativen in der Frauen- und Familienpolitik: Kopfgeld für's „Zuhause bleiben“ oder Ganztagsbetreuung zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie – was immerhin mit 4 Mrd. Euro im Wahlprogramm unterfüttert wurde. Die klare Aussage, dass kein Schulabgänger in Zukunft

ohne Ausbildung und Arbeit bleiben soll, was die Jusos mit uns im Parteivorstand durchgesetzt haben und was von Müntefering aktiv unterstützt wird.

Die FDP-Kanzlerkandidatur muss im Hinblick auf die Jungwähler ernst genommen werden. Sie verschafft aber auch neue Möglichkeiten: So kann sich Schröder zwischen Prinz Karneval aus Bonn und Mister Humorlos aus Bayern als professioneller Medienpolitiker mit programmstarker SPD positionieren. Eine massive Auseinandersetzung mit der FDP als neoliberaler Rotarier-Club für Besserverdienende verschafft uns vielleicht die Profilierung und Mobilisierung, die wir nötig haben.

Hauptkritik der Linken bleibt jedoch: Während im Koalitionsvertrag 1998 die Politik für Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit oberste Priorität genießt, nimmt in der Politik der Bundesregierung die Haushaltskonsolidierung immer noch eine dominante Stellung ein.

Dies Kritik findet sich auch in der Befragung wieder, die zum Jahreswechsel in der SPD-Mitgliederzeitung „Vorwärts“ durchgeführt worden war. Nach den Zielen Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, mehr Ausbildungsplätze, langfristige Sicherung der Altersversorgung, Reformen für ein leistungsfähiges Gesundheitswesen und verstärkte Förderung von Bildung und Forschung wird das Ziel der Haushaltskonsolidierung erst an 6. Stelle der sehr wichtigen Ziele der Regierungsarbeit genannt.

Die Politik der Parteispitze ignoriert dies aber und so bringt ein Satz im Wahlprogramm die Kluft zwischen Parteispitze und den Erwartungen der Basis auf den Punkt: „Wir haben ... die Politik der Haushaltskonsolidierung zu unserem Markenzeichen gemacht“.

Ob Bildung und Qualifikation, Stärkung der Infrastruktur in Ostdeutschland oder Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe, alles wird unter finanz- und haushaltspolitischen Gesichtspunkten diskutiert und vom erhobenen oder gesenkten Daumen von Hans Eichel abhängig gemacht. Mittlerweile muss Stoiber herhalten, um das zu rechtfertigen. Weil der nur vage bleibt, wenn es um den Nachweis der Finanzierung seiner vollmundigen Versprechungen geht, müssen wir konkret bleiben. Das ist zwar kurz gesprungen richtig, die Gesamtanlage bleibt Selbstlähmung. Illusionen macht man sich besser auch nicht über die Auseinandersetzungen, die nach dem 22. 9. In der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik auf uns warten: Es ist der Parteilinken bei den Diskussionen im Parteivorstand zwar gelungen, ausdrücklich ein Absenken der Arbeitslosenhilfe auf das Niveau der Sozialhilfe auszuschließen. Diese und einige Verbesserungen bei den Formulierungen zur Energie-, zur Gesundheits- oder Familienpolitik führten dann auch dazu, dass die Linke dem Wahlprogramm im Parteivorstand zugestimmt hat. Mut fehlte jedoch auch einmal scheinbar unpopuläre, weil in den Medien negativ diskutierte, Maßnahmen aufzunehmen, wie z.B. die Einführung der Vermögenssteuer zur Finanzierung von notwendiger Maßnahmen in der Bildungspolitik. Die Konflikte darum und um andere Fragen gehen nach dem 22.9. weiter. Innerhalb einer SPD-geführten Regierung haben wir Parteilinke die Chance, unsere Vorstellungen mehrheitsfähig zu machen. Dafür lohnt es zu streiten. Stoiber bleibt in Bayern, Gerhard Schröder bleibt Bundeskanzler und wir bleiben wach.

Forum DL21

Forum Demokratische Linke 2002

Bericht über die Mitgliederversammlung und die Außenpolitische Tagung vom 22./23 März in Berlin

Von Andrea Nahles

Die außenpolitische Tagung im Zusammenhang mit dem Jahrestreffen von DL 21 hätte keinen geeigneteren Termin finden können. Es war DIE Bahr-Woche!

Egon Bahr wurde 80 und war trotz vieler Ehrungen und Veranstaltungen anlässlich seines Geburtstages zu uns gekommen. Dafür danken wir ihm sehr herzlich. Seine interessanten Diskussionsbeiträge haben wir zusammen mit den Ausführungen von Dieter Lutz in dieser Newsletter-Ausgabe ausführlich dokumentiert.

Wahlprogramm

Die weiteren Schwerpunkte der Tagung waren die Diskussion zum Wahlprogramm der SPD mit Bundesgeschäftsführer Matthias Machnig und die Mitgliederversammlung mit der Aktivitätenplanung für das kommende Jahr.

Öffentlich wurde von der programmatischen Diskussion – bis hin zur Meldung in der Tagesschau – vor allem unsere Kritik daran, dass sich die Prioritäten in der Politik der SPD-geführten Bundesregierung deutlich verschoben haben. Während im Koalitionsvertrag die Politik für Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit oberste Priorität hatte, nahm die Haushaltskonsolidierung seit 1999 eindeutig den Spitzenrang ein. Das starre Festhalten an der Konsolidierungspolitik angesichts der rezessiven Wirtschaftsentwicklung hat negative Beschäftigungseffekte zur Folge. Unter dem Aspekt der Beschäftigungsförderung haben wir daher angemahnt, die Konsolidierungsprozesse zeitlich zu strecken und damit eine neue Balance in der Prioritätensetzung der Politik einzuleiten. Besonders das Brüssel gegenüber versprochene Ziel 2004 (!) nahezu auf jede Neuverschuldung zu verzichten, stand im Zentrum unserer Kritik. Ein zweites, Milliarden schweres Sparpaket wäre die Folge. Statt dessen haben wir u.a. die Erhöhung der öffentlichen Investitionen auf europäisches Niveau gefordert. Ein umfangreicher Anforderungskatalog an das Wahlprogramm der SPD „Für mehr Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit“ wurde diskutiert und der Presse vorgestellt.

Dieses Papier und eine umfangreiche Antwort von Hans Eichel, die er uns hat zukommen lassen, findet sich auf unserer Internetseite. Untergegangen ist in den Medien allerdings leider unsere klare Positionsbestimmung zum Thema „Irak“-Politik. Hierzu hatten wir festgestellt: „Die Parteilinke lehnt einen Angriffskrieg gegen den Irak und eine

deutsche Beteiligung daran ab.“ Die Nahost-Krise hat dieses Problem in den Hintergrund treten lassen. Von der Tagesordnung ist es deswegen noch lange nicht.

Forum Demokratische Linke 21 – Mitgliederversammlung

Rückblick auf das Jahr 2001: Unmittelbar nach der letzten Mitgliederversammlung im Mai 2001 hat DL 21 im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung einen Kongress zur sozialen Lage veranstaltet. Wir hatten alle Sozialverbände eingeladen und mit Barbara Stoltefoth eine kompetente Ansprechpartnerin gefunden. Aber wir haben nicht nur national sozialpolitische Fragen diskutiert, sondern mit Heidemarie Wiczorek-Zeul und Vertretern der attac-Bewegung die internationale Dimension herausgestrichen. Mängel gab es auf zwei Ebenen: Es waren alle da – außer unsere Mitglieder. Die Beteiligung war unzureichend. Der zweite Mangel folgte daraus: Obwohl eine ganze Reihe von Medienvertretern anwesend waren, wurde kaum berichtet. Begründung: Das war ja wohl ein unbedeutendes Ereignis, wenn nicht mal die DLer anwesend sind (O-Ton).

Nach der Sommerpause ereigneten sich der 11.9. Die Linke war in dieser Debatte sehr präsent. Es gab unterschiedliche Grundhaltungen und Positionierungen. Die Vertrauensabstimmung führte zu einer Aufspaltung in 'Zustimmung' und 'Zustimmung wegen der Vertrauensfrage'. Zähneknirschende Unterstützung der Regierung – das war es auf beiden Seiten. Der Vorwurf des Machtopportunisten dem die Regierung ausgesetzt war, wurde nicht selten auf alle projiziert, die mitgegangen worden waren. Die Dynamik der Ereignisse und die engen Spielräume auch für die handelnden Akteure in der Regierung wurden dabei oft übersehen. Eindeutige Grenzen für die Unterstützung der militärischen Interventionen, wie zum Beispiel der Zustimmungsvorbehalt der jeweiligen Regierung bei möglichen Einsätzen außerhalb Afghanistans, haben wir zusammen mit den linken Grünen durchgesetzt. Vor dem Hintergrund der Irak-Politik der USA keine Kleinigkeit.

Die innenpolitischen Gesetzesverschärfungen nach dem 11.9., der sog. Otto-Katalog, wurde von uns im Rahmen einer Pressekonferenz in Berlin mit Klaus Hahnzog und Rüdiger Veit attackiert. Das war gut terminiert, weil Hera Däubler-Gmelin noch am selben Tag ins selbe Horn blies und wir einige Härten beseitigen konnten. Die Dynamik der damaligen Gesamtsituation war aber so, dass es nicht im geringsten realistisch war, dass Gesetz insgesamt zu kippen. Die Regelanfrage des Verfassungsschutzes, die wir herausnehmen wollten, ist mittlerweile ja auch öffentlich diskreditiert.

Der Nürnberger Parteitag bescherte uns inhaltlich einige Erfolge, die Umfeld der Afghanistan-Entscheidung etwas untergegangen sind. So konnten wir die Forderung nach einer stetigen Erhöhung des Entwicklungshaushaltes, der jetzt auch im Wahlprogramm bestätigt wurde, gegen den erklärten Widerstand von Eichel durchsetzen. Den Umbau der Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversicherung (dazu findet ihr auf unserer Internet-Seite ein gemeinsames Papier von Benny Mikfeld und Andrea Nahles) erstmalig programmatisch verankern. Deutlich verbessern konnten wir die Kontakte zu den Gewerkschaften, der „Demokratie Jetzt“ Gruppe um Klaus Staeck und Johano Strasser und nicht zuletzt Attac. Die Zusammenarbeit mit der SPW verläuft positiv. Wir werden zusammen mit der SPW eine Reihe von kleineren Büchern noch im Mai/



Juni herausgeben. Darin soll Bilanz gezogen werden und eine mögliche Perspektive für eine rot-grüne Regierung im Vorfeld des 22.9. aufgezeigt werden.

2001 hat sich in Schleswig-Holstein die Linke neu gegründet unter dem Namen DL 21 Schleswig-Holstein. In Sachsen-Anhalt hat es eine konstituierende Versammlung unmittelbar nach der Landtagswahl gegeben. Weitere Regionalgründungen in Rheinland-Pfalz und Bayern stehen nach der Bundestagswahl konkret bevor.

Es ist insbesondere in NRW, Baden-Württemberg und Niedersachsen notwendig, unseren Verein in die Partei hineinzutragen.

Ausblick

Programmatisch wollen wir uns auf fünf Schwerpunkte konzentrieren:

• 1. Ziel der Vollbeschäftigung, 2. Bildungs- und Qualifizierungsoffensive, 3. Vereinbarkeit von Familie und Beruf 4. Gesundheitspolitik 5. Soziale Gestaltungsfähigkeit der öffentlichen Hand, wozu auch die internationale Dimension z.B. der Investitions- und Steuerpolitik zählen.

• Wir werden wissenschaftliche Zuarbeit für komplexere Themenstellungen organisieren. Joachim Schuster hat sich diesem Projekt angenommen. Kontakte zu gewerkschaftsnahen Instituten sind gemacht.

• Wir werden auf regionalen und landesweiten Parteitagen mit DL 21 Ständen präsent sein. Wir werden die Aktivitäten der Regionalverbände stärker unterstützen.

• Wir werden die eigenständige Profilierung von DL 21 in Berlin, neben der PL und PV Linken, durch eine Veranstaltungsreihe verbessern.

• Wir werden einen Flyer zur Mitgliederwerbung herstellen.

Wir haben das Forum Demokratische Linke 21 stabilisiert. Wir brauchen aber eure aktive Beteiligung. Einzelkämpfertum ist oft das Schicksal der Linken in ihrer Arbeit vor Ort, wenn wir es dabei belassen, gibt es keine Linke in der SPD, die stark genug ist, den Kurs der Partei mitzubestimmen. Das die SPD eine starke Linke braucht, beweist sie sich gerade in diesen Tagen wieder selber. Mit Mitte ohne Ortsbestimmung in dieser Gesellschaft, lassen sich Mehrheiten nicht gewinnen. Bleibt die Mobilisierung schwach. Wartet daher nicht ab, was wir hier in Berlin „vorturnen“ und mit eingeschränktem Personal- und Zeitbudget machen können. Geht auf uns zu, beteiligt Euch in den Regionen.

Forum DL21

Deutschland, der Kosovo-Krieg und die Linke

Rede von Dr. Egon Bahr auf der DL21-Jahrestagung

Ich möchte mich auf den einleitenden Beitrag von Andrea Nahles beziehen. Erstens: Du möchtest eine Definition haben, was „Erwachsen-Sein“ ist. Mit dem Friedensvertrag, der aus gutem Grunde 2+4-Abkommen genannt worden ist, und am 15. März 1991 in Kraft trat, begann dies. Damit sind wir wieder souverän geworden. Sich daran zu gewöhnen ist sehr schwer, weil wir zwar souverän geworden sind völkerrechtlich aber nicht souverän geworden sind im Denken. Das muss noch geschehen. Diese Souveränität, hier komme ich zu Deinem zweiten Punkt, ist die Normalität. Ein Staat, der seine eigenen Interessen vertritt wie jeder andere Staat in Europa auch, wohlwissend was er kann und nicht kann, der aber zunächst einmal anfangen muss, seine eigenen Interessen zu definieren, und dem dann folgt. Das ist Normalität.

Zu den UN. Natürlich hat Dieter Reith, dass die Amerikaner die UN an die Seite rücken. Das ist aber nichts Neues. Unser Punkt aber ist: sollen wir uns von den Amerikanern abhängig machen, und es genauso machen, oder sollen wir sagen, egal was die Amerikaner sagen, wir sind der Meinung, dass die UN gestärkt werden müssen. Das würde beispielsweise die Folge haben, dass wir sagen, wir sind nicht bereit, die Beteiligung an einer internationalen Aktion auch nur zu diskutieren, solange kein gültiges Mandat der Vereinten Nationen vorliegt. Das wäre

doch schon eine fabelhafte profilierte Position dieser Regierung.

Der Fall Kosovo war ein einmaliger Schritt vom Wege. Wir waren nicht verantwortlich dafür, das muss man auch einmal sagen. Das hat diese in jedem Sinne des Wortes grüne Regierung eindeutig geerbt. Ja natürlich, sie haben auch schnell gelernt, ich komme gleich darauf. Wir haben ein ganz praktisches Beispiel für das, was Deutschland kann, und das was es nicht kann. Es hängt auch mit dem nicht erklärten Jugoslawien-Krieg zusammen: Da hat es eine Drohkulisse gegeben, die aufgebaut worden ist, nämlich auch einen Bodenkrieg zu führen. Diese Drohkulisse war von einem auf den anderen Tag weg, als nämlich der Kanzler Präsident Clinton gesagt hat, es gibt keine deutschen Bodentruppen. Aus, Schluss. Das heißt, Deutschland ist so stark, dass eine wichtige Frage in Europa nicht ohne oder gegen unseren Willen entschieden werden kann. Das ist die eine Seite der Sache. Wir haben, wenn man so will, in europäischen Fragen, nicht in globalen Fragen, eine Veto-ähnliche Position, um etwas zu verhindern. Was ist noch damals passiert? Deutschland war die einzige Macht im Bündnis, die es gewagt hat gegen die Strategie des Bündnisses, nämlich Bomben bis zur bedingungslosen Kapitulation, einen eigenen 5-Punkte-Plan vorzulegen, die Russen wieder ins Boot zu holen, die Akzeptanz der Chinesen zu

kriegen, ein Mandat der Vereinten Nationen dafür, Amerika zu gewinnen, durch Verhandlungen den Krieg zu beenden. Die Lehre davon heißt, wenn wir etwas Positives erreichen wollen, nicht nur etwas verhindern, brauchen wir die Unterstützung von Partnern, das kann Deutschland nicht allein. Das sind die Grenzen, in denen sich die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik bewegen kann. Ich finde sie fabelhaft, weil in diesen Grenzen klar ist, Andrea, dass die Normalität nicht missbraucht werden kann im nationalistischen Interesse.

Und jetzt will ich auf den Punkt kommen der Frage eines neuen Völkerrechts und das, was die Amerikaner gemacht haben. Zunächst muss man einmal sagen, der 11. September war für die Amerikaner ein tiefer Schock. Sie haben sich von dem Schock bis heute nicht erholt. Sie haben schnell umgeschaltet und haben gesagt: Wir brauchen die Vereinten Nationen. Das war das Gegenteil von dem was sie jahrelang gesagt, getan, gehandelt haben. Aber das war auch nur eine kurze Periode, das war unter dem Schock. Ich habe mit Entsetzen gelesen, was der stellvertretende Amerikanische Außenminister Volkowicz im Juli vergangenen Jahres dem amerikanischen Verteidigungsausschuss des Senats als großes neues Konzept seiner Regierung vorgelegt hat, ein gigantisches Aufrüstungsprogramm, genannt die große Abschreckung, und ich habe nicht erlebt, dass



es irgendwo einen Aufstand gegeben hat, auch nicht in Deutschland.

Im Augenblick, als sie sich von dem Schock erholt haben, haben sie A) ABM gekündigt, B) dieses Programm der „Großen Abschreckung“ in Form eines Budgets eingebracht. Aber auch jetzt diskutieren wir das nicht. Auch jetzt beschränken wir uns darauf, die Amerikaner zu kritisieren. Da kann ich nur sagen: Das ist absolut unzureichend und es ist sogar töricht, völlig sinnlos.

Die Amerikaner haben ihre Militärtechnologie entwickelt unter dem Gesichtspunkt der Globalität und ihrer globalen Interessen. Dieses heißt, sie sind gar nicht entwickelt worden für Europa. Und die Europäer könnten ja zu der Meinung kommen: wir brauchen sie nicht. Wir brauchen Streitkräfte, schnell einsetzbar, für Europa. Für eine ausreichende Abschreckung um jeden konventionellen Gegner davon abzuhalten, uns anzugreifen. Mit anderen Worten, wir werden vor der Frage stehen, ob wir bereit sind unsere Streitkräfte zu modernisieren, wie jede Armee modernisiert werden muss, oder ob wir sie ausrüsten sollen um neben den Streitkräften der Amerikaner global einsetzbar zu sein. Das ist die Frage. Es ist eine reine Illusion zu glauben, dass wir mit amerikanischer Technologie, die wir kaufen können, mehr Mitsprache kriegen können. Die Amerikaner denken keine Sekunde daran, uns die stärkste Technologie zu verkaufen. Raketenabwehr, Tarnkappen, Vakuumbomben, steht nicht zu Verkauf. Weil die Amerikaner natürlich gar nicht daran denken, die Technologie, die sie an die Spitze der Welt gebracht hat, zu teilen mit irgendjemandem. Konzentrieren wir uns nun auf die Fragen, die demnächst auf uns zukommen. Das ist zunächst einmal eine neue Atomdoktrin der Amerikaner, mit der Miniaturisierung der Atomwaffen. Die Frage ist, werden diese

Waffen eigentlich auch in Deutschland eingeführt? Wir werden in den nächsten zwei Jahren spätestens die F16 außer Dienst stellen. Das ist das letzte Flugzeug bei uns, das atomwaffenfähig ist. Bekommen wir neue atomwaffenfähige Flugzeuge für die Bundeswehr? Meine Position wäre, wir sind stolz darauf, dass die taktischen Waffen abgeschafft sind und wir fangen nicht von neuem damit an, uns atomar bewaffnen zu lassen. Wir sind nämlich souverän und vertreten unsere Interessen ganz normal wie andere. Und dieses heißt, wir lassen uns nicht atomar bewaffnen.

Dann kommt noch eine viel schwierigere Frage auf uns zu, nämlich die Raketenabwehr. Wenn ich die militärische Technologie der Raketenabwehr in Europa stationiere, dann natürlich genauso und vergleichbar wie die Atomwaffen, nur unter amerikanischer Führung, und nur mit amerikanischem Drücker. Dann habe ich eine Raketenabwehrglocke mit dem Ergebnis, dass es völlig egal ist, ob Paris und Bonn sich verstehen oder nicht verstehen, gemeinsam handeln oder nicht handeln, gemeinsam 20.000 oder 60.000 konventionelle Soldaten haben oder nicht haben: die Dominanz Amerikas in Europa ist für ganz lange Zeit etabliert. Das heißt die Raketenabwehr ist eine neue Form zur Verewigung des europäischen Protektorats für Amerika.

Die Amerikaner haben gesagt, wir werden euch diese Technologie anbieten, macht das doch bitte mit. Die Bundesregierung hat gesagt, völlig korrekt: das ist nicht entscheidungsfähig. Nun stellen wir uns einmal vor, die Amerikaner testen weiter, alles geht glatt, und eines Tages, wie reagieren dann eigentlich die europäischen Länder? Ich gehe einmal davon aus, die Engländer sagen ja, Berlusconi sagt ja, die Türken sagen ja, die Polen vielleicht auch. Was sagen die

Franzosen? Was die Deutschen? Wenn in dieser Frage die Europäer auseinanderfallen, dann heißt das, die europäische Selbstbestimmung fällt auseinander.

Ich sage jetzt noch mal unter Bezug auf Amerika: Diese Raketenabwehr stellt sich für die Europäer dar als ein Anschlag Amerikas auf die Selbstbestimmung Europas. Aber das wollen die nicht, das meinen die nicht böse, nein, das ist die normale natürliche Fortsetzung ihres militärischen Denkens und ihres militärischen Komplexes. Dass das für Europa andere Dimensionen hat, das interessiert sie nicht, das sehen sie vielleicht nicht einmal. Aber wenn sie es sehen, machen sie es trotzdem.

Wie sollte Europa sich entscheiden? Ich sage euch, es ist kein Zweifel, wenn Berlin und Paris in dieser Frage auseinanderfallen, ist es für die nächsten 15-20 Jahre das Ende der europäischen Selbstbestimmung. Und zwar deshalb, weil wenn dieses Zeug einmal installiert ist, es in den nächsten 15-20 Jahren nicht mehr weggeschafft werden kann, und die militärische Dominanz der Amerikaner dann viel stärker ist als alles was die Europäer dann darunter noch können.

In diesem Zusammenhang gibt es einen weiteren Punkt. Das ist: Natürlich gilt die Glocke nur dort, wohin sie reicht, also jenseits der Glocke ist außerhalb der Glocke. Dann gibt es die sicherheitspolitische Teilung Europas für die nächsten 15-20 Jahre durch die Glocke. Aber wir sind ja der Auffassung, dass die europäische Stabilität oder die gesamteuropäische Stabilität mit Rußland, mit Amerika, aber jedenfalls nicht ohne Rußland erreicht werden soll. Das ist doch beschlossene Politik dieser Regierung, ungeteilt.

Es gibt einen russischen Vorschlag für eine Raketenabwehr, die Notwendigkeit bestreiten auch die Russen nicht, und sie bieten an, daraus ein gesamteuropäisches Abwehrprogramm zu machen, auch nicht entscheidungsreif, genau so wenig wie das der Amerikaner, aber sie sagen, wir wollen unser Wissen mit einbringen, das gesamte europäische Wissen mit einbringen, und wir würden uns freuen, wenn die Amerikaner mit dabei sind.

Das heißt, wir stehen vor der Frage, gibt es eine gesamteuropäische Raketenabwehr, mit Rußland und Amerika, oder gibt es die Dominanz durch Amerika für einen Teil Europas, und das führt mich dann zu dem Schluss zu sagen, Europa sollte darauf bestehen, dass das russische Angebot ernsthaft geprüft wird, bevor wir über das amerikanische entscheiden. Das will ich jetzt nicht vorwegnehmen, es könnte ja sein, dass sich das russische Angebot als unzureichend erweist, es könnte aber auch ein fabelhafter Lackmustest sein, ob die Amerikaner eigentlich nur Dominanz haben wollen, oder Rakenschutz für Europa. Das käme dann dabei heraus.

Der Krieg folgt eigenen Gesetzen

Rede von Prof. Dieter S. Lutz auf der DL21-Jahrestagung

 Menschen sind *friedensfähig*, wenn auch nicht immer *friedlich*. Wir können sie zwar nicht sehr viel *friedlicher*, aber eben doch *friedensfähiger* machen. Meine Vision vor diesem Hintergrund war, dass wir zumindest *fähig* sind, eine Friedensordnung auf Dauer zu schaffen und zivilisatorisch das Rad nach vorne zu drehen. Das galt insbesondere für die Politik der SPD. Insofern war Egon Bahr, der in diesen Tagen seinen 80. Geburtstag feierte, für mich immer ein großartiges Beispiel, besser gesagt: Vorbild. Wenn eine Person es wirklich will, dann schafft sie es auch, das Rad nach vorne zu drehen. Heute allerdings, bin ich mir nicht sicher, ob mein Glaube, Frieden auf Dauer schaffen zu können, nicht doch nur ein Irrglaube ist. Nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre, insbesondere auch der vergangenen Wochen und Monate halte ich eine Zukunft, geprägt von einer Vielzahl von gewaltsamen und kriegerischen Konflikten für nicht unwahrscheinlich.

Nehmen wir das Beispiel der Mini-Atomwaffen, das Andrea Nahles gerade angesprochen hat: In Zukunft wird wahrscheinlich Krieg geführt werden um die Frage der Proliferation, also der Verbreitung bzw. Nicht-Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln. Gerade aber diejenigen, die, wie die USA, am stärksten vor der Gefahr der (horizontalen) Proliferation warnen, scheinen vergessen zu haben, dass sie selbst sich im Proliferationsvertrag verpflichtet haben, auch ihre eigenen Atomwaffen abzuschaffen (vertikale Proliferation), zumindest aber streng zu minimieren. Staaten wie die USA oder Russland behalten aber nach wie vor viele tausend Atomwaffen im eigenen Bestand und modernisieren sie überdies. Auch auf diese Weise gerät das Wort von Egon Bahr, dass Sicherheit nicht mehr gegeneinander, sondern nur gemeinsam geschaffen werden kann, immer mehr in Vergessenheit. Das sollten wir nicht zulassen. Egon Bahr steht für eine Kultur des Dialogs während des Ost-West-Konfliktes. Meine Hoffnung war, dass nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes die Kultur des Dialogs nicht nur fortgesetzt wird, sondern auch in einen Dialog der Kulturen einmünden würde („Von der Kultur des Dialogs zum Dialog der Kulturen“). Ich habe aber heute nicht den Eindruck, dass das wirklich auf den Weg gebracht wird – auch nicht in der SPD. Weil wir nicht die Personen haben, weil wir nicht die Konzepte haben, weil wir nicht den Willen haben, und weil wir eine Großmacht, eine Supermacht haben, die USA heißt.

Bis 1999 haben die SPD und ihre Politiker und Politikerinnen grundsätzlich gesagt, wenn wir an der Regierung sind, werden wir breit verankert eine neue friedenspolitische Diskussion führen und gemeinsam ein neues friedenspolitisches Konzept entwickeln und eine neue Friedenspolitik, in Folge von Willy Brandt und Egon Bahr zum Beispiel eine neue „Ostpolitik“ gestalten. Das alles ist nicht geschehen. Deutsche Außenpolitik soll laut Koalitionsvertrag Friedenspolitik sein. Doch in Wahrheit steht sie nackt da.

Dies gilt selbst für die Reform der Bundeswehr. Es wurde eine Kommission unter Vorsitz von Weizsäcker eingesetzt, ohne dass wir gemeinsam über ihre Aufgaben und Ziele diskutiert haben. Aber selbst der Bericht dieser Kommission wurde nicht beachtet, geschweige denn – wie versprochen – diskutiert. Der Bericht wurde einfach zur Seite geschoben worden. Seitdem wir an der Regierung sind, diskutieren wir nicht mehr! Es gibt zwar Parteitage, gar Sonderparteitage, aber mit vorgefertigten Rednerlisten und ohne konzeptionelle und strategische Inhalte.

Am schlimmsten aber empfinde ich, dass wir über den Kosovo-Krieg, diesem Sündenfall auch Deutschlands, bis heute nicht miteinander gesprochen haben. War er wirklich unvermeidbar? Ich meine nachdrücklich nein! Gleichwohl – oder gerade deshalb – wäre ich zutiefst dankbar, wenn mir im Zuge gemeinsamer Beratungen das Gegenteil bewiesen würde, wenn mir zum Beispiel belegt werden würde, dass es einen „Hufeisenplan“ gab, wenn ich wegkommen würde davon, zu meinen, dass meine eigene sozialdemokratische Bundesregierung etwas getan hat, was ich nicht billigen kann. Um unseres Landes und um der Demokratie willen, wäre ich erstmals froh, wenn ich als Wissenschaftler widerlegt würde. Aber ich bekomme zum Beispiel den „Hufeisenplan“ nicht zur Einsicht. Warum nicht? Habe ich Unrecht, wenn ich und viele andere auch und gerade in der SPD meinen, es sei einer Demokratie und einer sozialdemokratischen Partei unwürdig, Behauptungen nicht transparent zu machen, Belege nicht nachprüfen zu lassen.

Was ich für den Kosovo-Krieg anmahne, gilt auch und erst Recht für den Afghanistan-Krieg. Ich bin nicht derjenige der nicht zugesteht, dass unter Umständen auch mit militärischen Mitteln Beistand geleistet werden muss. Im Gegenteil. Wir haben selber Soldaten im Institut, wir bilden auch Soldaten aus. Aber um die Entscheidung für den Einsatz

von Streitkräften seriös treffen zu können, muss ich doch Belege auf dem Tisch haben. Zum Beispiel muss ich überprüfbar nachweisen können, ob Bin Laden wirklich der Täter ist oder nicht, und ob die Maßnahmen, die ergriffen werden, verhältnismäßig sind. Wer von Euch kann mir zum Beispiel sagen, wie viel Kollateralschaden es in Afghanistan gab? Ich spreche dabei noch gar nicht über die teilweise barbarisch umgebrachten Taliban, ich spreche nur über die Zivilisten. Während des Kosovo-Krieges hatte ich immerhin noch Informationen, die ich bewerten konnte und ich bin zu dem Ergebnis gekommen, dieser Krieg war weder unvermeidbar, noch war er gerechtfertigt. Beim Afghanistan-Krieg stehe ich, der ich als Wissenschaftler aufgefordert bin, der Bevölkerung, der Politik oder wem auch immer Ratschläge zu geben, mit leeren Händen da. Es gibt keine Daten, Materialien, Informationen. Nirgendwo kann man entsprechendes abfragen oder nachlesen. Nahezu alle schweigen. Immerhin wurde mir unter der Hand gesagt, in Nato-Kreisen spreche man von 25-30.000 Ziviltoten. Was kann ich mit dieser Zahl – vertraulich zugeflüstert – anfangen? Ich kann damit nicht an die Öffentlichkeit gehen. Es wäre Spekulation. Es können genau so gut 5.000 sein oder 10.000 oder 100.000 sein. Aber müssen wir nicht gerade diese Zahl hinreichend genau kennen, um Politik zu beurteilen, sie weiterzuführen, oder sie einzustellen. Eine Zahl von 30.000 toten oder verwundeten Zivilisten ginge weit über das hinaus was als gerechtfertigt angesehen werden könnte – zumal in einem Fall, bei dem ich sowieso der Meinung bin, das er eher ein Fall für die Gerichte ist, denn für das Militär.

Ich komme zu dem, was Andrea Nahles in ihrer Einführung gefragt hat: Was für eine Bedeutung haben die UN für die Außenpolitik? Ich glaube sie haben gegenwärtig keine wirklich entscheidende mehr, und das ist spätestens seit dem Kosovo-Krieg so angelegt. Was war der Grund des Kosovo-Krieges der NATO? Ich sehe ihn prioritär darin, dass die Macht zur NATO wandern sollte, weg von den Vereinten Nationen. Nach 1989/90 haben die USA in Form der von ihnen dominierten NATO die OSZE weggebissen und darüber hinaus versucht, die Vereinten Nationen an den Rand zu drängen. Aber immerhin die Vereinten Nationen haben existiert und wir alle haben gesagt, wir beteiligen uns ohne Mandat der Vereinten Nationen an keinem militärischen Einsatz „out of area“.

Also hat man versucht die Vereinten Nationen zu marginalisieren, genauso wie man es mit der OSZE gemacht hat. Und es wäre gelungen, wenn denn Milosevic sich der Drohung der NATO gebeugt hätte, also das getan hätte, was, die Politiker unter uns, auch mir immer wieder gesagt haben: Milosevic gibt nach, es kommt zu keinem Krieg. In diesem Fall wäre der Beweis erbracht gewesen, dass eigentlich die NATO das entscheidende Instrument der zukünftigen Politik ist – auch ohne Mandat der Vereinten Nationen. Als diese Erwartung sich nicht erfüllt hat, war die Hoffnung, dass Milosevic nach zwei oder drei Tagen einknickt, dass der Krieg nicht länger als zwei oder drei Tage dauert. Auch dann noch wäre die UNO desavouiert gewesen. Immerhin aber hat Milosevic 78 Tage durchgehalten. Es barmt mich das zu sagen: Weil dieser Diktator 78 Tage lang durchgehalten hat und weil die NATO den Karren insofern an die Wand gefahren hat, ist es vermutlich Milosevic zu verdanken, dass die Vereinten Nationen heute wenigstens noch formal bestehen. Weil Milosevic nicht sofort eingeknickt ist, konnte in Folge dann eben auch all das geschehen ist, was man Fischer und Schröder schlussendlich doch positiv anrechnen kann, nämlich die Russen wieder ins Boot zu holen und die Vereinten Nationen wieder ins Spiel zu bringen. Dennoch: Die UNO hat großen Schaden genommen.

Was die USA aus dem Kosovo-Fall im übrigen gelernt haben, ist, dass sie Krieg auch ohne die Europäer führen können – und vielleicht sogar besser ohne die NATO als mit ihr. Wir erleben es gegenwärtig im Zusammenhang mit Afghanistan. Die USA brauchen den Rest der Welt nicht. Nicht die Europäer, nicht die NATO, nicht die Vereinten Nationen.

Die Vereinten Nationen haben mit Blick auf die Terroranschläge in New York und Washington zwei Sicherheitsratsbeschlüsse gefasst und einen Beschluss der Generalversammlung. Danach besitzen die USA ein militärisches Selbstverteidigungsrecht, was ich übrigens teile. Und ich teile auch, dass man auch mit militärischen Mitteln kontrolliert, nachprüfbar und mit dem einen Ziel, Bin Laden zu fassen, vorgehen kann.

Aber, wenn man die Resolutionen der Vereinten Nationen genau durchliest, wird man feststellen, dass die eigentlichen operativen Beschlüsse davon nichts mehr sagen. Sie legen vielmehr fest, dass man mit finanziellen und rechtlichen Mitteln etwas machen soll, aber sie sagen nichts von militärischen Mitteln. Und dennoch akzeptiert die Weltgemeinschaft den Einsatz der Streitkräfte. Darunter sind auch die großen Staaten, die man ja braucht, um Völkergewohnheitsrecht zu schaffen. Was wir jetzt in Afghanistan erleben ist das Entstehen eines

neuen Völkergewohnheitsrechts. Warum? Weil die Völkergemeinschaft jetzt akzeptiert, dass nicht die Stärke des Rechts in den Vordergrund gestellt wird, sondern das Recht des Stärkeren. Wir werden erleben, dass die Amerikaner diese Politik fortsetzen, und dass sich die anderen Großen anschließen werden. Zu den ersten Konsequenzen werden gewaltige Rüstungsschübe gehören – und zwar weltweit.

Abschließend noch eine Anmerkung zur NATO und zu Mazedonien: Die NATO – so wurde gesagt – habe ihr Sache gutgemacht auf dem Balkan, in Mazedonien. Das ist nicht, zumindest nicht uneingeschränkt richtig. Selbst wenn man beiseite lässt, dass vorbeugend mit zivilen, nicht-militärischen Mitteln vieles hätte auch ohne Militär erreicht werden können, wenn man all diese Instrumente rechtzeitig genutzt hätte. Richtig ist doch: Der Anlass, warum deutsche Truppen überhaupt in Mazedonien stehen müssen, ist das Versagen aus dem Kosovo-Konflikt. Die NATO als Garantiemacht hätte die Aktivitäten der UCK aus dem Kosovo heraus nach Mazedonien hinein frühzeitig und vollständig unterbinden müssen.

„Krieg folgt eigenen Gesetzen“. Bis zum Kosovo-Krieg habe ich diese Aussage für falsch gehalten. Bis heute entsetzt es mich, dass sie so offensichtlich auch auf Demokratie zutrifft.

Forum DL21

Neues vom Spagat

Stammzellforschung in Deutschland künftig möglich

Von René Röspe, MdB

Am 25. April 2002 wurde im Bundestag das sog. Stammzellgesetz mehrheitlich verabschiedet. Das Gesetz regelt den Import menschlicher embryonaler Stammzellen. Diese Entscheidung ist der vorläufig letzte Punkt einer lange andauernden Diskussion über das Für und Wider der Embryonenforschung.

Die Entscheidung des Bundestages

Am 30. Januar 2002 hat der Deutsche Bundestag nach über fünf Stunden Debatte

auf hohem Niveau die grundsätzliche Entscheidung getroffen, den Import embryonaler Stammzellen nach Deutschland zu erlauben und gesetzlich zu regeln. Zur Abstimmung standen die beiden konsequenten Positionen „Ja zur embryonalen Stammzellforschung“ in Form eines von der FDP und CDU-Abgeordneten um Peter Hintze initiierten Antrags und dem „Nein“, das im wesentlichen von Wolfgang Wodarg (und dem Autor) formuliert wurde und dem sich Abgeordnete aus allen Fraktio-



René Röspe

nen anschlossen. Augenscheinlich als Kompromiss in der Mitte zwischen diesen Positionen angesiedelt fanden sich die Befürworter eines beschränkten Importes um die SPD-Abgeordnete Margot von Renesse und Wolf-Michael Catenhusen und der CDU-MdB Maria Böhmer. Wenngleich der

René Röspe, MdB, Hagen (Westfalen), ist Mitherausgeber der spw und Mitglied der Enquête-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“ des Bundestages.

Autor diese Position nicht als Kompromiss im Sinne eines „Nein, aber...“ ansieht, sondern als ersten Schritt in Richtung der Zulassung von Forschung an Embryonen im Sinne eines verklausulierten „Ja, aber später...“, fand der Kompromiss-Antrag mit 339 Stimmen (von 618 abgegebenen) eine Mehrheit. Viele der Abgeordneten hielten offenbar die Argumentation für stichhaltig, mit dem beschränkten Import von „Stammzelllinien, die an einem noch zu bestimmenden Stichtag etabliert wurden“, die Zerstörung weiterer Embryonen zu Forschungszwecken zu verhindern.

Warum eine Neuregelung?

Anlass der seit Monaten geführten Debatte ist die rechtliche Grauzone des Embryonenschutzgesetzes von 1990, das in Deutschland zwar die „Herstellung von Embryonen außer zur Herbeiführung einer Schwangerschaft“ – somit also die Herstellung von Embryonen zu Forschungszwecken – verbietet, nicht aber den Import embryonaler Stammzellen aus dem Ausland regelt. Zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Embryonenschutzgesetzes war nicht abzusehen, dass die Forschung Stammzellen aus Embryonen gewinnen würde, insofern bestand kein Anlass zu einer Regelung. Nach überwiegender heutiger Rechtsauffassung aber ist der Import zulässig. In diese Grauzone stieß der Antrag des Bonner Neurologen Oliver Brüstle an die Deutsche Forschungsgemeinschaft, den Import solcher Zellen aus Israel im Rahmen eines Forschungsprojektes zu finanzieren. Das Jahr 2001 über entwickelte sich eine lebhafte Diskussion über die wissenschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung solcher Forschung und die möglichen ethischen Konsequenzen für unsere Gesellschaft. Die Debatte am 30. Januar wurde von vielen – zumindest im politischen Raum – als vorläufiger Abschluss dieser Diskussion angesehen. Bereits im März legten Catenhusen, von Renesse und Böhmer einen ersten Entwurf eines „Gesetzes zur Sicherstellung des Embryonenschutzes im Zusammenhang mit Einfuhr und Verwendung menschlicher embryonaler Stammzellen (Stammzellgesetz – StZG)“ vor. Nach zum Teil heftiger Kritik wurde zu diesem Entwurf auch eine Sachverständigenanhörung des Bundestages abgehalten.

Widersprüche zwischen Richtungsbeschluss und Gesetz

Im Verlauf der weiteren Diskussion wurde der Vorwurf, mit dem Gesetzentwurf nicht den Beschluss vom 30. Januar umzusetzen, immer lauter. In der Tat wird nicht mehr von den „zu einem bestimmten Stichtag etablierten Stammzelllinien“ gesprochen, sondern von „embryonalen Stammzellen, die in Kultur gehalten werden“. Der auf den ersten Blick akademisch anmutende Unter-

schied ist gravierend. Während bei der Abstimmung am 30. Januar in den Köpfen vieler Abgeordneter als Beispiel die Regelung des US-Präsidenten existierte, nach der nur die zum 9. August 2001 vorhandenen *Zelllinien* (etwa 80 weltweit) zu Forschungszwecken benutzt werden dürfen, weitet die jetzige Regelung im § 3 StZG den Import auf *alle embryonalen Stammzellen* aus, die zum 01.01.2002 existierten – vermutlich mehrere Hundert bis Tausend. Zwar kann man hoffen, dass auch über diese Formulierung die Zerstörung neuer Embryonen vermieden werden kann. Das große Manko besteht aber in der Kontrollierbarkeit dieser Regelung. Während es sich bei etablierten *Stammzelllinien* üblicherweise um Zellen handelt, die über längere Zeiträume stabil in Nährmedien in Kultur gehalten werden können, ohne wesentliche Eigenschaften zu verlieren, und deshalb in Laborprotokollbüchern oder sogar Veröffentlichungen bereits Erwähnung finden, ist die Kontrollmöglichkeit der vorhandenen *Stammzellen* erheblich geringer: Grundsätzlich muss jede aus einem Organ oder Embryo entnommene Zelle in Kultur genommen werden. Deshalb führt die vorliegende Definition dazu, dass bereits jede einem Embryo entnommene Zelle importierbar wird. Der Zeitpunkt dieser Entnahme kann aber nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden.

Eine weitere Veränderung findet sich z. B. in Bezug auf die sog. Zustimmungregelung. Im Bundestagsbeschluss vom 30. Januar wurde die informierte Einwilligung der „Eltern“ als Grundlage für eine Genehmigung gefordert (die für sich genommen nicht unproblematisch ist, da der § 218 StGB z. B. richtigerweise nur auf die Schwangere abstellt). Im beschlossenen Gesetz wird der Anspruch aufgegeben, Anforderungen an die informierte Zustimmung zu stellen, wie sie für das deutsche Recht in anderen Fällen diskutiert werden. Stattdessen wird nur noch die „Übereinstimmung mit der Rechtslage im Herkunftsland“ gefordert. Da es allerdings eine Reihe von Staaten gänzlich ohne oder mit einer Regelung, die nicht unserer Auffassung von Zustimmungrechten entspricht, gibt, ist hier ein großes Tor für Missbrauch aufgemacht worden.

Trotz dieser Vorbehalte stimmten am 25. April 360 Abgeordnete (von 559 abgegebenen Stimmen) für und 190 gegen das Gesetz (bei 9 Enthaltungen). Eine ganze Reihe von Abgeordneten, die grundsätzlich gegen den Import von embryonalen Stammzellen sind, stimmten für das Gesetz, um Schlimmeres zu verhindern (dieses Verhalten wird nach der Präsidentschaftswahl in Frankreich vielleicht nachvollziehbarer: Wer Le Pen nicht wollte, musste Chirac wählen.). Eine Reihe von DL 21-Mitgliedern ging diesen Weg (siehe persönliche

Erklärung zur Abstimmung unter www.roespel.de) in der Erwartung, damit wenigstens den gefundenen Kompromiss durch eine breite Unterstützung für einen längeren Zeitraum zu stabilisieren. Bereits vor der Abstimmung war deutlich, dass einige Bundestagsabgeordnete gegen die jetzige Regelung stimmen würden, weil sie nicht weit genug geht (wie das auch bei den über 30 Ja-Stimmen der FDP zu erwarten ist). In seiner persönlichen Erklärung zur Abstimmung schreibt z. B. der ehemalige Verteidigungsminister Rupert Scholz (CDU), dass er mit Nein gestimmt habe, da „die von ihm (*dem Gesetz, R.R.*) für die Embryonenforschung errichteten rechtlichen Schranken zu rigide“ seien.

Wie geht es weiter?

Aus dem Bereich der Forschung wird nicht einmal eine Schonfrist abgewartet, um gegen den Kompromiss anzugehen: Während die Entwicklungsbiologin und Nobelpreisträgerin Christiane Nüsslein-Volhard am 24.01.02 auf einer öffentlichen Veranstaltung des Nationalen Ethikrates noch ihr Unverständnis über die lange Diskussion ausdrückte, da doch sowieso nur einige wenige Forschergruppen in Deutschland an embryonalen Stammzellen arbeiten wollten und andere Länder bereits einen großen Vorsprung besäßen, kritisiert sie das neue Gesetz bereits vier Tage nach dem Beschluss: „In fünf Jahren werden wir wieder debattieren. ...Das Gesetz stellt die deutschen Forscher international total ins Aus“ (Interview in der Mitteldeutschen Zeitung vom 29.04.02).

Der Autor erwartet von der Sozialdemokratie, dass neue Technologien in einen gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang gestellt werden und ethische Maßstäbe Vorrang vor ökonomischen Interessen haben. Mit der getroffenen Entscheidung wird ein weiterer Schritt weg von einem solchen Vorgehen gemacht. Es ist zu befürchten, dass künftig in vielen Bereichen bisher gültige Grenzen verschoben werden können, wenn nur der „spekulative Gewinn“ für das Individuum, die Gesellschaft oder die Wirtschaft massiv genug vertreten wird. Für die Gentechnik werden die Felder schon abgesteckt: Präimplantationsdiagnostik, gentechnisch veränderte Pflanzen, die als Arzneimittel Krankheiten oder eben den Hunger der Welt bekämpfen sollen.

Wenngleich die rotgrüne Bundesregierung mit der Unterstützung des Stammzellimportes einen schweren Fehler begangen hat, gilt es nun, die weiteren Angriffe auf das Embryonenschutzgesetz abzuwehren und wieder zu einer Technikfolgenabschätzung zu kommen, die sich an gesellschaftspolitischen Maßstäben orientiert und ökonomische Interessen nicht überbewertet.

Gesunde Reformen?

Einleitung zum Schwerpunkt

Von Björn Böhning/ Horst Peter/ Felix Welti

Reformen im Gesundheitswesen sind ein ständiges Thema der Sozial- und Gesellschaftspolitik. Nach der Bundestagswahl 2002 sind bei jeder Konstellation Konflikte und Neuregelungen zu erwarten. Ob es der gesellschaftlichen Linken gelingt, Vorschläge zu entwickeln, um das sozialstaatliche Gesundheitswesen zu bewahren und zu erneuern, sie mehrheitsfähig zu machen und durchzusetzen, ist eine entscheidende Probe auf die Politikfähigkeit der Linken im Ganzen. Dafür sind drei Dimensionen zu nennen. Die Soziale Dimension: Das System einer solidarischen und grundsätzlich am Bedarf orientierten Gesundheitsversorgung steht im Kern des Sozialstaates. Das soziale Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ hat in diesem Bereich zumindest im Ansatz Geltung und findet nach wie vor breite Zustimmung in der Bevölkerung. Jede Gesundheitsreform ist eine Frage der Verteilung von Ressourcen und Risiken. Der Verzicht auf soziale Umverteilung im Gesundheitswesen würde nicht nur zu ethisch unvertretbaren Ergebnissen führen, sondern auch die gesamte Gesellschaft mit hohen Kosten der Unsicherheit belasten und den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden.

Die Ökonomisch-ökologische Dimension: Das sozialstaatliche Gesundheitswesen ist nicht nur ein Mechanismus der Risikosteuerung und der Umverteilung zwischen Einkommensgruppen und zwischen Gesunden und Kranken, sondern auch ein Steuerungselement für eine der bedeutendsten Wirtschaftsbranchen. Dort wird mehr als ein Zehntel des Sozialprodukts bewegt und ist ein noch deutlicher höherer Anteil der Erwerbstätigen beschäftigt. Für die Zukunft ist zu erwarten, dass die gesamtwirtschaftliche Bedeutung dieses beschäftigungsintensiven Bereichs weiter ansteigt. Dieser Sektor ist zumindest nicht alleine an Profit und Markt ausgerichtet, sondern muss auch nach dem Bedarf gesteuert werden. Ob es gelingt, dies so zu gestalten, dass sozialstaatlicher Bedarf effektiv und effizient befriedigt werden kann, ist eine Herausforderung, an der sich die Gestaltungskraft der Linken insgesamt beweist. Das Gesundheitswesen kann die

Leitbranche des 21. Jahrhunderts werden. Wird es das unter sozialstaatlichen Vorzeichen, kann dies Politik und Wirtschaft im Ganzen verändern.

Die kulturelle Dimension: Grundentscheidungen der Gesundheitspolitik sind auch ethische Entscheidungen, welche das Bewusstsein einer Gesellschaft von sich und ihr Bild von Menschen, Natur und deren Verhältnis prägen. Dies betrifft den gleichen und gerechten Zugang zu Gesundheitsleistungen, aber auch das Bild von „gesund“ und „krank“. Mit enorm überzeichneten Heilsvorstellungen wird diese Debatte zur Zeit um Ressourcen und Beschränkungen der Bio- und Gentechnologie geführt. Dies ist wiederum verschränkt mit den Paradigmen von Medizin und Gesellschaft, mit den Vorstellungen von technischer Machbarkeit und menschlichem Maß. Die Frage der Gesundheitsreform muss im laufenden Wahlkampf in die Mitte der Auseinandersetzung rücken.

Linke Wahlerfolge sind auch heute nur mit Antworten auf die Lebensfragen der Menschen zu erreichen und nicht durch kurzfristige Emotionalisierungen und Inszenierungen.

Die gesundheitspolitische Diskussion darf dabei keine reine Kosten- und Verteilungsdiskussion sein. Die Qualität der Gesundheitsversorgung und die Verteilung von Gesundheitschancen im System müssen thematisiert werden. Die Diskussion darf nicht bei Beitragssätzen und Versicherungspflicht stehen bleiben, sondern muss konkret beantworten, welches Gesundheitswesen finanziert werden soll. Darum ist es nötig, sich mit Fragen der Prävention und Rehabilitation, der Versorgung chro-

nisch Kranker, der Aufgabenverteilung zwischen niedergelassenen Ärzten und Kliniken und mit Kriterien von Qualität im Gesundheitswesen zu beschäftigen. Eine solche Debatte darf nicht spezialistisch geführt werden, sondern kann und muss die Gesellschaft breit erfassen.

Kluge Analysen und Konzepte sind zwar eine Voraussetzung für Reformpolitik. Hinreichend sind sie aber nicht. Das komplex organisierte Gesundheitswesen erfordert vielmehr auch eine Strategie, um politische Ziele

durchzusetzen. Auch hier ist die Linke gefordert, um das Interesse der breiten Masse an universellem Zugang zu Gesundheitsleistungen bei vertretbaren Kosten, das besondere Interesse der chronisch Kranken und behinderten Menschen an einer Verbesserung der Versorgung und

Das Gesundheitswesen kann die Leitbranche des 21. Jahrhunderts werden. Unter sozialstaatlichen Vorzeichen kann dies Politik und Wirtschaft im Ganzen verändern.

die Interessen verschiedener Gruppen von Leistungserbringern des Gesundheitswesens zusammenzuführen und zu bündeln. Eine Reform wird nur durchsetzbar sein, wenn zumindest ein Teil der Ärzte und nicht-ärztlichen Heilberufe von ihrem Nutzen überzeugt ist. Die Seite der Arbeit ist im Gesundheitswesen unübersichtlich. Gerade die prekären Arbeitsbedingungen in Teilen der Pflege sind beachtenswert. Die Linke – und gerade ver.di – muss hier zeigen, dass sie auch diejenigen anzusprechen vermag, die selbstständig und in kleinen Einheiten arbeiten – gerade dann, wenn ihnen ein Strukturwandel zu neuen und größeren Organisationsformen bevorsteht.

spw hat in den letzten Jahren bereits eine Reihe von Beiträgen zu gesundheitspolitischen Fragen gebracht (siehe Kasten). Darauf aufbauend, kann in diesem Schwerpunkt auf Überblicksartikel verzichtet werden (siehe Peter/ Röspe/ Rosenbrock, spw 117, und

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Gerlinger, spw 123). Die Beiträge in diesem Heft können so die notwendige Tiefe für einzelne Fragestellungen bekommen. *Michaela Evans* und *Josef Hilbert* ordnen das Gesundheitswesen in den Wandel wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturen ein. *Holger Paetow* beleuchtet gesundheitsökonomische Fragestellungen. *Jürgen Wasem* und *Rolf Rosenbrock* befassen sich kontrovers mit den Vorschlägen für das sozialdemokratische Programm zur Gesundheitspolitik (dazu auch *Mielck*, spw 122, und *Pfaff*, spw 124). *Karl Lauterbach* spricht hierzu insbesondere die Frage an, was aus den Erfahrungen gesteuerter Gesundheitsversorgung in den USA zu lernen ist. *Heinz Lohmann* stellt die Umbrüche im Krankenhaussektor vor. Diese Kontroversen um Steuerung und Wettbewerb muss verstehen und bewerten, wer auf die Umsetzung des insoweit vagen SPD-Programms in der nächsten Wahlperiode

den Einfluss nehmen will. Es wird deutlich, dass Wettbewerb „an sich“ weder sozial noch unsozial, weder effizient noch ineffizient ist, sondern es entscheidend auf die politische Rahmenordnung ankommt. Wettbewerb zwischen wem und wozu? *Christoph Then* und *René Röspe* (in der Rubrik DL21, S.11) sprechen schließlich Grundsatzfragen der

medizinischen Forschung an (vgl. dazu *Wodarg*, spw 114 und 115). Wenn wir mit diesem Schwerpunkt dazu beitragen können, die notwendigen Diskussionen anzuregen und zu vertiefen und damit zu politischem Handeln zu ermutigen, ist unser Ziel erreicht. Über Repliken, Widersprüche und Ergänzungen freuen wir uns. spw 3/2002

Gesundheitspolitische Artikel aus den letzten zwei Jahrgängen von spw:

Wolfgang Wodarg, Recht und Ethik der modernen Medizin, spw 114 (4/2000), S. 51-53
 Wolfgang Wodarg, Patentierung von Erbgut, spw 115 (5/2000), S. 14-15
 Horst Peter/ René Röspe/ Rolf Rosenbrock, Zukunft der Gesundheitspolitik, spw 117 (1/2001) S. 38-42
 Andreas Mielck, Verringerung der gesundheitlichen Ungleichheit, spw 122 (6/2001), S. 8-12
 Thomas Gerlinger, Gesundheitspolitik im Umbruch, spw 123 (1/2002), S. 47-49
 Martin Pfaff, Perspektive sozialdemokratischer Gesundheitspolitik, spw 124 (2/2002), S. 12-14
 Die Artikel können bei der Redaktion als Dateien oder in Kopie angefordert werden. Bei der Anforderung von Kopien bitte Rückporto beilegen.

Zukunftsbranche Lebensqualität: Ökonomische und soziale Herausforderungen

Von *Michaela Evans* und *Josef Hilbert*

Zu den Hauptträgern des Beschäftigungswachstums haben in den letzten Jahren Branchen wie Gesundheit, Bildung und Erziehung, Sport oder Freizeit und Kultur gehört. Die Analyse des sozialen Wandels und die Auseinandersetzung mit dem Innovationsgeschehen in diesen auf die Lebensqualität bezogenen Bereichen lassen die Prognose zu, dass sich die Wachstumstrends fortsetzen werden. Der Bedarf an Produkten und Dienstleistungen aus den genannten Angebotsfeldern wird steigen. Die Anbieter können mit organisatorischen und technischen Innovationen auf wachsende Aufmerksamkeit stoßen.

Skeptische Analysen gehen davon aus, dass die Grundlagen für den Ausbau dieser Branchen äußerst problematisch seien, da mit wachsendem Druck auf die öffentlichen Mittel insbesondere für die „staatsnahen“ Lebensqualitätsbranchen (v. a. Gesundheit,

Bildung, Kultur) zu rechnen sei. Es ist aber auch erkennbar, dass zunehmend mehr Menschen bereit sind, für „mehr Lebensqualität“ private Mittel auszugeben, um damit Dienstleistungen zu beziehen, die über ihre durch den Staat oder die Sozialversicherungen getragenen Ansprüche hinausgehen. Eine Wachstumsstrategie für die Zukunftsbranche Lebensqualität tut deshalb gut daran, dem Sozialabbau entgegenzutreten und zugleich zusätzliche private Kaufkraft für diesen Wirtschaftsbereich zu aktivieren. Für die Linke ist die Zukunftsbranche Lebensqualität daher eine große Herausforderung. Es gibt gute Chancen, den Lebensstandard breit anzuheben, aber auch die Gefahr, dass mehr private Mittel für Lebensqualität die Ungleichheit steigern – zwischen denen, die sich nur auf ihre öffentlich verbrieften Ansprüche verlassen und denen, die zusätzliche private Mittel

ausgeben wollen und können. Die Linke ist also gefordert, ihre Politik zur Verbesserung der Lebensqualität zu überdenken. Bislang hieß diese, ausschließlich auf öffentliche oder solidarisch getragene Finanzquellen zu setzen. Für die Zukunft ist ein produktives Zusammenspiel von öffentlichen und privaten Quellen gefordert. Darüber hinaus sind anspruchsvolle Mindeststandards zu definieren und gesetzlich zu verankern. Gelingt dies, könnte am Ende nicht nur mehr (bezahlbare) Lebensqualität, sondern auch mehr Beschäftigung stehen. Die Bewältigung ökonomischer und sozialer Herausforderungen erscheint so als komplementäre Gestaltungsaufgabe.

Lebensqualität als Beschäftigungsmotor

Unter dem Label „Dienstleistungen für mehr Lebensqualität“ lässt sich ein ganzes Bündel von Service-Angeboten zusammenfassen, das sich überwiegend aus personenbezogenen Dienstleistungen zusammensetzt. Sie zeichnen sich durch folgende Merkmale aus:

- die Orientierung an Endkunden bzw. Kundengruppen (Einzelpersonen, Personengruppen, Familien oder Paare, Ein- und Mehrpersonen-Haushalte);

Michaela Evans studiert Sozialwissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum und ist Mitarbeiterin in der Abteilung Dienstleistungssysteme des Instituts Arbeit und Technik (IAT) in Gelsenkirchen. *Dr. Josef Hilbert* ist Leiter der Abteilung. Der Beitrag geht zurück auf einen Vortrag bei ProMS Nord und ver.di Lübeck/Ostholstein am 17.11.2001 in Lübeck.

- die Unterstützung bei der individuellen Lebensführung bzw. bei der Bewältigung des Alltags;
- die Ausrichtung des Leistungsangebotes an den spezifischen Lebenslagen der Kunden.

Dienstleistungen für mehr Lebensqualität sind Ausdruck der wachsenden und sich wandelnden Ansprüche an die Bewältigung des Alltags und die Gestaltung von Freizeit. Da sie sich auch unabhängig vom sozialpolitisch definierten Bedarfsfall konzipieren lassen, steht ihr Ausbau nicht in Konkurrenz zu den solidarisch getragenen Sicherungssystemen, sondern in einem komplementären bzw. synergiebestimmten Verhältnis. Der gezielte Auf- und Ausbau der Zukunftsbranche Lebensqualität dient der individuellen Wohlfahrtsteigerung und verbessert die Lebensverhältnisse durch positive Beschäftigungseffekte auf der Basis flächendeckender kunden- und bedarfsorientierter Angebote.

Ausgehend von einem erweiterten Systembegriff, welcher neben der traditionellen Gliederung des Gesundheits- (ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung) und Bildungswesens (Primär-, Sekundär- und Tertiärbereich; Bereich der Weiterbildung und ihrer Träger) auch die Verflechtungen zu anderen Wirtschaftssektoren berücksichtigt, lassen sich neben den Kernbereichen der personenorientierten Leistungserstellung noch wirtschafts- und beschäftigungsrelevante Zulieferindustrien und Nachbarbranchen identifizieren. Neben den personalintensiven Dienstleistungen in den Kernbereichen der ambulanten und stationären Gesundheitsversorgung

und den direkten Lehrtätigkeiten im Bildungswesen existieren in beiden Branchen auch kapital- und technologieintensive Vorleistungs- und Zulieferindustrien: Medizin- und Gerontotechnik und die

pharmazeutische Industrie im Gesundheitswesen, die Lehrmittelindustrie, der Buchhandel, das Verlagswesen oder die medienherstellenden und -vertriebenden Unternehmen im Bildungsbereich. In den Randbereichen befinden sich z.B. Sportvereine und Wellnesseinrichtungen, alters- und bedarfsgerechte Wohnkonzepte im Gesundheitsbereich und Kulturveranstaltungen, Museen, Ausstellungen und Tourismus im Bildungsbereich.

Im Gegensatz zur Bildungswirtschaft liegen für die Gesundheitswirtschaft genauere Daten zur Beschäftigung vor. So waren in der Bundesrepublik Mitte der 90er Jahre ca. 4 Mio. Menschen in der Gesundheitswirtschaft beschäftigt. Dies entspricht einem Anteil von 11,2% an der Gesamtbeschäftigung. In

den Kernsektoren der ambulanten und stationären Versorgung arbeiten ca. 3,8 Mio. Menschen, in den Vorleistungs- und Zulieferindustrien rund 260.000. Für die Randbereiche und Nachbarbranchen des Gesundheitswesens liegen keine verlässlichen Angaben vor. Dennoch folgt aus den vorliegenden Daten und Statistiken: Die Gesundheitsbranche zählt zu den personal- und beschäftigungsintensivsten Dienstleistungsbranchen der Bundesrepublik. Eine für das Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen (MFJFG) erstellte Studie bestätigt dies: 1998 waren ca. 957.000 Menschen in der nordrhein-westfälischen Gesundheitswirtschaft beschäftigt, wobei 39% auf die ambulante und 37,9 % auf die stationäre und teilstationäre Versorgung entfielen. In den Vorleistungs- und Zulieferindustrien waren ca. 113.000 (11,8 %) Personen beschäftigt und in den Randbereichen und Nachbarbranchen ca. 27.000 Personen (2,8%) (vgl. FFG/IAT/MHH 2001: 3). Vergleicht man die Beschäftigung in der Gesundheitswirtschaft in NRW mit anderen ausgewählten Wirtschaftsbereichen (Kultur, IuK, Automobil, Energie, Bergbau oder Baugewerbe), zeigt sich deutlich ihre Spitzenposition.

Der soziodemographische Wandel als wirtschaftliche Chance

Mit dem Begriff des soziodemographischen Wandels werden Entwicklungen bezeichnet, die mit Menge und Zusammensetzung der Bevölkerung, aber auch mit der spezifischen

Art des Zusammenlebens der Menschen zu tun haben. Die Bedeutung des soziodemographischen Wandels für die zukünftige Entwicklung der Lebensqualitätsbranchen soll anhand zweier Teilaspekte dargestellt werden, zum einen am Prozess des „Alterns der Gesellschaft“, zum anderen an der zunehmenden Individualisierung und Pluralisierung der Lebensführung.

Das „dreifache Altern“ der Gesellschaft wird durch folgende Prozesse bestimmt:

1. die absolute Zahl der älteren Menschen wird deutlich zunehmen;
2. der relative Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung wird erheblich zunehmen;
3. die absolute Zahl der Hochbetagten (80 Jahre und älter) wird zunehmen.

Es ist zu erwarten, dass im Jahre 2040 die absolute Anzahl älterer Menschen auf gut 21 Mio. ansteigen wird, bei einem gleichzeitigen Rückgang auf insgesamt ca. 75 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner. Der relative Anteil dieser Alterskohorte steigt damit auf

28% an der Gesamtbevölkerung. In absoluten Zahlen: Die Altersgruppe der Menschen ab 65 Jahren und älter wird um knapp 8,2 Mio. ansteigen (vgl. Statistisches Bundesamt 2000: 14). Mit dem demographischen Wandel wird ein Mehrbedarf an professionellen Hilfs- und Pflegeangeboten einhergehen, der nur durch Ausbau der Unterstützungs- und Pflegekapazitäten gedeckt werden kann. Quantitative Zukunftsszenarien zur Nachfrage nach Gesundheitsleistungen wurden in diesem Zusammenhang vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) vorgelegt. Demnach wird bei der Krankenhausversorgung mit einer Steigerung der demographisch bedingten Krankenhausfälle bis zum Jahr 2020 auf ca. 18,5 Mio. (15%) gerechnet, und anschließend – bis zum Jahre 2050 – ist mit einem weiteren Anstieg von 4% auf dann knapp 19,3 Mio. Fälle zu rechnen. Zudem wird sich die Zahl der Pflegebedürftigen von rund 1,93 Mio. (1999) auf 2,94 Mio. (2020) erhöhen, was einem Zuwachs von 52% entspricht. Für den Zeitraum zwischen 1999 und 2050 wird sogar mit einer Steigerung der Zahl der Pflegebedürftigen auf 4,7 Mio. gerechnet, was einer Zuwachsrate von 145,1 % gegenüber 1999 entspricht (vgl. DIW 2001).

Verstärkt wird dieser Trend noch dadurch, dass in den westlichen Industrienationen demographische Alterung in gesellschaftliche Individualisierung und Pluralisierung eingebettet ist, die zu einer Schwächung informeller Unterstützungsleistungen führen. Wurden Pflege- und Betreuung ursprünglich informell erbracht, so werden diese Dienstleistungen zunehmend aus dem häuslichen bzw. familiären Bereich ausgelagert. Von besonderer Bedeutung ist dabei die wachsende Erwerbstätigkeit von Frauen und die steigende Zahl von Single-Haushalten. Potenziell verfügbare familiäre Pflegekapazitäten können die Pflege- und Betreuungsleistungen aufgrund von Zeitkonkurrenzen nicht erbringen. Oft besteht gar nicht mehr die Möglichkeit, direkt auf familiäre Hilfe zurückzugreifen zu können.

Daneben lassen auch bildungsbezogene Dienstleistungen, gerade auch für ältere Menschen, eine steigende Nachfrage erhoffen. Entgegen einer defizitären Auffassung des Alters und vor dem Hintergrund der Debatte zum „lebenslangen Lernen“ können Wünsche nach aktiver Freizeitgestaltung jenseits der Erwerbsarbeit Schubkräfte für die Lebensqualitätsdienstleistungen freisetzen. Die steigende Nachfrage nach bildungsbezogenen Dienstleistungen begründet sich dadurch, dass auch ältere Menschen zusätzliche Kompetenzen erlangen möchten und darüber hinaus dadurch, dass die konkreten Anwendungsmöglichkeiten bildungsbezogener Dienstleistungen einen klar definierten Zusatznutzen für sie darstellen können (z.B. Senioren-online Dienste als zusätzliche Informations- und Kontaktforen).

Eine Strategie für die Zukunftsbranche Lebensqualität muss dem Sozialabbau entgegentreten und zugleich zusätzliche private Kaufkraft aktivieren.

Die Bandbreite möglicher, zum Teil heute schon bestehender Angebote reicht von einzelnen Bildungskursen (z.B. Computerkurse oder Fremdsprachenkurse, Bildungsmöglichkeiten rund um das Thema Gesundheit) über die Bereitstellung integrierter, branchenübergreifender Bildungsangebote (z.B. Bildungsreisen für Senioren) bis hin zur vermehrten Einrichtung von Bildungsinstitutionen (z.B. Universitäten des dritten Lebensalters). Ein weiterer Faktor ist die betriebliche Nachfrage nach Bildungs- bzw. Weiterbildungsangeboten speziell für ältere Beschäftigte. Weiterbildung und Qualifikation für ältere Arbeitnehmer werden zukünftig aus betrieblicher und individueller Sicht wichtiger.

Die Menschen investieren in die Lebensqualität

Ein steigendes Gesundheitsbewusstsein und das wachsende Interesse an Bildung unterstützen als weitere Faktoren die Nachfrage nach lebensqualitätsorientierten Dienstleistungen. Für den Bereich der Gesundheit zeigt sich, dass mehr Menschen z.B. eine sportlich aktive Freizeitgestaltung mit dem Bedürfnis, einen eigenen Beitrag zur Gesundheitsvorsorge zu leisten, verbinden. Die steigende Nachfrage nach gesundheitsbezogenen

Dienstleistungen spiegelt sich unter anderem in dem starken Wachstum der Fitnesswirtschaft wider (vgl. Kamberovic/Schwarze 1999).

Auch wenn im internationalen Vergleich derzeit private Mittel zur Finanzierung von gesundheitsbezogenen Dienstleistungen noch eine geringe Rolle spielen, steigt ihr Aufkommen: Während Anfang der 90er Jahre der Anteil der privaten Ausgaben für Güter und Dienstleistungen zur Gesundheitspflege nur 3,2% der gesamten Konsumausgaben der Haushalte betrug, lag dieser Anteil im Jahre 2000 bereits bei 4,1% – dies entspricht einer Steigerung von knapp einem Drittel innerhalb einer Dekade (vgl. DIW 2001: 29ff). Werden die privaten Ausgaben der Haushalte für Gesundheitsdienstleistungen zudem aufgeschlüsselt nach der Höhe des monatlichen Haushaltseinkommens so zeigt sich, dass mit steigendem Einkommen auch die privaten Aufwendungen für die Gesundheitspflege insgesamt steigen. Während 1998 Haushalte mit einem niedrigen Haushaltseinkommen von 2500,- bis unter 3000,- DM monatlich 76,- DM bzw. 2,93 % ihrer Konsumausgaben für die Gesundheitspflege verwendeten, betrug diese Ausgaben in Haushalten mit höheren Einkommen (10.000,- bis unter 15.000,- DM) 423,- DM oder 5,5% der Konsumausgaben (ebd.: 31ff).

Mit zunehmendem materiellem Wohlstand und mit fortschreitender Individualisierung steigt auch das Bedürfnis der Menschen nach gesundheitlichem Wohlbefinden und individueller Lebensqualität, so dass in Zukunft entsprechende Dienstleistungsangebote in der Bedürfnis- und Wertehierarchie der Bevölkerung oben stehen werden (vgl. Wasem 1999).

Die Palette der Produkte und Dienstleistungen ist sehr umfangreich. Sie reicht von der Schönheitschirurgie, über Lifestyle Drugs und medizinische Nahrungsmittel bis zu Orientierungshilfen im Gesundheitswesen. Es wird geschätzt, dass sich im Jahr 2000 in Deutschland 150.000 – 200.000 Menschen einer Schönheitsoperation unterzogen haben. Diese Zahlen fallen zwar gegenüber den USA (5,7 Mio.) noch vergleichsweise gering aus, verweisen dennoch auf die hohe Bedeutung dieses aus (vorwiegend) privaten Mitteln finanzierten Geschäftsfelds (vgl. Bartens 2001).

Auch Bildung gewinnt als zusätzlich privat finanziertes Konsumgut an Bedeutung. Sie entwickelt und fördert berufliche Qualifikationen und Kompetenzen, ermöglicht die soziale und kulturelle Teilhabe und schafft Orientierung in der Informations- und Wissensgesellschaft. Die privaten Konsumausgaben

für Bildung, Unterhaltung und Freizeit je Haushalt und Monat ergeben ein ähnliches Bild wie im Gesundheitsbereich. Mit steigendem Einkommensniveau wachsen auch die Ausgaben für die genannten Bereiche: Etwa 11 bis 12% der privaten Konsumausgaben entfallen in den Haushalten mit höherem und mittlerem Einkommen auf Ausgaben für Bildung, Unterhaltung und Freizeit, ein Großteil davon für Unterricht (2,3 bzw. 2,0 %). In den Haushalten mit mittlerem Einkommen werden monatlich etwa 460,- DM für Bildung und Freizeit ausgegeben, in Haushalten mit höherem Einkommen sind es mo-

natlich bereits 688,- DM. Haushalte mit niedrigen Einkommen geben monatlich nur 119 DM,- für Bildung, Unterhaltung und Freizeit aus. Die Anteile der privaten Ausgaben für Bildung, Unterhaltung und Freizeit in Haushalten mit mittleren Einkommen am Konsum haben sich gegenüber 1965 von 6,5% auf 11,9 % im Jahre 1997 fast verdoppelt.

Technischer Fortschritt ermöglicht kundenorientierte Innovationen

Der technische Fortschritt ist eine maßgebliche Triebfeder der Gesundheitswirtschaft und der bildungsbezogenen Dienstleistungen. Bei zahlreichen Krankheitsbildern werden die Heilungschancen größer. In der Rehabilitation öffnen sich durch den technischen und medizinischen Fortschritt neue Perspektiven.

Neben besseren medizintechnischen Möglichkeiten werden auch Gesundheitsförderung und Prävention wichtiger. Dies lässt sich am Beispiel des Tele-Health-Monitoring illustrieren. Zur Vorbeugung und verlaufsorientierten Diagnose kann dieses Verfahren in einer integrierten Versorgungsstruktur (Kliniken, niedergelassene Ärzte, Rehabilitationseinrichtungen, Technikanbieter etc.) dazu beitragen, über Fern Diagnosen schnelle und problemadäquate Hilfe im Krisenfall (Infarkt) zu organisieren. Zudem besteht die Möglichkeit, frühzeitig auf die kritische Entwicklung von Vitalparametern (Herzfrequenz, Blutdruck, Puls) aufmerksam zu machen und so gesundheitliche Schäden zu vermeiden. Die Entwicklung und der Ausbau integrierter Versorgungsangebote im Gesundheitsbereich werden der Nachfrage zusätzliche Impulse verleihen.

Auch im Bildungsbereich ermöglicht der technische Fortschritt neue Produkte und Dienstleistungen. Das multimediale und distant-learning kann das Lernen zu Hause oder am Arbeitsplatz fördern. Bildungsaktivitäten in der Freizeit stehen nicht zuletzt auch in Zeitkonkurrenz zu anderen möglichen Aktivitäten. Unterschiedliche Bildungsangebote auch von zu Hause aus und nach den eigenen zeitlichen Präferenzen können diese Zeitkonkurrenzen abschwächen und

Der technische Fortschritt ist eine Triebfeder der Gesundheitswirtschaft und der Bildungs-Dienstleistungen.

Beratung, Planung, Werbung etc.	+950.000
Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte	+420.000
Medien, Kunst, Unterhaltung, Verlage, Fotogewerbe etc.	+420.000
Gaststätten-, Beherbergungsgewerbe	+250.000
Gesundheits-, Veterinärwesen	+250.000
Einzelhandel	+150.000
Bildung, Wissenschaft, Kultur, Verlage (fast ausschließlich Unternehmen und freie Berufe)	+150.000
Großhandel, Handelsvermittlung	+120.000
Wäscherei, Reinigung, Gebäudereinigung	+40.000
Friseur-, Körperpflegegewerbe	+40.000
Ausbaugewerbe	+30.000

Quelle: IAB Kurzbericht Nr. 9/1999; Beschäftigungswachstum 1995-2010

helfen, das Lernen gemäß dem eigenen Lerntempo und den ausgewählten Inhalten zu organisieren. Neben der allgemeinen Bildung kann auch die berufliche Bildung am Arbeitsplatz von der modernen IuK-Technologie profitieren. Vor allem größere Unternehmen versuchen, in der betrieblichen Weiterbildung die Potenziale des „e-learning“ zu erschließen (vgl. Fels u.a. 2001: 24 ff).

Lebensqualitätsbranchen sind zukunfts-gestaltende Beschäftigungsfelder

Im Hinblick auf die Arbeitsmarkt-Effekte auch in den anderen Lebensqualitätsbranchen des Dienstleistungssektors kann man sich an den Projektionen zur Arbeitslandschaft der Zukunft vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit orientieren. Danach sind bis zum Jahre 2010 auf mehr als 1,5 Mio. Arbeitsplätze in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Kultur zu hoffen.

Da auch in Beratung, Planung und Werbung zunehmend Leistungen mit Blick auf Privatkunden angeboten werden, kann der zu erwartende Arbeitsmarkteffekt sogar mit rund 2 Mio. veranschlagt werden. Wie es allerdings um die Qualität der Arbeitsplätze bestellt ist und wie die Qualifizierungskonzepte aussehen sollen, darüber wird sowohl in der Wissenschaft wie auch in der Wirtschaft intensiv und zum Teil äußerst kontrovers diskutiert. Klar ist aber, dass sowohl in der Gesundheitswirtschaft als auch im Bildungssektor in den nächsten Jahren Personalengpässe drohen. Deutlich wird dies z.B. im Bereich der Altenbetreuung; dort wird an eine Greencard für Pflegekräfte gedacht. Aber auch die Lehrerarbeitslosigkeit wird bald der Vergangenheit angehören. Die Konsequenz kann nur in der Qualifizierung und einer parallelen Verbesserung der Arbeitsbedingungen liegen, damit die Beschäftigten gerne und lange in diesen Branchen weiterarbeiten.

Dienstleistungspolitik für Lebensqualität

Diese Aussichten zeigen, dass sich hier für die Wirtschaft ein wichtiges und zukunfts-trächtiges Gestaltungsfeld eröffnet. Aber auch die Herausforderungen sind vielfältig. Der Gesamtkanon der Anforderungen zur Aktivierung lässt sich mit den folgenden Stichworten beschreiben:

Meinungswechsel:

„Nicht Kostenfaktor, sondern Zukunftsbranche“: Am Anfang

muss ein Wechsel in der öffentlichen Meinung stehen. Bildung, Soziales und Gesundheit gelten heute zwar als unverzichtbare Voraussetzungen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, gleichwohl werden sie als Kostenfaktoren wahrgenommen. Gerade

in wirtschaftlich schwierigen Zeiten gibt es kräftigen Druck zur Kostenreduzierung. Besser wäre es, wenn zwar darauf hingearbeitet würde, dass die Lebensqualitätsangebote so kostengünstig wie möglich erstellt werden. Gleichzeitig muss aber deutlich werden, dass in ihnen nicht Belastungen für die Wirtschaft liegen, sondern große Chancen. Hierzu sollten sich die sozialen Dienstleister nicht mehr als Kostgänger der Wirtschaft, sondern als Wachstums- und Beschäftigungsmotoren begreifen und darstellen.

Sowohl öffentliche als auch private Finanzgrundlagen ausbauen: Bei der Diskussion um die Zukunft der Lebensqualitätsbranchen dominieren Finanzierungsfragen. Am deutlichsten wird dies im Gesundheitsbereich. CDU/CSU plädieren dafür, die öffentliche und solidarische Finanzierung durch neue private Finanzierungsformen zu ergänzen, um so die obligatorischen Abgaben zu dämpfen. Die SPD setzt darauf, durch mehr Effizienz und Qualität – bewirkt durch die Fallpauschalen oder andere Produktivitätsanreize – die Kosten in den Griff zu bekommen. Realistisch scheint jedoch, dass es beides geben muss. Prognosen zufolge (vgl. DIW 2001) werden selbst dann, wenn die erhofften Produktivitätsfortschritte gelingen, der soziodemographische Wandel und der medizinische und gesundheitswissenschaftliche Fortschritt die Anforderungen an öffentliche und halböffentliche Finanzwege deutlich steigen lassen. Parallel dazu werden gewandelte Interessen und Präferenzen in der Bevölkerung auch zusätzliche private Kaufkraft aktivieren.

Die derzeitige Diskussion im Bildungswesen ist stark gekoppelt an die Fragen der Finanzierung (z.B. Studiengebühren, Bildungsgutscheine) und der Effizienz und (output-orientierte) Effektivität unseres Bildungssystems, vor allem im internationalen Vergleich. Die Zukunftsfähigkeit des Bildungswesens

Die sozialen Dienstleister sollten sich nicht als Kostgänger der Wirtschaft, sondern als Wachstumsmotoren begreifen und darstellen.

hängt dabei von mehreren Faktoren ab: Die Lern- und Lehrsituation darf sich nicht verschlechtern, weil öffentliche Mittel in wichtigen Bildungsinstitutionen und bildungsrelevanten Nachbarbranchen (kulturelle Veranstaltungen, Bibliotheken,

soziokulturelle Zentren u.ä.) fehlen. Vielmehr ist die öffentliche Förderung und Finanzierung sicherzustellen. Zudem können Qualitätssicherung und -entwicklung zu einem besseren Ressourceneinsatz beitragen. Durch Benchmarkingverbände ließen sich

Verbesserungspotenziale identifizieren. In den Kern-, Rand- und Nachbarbranchen des Bildungssektors sollten durch das Zusammenspiel von öffentlichen und privaten Bildungsanbietern kundenorientierte Angebote ergänzend zu den bisherigen Leistungen entwickelt werden (z.B. Bildungswegberatung). Die derzeitige Kostendiskussion ist zu eingleisig. In Zukunft müssen wir überall gleichzeitig ansetzen: Produktivitätssteigerungen, Ausweitung der öffentlichen Finanzierung sowie die Aktivierung zusätzlicher privater Mittel für Gesundheit und Bildung. *Innovationsoffensive für neue Angebote im Gesundheitswesen:* Dies trifft zunächst für den engeren, medizinisch geprägten Kernbereich zu. Wichtige Impulse werden zunehmend auch aus Nachbarbranchen kommen.

Bis zum Jahr 2010 ist auf mehr als 1,5 Mio. Arbeitsplätze in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Kultur zu hoffen.

Gesundheitswirtschaftspolitik sollte innovationswillige Akteure ermutigen und unterstützen und darauf hinwirken, dass auch Einrichtungen aus den Kernbereichen des Gesundheitswesens in diese Märkte hineindiversifi-

zieren. Unterstützung sollte allerdings nicht mit Subvention oder gar mit der Aufnahme solcher Angebote in den Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherungen verwechselt werden. Nötig sind Studien über Marktpotenziale, Marktstrategien und über gelungene Beispiele. Zudem ist für viele innovative Produkte und Dienstleistungen ein Zusammenspiel von Akteuren notwendig, die heute noch zumeist getrennt operieren. Um solche Innovationsallianzen zu ermöglichen, sind öffentliche Impulse erforderlich. Im Bildungswesen zielen Förderprogramme wie die „Lernenden Regionen“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) auf Netzwerke von allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen, Volkshochschulen, Betriebe oder Multimedia-Unternehmen. Dies ermöglicht nicht nur die Abstimmung des Handelns auf die regionalen Bedürfnisse, sondern auch angebots- und kundenorientierte Synergien und Innovationen.

Zusätzliche (Privat-) Versicherungslösungen für Produkte aus den Randbereichen des Gesundheitswesens: Produktivitätssteigerungen können helfen, im Rahmen der solidarisch finanzierten Krankenversicherungen ein Optimum an obligatorischen universellen Gesundheitssicherungsleistungen aufrechtzuerhalten. Darüber hinaus sind viele Menschen bereit, zusätzliche private Mittel für weitergehende Angebote auszugeben. In vielen Fällen (etwa für einen Wellness-Gesundheitsurlaub) reicht eine rein private Finanzierung. In anderen Fällen (etwa integrierten Notruf- und Kommunikationssystemen, so weit sie nicht medizinisch erforder-

lich sind) könnte an breiter angelegte Versicherungslösungen gedacht werden. Damit entsprechende Finanzierungswege nicht nur auf einen kleinen Kreis von sehr einkommensstarken Menschen beschränkt bleiben, sollten neue Wege beschritten werden, um auch Durchschnittsverdiener zu Investitionen in mehr Lebensqualität zu aktivieren. Ansätze könnten in betriebs- oder branchenbezogenen Versicherungslösungen liegen. Denkbar sind Versicherungen, die parallel zu Mietverträgen abgeschlossen werden können, um dann im Falle von Krankheit oder altersbedingten Beeinträchtigungen Unterstützungsdienste zu finanzieren. Eine eindeutige Abgrenzung zwischen den medizinisch notwendigen Leistungen, die von den obligatorischen Krankenversicherungen garantiert werden, und sonstigen gesundheitsbezogenen Angeboten ist wichtig, um zusätzliche Ressourcen zu mobilisieren. **Verbraucherschutz:** Das steigende Interesse an der Gesundheitswirtschaft und an bildungsbezogenen Dienstleistungen fordert

den Verbraucherschutz heraus. Bislang ist das Gesundheitswesen im Hinblick auf die Produkt- und Angebotspalette sehr stark politisch geführt, d.h. die überwältigende Mehrheit der zur Verfügung stehenden Angebote muss zugelassen werden und ist bei der Anwendung auf die Aktivität von professionell Qualifizierten beschränkt. Im Bildungsbereich sind dagegen Unterricht oder Wissensvermittlung nicht notwendigerweise an eine professionelle (didaktisch-methodische) Qualifikation gekoppelt. Starke politische Regulierung und professionelle Dominanz werden auch in Zukunft die Kernbereiche des Gesundheits- und Bildungswesens (vor allem allgemeinbildende und berufliche Schulen) auszeichnen. In den Rand- und Überlappungsbereichen jedoch werden eher Markt, Wettbewerb und Kundenakzeptanz ausschlaggebend sein. Ein Optimum an Verbraucherschutz ist hier nur auf neuen Wegen zu erreichen.

spw 3/2002

Literatur

- Bartens, W., 2001: Körper auf Messers Schneide. In: DIE ZEIT, Nr. 1/2002, 27.12.2001, 28.
- DIW (Hg.) 2001: Wirtschaftliche Aspekte der Märkte für Gesundheitsdienstleistungen. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, Endbericht. DIW Berlin/ IGES Berlin.
- Fels, G. / Heinze, R. G. / Pfarr, H. / Schmid, G. / Streeck, W., 2001: Gute Praxis in der betrieblichen Weiterbildung. Bericht der Benchmarking-Gruppe des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit.
- Forschungsgesellschaft für Gerontologie (FG) / Institut Arbeit und Technik (IAT) / Medizinische Hochschule Hannover (MHH) 2001: Gesundheitswesen und Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen. Studie für das Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit NRW.
- Kamberovic, R. / Schwarze, B., 1999: Deutsche Fitness Wirtschaft, Hamburg.
- Statistisches Bundesamt (Hg.), 2001: Leben und Arbeiten in Deutschland. Mikrozensus 2000, Wiesbaden (www.statistik-bund.de).
- Statistisches Bundesamt (Hg.), 2000: Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis zum Jahre 2050.
- Wasem, J., 1999: Das Gesundheitswesen in Deutschland: Einstellungen und Erwartungen der Bevölkerung, Neuss.

Ökonomisierung der Gesundheit

Über die Rolle der Gesundheitsökonomie

Von Holger Paetow

■ Gesundheitspolitik scheint mittlerweile ein Teil der Wirtschaftswissenschaften geworden zu sein. Äußeres Anzeichen ist die Flut an Gutachten, Berichten und Programmen zu gesundheitspolitischen Grundsatz- und Detailfragen, die von Unternehmensberatungen, Instituten und Fachökonominnen in jüngster Zeit in die Debatte gebracht worden sind. Auch die Gutachten des Sachverständigenrates für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen sind vorwiegend ökonomischen Inhalts; „Bedarfsgerechtigkeit und Wirtschaftlichkeit“ der Titel der letzten Ausgabe.

Gesundheit und Krankheitsbehandlung sind seit jeher untrennbar mit ökonomischen Fragen verbunden, wie der Honorierung medizinischer Professionals, der Führung eines freiberuflichen Gewerbebetriebes Arztpraxis oder der effizienten Produktion und Verwendung medizinischer Sachgüter. Ob und in welchem Sinn kann überhaupt von einer Ökonomisierung des Gesundheitswesens als einem relevanten aktuellen Trend gesprochen werden? Welche Folgerungen sind daraus für die Disziplin der Gesundheitsökonomie zu ziehen? Es lassen sich mindestens

drei Trends zeigen, die das Verhältnis von Ökonomie und Medizin in jüngster Zeit nachhaltig zu verändern begonnen haben. Konkret handelt es sich um

- die steigende makroökonomische Relevanz, also die Bedeutung des Gesundheitswesens und seiner Finanzierung für Wachstum und Beschäftigung der Wirtschaft im allgemeinen,
- die forcierte Marktorientierung, d.h. die stärkere Steuerung des Leistungsgeschehens durch Marktkräfte, also durch autonome individuelle Entscheidungen von Nachfragern, also Patienten und Versicherten einerseits und Leistungsanbietern bzw. Versicherern andererseits
- die zunehmende ökonomische Professionalisierung der Medizin, d.h. die wachsende Anwendung betriebs- und volkswirtschaftlicher Analyse- und Entscheidungsverfahren und -kriterien auf die Produktion gesundheitsbezogener Güter und Dienstleistungen.

Makroökonomische Relevanz

Das Gesundheitswesen ist ein bedeutender ökonomischer Wachstums-, Beschäftigungs-, Export- und Standortfaktor. Der Anteil der

Erwerbstätigen im Gesundheitswesen an den Erwerbstätigen insgesamt ist von rd. 3,9% (1,03 Mio.) im Jahre 1970 auf 7,4% (2,1 Mio.) im Jahre 1999 gestiegen. Zählt man die Beschäftigten anderer Branchen hinzu, die indirekt für das Gesundheitswesen arbeiten, bringt der Sektor ca. 4,5 Mio. Menschen in Lohn und Brot. Der Anteil des Gesundheitssektors am Bruttoinlandsprodukt liegt mit knapp zehn Prozent (250 Mrd. € Umsatz) deutlich über dem der Kraftfahrzeugindustrie. Die Nachfrage nach Gesundheitsgütern ist zudem ausgesprochen stetig, so dass sie zur Stabilität der Wirtschaft beiträgt. Arzneimittel- und Medizinprodukt-Hersteller exportieren mehr als die Hälfte ihrer Produktion. Zunehmende Globalisierung und Europäisierung finden sich auch in anderen Versorgungsbereichen. Zwar sind die meisten Gesundheitsmärkte überwiegend lokal, aber die Grenzen werden auch außerhalb des sog. kleinen Grenzverkehrs durchlässiger, z.B. für telemedizinische diagnostische Leistungen, für Rehabilitationsmaßnahmen und zunehmend für Versicherungen. Großbritannien „importiert“ Krankenhausleistungen aus Deutschland, indem es, um Wartelisten zu verkürzen, Patienten in Deutschland versorgen lässt. Die Europäische Kommission drängt auf eine Vereinheitlichung und europaweite Marktöffnung auch für Krankenversicherungen.

Auf der anderen Seite ist die medizinische Versorgung ein bedeutender Kostenfaktor für die Wirtschaft, d.h. für die Arbeitgeber, die annähernd hälftig an der Finanzierung der Krankenversicherungsbeiträge beteiligt sind.

Diese doppelte Rolle des Gesundheitswesens als Wachstums- und als Kostenfaktor definiert das eigentliche Dilemma der aktuellen Gesundheitspolitik: Eine Entlastung der Lohnnebenkosten durch Dämpfung der Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) würde immer zugleich die Wachstums- und Einkommenschancen in diesem personal- und innovationsintensiven Gesundheitssektor beeinträchtigen. Lösbar scheint dieses Dilemma auf den ersten Blick nur durch Umfinanzierung der GKV-Ausgaben zu Lasten der Versicherten und der Patienten zu sein. Ein Großteil der gesundheitspolitischen Diskussionen dreht sich um nichts anderes. Aufteilung des GKV-Leistungsspektrums in Grund- und Wahlleistungen, Selbstbeteiligungen und Kostenerstattungsverfahren oder die Einbeziehung von Miet- und Zinseinkommen bei der Beitragsbemessung sollen letztlich keinem anderen Ziel dienen als der Entlastung der Arbeitgeber.

Dabei ist deren paritätische Beteiligung an der Krankheitskosten nicht allein ein Gebot der Solidarität und Gerechtigkeit. Vielmehr ist die Arbeitswelt selbst eine wesentliche Determinante gesundheitlicher Belastungen. Insofern ist es konsequent, das Interesse der Arbeitgeber an einer Minderung der Gesundheitsgefahren am Arbeitsplatz über eine Beteiligung an den Kosten der Krankenversorgung wach zu halten.

Es ist auch gar nicht die Ausgabenentwicklung, welche die permanenten Finanzierungsprobleme der Krankenversorgung verursacht. Seit etwa 1980 ist in Deutschland der Anteil der Gesundheitsausgaben bzw.

der GKV-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt nahezu konstant geblieben – wie übrigens in den meisten OECD-Staaten auch. Die vielbeschworene Kostenexplosion hat es nie gegeben. Vielmehr ist der fühlbare Anstieg der Beitragssätze in der GKV darauf zurückzuführen, dass deren Finanzierungsbasis, die Einkommen der abhängig Beschäftigten, wegen der hohen Arbeitslosigkeit und der zurückhaltenden Lohnpolitik der Tarifparteien stagnierte bzw. relativ zum Bruttoinlandsprodukt sank.

Es ist wohl auch künftig keine dramatische Kostensteigerung im Gesundheitswesen zu erwarten. Alle Argumente hierfür lassen sich relativieren. Der demographische Effekt, d.h. die Alterung der Bevölkerung, wird die Kosten nur unwesentlich steigern, da medizinischer Fortschritt und gesündere Lebensweise nicht nur Ursachen für eine höhere Lebenserwartung sind, sondern auch dafür, dass Krankheiten später einsetzen. Zudem fällt der weitaus größte Teil der Kosten für medizinische Behandlung statistisch ohnehin in den letzten Lebensjahren an, unabhängig davon, in welchem Lebensalter der Tod eintritt.

Der Einfluss des medizinisch-technischen Fortschritts auf die Kostenentwicklung ist uneindeutig. Dass neue Therapien und Diagnoseverfahren oftmals wesentlich teurer sind als ältere ist kein Naturgesetz. Zum einen folgen die höheren Ausgaben meist nicht aus höherem Produktions- oder Forschungsaufwand, sondern aus der Marktmacht, die sich die Anbieter – patentgeschützt – Innovationen zunutze machen

können und sind insofern eher die Folge mangelhafter Wettbewerbs- und Regulierungspolitik. Zum anderen bestehen im Gesundheitswesen bislang noch kaum Anreize für Rationalisierungsinnovationen, mit denen Kosten gesenkt werden könnten.

Schließlich kann auch die angebliche Anspruchsinflation der Versicherten nicht als Begründung für künftige Kostenexplosionen herhalten. Die Vorstellung, die Patienten würden die Inanspruchnahme versicherungsfinanzierter medizinischer Leistungen infolge einer Null-Kosten-Mentalität über das notwendige Maß ausdehnen, ist für die

meisten Versorgungsbereiche geradezu hanebüchen, wenn man bedenkt, dass diese Leistungen in aller Regel neben den monetären auch immaterielle Kosten in Form diverser physischer und psychischer Belastungen verursachen. Die Schmerzgrenze für die Inanspruchnahme eines zahnärztlichen

Die doppelte Rolle des Gesundheitswesens als Wachstums- und als Kostenfaktor definiert das eigentliche Dilemma der aktuellen Gesundheitspolitik.

Bohrgeräts dürfte durch das Ausmaß der eigenen finanziellen Beteiligung auch nicht im geringsten verschoben werden.

Von einer bedrohlichen Kostenexplosion kann also keine Rede sein, von einem überhöhten Kostenniveau schon. Nach wie vor leistet sich Deutschland ein gemessen am Versorgungsniveau zu teures Gesundheitssystem, wie mehrere internationale Vergleichsstudien belegt haben. Die Versorgung ist nicht effizient, es bestehen Wirtschaftlichkeitsreserven, deren Umfang auf mindestens 20 Mrd. € allein für die GKV geschätzt wird. Ein erheblicher Teil der diagnostischen und therapeutischen Verfahren ist schlichtweg ineffizient oder überflüssig. Die Gesundheitsökonomie hat in den letzten zwanzig Jahren beachtliche Fortschritte gemacht, Analyseinstrumente zu entwickeln, mit denen man die Spreu vom Weizen trennen kann. Anders als etwa Großbritannien hinkt Deutschland aber beim Einsatz solcher Instrumente weit hinterher.

Sofern es gelingt, diese Wirtschaftlichkeitsreserven auszuschöpfen, ist gegen einen mäßigen Anstieg des Anteils der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt nichts einzuwenden, da dieser eine bessere und bedarfsgerechte gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung repräsentiert. Da der Gesundheitssektor überdurchschnittlich personalintensiv ist, würde überdies jede Mark, die für Gesundheitsgüter statt für andere Waren ausgegeben wird, die Beschäftigung eher steigern (Sachverständigenrat 1996, 242), und zwar selbst wenn man unterstellt, dass die damit verbundene Steigerung der Lohnnebenkosten hier dämpfend wirkt. Verbleibt das Finanzierungsproblem: Die



Foto: Christian Kiel (Berlin)

Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung bedeutet nämlich auch, dass die Erwerbsbevölkerung und damit das Einkommensvolumen, aus dem die Kassenbeiträge finanziert werden, relativ schrumpft und daher die Beitragssätze steigen. Diese zusätzlichen Lasten sind jedoch demographisch unvermeidlich und können durch andere Finanzierungsformen lediglich anders verteilt werden. Eine stärkere Einbeziehung einkommensstärkerer Bevölkerungskreise durch Anhebung der Pflichtversicherungsgrenze und die Berücksichtigung weiterer Einkommensarten, eine Entlastung der gesetzlichen Krankenversicherung von Leistungen z.B. der Familienpolitik, die eigentlich aus den Steuerhaushalten zu finanzieren sind und vor allem eine deutliche Rückführung der Arbeitslosigkeit würden das Finanzierungsproblems entschärfen.

Forcierte Marktorientierung

Mit dem Kassenwahlrecht für die gesetzlichen Krankenversicherungen, der Umstellung der Krankenhausfinanzierung auf Preise (Fallpauschalen), der Festbetragsregelung für Arzneimittel und zahlreichen weiteren Gesetzesänderungen, darunter die Lockerung von Werbebeschränkungen für Ärzte, Apotheker, Arzneimittel und andere Gesundheitsbranchen wurden in den letzten 25 Jahren die Spielräume für eine Steuerung des Leistungsgeschehens durch Marktkräfte deutlich erweitert. Weitere Liberalisierungen, auch aufgrund europäischen Entwicklungen, stehen an oder werden von Interessengruppen vernehmlich gefordert. Zum Teil mit absurder Konsequenz: 1996 forderte der Sachverständigenrat für die allgemeine Wirtschaftsentwicklung, die Marktzulassung von Arzneimitteln nicht mehr von einer behördlichen Überprüfung von Unbedenklichkeit und Wirksamkeit abhängig zu machen, sondern dem Markt, d.h. den Erfahrungen, den die Ärzte mit den Medikamenten machen, zu überlassen.

Als Grund wird meist auf die überlegene Steuerungseffizienz von Märkten verwiesen, auf denen zum einen Angebot und Nachfrage im Ergebnis die vorhandenen Ressourcen in diejenigen Verwendungen lenken, die den Menschen den höchsten Nutzen bringen und auf denen zum anderen die Jagd nach individuellen Vorteilen zu Innovationen, d.h. neuen und besseren Produkten und effizienteren Produktionstechniken führt.

Allerdings sind diese Segnungen der Marktwirtschaft nicht voraussetzungslos zu haben. Gerade im Gesundheitswesen fehlen im allgemeinen wenigstens zwei dieser Voraussetzungen, nämlich die hinreichende Verfügbarkeit von Informationen und die Abwesenheit von Marktmacht. Informationen sind vor allem asymmetrisch verteilt, d.h. dem Kunden „Patient“ fehlen Kenntnisse, mit denen er die Leistungsfähigkeit des Angebots etwa von Ärzten und Arzneimittelher-

stellern angemessen beurteilen kann. Die Ratsuche beim Arzt ist geradezu Ausdruck von Informationsmängeln gegenüber dem vorhandenen Angebot an verfügbaren Therapien, beseitigt diese Mängel aber nicht, sondern verlagert sie nur auf die Unsicherheit über die Qualität der ärztlichen Beratung.

Diese Informationsasymmetrien schwächen die Position des Patienten als Nachfrager, indem sie den Anbietern erlauben, ihre eigenen Einkommensinteressen durchzusetzen. Schon aus diesem Grund können Gesundheitsmärkte nur unvollkommen funktionieren.

Hinzu kommt, dass z.B. in bestimmten Teilmärkten der Arzneimittelversorgung, in Regionen mit geringer Angebotsdichte und allgemein durch das Wirken monopolistisch organisierter Leistungsanbieterverbände in zahlreichen Sektoren ausgeprägte Marktmacht vorliegt, die die Möglichkeit für die Patienten, zwischen verschiedenen Alternativen frei zu wählen, deutlich einschränkt. Nicht selten setzen sich beispielsweise allein aus Gründen des Marketing und der Marktmacht neue Medikamente auch dann durch, wenn sie weniger wirksam sind als die vorhandenen.

Der Markt rationiert schließlich, indem er Leistungen nur für diejenigen bereit stellt, deren Zahlungsbereitschaft und -fähigkeit ausreicht. In manchen Entwicklungsländern stirbt an banalen Infektionen, wer sich keine Antibiotika kaufen kann. Die Versorgung mit AIDS-Medikamenten zu bezahlbaren Preisen konnte jüngst in der Republik Südafrika nur durch die staatliche Drogen durchgesetz werden, die patentgeschützten Medikamente unter Missachtung internationaler Patentschutzabkommen von nationalen Nachahmern produzieren zu lassen. Auf der anderen Seite gehört es zu den fundamentalen Normen fast jeder Gesellschaft, die Krankenbehandlung solidarisch zu finanzieren, um gerade Rationierung soweit wie möglich auszuschließen. Eine konsequente Marktorientierung des Gesundheitswesens würde diesem Solidaritätsprinzip entgegenlaufen.

Die Gesundheitsökonomie hat viel dazu beigetragen, eine naive Sicht von der Steuerungseffizienz von Marktprozessen und die Illusion einer problemlosen Übertragbarkeit von Marktprinzipien aus das Gesundheitswesen zu verbreiten. Es kommt aber darauf an, die Grenzen der Marktsteuerung im Gesundheitswesen herauszuarbeiten und erst vor diesem Hintergrund nach Möglichkeiten zu suchen, Markt und Wettbewerb im Gesundheitswesen als Mittel zum Zweck einzu-

setzen, nämlich zur Mobilisierung von Wirtschaftlichkeitsreserven und zu einer besseren Berücksichtigung der persönlichen Ansprüche von Patienten.

Die ökonomische Professionalisierung der Medizin

In dem Maß, in dem die Akteure des Gesundheitswesens den Marktkräften ausgesetzt werden, sind sie gezwungen, sich professionellen ökonomischen Sachverstandes zu bedienen. Folgerichtig weiten etwa die Ärzteverbände ihr betriebswirtschaftliches Beratungsangebot aus, Krankenkassen und vor allem Krankenhäuser verstärken ihre kaufmännischen Abteilungen, kaum eine große Unternehmensberatungsfirma verzichtet auf den Aufbau gesundheitspolitischer Schwerpunkte. Selbsthilfegruppen werden als Marketingfaktor instrumentalisiert, die Patientenberatung über Call-Center und Internet ist fest in den Händen spezialisierter Portalbetreiber. Selbst in der Politikberatung formulieren Unternehmensberater zunehmend die Zukunft des deutschen Gesundheitswesens.

Diese Entwicklung ist ambivalent zu beurteilen. Einerseits besteht angesichts der schon erwähnten erheblichen Wirtschaftlichkeitsreserven im Gesundheitswesen ein Nachholbedarf bei der Umsetzung des sozialrechtlichen Wirtschaftlichkeitsgebots. Die

Zulassung oder die Kassenerstattung etwa von Arzneimitteln von überlegenen Kosten-Wirksamkeits-Relation abhängig zu machen ist in vielen OECD-Staaten längst gängige Praxis. Hier zu Lande gibt es z.Zt. lediglich entsprechende Vorschlä-

Die Kostenexplosion hat es nie gegeben. Die Beitragssätze sind gestiegen, weil die Einkommen der abhängig Beschäftigten relativ sanken.

ge, die allerdings erfreulicherweise von der derzeitigen Gesundheitsministerin unterstützt werden. Die Gesundheitsökonomie kann hier noch manches zur Aufdeckung von Wirtschaftlichkeitsreserven beitragen. Auf der anderen Seite droht die Gefahr, dass die Betriebswirtschaftslehre die Medizin auch bei der Bestimmung des therapeutischen Bedarfs dominiert. Dass diese Gefahr real ist, zeigt die Situation an den in den USA weit verbreiteten integrierten Gesundheitsversicherungs- und -versorgungsunternehmen, den Health Maintenance Organizations (HMO). HMOs müssen sich auf dem Kapitalmarkt bewähren, wie andere Unternehmen auch. Folglich werden deren Behandlungsleitlinien zunehmend von vom Management oder von spezialisierten externen Unternehmensberatungen erarbeitet und erhalten nicht selten auch Regeln, mit denen Ärzten etwa untersagt wird, den Patienten allzu aufwendige Therapiekonzepte auch nur vorzuschlagen.

Die Entwicklung des medizinischen Wissens ist längst nicht mehr medizin- oder wissenschaftsimmanent determiniert, sondern zu wesentlichen Teilen Ergebnis von Marketingstrategien der Leistungsanbieter und der Versicherungen. Die Festlegung von Grenzwerten, die über die Behandlungsbedürftigkeit entscheiden, von Prioritäten der Forschung oder von Behandlungsleitlinien werden vielfach durch die Medizinindustrie, durch Versicherungskonzerne und deren Kapitalgeber bestimmt. Am Beispiel der Prävention koronarer Erkrankungen durch Senkung des Serumcholesterins wird deutlich, wie die medizinischen Handlungsfelder so selbst auf die Behandlung gesunder, symptomfreier Menschen ausgeweitet werden können: Würde man die ursprünglich v.a. von der Industrie in zahllosen Artikeln, Konferenzen, Studien und Schulungen verbreiteten Eingriffsschwellen für überhöhte Cholesterinspiegel zugrundelegen, wäre etwa die Hälfte der Bevölkerung medikamentös behandlungsbedürftig. (Kühn 1993, 6 ff)

Die ökonomische Professionalisierung der Medizin verändert die Rolle der PatientIn: Aus einem Objekt eines paternalistischen Medizinbetriebes wird ein Objekt professioneller Marketingstrategien. Aus dem Gesundheitsziel einer effizienten Befriedigung des tatsächlichen Bedarfs wird das einer gewinnoptimalen Vermarktung von Gesundheitsgütern und Dienstleistungen.

Das Beispiel Krankenkassenwettbewerb

Alle drei Ebenen der zunehmenden Ökonomisierung des Gesundheitswesens prägen auch den Krankenkassenwettbewerb, der im Rahmen des Gesundheitsstrukturgesetzes 1993 durch die sukzessive Zulassung der Kassenwahlfreiheit für die Versicherten ab 1996 in Gang gesetzt wurde. Ziel dieser Reform

war es, die Kassen über das Wahlverhalten der Versicherten zur effizienten, d.h. vor allem beitragsatzdämpfenden Versorgung ihrer Klientel zu zwingen. Die Verantwortung wurde gewissermaßen von der Politik an die Kassen, bzw. an den Marktmechanismus delegiert – mit im wesentlichen voraussehbaren gefährlichen Folgen für die Stabilität der GKV.

Unter unregulierten Marktbedingungen würde der Wettbewerb sofort – wie in der privaten Krankenversicherung – zu risikoäquivalenten Beitragssätzen führen, d.h. von gesundheitlich Belasteten würde ein höherer Beitragssatz gefordert. In der gesetzlichen Krankenversicherung werden die Beiträge hingegen nach dem Einkommen gestaffelt. Die einzelnen Versicherten stellen daher aus Sicht der Kasse gute oder schlech-

te Risiken dar, je nachdem, ob ihr individueller Beitrag das jeweilige gesundheitliche Risiko ausreichend deckt. Die finanzielle Lage einer Kasse ist dadurch umso besser, je mehr gesunde und zahlungskräftige Mitglieder sie hat und dies führt unter Wettbewerb dazu, dass die Kassen ständig darum bemüht sein müssen, die „guten Risiken“, d.h. die Zahlungskräftigen und die Gesunden, an sich zu binden bzw. von anderen Kassen abzuwerben. Der rechtliche Rahmen verbietet eine solche Risikoselektion eigentlich, gleichwohl lassen sich zahlreiche subtile Methoden hierfür im Marketing von einzelnen Kassen nachweisen. Andererseits ist eine solche aktive Risikoselektion gar nicht notwendig. Denn es sind überwiegend die gesunden, gut gebildeten Versicherten, die eine hohe Wechselbereitschaft zeigen und von den teureren zu den billigeren Kassen abwandern.

Damit setzen sie aber einen Teufelskreis in Gang: Je mehr gesunde Versicherte abwandern, desto schlechter wird die finanzielle Lage der abgehenden Kassen und desto besser die der aufnehmenden. Folglich werden die ersteren die Beiträge erhöhen müssen und die letzteren können sie senken, was wiederum die Abwanderung beschleunigt. Am Ende dieses Prozesses bleiben teure Kassen für die Kranken und Armen und billige für die Gesunden und Reichen übrig. Das Solidaritätsprinzip, demzufolge die Gesunden für die Kranken, die Reichen für die Armen und die Jungen für die Alten einzustehen haben, würde außer Kraft gesetzt.

Einen schlagenden Beweis für diesen Mechanismus bietet die Entwicklung auf dem Arzneimittelmarkt in 2001. Während etwa die Ausgabensteigerungen pro Versicherten für Arzneimittel im Durchschnitt 10% betragen, lagen sie bei den Betriebskrankenkassen bei ca. ±0,

bei den großen Ersatzkassen hingegen bei nahezu 20%. Die Ursache für diese Unterschiede liegt auf der Hand. Zwar steigen auch für die Betriebskrankenkassen die Arzneimittelkosten absolut. Da aber im großen Stil gesunde Versicherte zu ihnen abwandern, die keine Arzneimittel brauchen, bleiben die Ausgaben pro Kopf in etwa konstant. Die Ersatzkassen verlieren im Gegensatz dazu gesunde Versicherte, daher steigt neben den absoluten Arzneimittelkosten relativ auch die Anzahl derer, die Arzneimittel brauchen. Folglich steigen die Arzneimittelausgaben dort überproportional. Dies hat nun alles nichts mit effizienter oder weniger effizienter Versorgung der Patienten zu tun. Die geringeren Kosten der Betriebskrankenkassen sind allein darauf zurück zu führen, dass sich bei ihnen die gesünderen Versi-

cherten und bei den anderen Kassen die gesundheitlich belasteten Versicherten sammeln.

Nicht zuletzt versuchen Arbeitgeber ganz massiv, ihre Beschäftigten zum Wechsel in die Billigkassen zu drängen. So wurden die Beschäftigten von McDonalds in einer Mitarbeiterinformation aufgefordert, zur BKK Mann+Hummel zu wechseln. Hinzu kamen Tipps wie: „Sollten Sie jedoch chronisch krank sein (Asthma, Rückenleiden, Krebs etc.), wechseln Sie bitte auf keinen Fall die Krankenkasse (...) Wechseln Sie auch auf keinen Fall, wenn kranke Familienmitglieder bei Ihnen mitversichert sind (...)“ Sollten sie bereits 45 Jahre alt sein – würde ich an Ihrer Stelle auch nicht mehr wechseln.

Zwar ist bereits mit dem Gesundheitsstrukturgesetz von 1993 der Kassenwettbewerb mit einem Finanzausgleich (Risikostrukturausgleich) ausgestattet. Dieser Ausgleich kann die beschriebenen Mechanismen nur mildern, aber nicht beseitigen, da als Merkmale der Risikostruktur nur Alter und Einkommen der Versicherten berücksichtigt werden, nicht aber die Morbidität, d.h. der Anteil an versorgungsbedürftigen Patienten unter den Versicherten.

Daher bleibt die Anwerbung gesunder Versicherter das erfolgsversprechendste Wettbewerbsinstrument für die Kassen, medizinisch sinnvolle Versorgungsansätze hingegen sind eher kontraproduktiv, weil sie Kosten verursachen und möglicherweise teure Patienten an die Kasse binden.

Vor diesem Hintergrund verstärken die Krankenkassen ihre betriebswirtschaftliche Kompetenz. Marketing- und Controllingabteilungen werden aufgewertet, die Organisationen werden von Unternehmensberatungen durchleuchtet, der Mitgliederservice konsequent einem selektiven Vertrieb, d.h. der Akquisition von solchen Versicherten untergeordnet, die positive Deckungsbeiträge erbringen, also mehr an Beiträgen zahlen als sie an Ausgaben verursachen. Die Krankenkassen wandeln sich von behäbigen sozialpolitisch motivierten Versorgungsinstitutionen zu windschnittigen erfolgsorientierten Unternehmen mit Marktpositionierung, Corporate Identity, emotionalisierender Werbung und allem was dazu gehört.

Die jüngste Reformrunde des Finanzausgleichs hat wenig Entlastung gebracht. Zwar werden künftig Kassen, die für ihre chronisch Kranken sog. Disease Management Programme (DMP), effiziente integrierte Versorgungsformen, auflagen durch Extrazuwweisungen aus dem Risikostrukturausgleich belohnt. Die Erfolgsaussichten für diese Programme müssen aber zurückhaltend beurteilt werden, schon deswegen, weil zuviel auf einmal damit gewollt wird und damit zu viele Fronten zugleich mit zu vielen Gegnern eröffnet werden. Diese Programme sollen mit Hilfe einer strafferen Patientenführung deren medizinische Versorgung verbessern. Sie

Ein erheblicher Teil der diagnostischen und therapeutischen Verfahren ist schlichtweg ineffizient oder überflüssig.

sollen weiter Finanzierungsströme im RSA umlenken, wodurch sich wiederum eine andere Front durch die Kassenlandschaft ziehen würde, denn je nach Konkretisierung der DMP-Regelung profitieren jeweils andere Kassenarten von zusätzlichen Finanzmitteln. Schließlich sind die DMPe ein Einstieg in integrierte, d.h. Leistungssektoren übergreifende, aber von den Krankenkassen gemaßte Versorgungsformen, die geeignet sind den monopolistischen Sicherstellungsauftrag der Kassenärztlichen Vereinigungen aufzuweichen. So würde es nicht verwundern, wenn die Umsetzung der DMP-Regelung am Zank zwischen allen Beteiligten scheitert.

Im Ergebnis zeigt sich das Konzept der Wettbewerbsöffnung des Krankenkassen, „marktes“ als gescheitert und wohl nicht mehr reparierbar. Mit gescheitert ist damit der Versuch, Solidaritätsprinzip und Wettbewerb im Gesundheitswesen zu versöhnen oder wenigstens kompatibel zu machen. An eine Rückkehr zum ständisch organisierten, „gegliederten Kas-

Sinnvolle Versorgung ist im Kassenwettbewerb heute eher kontraproduktiv, weil sie möglicherweise teure Patienten an die Kasse bindet.

sensystem“ mit kaum durchlässiger Mitgliederzuweisung ist aber auch nicht zu denken. Da drängt sich der Gedanke an die Einführung einer Einheitsversicherung für alle Versicherungspflichtigen oder auch für alle Arbeitnehmer auf. Staaten mit Einheitsversicherungen oder – damit vergleichbar – steuerfinanzierten Gesundheitssystemen stehen im internationalen Vergleich nicht schlechter, sondern besser da als wettbewerbsorientierte. Einen Wettbewerb um bessere Versorgungskonzepte – wenn er denn sein soll – ließe sich auch regional auf der Leistungserbringerebene organisieren, wie das Beispiel UK zeigt.

Wer den Krankenkassenwettbewerb aber gewissermaßen sich selbst überlässt, also darauf verzichtet, einen nicht nur fairen, sondern einen auch im Sinn des Solidaritätsprinzips funktionsfähigen Wettbewerb durch einen klaren rechtlichen Rahmen abzusichern, folgt einem naiven Wettbewerbsverständnis. Weicht man der schwierigen Aufgabe aus, einen für sozialpolitische Zwecke instrumentalisierten Wettbewerb zu installieren, so hat man nur die Wahl, ob man auf den Wettbewerb oder auf das Solidaritätsprinzip verzichtet, genauer: Der Markt wird sich dann gegen das Solidaritätsprinzip entscheiden.

Das Beispiel Akupunktur

Die Dominanz der Ökonomik über die Medizin zeigte sich auch beim Streit um die Aufnahme der Akupunkturbehandlung in den Regelleistungskatalog der Gesetzlichen

Krankenversicherung in dem für Definition von Kassenleistungen zuständige Bundesausschuss der Ärzte und Krankenkassen.

Scheinbar paradoxerweise plädierten die Ärztevertreter einerseits gegen die Aufnahme der Akupunktur in den GKV-Leistungskatalog mit dem Hinweis auf Hunderte von Studien, teilweise auf höchstem Evidenzniveau, die keinen Beleg für eine Wirksamkeit der Akupunktur (vgl. Hausteil, et. alt., 1998; 95: A-800-805 Heft 14.) über einen reinen Placebo-Effekt haben liefern können. Andererseits wird diese Therapie aber von Tausenden von Ärzten praktiziert – nicht selten gegen deren eigene fachliche Überzeugung.

Die Kassenvertreter wiederum stimmten für die Akupunktur als Kassenleistung und damit für zusätzliche

Ausgaben, weil sie die hohe Verbreitung und Akzeptanz dieser Behandlungsform unter den Versicherten (vgl. Kahrs, et. alt., 2000, 20-30) als hinreichenden Grund nehmen. Sie haben sie in der Vergangenheit meist auch bezahlt – am

Rande der Legalität und zum Teil auch noch, nachdem das Bundesversicherungsamt die Erstattung ausdrücklich verboten hatte.

Das Rätsel löst sich, wenn man die Interessenlagen der Beteiligten betrachtet:

- Die Ärzte müssen Akupunktur wegen der großen Nachfrage anbieten, um angesichts der wegen Überkapazitäten scharfen Konkurrenz ein Abwandern der Patienten zu anderen Ärzten, aber insbesondere auch zu Heilpraktikern zu verhindern. Eine Aufnahme der Akupunktur in den Leistungskatalog würde jedoch bedeuten, dass sie nicht mehr neben, sondern innerhalb des gedeckelten Honorarvolumen für die Vertragsärzte abgerechnet werden müsste, so dass wichtige Nebenerlöse verloren gingen. Außerdem wären die Gebührensätze dann niedriger als bei Privatabrechnung.

- Die Krankenkassen müssen ebenfalls auf die hohe Akzeptanz der Akupunktur reagieren, weil deren Erstattung – zusammen mit der anderer unkonventioneller Heilmethoden – ein wichtiges Motiv für die Kassenwahl der Versicherten ist. Mehr noch: Es werden damit vor allem junge, gebildete, gesundheitsbewusste Menschen, mithin „gute Risiken“ angesprochen, so dass die Erstattung von Akupunkturbehandlung ein wichtiges Instrument des Marketing und der Risikoselektion ist. Hinzu kommt, dass sich die Kassen Kosteneinsparungen davon versprechen könnten, dass Patienten sich mit diesem ungesicherten Heilverfahren zufrieden geben und damit die Kosten für eine wissenschaftlich gesicherte, teurere Behandlung

entfallen. Schließlich würde eine Legalisierung der Erstattungen auch den Kopf der Kassengeschäftsführer retten, die sonst mit ihrem eigenen Vermögen für illegale Erstattungsleistungen haften müssten.

Im Ergebnis wurde ein Kompromiss gefunden, demzufolge die Krankenkassen Akupunktur als befristetes Modellvorhaben zur Erprobung neuer Leistungen unter wissenschaftlicher Begleitung anbieten dürfen.

Ohne an dieser Stelle eine Entscheidung über den Nutzen der Akupunktur treffen zu wollen, scheinen in dem geschilderten Fall Marketingaspekte und Einkommensansprüche als Determinanten des Kassenleistungsspektrums medizinisch-wissenschaftliche Kriterien dominiert zu haben.

Gesundheitsökonomie zwischen Effizienz und Rendite

Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens bietet also beides, die Chance einer effizienteren Deckung des Bedarfs an therapeutischen und diagnostischen Leistungen oder die Gefahr der Reduktion der Versorgung auf das nicht medizinisch sondern ökonomisch Erwünschte, wobei letzteres aus dem Gebot der Lohnnebenkostenreduzierung und dem Erfolg von Marketingstrategien ergibt. Geht man von dem Ziel aus, den Menschen den Zugang zu einer solidarisch finanzierte, effizienten medizinischen Versorgung auf dem jeweiligen Stand der medizinischen Kunst zu sichern, definieren sich vor diesem Hintergrund die Aufgaben einer sinnvollen Gesundheitsökonomie, nämlich

- Mobilisierung von Wirtschaftlichkeitsreserven u.a. anhand geeigneter Kosten-Wirksamkeits-Analysen, effizienterer Organisationsstrukturen und Verfahren der Qualitätssicherung,
- Entwicklung von Rahmenbedingungen und Regulierungsformen für den Wettbewerb im Gesundheitswesen, die den unzureichenden Wettbewerbsvoraussetzungen auf Gesundheitsmärkten Rechnung tragen
- Anpassung der Finanzierung der GKV an künftige demographische Bedingungen, an Veränderungen der Einkommensstrukturen und an eine vernünftige Aufgabenverteilung zwischen Staat und Versicherungen.

ispw 3/2002

Literatur

- Hausteil, K.-O., Höfler, D., Lasek, R., Müller-Oerlinghausen, B., Außerhalb der wissenschaftlichen Medizin stehende Methoden der Arzneitherapie, in: Dt. Ärztebl 1998; 95: A-800-805 Heft 14.
- Kahrs, M., Marstedt, G., Niedermeier, R., Schulz, T. (2000), „Alternative Medizin“. Paradigma für veränderte Ansprüche von Patienten, in: Arbeit und Sozialpolitik 1-2/2000, 20-30
- Kühn, H. (Arzt-Konsument-Verhältnis: Der gesunde Patient, in: Arzt-Konsumenten-Verhältnisse, Jahrbuch für Kritische Medizin 21, 1993, 6 ff
- Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen (1996), Sondergutachten 1996, Gesundheitswesen in Deutschland: Kostenfaktor und Zukunftsbranche, Band 1, Demographie, Morbidität, Wirtschaftlichkeitsreserven und Beschäftigung, Baden-Baden, 242.

Eckpunkte einer neuen Gesundheitspolitik

Von Jürgen Wasem

Das deutsche Gesundheitswesen steht vor großen Herausforderungen und Reformnotwendigkeiten. Denn die bestehenden Strukturen, Institutionen und Instrumente werden zunehmend ineffizient, sowohl für die Leistungserbringer, die Beitragszahler als auch für den einzelnen Patienten. Das deutsche Gesundheitssystem hatte im internationalen Vergleich über Jahrzehnte hinweg eine Vorbildfunktion. Zu den Stärken im internationalen Vergleich zählen nach wie vor

- die vorhandenen modernen medizinischen Einrichtungen,
- eine Versorgung ohne Wartelisten, ein schneller und unbürokratischer Zugang zum Arzt und Krankenhaus,
- ein umfassender Versicherungsschutz für alle sowie
- ein einheitlicher und vom Einkommen unabhängiger Leistungsanspruch, der allein durch das medizinisch Notwendige definiert wird.

Dennoch hat Deutschland seine Vorbildfunktion im Gesundheitswesen in den letzten Jahren eingebüßt. Die Lebenserwartung in Deutschland liegt unter dem Durchschnitt der Länder der Europäischen Union und hat sich in den letzten zehn Jahren weniger gut entwickelt als die in vielen unserer Nachbarländer.

Vergleicht man die Sterblichkeit aufgrund eines Schlaganfalls, Diabetes mellitus, Darmkrebs und Brustkrebs in Deutschland mit der Sterblichkeit in Frankreich, Italien, England, Finnland, Schweden, den Niederlanden und den Vereinigten Staaten, so belegt Deutschland für jede dieser Erkrankungen einen der drei schlechtesten Plätze. Das deutsche Gesundheitssystem leistet nicht, was es leisten könnte.

Im internationalen Vergleich stehen diesen Qualitätsdefiziten deutlich über dem Durchschnitt liegende Ausgaben gegenüber. Nur in den Vereinigten Staaten wird ein höherer Anteil des Bruttoinlandproduktes für die Gesundheitsversorgung ausgegeben. Deutschland hat die höchsten Ausgaben, relativ und absolut, für Gesundheit in Europa. Eine der

zentralen Aufgaben ist es daher, die Kosten-Nutzen-Relation des deutschen Gesundheitssystems zu verbessern.

Aufbruch für eine neue Gesundheitspolitik

Eine neue Gesundheitspolitik muss insbesondere die Strukturdefizite im deutschen Gesundheitssystem beseitigen:

- Fehlen evidenzbasierter Standards und unabhängiger Institutionen in der Qualitätssicherung

Die aufgezeigten Qualitätsprobleme hätten ohne Versagen auch der Selbstverwaltung nicht entstehen können. Die eingeleitete Öffnung für den Wettbewerb hat nicht zu der notwendigen Verlagerung der Zuständigkeit für die Steuerung der Qualität der Versorgung auf Institutionen außerhalb des Wettbewerbs geführt.

- Fehlende sektorenübergreifende Versorgung

Im deutschen Gesundheitssystem existiert eine starke Trennung des ambulanten und des stationären Sektors. Beide Sektoren haben ein getrenntes Entgeltsystem, welches die Leistung und insbesondere die Qualität der Versorgung nicht ausreichend berücksichtigt. Durch die Trennung der Budgets, Entgeltsysteme und Zuständigkeiten der beiden Sektoren kommt es zu einer Diskontinuität der Versorgung.

Eine sektorenübergreifende Versorgung, wie sie insbesondere in der Krebsbehandlung und bei fortgeschrittenen Herz- und Kreislauferkrankungen medizinisch sinnvoll wäre, wird daher selten durchgeführt, obwohl vom Gesetzgeber in der Gesundheitsreform 2000 einige Möglichkeiten dazu geschaffen wurden.

- Fehlen von Tarifen mit bevorzugten Leistungserbringern

Im Bereich der ambulanten Medizin hat sich international ein Hausarztmodell bewährt, in dem der Hausarzt eine Lotsenfunktion für den Patienten übernimmt. In Deutschland fehlt z.B. im Vergleich zu den skandinavischen Ländern und den Niederlanden für den Versicherten bislang die Möglichkeit, sich in ein wirtschaftlich attraktives Haus-

arztmodell einzuschreiben oder sich für Tarife mit anderen ausgewählten Leistungserbringern zu entscheiden.

- Fehlen von Disease Management Programmen für chronisch Kranke

Mit dem Gesetz zur Novellierung des Risikostrukturausgleichs wird das bislang fehlende evidenzbasierte Disease Management erstmalig gefördert. Solche Disease Management Programme sind Voraussetzungen in unserem differenzierten unübersichtlichen Gesundheitssystem, die notwendige Leistungen zu vernünftigen Kosten und Qualitätsstandards für die Patienten verfügbar machen. Durch die Möglichkeit, mit einzelnen Leistungserbringern zu kontrahieren, kann sich ein Wettbewerb um Wirtschaftlichkeit und Qualität entwickeln.

GKV 2010 – Eckpunkte und Instrumente einer Strukturreform des Gesundheitssystems Wir brauchen eine Neuausrichtung der deutschen Gesundheitspolitik. Die Praxis der Verständigung auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner muss aufgebrochen werden. Politik hat dafür die notwendigen neuen Rahmenbedingungen zu schaffen. Eine zukunftsfähige Gesundheitspolitik muss sich an den Grundsätzen von

1. Solidarität
2. Qualität
3. Wettbewerb
4. und Prävention orientieren.

Eine konsequente Ausrichtung auf diese Prinzipien wird notwendigerweise zu einer Neudefinition der Rollen, Aufgaben und Arbeitsweisen aller am Gesundheitssystem Beteiligten führen. Politik hat in diesem Zusammenhang die Aufgabe, die Neuorientierung der Rolle des Staates einzuleiten. Er muss sich aus der bisherigen bürokratischen Steuerung der Institutionen zurückziehen und sich stattdessen auf den Verbraucherschutz und die Sicherung eines qualitätsorientierten Wettbewerbs konzentrieren.

1. Solidarität

Solidarität ist ein Grundprinzip der sozialstaatlichen Tradition in Europa. Zentrales Element ist der gleiche Zugang zu solidarisch finanzierten Gesundheitsleistungen. Damit wird Versorgungsgerechtigkeit gewährleistet.

Sowohl das Prinzip der solidarischen und paritätischen Finanzierung der GKV als auch der einheitliche und gemeinsame Leistungskatalog müssen erhalten bleiben. Die Finanzierung des Systems kann weiterentwickelt werden durch

- die Berücksichtigung anderer Einkommensarten,
- die Neuregelung der Versicherungspflichtgrenze und der Beitragsbemessungsgrundlagen,
- die Umfinanzierung von versicherungsfremden Leistungen, z.B. aus dem Bereich der Familienpolitik,

• die Einführung des morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs.

2. Qualität

Für die Verbesserung der Qualität der Versorgung ist es notwendig, dass die Aufgaben für den Verbraucherschutz und die Qualitätssicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) neu verteilt werden. Der Wettbewerb muss zukünftig auf die Interessen der Patienten ausgerichtet werden. Dafür ist der Aufbau eines staatlichen Institutes für Qualität in der Medizin notwendig, das auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse die Qualitätsstandards für den Wettbewerb im Gesundheitswesen definiert. Die Vorgabe von zum Beispiel Mindestmengen oder Leitlinien für wichtige medizinische Eingriffe gehören zu diesen Standards. Die Berechtigung zur Teilnahme am Wettbewerb muss an die Erfüllung dieser Qualitätsstandards gebunden sein. Spätestens nach einer Übergangszeit müssen Einrichtungen, die diesen Qualitätsstandards nicht genügen können, von der Teilnahme am Wettbewerb ausgeschlossen werden.

Für die Aufnahme neuer Arzneimittel in die Erstattungspflicht der Krankenkassen, muss ebenfalls eine staatliche Institution, wie zum Beispiel das englische „National Institute of Clinical Excellence (NICE)“, eingerichtet werden, die die Erstattungsfähigkeit neuer Arzneimittel für die GKV von deren Kosten-/Nutzenrelationen abhängig macht. Unwirtschaftliche oder unwirksame Arzneimittel sollten nicht von der GKV erstattet werden. Die Einführung einer Veröffentlichungspflicht ausgewählter Qualitätsindikatoren für die Leistungserbringer trägt ebenfalls zur Qualitätssicherung und zur Verbesserung der Transparenz der Versorgung bei. Die Verbreitung dieser Informationen zusammen mit Patientenversionen der wichtigsten Therapieleitlinien sind notwendige wichtige Stärkungen des Verbraucherschutzes in der Medizin.

3. Wettbewerb

Im Mittelpunkt einer neuen Gesundheitsreform muss der Aufbau einer modernen, solidarischen Wettbewerbsordnung stehen. Die bisherigen Möglichkeiten des Wettbewerbs werden kaum zur Verbesserung von Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung genutzt. Krankenkassen, aber auch Ärzte, Krankenhäuser und die übrigen Erbringer von Gesundheitsleistungen sind heute zu sehr durch starre Vorschriften eingeschränkt.

Der Wettbewerb ist bisher auf halber Strecke stehen geblieben. Es fehlen die notwendigen Instrumente in den Beziehungen zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern, damit sich die wirtschaftliche und qualitätsgesicherte Versorgung im Wettbewerb herausbilden kann. Umgekehrt haben auch

einzelne Leistungserbringer oder Gruppen von Leistungserbringern kaum Chancen, sich durch besondere Leistungsfähigkeit oder besondere Wirtschaftlichkeit zu profilieren und so einen größeren Marktanteil in der Versorgung der Versicherten an sich zu binden.

Zu einer solidarischen Wettbewerbsordnung gehören:

- Ein einheitlicher Leistungskatalog

Ein sinnvoller Wettbewerb muss sich auf die Frage konzentrieren, welche Qualität und welche Kosten-Nutzen-Relation eine bedarfsgerechte Versorgung für alle Versicherten haben muss. Vermieden werden muss ein Wettbewerb, in dem sich die Versorgung nicht mehr am medizinisch notwendigen Bedarf, sondern an der Zahlungsfähigkeit der Versicherten oder ihrer Attraktivität für die Krankenkassen orientiert. Nicht die Frage, welche Leistungen von den Krankenkassen finanziert werden, sondern von wem und wie die Leistungen erbracht werden, muss Gegenstand des neuen Wettbewerbs sein. Staatliche Aufgabe ist es, den Rahmen für einen einheitlichen Leistungskatalog zu bestimmen und eine moderne Gesundheitsberichterstattung aufzubauen.

- Ein Übergang des Sicherstellungsauftrags auf die Krankenkassen

Die Krankenkassen müssen die Verantwortung für die Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung übernehmen. Wie in jedem wettbewerblichen System muss die Leistung von demjenigen garantiert werden, der auch die Verantwortung für die Kosten trägt. Eine Krankenkasse wird vom Versicherten mit seinen Beiträgen verpflichtet, eine bedarfsgerechte Versorgung zu garantieren. Dieser Verantwortung entledigt sich die Krankenkasse heute durch die pauschale Weitergabe dieses Auftrags an einen Monopolanbieter. In Zukunft müssen die Krankenkassen ihr Rollenverständnis wandeln: Sie müssen vom „payer“ zum „player“ im Gesundheitswesen werden. Voraussetzung dafür ist die umfassende Revision des GKV-Organisationsrahmens.

- Ein Fortfall des Kontrahierungszwangs zwischen Leistungserbringern und Krankenkassen

Kein Wettbewerb kann ohne geeignete Wettbewerbsordnung funktionieren. Wettbewerb entsteht nicht, wenn jeder Nachfrager gesetzlich verpflichtet ist, mit jedem Anbieter zu kooperieren. Dies bedeutet für den Nachfrager, dass er auch Leistungen einkaufen muss, von denen er weiß, dass sie seinen qualitativen Anforderungen nicht entspre-

chen. Heute müssen die Krankenkassen auch mit denjenigen Einrichtungen Verträge schließen, die keine gesicherte Versorgungsqualität bieten. Künftig müssen Krankenkassen und Anbieter freie Verträge im Rahmen der qualitätsorientierten Versorgung schließen können.

Der Wettbewerb führt dann zu mehr Effizienz, wenn er Anbietern mit hoher Qualität und einer guten Kosten-Nutzen-Relation Vorteile ermöglicht. Wenn der Sicherstellungsauftrag durch die Krankenkassen übernommen wird, darf es für die Leistungserbringer keine Pflicht geben, einen Einheitsvertrag aller Krankenkassen erfüllen zu müssen. Umgekehrt kann es einer Krankenkasse und den Patienten nicht zugemutet werden, über den Bedarf hinaus oder in Fällen inakzeptabler Qualität dennoch Verträge abzuschließen zu müssen.

4. Prävention

Der Ausbau der Prävention ist eine zentrale Aufgabe der Gesundheitspolitik. Durch die Einführung und nachhaltige Förderung von nationalen Präventionsprogrammen für die großen Volkskrankheiten lässt sich die Entwicklung des medizinischen Bedarfs in einer alternden Gesellschaft maßgeblich beeinflussen. Dafür müssen neue Instrumente geschaffen werden, durch die qualitätsgesicherte Präventionsangebote in Schulen, Betrieben und in der breiten Öffentlichkeit implementiert werden können. Diese Programme können die Gesundheitserwartung insbesondere sozial benachteiligter Gruppen verbessern und stel-

len einen zentralen Baustein zur langfristigen Sicherung der Finanzierbarkeit der GKV dar.

Nach derzeitigem Stand fehlt auch aus strukturellen Gründen ein systematischer Einsatz von Präventionsprogrammen in Schulen, Betrieben und in der Öffentlichkeit. Die Akti-

vitäten der zuständigen Bundes- und Landesbehörden, der Kommunen und der Krankenkassen sind nicht aufeinander abgestimmt. Es hat sich in der Praxis ein System der Komplementärfinanzierung entwickelt, welches bestimmte Präventionsangebote einer Mischfinanzierung durch verschiedene Träger unterwirft.

Um hier zu einer weniger zufallsabhängigen und langfristig wirksamen Präventionsarbeit zu gelangen, bedarf es einer Vereinheitlichung der Verantwortlichkeit für die finanziellen Ressourcen der Präventionsarbeit. Ein Präventionsfonds oder eine Präventionsstiftung kann hierbei sehr hilfreich sein.

Nicht welche Leistungen von den Krankenkassen finanziert werden, sondern von wem und wie sie erbracht werden, muss Gegenstand des neuen Wettbewerbs sein.

Das GKV-System – mehr Effizienz durch noch mehr Wettbewerb?

Entgegnung auf Jürgen Wasem und die Autoren des FES-Papiers

Von Rolf Rosenbrock

Das Papier der Friedrich-Ebert-Stiftung, auf dem der Beitrag von Jürgen Wasem beruht, unterscheidet sich in einem wohltuend von der Masse der Programmpapiere im Wahljahr: Es belästigt uns nicht mit der üblichen – falschen – Diagnose einer „Kostenexplosion“, und es verschont uns mit der – empirisch nicht fundierten – Horrorvision, dass zunehmende Alterung und technischer Fortschritt das GKV-System spätestens übermorgen unbezahlbar machen.

Statt dessen geht es von der zutreffenden Diagnose aus, dass „die bestehenden Strukturen, Institutionen und Instrumente ... zunehmend ineffizient (werden)“, und dass die daraus resultierenden „Qualitätsprobleme ohne Versagen auch der Selbstverwaltung nicht (hätten) entstehen können“. Zu Recht gehen die Autoren davon aus, dass das GKV-System mit seinen ehr- und verteidigungswürdigen zivilisatorischen Errungenschaften überleben kann, wenn die im Kern des Problems liegenden Steuerungsprobleme überwunden werden (Rosenbrock 2002).

Was sie allerdings als Lösung vorschlagen, erinnert an einen Süchtigen, der als Reaktion darauf, dass ihm sein Suchtmittel nicht bekommt, vor allem nach ‚mehr vom Gleichen‘ verlangt.

Und das geht so: Seit Anfang der 90er Jahre wurden die gesetzlichen Krankenkassen vom Gesetzgeber Schritt für Schritt in die Rolle miteinander ökonomisch konkurrierender Marktsubjekte überführt. Trotz Risikostrukturausgleich (RSA) (der nur die Einnahme-Unterschiede, nicht aber die unterschiedlichen Erkrankungshäufigkeiten ausgleicht) und Abschlusszwang konkurrieren die Kassen nicht primär um mehr Qualität in der Versorgung chronisch Kranker, um den Abbau von Unter-, Über- und Fehlversorgung oder einen Beitrag zur Verminderung sozial bedingt ungleicher Gesundheitschancen. Vielmehr zeigt sich, dass der Satz: „Institutionen werden nicht von Philosophien, sondern von Anreizen geformt“ auch für Krankenkassen gilt: Das kassenpolitisch und –ökonomisch entscheidende Wettbewerbsfeld ist die Risikomischung. Mit immer aus-

gefeilteren Strategien werben sie um Mitglieder, die mehr Beiträge einbringen als ihre Versorgung kostet (positive Deckungsbeiträge, gute Risiken, Rosinenpicken).

Das ist ökonomisch rational: Für die Versorgung von ca. 90 % aller Versicherten müssen insgesamt nur ca. 20 % der Gesamtkosten (für Krankenhaus, Arzneimittel und Krankenhaus) ausgegeben werden, für die anderen ca. 10 % werden hingegen ca. 80 % der Ressourcen benötigt. Die ‚teuersten‘ zwei Prozent verursachen ca. die Hälfte der Gesamtausgaben, und das ‚teuerste‘ Prozent verbraucht ca. 30 % der Ressourcen (Winkelhake et al. 2002). Schon geringfügige Verbesserungen in der Risikomischung können die Geschäftssituation einer Kasse deshalb wesentlich einschneidender verbessern als mühsame (und zunächst immer kostspielige, und oft erst nach mehreren Jahren ertragreiche) Versuche

der Verbesserung von Qualität, z. B. durch die gesetzlich gegebenen Möglichkeiten einer integrierten Versorgung oder eines Hausarztmodells mit entsprechenden Tarifen.

Es ist nämlich ein Ammenmärchen, dass die Etablierung dieser vom Konzept her wegweisenden Neuerungen nur wegen der Halsstarrigkeit der ‚Anbieter-Kartelle‘ (v. a. der Kassenärztlichen Vereinigungen), der unterschiedlichen Rechts- und Vergütungsformen der Leistungsanbieter oder zu starrer Vorschriften scheitert: Welchen geschäftlichen Nutzen sollte sich eine Kasse davon versprechen, wenn sie die gesetzlichen Möglichkeiten nutzt und z. B. eine gute Diabetiker-Versorgung aushandelt? Im Erfolgsfalle wäre dann zwar die Versorgung ihrer Zuckerkranken qualitativ besser und (zumindest mittelfristig) auch kostengünstiger. Aber es könnte zugleich auch ökonomisch höchst unerwünschte Folgen haben, wenn sich die Qualität herumspricht und die Krankenkassen

infolgedessen einen Zustrom an Versicherten mit Diabetes zu verkraften hätten. Denn auch ein kostengünstig versorgter Diabetiker ist immer noch wesentlich ‚teurer‘ als ein Durchschnitts-Versicherter. Bei Überlegungen von Kassen-Managern zu jeder Form der Versorgungsinnovation spielt stets die Furcht eine Rolle, im Falle des Erfolges Attraktivität bei den ‚falschen‘ (weil chronisch Kranken, und damit überproportional sozial benachteiligten) Zielgruppen zu gewinnen (so z. B. auch Oldiges schon 1999, S. 216).

Deutlich wird die Fehlsteuerung durch die Kassenkonkurrenz auch bei der Umsetzung

des ‚neuen‘ § 20 SGB V, der die Kassen verpflichtet, durch Leistungen der primären Prävention „insbesondere einen Beitrag zur Verminderung sozial bedingt ungleicher Gesundheitschancen“ zu erbringen. Tatsächlich bieten die Kassen auch mehr als zwei

Das kassenökonomische Wettbewerbsfeld ist die Risikomischung. Die Kassen werben um Mitglieder, die mehr Beiträge einbringen als ihre Versorgung kostet.

Jahre nach Inkrafttreten kaum anderes an als die schon in den Jahren 1989 bis 1996 üblichen (und gesundheitswissenschaftlich hinlänglich kritisierten) Kursprogramme zu Ernährung, Bewegung, Stressmanagement, Drogengebrauch etc. . Ob solche Maßnahmen gesundheitlich mittel- und langfristig wirksam sind, ist zum Teil widerlegt, zum Teil umstritten. Unumstritten ist, dass sich v. a. gesundheitlich weniger belastete Versicherte aus den Mittelschichten von diesen Angeboten angesprochen fühlen und dann auch gerne immer wieder kommen.

Das erwiesen wirksame Instrumentarium, mit dem auch überproportional Menschen aus sozial benachteiligten Lebenslagen ohne Diskriminierung gesundheitlich wirksam erreicht werden können, sind dagegen partizipativ gestaltete Projekte der Betroffenenaktivierung und Organisationsentwicklung in ‚settings‘, wie sie v. a. von den AOKen, (nicht virtuellen) BKken und IKken mit großem Erfolg in der betrieblichen Gesundheitsförderung schon betrieben werden (SVR 2001, Band I, Kap. 2, Band III, Kap. 11). Die Ausdehnung dieses Ansatzes z. B. auf Grund-, Haupt-, Sonder- und Berufsschulen in sozial benachteiligten Stadtteilen wäre angezeigt und machbar, ebenso vergleichbare Inter-

ventionen an sozialen Brennpunkten (Rosenbrock 2001). Über Vorüberlegungen sind die Kassen dabei bislang nicht hinausgekommen. Man muss kein Schelm sein, um dabei zu denken, dass dies wohl anders wäre, wenn damit ‚gute‘ und eben nicht ‚schlechte‘ Risiken zu gewinnen wären.

Auch die gegenwärtigen Versuche, noch in diesem Jahr die Qualität der Versorgung für zunächst vier chronische Erkrankungen durch ‚disease management‘-Programme zu steigern, indem für jeden darin eingeschriebenen Patienten zusätzliche Gelder aus dem RSA überwiesen werden, kranken neben der unprofessionellen Hast bei der Einführung an den Anreizwirkungen aus der Kassenkonkurrenz: gleichgerichtetes Ziel von Kassen und Leistungserbringern wird nicht primär die Verbesserung der Versorgungsqualität sein, sondern die Maximierung der Anzahl der in diese Programme eingeschriebenen Patienten.

Die Liste der durch die Kassenkonkurrenz bedingten Fehlanreize mit gesundheitspolitisch perversen Wirkungen ließe sich verlängern. Anreize und Imperative aus der Kassenkonkurrenz um gute Risiken durchziehen metastasenhaft mittlerweile jedes Handlungsfeld bis hin zu Vertragsverhandlungen und Prüfgeschäften, und kaum jemals wirken diese Anreize in Richtung auf die gesundheitspolitischen Ziele, die auch die FES-Autoren anstreben.

Jürgen Wasem et al. folgern daraus: „Der Wettbewerb ist bisher auf halber Strecke stehen geblieben“ und sie fordern – „mehr vom Gleichen“ – die Konkurrenz auch auf die Leistungserbringer auszudehnen, indem sie den Kassen erlauben wollen, mit Ärzteguppen, Krankenhäusern etc. selektiv Verträge zu schließen. Nun ist unbestreitbar, dass die derzeitige Konstruktion mit den Kassenärztlichen Vereinigungen als monopolistischem Anbieter ambulanten Versorgung und der Zwang, mit allen Krankenhäusern der von den Ländern aufgestellten Bedarfspläne Verträge abzuschließen, innovationshemmend ist und die Qualitätssicherung erschwert. Was aber würde geschehen, wenn den Vorschlägen der FES-Autoren gefolgt würde? Es würden sich – wohl eher informell, aber deshalb durchaus nicht weniger wirksam – Interessenkoalitionen zwischen Kassen, die ihre Risikostruktur optimieren wollen, und Leistungserbringern, die ebenfalls an möglichst unkomplizierten ‚Fällen‘ interessiert sind, herausbilden.

Der durch die geplante flächendeckende Einführung diagnosebezogener Fallpauschalen in den Krankenhäusern gegebene Anreiz, möglichst unkomplizierte Fälle auf-

zunehmen und alle Patienten so früh wie möglich oder noch früher zu entlassen (ohne dass bisher entsprechende Nachsorgestrukturen aufgebaut werden), würde durch das gleichgerichtete Interesse der Kassen verdoppelt und sich in Verträgen und Praxis noch stärker niederschlagen. Alle Partner hätten ein ökonomisches Interesse daran, langwierige und teure Fälle – und das sind regelmäßig chronisch Kranke und darunter überproportional auch sozial benachteiligte Menschen – abzuschieben, zur nächsten Krankenkasse, ins nächste Ärztenetzwerk oder ins nächste Krankenhaus.

Diese Patienten, die auf die Funktionsfähigkeit des Solidarprinzips besonders angewiesen sind, wären in Versicherung und Versorgung praktisch nur noch mit ‚Partnern‘ konfrontiert, die zumindest kein ökonomisches Interesse

an ihrer optimalen Versorgung haben. Die Versorgung würde aus Patientensicht darüber hinaus unübersichtlich (schon weil der Hinweis ‚alle Kassen‘ von vielen Ärzteschildern verschwinden müsste), für Ärzte ethisch heikel (weil sie u. U. gleiche Krankheitsbilder je nach Kassenvertrag unterschiedlich behandeln müssten), und im übrigen würde der bürokratische Aufwand – wie bei nahezu jeder ‚Deregulierung‘ – erheblich ansteigen. Wer das nicht glaubt, werfe einen Blick auf die Versorgungspraxis in den USA. Wissenschaftler von dort sind immer wieder fassungslos, wenn sie hören, dass deutsche Gesundheitsökonomien in diese Richtung auch nur denken.

Die FES-Autoren erwähnen diese unerwünschten Wirkungen des Kassenwettbewerbs nicht ausdrücklich, aber sie haben offenbar darüber auch nachgedacht: sie wollen, dass die „Zuständigkeit für die Steuerung der Qualität der Versorgung auf Institutionen außerhalb des Wettbewerbs“ verlagert wird, in anderen Fassungen ihres Papiers fordern sie dafür ein staatliches „Institut für Qualität in der Medizin“. Ein solches Institut wäre – unabhängig und kompetent besetzt sowie mit entsprechenden Vollmachten ausgestattet – eine gute Sache. Es könnte neben der Initiierung und Überwachung von Qualitätsmanagement in der Versorgung auch über die Aufnahme neuer Arzneimittel in die Erstattungspflicht der GKV entscheiden, es könnte Qualitätsinformationen über Leistungserbringer veröffentlichen etc.

Es ist aber nach allen organisationswissenschaftlichen und professionssoziologischen Erfahrungen absolut

unrealistisch, von einer externen staatlichen Stelle zu erwarten, dass sie die Qualität der Versorgung gegen dauerhaft wirksame gegenläufige ökonomische Anreize kontrollieren, sichern oder gar verbessern kann. Qualitätssicherung (einschließlich der Leitlinienorientierung, der Nutzung und Steigerung der Betroffenenkompetenz, der Versorgungspfad-Gestaltung etc.) funktioniert desto besser (und meistens überhaupt nur dann), je mehr (bzw. wenn) die Leistungserbringer die Entwicklung der dazu notwendigen Kommunikation und neuen Handlungs-routinen aus eigenem Antrieb (zumindest aber nicht gegen die eigenen bzw. vertraglich definierten Interessen) selbst entwickeln und pflegen (SVR 2001, Band II, Kap. 1 – 3). Sonst kommt doch nur wieder eine neue prachtvoll-hilflos-teure Bürokratie heraus.

Es hilft halt nichts, man muss systemisch denken, und das heißt die Interessen und Anreize aller beteiligten Akteure einschließlich ihrer erwartbaren Reaktionen und Rückkopplungen in die Analyse einbeziehen. Tut man dies, dann führt kein Weg an der Erkenntnis vorbei, dass die bisherige GKV-Steuerung durch Verträge zwischen Verbänden (oder in Zukunft auch Versorgungsnetzwerken etc.) und Kassen so lange keinen Beitrag zur Verbesserung der Qualität des Systems leisten kann, wie beide Gruppen von Partnern ein gleichgerichtetes Interesse an ‚guten Risiken‘ bzw. ‚unkomplizierten Fällen‘ haben. Dieses Interesse aber und damit auch die aus ihm folgenden Anreize sind durch den Staat gestaltbar.

Jürgen Wasem et al. benennen auch – irritierender Weise allerdings nur im Zusammenhang mit der Finanzierung der GKV – ein tendenziell richtiges Instrument dazu: „die Einführung des morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs“.

Wenn den Kassen jeder Anreiz zum Rosinenpicken genommen würde und zugleich – wie auch die FES-Autoren fordern – der einheitliche Leistungskatalog beibehalten wird, dann könnten sie ihre jeweilige Position nur

Es ist ein Ammenmärchen, dass wegweisende Neuerungen nur wegen der Halsstarrigkeit der Anbieter-Kartelle oder zu starrer Vorschriften scheitern.



Foto: Christian Kiel (Berlin)

noch über attraktive Versorgungsqualität – und zwar für alle ihre Versicherten – und über günstige Beiträge halten bzw. verbessern. Das setzt aber mehr als eine Morbiditäts-„Orientierung“ des RSA voraus. Es setzt vielmehr voraus, dass jede Kasse durch den RSA genau so viel Ressourcen erhält wie bundesdurchschnittlich zur Versorgung genau ihrer Risikokombination zur Verfügung stehen. Voraussetzung dafür sind sozialepidemiologisch fundierte Risiko- und Kostenprofile, die möglichst genau die erwartbare Morbidität einschließlich der sozial, d. h. nach Einkommen, Ausbildung und Beruf ungleichen Erkrankungs- und Bewältigungswahrscheinlichkeiten abbilden und die Fallkosten (wie bei den DRGs im Krankenhaus) nach Schweregraden differenzieren. Das ist nicht unmöglich: jede private Krankenversicherung und jedes Gesundheitsnetzwerk HMO in den USA (vgl. dazu *Lauterbach* in diesem Heft) kalkuliert so (allerdings zu anderen Zwecken). Ein solcher RSA müsste auch durch Akteure außerhalb des Systems, und das könnte in Deutschland nur der Staat sein, schnell angepasst werden können, wenn sich zeigt, dass er unerwünschte Reaktionen hervorruft. Dies wird eine langfristige Aufgabe sein.

Erst unter solchen Voraussetzungen wäre bei Vertragsverhandlungen das Interesse an hoher Qualität und am Abbau von Unter-, Über- und Fehlversorgung (SVR 2001, Band III) dauerhaft auf der Seite der Kassen institutionalisiert präsent, und Kassenpolitik könnte wieder Gesundheitspolitik werden.

Dann – und nur dann und erst dann – wäre es auch anreiztheoretisch vertretbar, den Kassen die Möglichkeit einzuräumen, mit unterschiedlichen Versorger-Gruppierungen Verträge zur – professionell oder institutionell – variablen Erfüllung des einheitlichen Leistungskataloges auszuhandeln und abzuschließen. Ein „Institut für Qualität in der Medizin“ würde die Einhaltung der ausgehandelten Qualitätssicherung (z. B. durch Patientenbefragungen) kontrollieren und müsste – auch dies eine wichtige Erfahrung aus den USA – auch dafür sorgen, dass Kas-

sen und Leistungserbringer tatsächlich über „gleich lange Spieße“ verfügen. Denn Billig- und Knebelverträge aufgrund ungleicher Verhandlungsmacht gehen letzten Endes immer auch auf Kosten der Versorgungsqualität für gesundheitlich und sozial besonders Benachteiligte.

Dann erst wäre es auch vertretbar, über eine Verlagerung des (heute nach § 72 SGB V gemeinsam bei den Krankenkassen und den Leistungserbringern liegenden) Sicherstellungsauftrages nachzudenken. Solange die Kassen einen dauerhaften und starken ökonomischen Anreiz haben, ‚gute Risiken‘ auch in der Versorgung zu bevorzugen, darf ihnen eine sozialpolitisch verantwortungsbewusste Gesundheitspolitik den Sicherstellungsauftrag jedenfalls nicht übertragen.

Entscheidend sind also die Reihenfolge und die Präzision: zuerst Ausschaltung der unerwünschten Wirkungen des Kassenwettbewerbs durch einen nicht nur ‚morbiditätsorientierten‘, sondern einen vollständigen, sozialepidemiologisch fundierten und morbiditätsbezogenen Risikostrukturausgleich und dann erst Freigabe der Vertragsgestaltung und -partner.

Auf der gesundheitspolitischen Agenda ist die Einführung des ‚morbiditätsorientierten RSA‘ derzeit erst für das Jahr 2007 vorgesehen. Es erscheint fraglich, ob bei den gegenwärtig zu beobachtenden zentrifugalen Entwicklungen im GKV-System die sozialpolitische Substanz der sozialen Krankenversicherung bis dahin nicht schon ausgeblutet ist. Kurz gesagt: Der Morbi-RSA muss wesentlich schneller kommen und er muss wasserdicht sein, weil sein Funktionieren eine essentielle Voraussetzung für alle wichtigen Reformprojekte zur Steigerung von Qualität und Effizienz in der sozialen Krankenversicherung darstellt. Natürlich wäre das gesundheitspolitische Ergebnis, das sich in dieser Perspektive

Erwiesen wirksam sind partizipativ gestaltete Projekte der Betroffenenaktivierung z. B. in Schulen in sozial benachteiligten Stadtteilen.

wechsellernen können. Gesundheitspolitisch widersinnig ist es auch, wenn Versicherte, die ihre Kasse wechseln wollen, dann u. U. auch nicht mehr zum selben Hausarzt gehen dürfen. Unklar ist auch, wie kleine Kassen hinreichend flächendeckende und erreichbare Versorgungsnetze organisieren oder unter Vertrag nehmen können. Unbefriedigend gelöst wäre – auch bei einer zu erwar-

tenden weiteren Verminderung der Anzahl von Kassen und der Zunahme von kassenübergreifender Kooperation – ebenfalls das Problem der Organisation der Prävention: Moderne und erfolgreiche Konzepte beziehen sich meist auf Bevölke-

rungsgruppen, die regional oder nach Lebensweisen bzw. Milieus bzw. ‚settings‘ definiert sind – und nicht nach der Mitgliedschaft in einer Kasse.

Aber eine erreichbare zweitbeste Lösung ist besser als das auf absehbare Zeit in Deutschland politisch unerreichbare Optimum einer regionalisierten Einheitskasse (*Deutscher Bundestag* 1990, S. 420 f., Ziff. 80 – 82), bei der der Wettbewerb um gute gesundheitliche Ergebnisse und kostengünstige Versorgung zwischen den Regionen ausgetragen würde (*Rosenbrock* 2001a).

spw 3/2002

Literatur:

- Deutscher Bundestag (1990): 11. Wahlperiode: Endbericht der Enquete-Kommission „Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung“, BT-Drucksache 11/6380, Bonn 1990, auch erschienen in der Reihe: Zur Sache – Themen parlamentarischer Beratung, 3/90, 2 Bände, Bonn
- Oldiges, F. J. (1999): Chronisch Kranke – Neue Versorgungsformen – Gesundheitsreform 2000, in: Sozialer Fortschritt, Jg. 48, Heft 9/1999, S. 215-221
- Rosenbrock, Rolf (2001): „Primärprävention zur Verminderung sozial bedingter Unterschiede von Gesundheitschancen“, in: Arbeit und Sozialpolitik, 55. Jg., 11-12/2001, S. 49-57
- Rosenbrock, Rolf (2001a): Von der GKV zur Gesundheitsversicherung, Vortrag auf dem Symposium der Bundesministerien für Wirtschaft und Technologie sowie Gesundheit, „Zukunftsmarkt Gesundheit“ am 6. Dezember 2001 in Berlin
- Rosenbrock, Rolf (2002): „Kann die soziale Krankenversicherung in der Marktgesellschaft überleben“, in: H.-U. Deppe/Wolfram Burkhardt (Hrsg.): Solidarische Gesundheitspolitik. Alternativen zu Privatisierung und Zwei-Klassen-Medizin, Hamburg. VSA-Verlag 2002, S. 24-35
- SVR 2001 Band I, II, III, Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen, Gutachten 2000/2001 Bedarfsgerechtigkeit und Wirtschaftlichkeit, Band I: Zielbildung, Prävention, Nutzerorientierung und Partizipation, Band II: Qualitätsentwicklung in Medizin und Pflege, Band III: Über-, Unter- und Fehlversorgung, 4 Teilbände, Mimeo, Bonn 2001, www.svr-gesundheit.de
- Winkelhake, O., U. Miegel, K. Thormeier (2002): Die personelle Verteilung von Leistungsausgaben in der gesetzlichen Krankenversicherung 1998 und 1999 – Konsequenzen für die Weiterentwicklung des deutschen Gesundheitssystem, in: Sozialer Fortschritt 3/2002, S. 58-61



Foto: Christian Kiel (Berlin)

auch bei optimistischer Betrachtung ergibt, immer noch eine zweitbeste Lösung: ungelöst wäre dann zum Beispiel immer noch das Problem, dass Kassen wenig motiviert sein werden, durch Prävention und Gesundheitsförderung langfristig in die Gesundheit von Versicherten ‚zu investieren‘, weil diese morgen schon die Kasse

Industriepolitik der besonderen Art: Patente auf menschliche Gene

Von Christoph Then

Wenn es nach dem Willen der Industrie geht, dann werden bald auch in Deutschland Patente auf menschliche Organe und Gene sowie auf Pflanzen und Tiere und deren Gene ausdrücklich erlaubt. Der Fahrplan des federführenden Bundesministeriums für Justiz sieht vor, dass noch in dieser Legislaturperiode die EU Gen-Patentrichtlinie der Europäischen Union (98/44) in deutsches Recht umgesetzt werden soll. Die Richtlinie, die 1998 vom Europäischen Parlament verabschiedet wurde, kam durch massive Einflussnahme der Industrie zustande. Obwohl der EuGH eine Klage der Niederlande und Italiens abgewiesen hat, ist in den letzten Jahren der Widerstand gegen die Umsetzung der Richtlinie in vielen Ländern der EU erheblich gewachsen.

Gen-Patente in der Kritik

Besonders die Patentierung menschlicher Gene stößt aus verschiedensten Gründen auf breite Ablehnung. Entsprechende Stellungnahmen wurden u.a. von der Bundesärztekammer, von Krankenkassen, von Patientenverbänden, der Bioethik-Enquete des Bundestages, sowie den Ethikkommissionen Dänemarks, Frankreichs und der Schweiz veröffentlicht. Auch Bundesrat und Europarat beziehen Stellung gegen die Umsetzung der Richtlinie. Die Parlamente Luxemburgs und Frankreichs haben die Umsetzung der Richtlinie erst mal auf Eis gelegt. Statt dessen wurde vom französischen Nationalrat im nationalen Bioethikgesetz ein komplettes Verbot der Patentierung menschlicher Gene verankert.

Gegen die Patentierung menschlicher Gene gibt es viele Gründe. Ein wichtiges Argument ist, dass bereits 1987 entworfene EU-Richtlinie aus wissenschaftlicher Sicht längst überholt ist. Um zu verhindern, dass einfach nur isolierte Gene patentiert werden, schreibt die Richtlinie vor, dass eine kommerzielle Anwendung eines Gens bekannt sein muss, bevor ein Patent erteilt werden kann. Doch spätestens mit der Entschlüsselung des menschlichen Genoms hat sich unsere Vorstellung radikal geändert, was ein Gen und seine Funktion (bzw. mögliche kommerzielle Anwendung) ist.

Noch vor kurzem ging man davon aus, dass die Zahl der verschiedenen Proteine im menschlichen Körper als Anhaltspunkt für

die Zahl der vorhandenen Gene dienen könne. Daher schätzte man die Zahl der menschlichen Gene auf etwa 100.000 bis 150.000, nach der Entschlüsselung des Genoms verbleiben aber nur noch 20.000-50.000 Gene. Angesichts der hohen Zahl der verschiedenen Eiweißstoffe geht man jetzt davon aus, dass sogar die Mehrzahl der Gene unterschiedliche Funktionen haben müssen. Von „der“ Funktion eines Gens zu sprechen erscheint daher fragwürdig und oft unmöglich. Gestützt werden diese Erkenntnisse auch durch die vergleichende Genomforschung: So soll zum Beispiel ein Gen, das beim Menschen in Zusammenhang mit Alzheimer diskutiert wird, beim Fadenwurm die Eiablage steuern.

Immer stärker neigen deswegen Fachleute aus ganz unterschiedlichen Bereichen dazu, Gene primär als Informationsträger anzusehen und nicht als chemischen Stoff, mit definierter Wirkqualität.

Auch unabhängig von der biologischen Multifunktionalität von Genen ist der Patentschutz, wie er aus der Chemie abgeleitet wurde, für genetische Information, viel zu weitreichend. Eine Firma, die ein Patent auf ein Gen in Zusammenhang mit einem

diagnostischen Verfahren erhält, hat demnach auch die Rechte an dem Gen, wenn damit eine in der Regel sehr viel aufwändigere Therapie oder ein Arzneimittel entwickelt wird – ein wissenschaftlich wie wirtschaftlich völlig unsinniges Monopolrecht, das Forschung und Entwicklung hemmt und nicht fördert.

Wenn also Patente im Bereich der Genomforschung vergeben werden, müssen sie auf bestimmte technische Anwendungen begrenzt werden, wie etwa die Herstellung eines Arzneimittels. Die Gensequenzen selbst müssten aber frei von Monopolansprüchen bleiben. Genau hier versagt die neue Gen-Patentrichtlinie der EU: Wird ein Patent auf ein Gen („Stoffpatent“) erteilt, gilt der Patentschutz automatisch auch für alle Funktionen, die zum Zeitpunkt der Patenterteilung noch gar nicht bekannt waren.

Noch fragwürdiger ist das EU-Patentrecht auf einer weiteren Ebene: Auch für alle Lebewesen, die technisch verändert werden, in die z.B. patentgeschützte Gene eingebaut werden, greift der Patentschutz: für das Lebewesen selbst, inklusive aller anderer Lebewesen, soweit diese auf die beschriebene Art und Weise wirtschaftlich nutzbar sind, sowie für alle nachfolgenden Generationen, die über die patentgeschützten Eigenschaften verfügen.

Bedenklich ist diese Ausweitung des Patentschutzes wegen ihrer unglaublichen Unverhältnismäßigkeit: Erfindersche Leistung und gewährter Patentschutz geraten in ein krasSES Missverhältnis. Nicht technische Verfahren werden patentiert, sondern Lebewesen selbst werden zu „Erfindungen“ erklärt.

Letztlich wird bei dieser Art von Patentschutz nicht das Erfinden und Investieren gefördert, sondern etwas bereits Vorgefundenes,

Entdecktes wird als „neu“ und „erfinderisch“ umdefiniert. Im Ergebnis wird so der Zugang zur wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Nutzung des Genoms erheblich beschränkt, zum Teil blockiert. Der soziale Vertrag, der ein Patent letztlich sein soll,

Patentschutz für Gene schafft ein wissenschaftlich wie wirtschaftlich völlig unsinniges Monopolrecht, das Forschung und Entwicklung hemmt und nicht fördert.

durch den eine Balance zwischen den Interessen von Patentinhaber und Gesellschaft geschaffen werden soll, wird zerstört.

Folgen von Gen-Patenten

Ein komplexes Ganzes – das Genom – wird in kleine und größere Stücke zerteilt. Seine Nutzung wird abhängig von einigen tausenden Patentschriften, zum Herr der Gene werden Aktionärsinteressen und Patentanwälte. Selbst unter denen, die dieses System der Verwertung aus eigenen wirtschaftlichen Interessen pushen, kursiert die Befürchtung eines baldigen Patentclashes, durch den sich dieses System selbst ad absurdum führen wird.

Die Probleme, die sich aus der Patentierung von Genen ergeben, wurden schon 1997 in „Science“ unter dem Titel „HIV Experts vs. Sequencers in Patent Race“ dargestellt. Hier wird die Entdeckung des Zell-Rezeptors geschildert, der in der wissenschaftlichen Fachwelt großes Aufsehen erregte, weil er eine wichtige Funktion beim Eindringen des

AIDS-Virus in die Zelle hat. Nachdem sich viele Wissenschaftler mit dem CCR5 Rezeptor und seinen möglichen therapeutischen Ansätzen befasst hatten, mussten sie feststellen, dass die Firma Human Genom Sciences bereits 1995 eine Patentanmeldung auf die entsprechende Gensequenz eingereicht hatte (WO96/39437). Obwohl die Firma in ihrer Patentschrift nicht einmal eine Verbindung zur HIV-Infektion erwähnt, verlangt sie auch im Rahmen der AIDS-Forschung die Rechte an diesem Gen. Jorge Goldstein, der Anwalt des Unternehmens erklärt dazu: „*wer immer als Erstes eine DNA-Sequenz patentiert – für welche Nutzung auch immer – kann nachfolgende Nutzungen blockieren*“ (Science, Vol 275, 28.2.1997 S. 1263) Auch auf der Ebene der medizinischen Diagnose läßt sich die negative Wirkung von Patenten empirisch belegen: Mildred Cho von der Stanford University präsentierte auf dem OECD-Workshop über genetische Erfindungen vom 24.-25.1.2002 in Berlin ihre Studie „Effects of gene patents and licenses on clinical genetic testing“ (Wirkungen von Genpatenten und Lizenzen auf klinische Genforschung). Demnach haben 25% der in den USA befragten Labors Testverfahren wegen Forderungen von Patentinhabern eingestellt, 53% unterließen die Entwicklung eigener, verbesserter diagnostischer Verfahren, weil entsprechende Patente vergeben worden waren. Schlussfolgerung: „*Laborleiter in den USA glauben, dass Patente und Lizenzen eine negative Wirkung*

auf Zugang, Kosten und Qualität von Tests und auf den Informationsaustausch von Forschern haben“.

Bestätigt wird diese Aussage auch durch eine Studie von Merz, J.F. et al, Nature vom 7.2.2002 („Diagnostic testing fails the test“ – Diagnostisches Testen versagt im Test), in der ebenfalls negative Auswirkungen für Patienten und klinische Labors festgestellt wurden. Dass auch in Europa derart weitreichende Patente erteilt werden, zeigen aktuelle Fälle am Europäischen Patentamt. Das erste Patent auf ein menschliches Gen wurde schon 1990 erteilt. Inzwischen hat das EPA über 6000 Anmeldungen erhalten, über 800 derartiger Patente hat es bereits erteilt.

Welche Folgen auf Ärzte, Kassen und Patienten zukommen können, wenn die Industrie über die Patente auf die Gene auch die diagnostischen Verfahren kontrolliert werden, zeigt das Beispiel des Brustkrebs-Gens: Das Europäische Patentamt (EPA) in München erteilte am 23.5.2001 der US-Firma Myriad aus Salt Lake City/ Utah für das Brustkrebs-Gen BRCA 1 ein umfassendes Patent (EP 0705

903). Myriad beansprucht in dem Patent etwa 80 menschliche Genabschnitte unterschiedlicher Länge. Sie enthalten verschiedene Genmutationen, die typisch sind für erbliche Brustkrebs-Erkrankungen. Das Patent schließt außerdem Diagnose-Verfahren ein sowie die Rechte zur Verwendung des Gens zur Therapie und Herstellung von Arzneimitteln.

Den umfassenden Ansprüchen liegt allerdings nur eine geringe technische Leistung von Myriad zugrunde: Bereits vor der Entdeckung durch die Firma war bekannt, auf welchem Chromosom und in welchem Abschnitt des Chromosoms die Mutationen zu suchen sind.

Die Folgen derartiger Patente können weit in die ärztliche Praxis hinein reichen. Zwar ist die Heilung vieler Erkrankungen in weiter Ferne, doch bei der Beurteilung des Krankheitsverlaufes, der Heilungsaussichten und der Wahl der besten Therapie erlangen bestimmte Gene als Hilfsmittel zur Diagnose eine zunehmende Bedeutung.

Europäische Ärzte sorgen sich deswegen, dass sie u.a. vom BRCA-Patent direkt betroffen sein werden: 15 mit öffentlichen Geldern finanzierte Labors in England fürchten eine

Verdopplung ihrer Kosten, obwohl sie nicht die von Myriad beschriebenen Verfahren verwenden. Entsprechende Forderungen von Myriad wurden bereits bekannt: Demnach wird sich die Untersuchung auf Brustkrebs von 750 Pfund je Patient auf das Doppelte verteuern (The Guar-

dian, 17.1.2000). Aus der Schweiz wurde bekannt, dass der Preis von derzeit etwa 1400.- SFR. auf 4020.- € steigen soll.

Das Institut Curie in Frankreich, die Gesellschaften für Humangenetik aus Belgien, den Niederlanden und Deutschland haben inzwischen rechtliche Schritte gegen das Monopol von Myriad eingeleitet und Einsprüche am Europäischen Patentamt eingereicht. Sogar das Europäische Parlament, das 1998 die EU Richtlinie verabschiedet hatte, kündigt sich in seiner Resolution vom 4.10.2001 Einsprüche gegen das Patent an.

Exempel falscher Industriepolitik

Mit der Resolution gegen das Patent auf das Brustkrebsgen erreichte die Debatte des Europäischen Parlamentes um die Gen-Patentrichtlinie ihren vorläufigen Höhepunkt.

Am 1.3.1995 nutzte das Europäische Parlament (EP) zum ersten Mal die durch den Maastricht-Vertrag zugestandene Macht und lehnte entgegen dem Willen des Ministerrates und der EU-Kommission die Richtlinie „Rechtlicher Schutz biotechnologischer

Erfindungen“, komplett ab. Drei Jahre später, am 12.5.1998, nahm das Plenum mit großer Mehrheit einen neuen Entwurf an, der im Inhalt so gut wie identisch mit jenem war, der von denselben Abgeordneten zuvor abgelehnt worden war.

Was führte zum Umschwung in der Meinung der Parlamentarier? Die Industrie hatte schon vor dem für sie niederschmetternden Votum im März 1995 mit erheblichem Aufwand versucht, auf die Meinung des Parlaments Einfluss zu nehmen. Aber im zweiten Durchgang ab Dezember 1995 engagierte sich die Biotech-Industrie in noch nie dagewesenem Ausmaß. Neben der direkten und offenen Einflussnahme, bei der einige Dutzend Lobbyisten die Abgeordneten in persönlichen Gesprächen bearbeiteten, griff die Industrie zu Maßnahmen, die eindeutig gegen das notwendige „Fairplay“ im demokratischen Miteinander verstoßen. Wesentliches Element war die gezielte Instrumentalisierung unabhängiger Patientenorganisationen und der Missbrauch von Personen, die Träger von Erbkrankheiten sind, zur emotionalen Erpressung der Mandatsträger (Ausführlich nachzulesen in: Gene, Monopole und „Life-Industry“, eine Dokumentation über die Patentierung von Leben, www.greenpeace.de).

Bei der Abstimmungsniederlage der Patentlobby im März 1995 spielte das negative Votum der Patientenverbände zur Patentierung menschlicher Gene eine entscheidende Rolle. Die Patientenverbände hatten sich gemeinsam mit verschiedenen anderen Organisationen gegen die Richtlinie und damit gegen die Monopolisierung menschlicher Gene ausgesprochen.

Im Vorfeld der Abstimmung über den neuen Entwurf der Richtlinie konzentrierten sich die Bemühungen der Industrie auf diese Gruppe. Die Patienten erschienen als ein geeigneter Bündnispartner im Kampf um die Stimmen der Abgeordneten des Europäischen Parlamentes. Sie sollten glaubhaft machen, dass es bei dieser Richtlinie nicht nur um die Interessen der Industrie ging. Die Konzerne verliehen ihren wirtschaftlichen Interessen so einen gemeinnützigen Anstrich.

Alastair Kent, der wichtigste Lobbyist der in diesem Zusammenhang für die Industrie aktiv wurde, vertrat in Brüssel offiziell die Patiententendachverbände European Alliance of Genetic Support Groups (EAGS) und Genetic Interest Group (GIG), einen Dachverband englischer Patientenorganisationen. Unter seiner Führung änderten diese Verbände angeblich ihre Position in der Frage der Patentierung menschlicher Gene innerhalb weniger Monate vollständig: 1995 opponierten EAGS, GIG und Kent gegen die Verabschiedung der Richtlinie, weil sie die Patentierung menschlicher Gene verhindern wollten. 1997 traten sie vor der ersten Lesung der Richtlinie an die Spitze der Befür-

Die Biotech-Industrie instrumentalisierte Patientenorganisationen und missbrauchte erkrankte Personen zur emotionalen Erpressung der Mandatsträger.

Foto: Christian Kiel (Berlin)



worter der Gen-Patente, ohne Gründe für den Positionswechsel nennen zu können.

Kent verbreitete gezielt Unwahrheiten über die Position der Patientenverbände. Mit Kampagnen versuchten die „Patienten“ sich als „unabhängige“ Lobbygruppen zu profilieren. Diese Aktivitäten waren allerdings von der Industrie finanziert und von professionellen Beraterfirmen durchgeführt worden. Alastar Kent ging so weit, den Kritikern vorzuwerfen, sie würden das Leben von Menschen riskieren. Er ignorierte dabei die Kritik im eigenen Lager sowie die Bedenken von Organisationen wie der Bundesärztekammer, der Gesellschaft für Humangenetik oder dem Dachverband der Patientenverbände in den USA, der National Organisation for Rare Disorders (NORD – Nationale Organisation für seltene Krankheiten).

Parallel trat der Pharmakonzern SmithKline Beecham (SB) in Brüssel als Speerspitze der Industrielobby auf. SB stattete seine Lobbyisten mit einem Millionen-Budget aus, um die Verabschiedung der Richtlinie voran zu treiben.

Diese forcierten den scheinbaren Schulterchluss zwischen Patientenverbänden und der Industrie. Die Patientenverbände stritten nicht ab, dass SmithKline Beecham und die Pharmaindustrie die Spesenkosten, wie z.B. Anreise und Unterkunft von rund einem Dutzend Rollstuhlfahrer zu den Plenarsitzungen des Europäischen Parlamentes bezahlte. Zugleich wurden von SB aufwendig gestaltete Broschüren in Umlauf gebracht, die alle nur eine Botschaft hatten: Ohne Patente auf menschliche Gene würde der medizinische Fortschritt zum Stillstand kommen. Die zentrale Aussage lautete: „No patents, no cure!“ (Keine Patente, keine Behandlung).

Unterstützt wurde SB u.a. vom Dachverband der Europäischen Biotechnologie-Industrie, EuropaBio. Dieser wurde 1996 als Nachfolge für die Senior Advisory Group Biotechnology (SAGB) gegründet und koordinierte die verschiedenen Aktivitäten von einigen Dutzend Lobbyisten. Die SAGB hatte offensichtlich gemeinsam mit der Europäischen Kommission den Text der Richtlinie erarbeitet. Als die

European Federation of Pharmaceutical Industries Associations (EFPIA), ein Dachverband der Pharmazeutischen Industrie. Alle diese Akteure setzten im wesentlichen auf eine Karte: die Rolle der Patientenverbände. Doch dieses Spiel nahm eine überraschende Wende.

Zunächst war sehr augenfällig, dass das Gegenstück der EAGS in den USA, NORD, eine diametral entgegengesetzte Position zu dem vertrat, was Kent als „essentiell Interesse der Patienten“ bezeichnete: Nach Ansicht von NORD schaffen Patente auf menschliche Gene unnötige Monopole, behindern den Wettbewerb und verhindern in vielen Fällen Innovationen bei der Entwicklung von Medikamenten.

Unmittelbar vor der endgültigen Abstimmung im Mai 1998 wurde klar, dass auch die Mehrheit der europäischen Patientenorganisationen (nach wie vor) ganz klar gegen eine Patentierung menschlicher Gene waren. So brachte die Genetic Interest Group eine Stellungnahme heraus, in der festgestellt wird: „GIG ist überzeugt, dass, wenn ein Patent auf ein Produkt oder eine Therapie oder ein pharmazeutisches Produkt erteilt wird, dass Wissen über eine Gensequenz enthält oder darauf beruht, der Patentschutz die Sequenz selbst nicht umfassen sollte. Ein anderes Produkt oder eine Therapie, das Wissen über die selbe Gensequenz enthält oder nutzt, sollte von einem separaten Patent geschützt werden und es sollte keine voneinander abhängigen Patente geben.“ (GIG-Position zur Europäischen biotechnologischen Richtlinie, 19.11.1997).

In unmittelbarer Folge mußte der exponierteste Lobbyist der Patientenverbände, Alastar Kent, der monatelang zusammen mit der Industrie und in Namen der Europäischen Patentenverbände für die Richtlinie eingetreten war, auf einmal jegliche Lobbytätigkeit einstellen. So wurde klar, dass die Patien-

tenverbände tatsächlich von der Industrie missbraucht worden waren. Doch die Richtlinie wurde trotzdem verabschiedet: Am Tag der Abstimmung fand eine mit den Geldern der Industrie finanzierte Demonstration statt von Personen, die Träger von Erbkrankheiten sind, unter dem Motto „Patents for Life!“.

tenverbände tatsächlich von der Industrie missbraucht worden waren. Doch die Richtlinie wurde trotzdem verabschiedet: Am Tag der Abstimmung fand eine mit den Geldern der Industrie finanzierte Demonstration statt von Personen, die Träger von Erbkrankheiten sind, unter dem Motto „Patents for Life!“.

Diskussion im Bundestag

Die Debatte um die Umsetzung der Gen-Patentrichtlinie verlief in Deutschland bisher äußerst kontrovers. Vor allem das Justizministerium (BMJ) setzte sich von Anfang an für eine möglichst zügige Umsetzung der Richtlinie ein, wobei nur geringfügige Änderungen zugelassen werden sollten. Dagegen äußerte die Enquête-Kommission für Bioethik des Bundestages sehr ablehnend gegenüber dem geplanten Gesetz, der Bundesrat übte deutliche Kritik an der Regierungsvorlage und auch die Bundesregierung sprach sich schon im Oktober 2000 für Nachbesserungen an der Richtlinie aus.

Streit entbrannte insbesondere um die Reichweite der Patente auf genetische Information. In einer Anhörung des Rechtsausschusses sprachen sich auch Patentexperten des Deutschen Patentamtes für eine Begrenzung des Patentschutzes aus. Konterkariert wurden diese Bemühungen allerdings von den Beamten des BMJ, die keine wirklichen Einschränkungen zulassen wollen. Derzeit scheint unsicher, ob die Umsetzung während dieser Legislaturperiode überhaupt noch gelingen wird.

Würde die Richtlinie vom Deutschen Bundestag nicht umgesetzt, wäre dies ein klares Signal an die Europäische Kommission, sich so bald wie möglich an die Überarbeitung der Richtlinie zu machen, um eine angemessenere Ausgestaltung des Patentrechtes zu erreichen. Nachdem die Richtlinie bislang

nur in fünf EU-Ländern implementiert wurde, und Deutschland bei seiner Kritik u.a. auf Bündnispartner wie Frankreich und Luxemburg zählen könnte, erscheint die politische Situation günstig. Zudem könnte ein Zeichen dafür gesetzt werden, dass sich das demo-

Es könnte ein Zeichen gesetzt werden, dass sich das demokratische Europa gegen allzu einseitigen Einfluss der Wirtschaft zu wehren weiß.

kratische Europa gegen allzu einseitigen Einfluss der Wirtschaft zu wehren weiß. Nötig wäre dazu allerdings auch, jetzt die politische Initiative zu ergreifen und es nicht bei einer unklaren Patt-Situation zu belassen. Davon aber scheint die Bundesregierung derzeit aber weit entfernt. Greenpeace hofft deswegen, dass zumindest der Bundestag sich in einer Resolution noch einmal für die Neuverhandlung der Richtlinie einsetzen wird.

Umbruch im Krankenhaus – Plädoyer für eine neue Rolle des Staates im künftigen Gesundheitssystem

von Heinz Lohmann

1. Der Patient steht im Mittelpunkt. Die Beteiligten werden nicht müde, die Bedeutung der Bedürfnisse des Patienten als Legitimation für ihr jeweiliges Tun herauszustreichen. Jeder allerdings, der das Gesundheitssystem etwas genauer analysiert oder gar selbst zum betroffenen Patienten wird, kann die Fragwürdigkeit dieser Aussage spüren. Das Gesundheitssystem in Deutschland, und in vielen vergleichbaren Ländern genauso, ist nicht zentral auf die Interessen der Patienten, sondern vorrangig auf die der Systemakteure ausgerichtet. Es besteht ein impliziter Pakt zwischen der Politik und den Anbietern von Gesundheitsdienstleistungen und Krankenversicherungen, der die Kontraktpartner schützen soll. Dieser Vertrag hat lange gehalten und war außerordentlich erfolgreich. Die am Gesundheitssystem Beteiligten haben dabei mittels ihrer vielfältigen Ständeorganisationen und deren Verknüpfungen für die Gesellschaft die höchst konfliktträchtige Allokation in eigener Regie übernommen und gelöst. Die Politik hat im Gegenzug die Strukturen dieser Selbstverwaltung und ihre real existierenden Mitglieder vor „Überfremdung“

geschützt. Wer an der „Futterkrippe“ stand, durfte bleiben, wer neu hinzu treten wollte, wurde abgehalten. Das System war – und ist teilweise immer noch – auf den Erhalt des Status quo ausgerichtet. Dieser Konsens ist nunmehr massiv bedroht. Die Ständevertreter haben ihn aufgekündigt, weil die knappen Ressourcen im System allen Beteiligten das Leben schwer machen. Ein Festhalten am tradierten Gesundheitssystem wird deshalb den künftigen Herausforderungen gerade vor dem Hintergrund von europäischen Entwicklungen nicht gerecht.

2. Der Beginn des 21. Jahrhunderts markiert den Übergang von der postindustriellen über die Informationsgesellschaft zur Netz-

werk-Ökonomie. Die im 19. Jahrhundert entwickelte Industriegesellschaft und ihre Erfolgsmodelle, die ganz wesentlich das Bild des 20. Jahrhunderts geprägt haben, gehen dem Ende entgegen. Dazu zählen die Strukturen in vielen Branchen, wie z.B. dem Bankensektor, dem Post- und Telekommunikationswesen, dem Staatsbahnen- und dem Nahverkehrsbereich sowie den Elektrizitätsgesellschaften und Stromverteilern. Betroffen ist jetzt auch zu guter Letzt der Gesundheitssektor. Da die Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen aufgrund der demographischen Entwicklung und des medizinischen sowie technischen Fortschritts steigt und gleichzeitig die solidarische Finanzkraft in allen postindustriellen Gesellschaften sinkt, ist ein grundlegender Wandel unvermeidlich. Wenn nicht die Leistungen drastisch rationiert werden sollen und damit in Mitteleuropa der traditionelle, insbesondere

auf humanistischen und christlichen Werten beruhende Konsens dieser Gesellschaften in Gefahr gebracht werden soll, muss die Produktivität der Gesundheitsbranche gesteigert werden. Dazu ist die Verstärkung des Wettbewerbs ein probates

und erprobtes Mittel.

3. Für den Fortbestand von Krankenhausunternehmen ist deshalb die Beurteilung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit eine entscheidende Komponente. Künftig ist nicht mehr vorrangig das aktuelle Wirtschaftsergebnis, sondern das Potenzial für ein attraktives Preis- / Leistungsverhältnis entscheidend. Moderne Krankenhausbetriebe haben deshalb in den vergangenen Jahren die in vielen Ländern der Welt bereits erprobten Verfahren zur Bewertung dieses Verhältnisses zum Einsatz gebracht. Zu nennen sind hier insbesondere die in Deutschland seit einiger Zeit sehr heftig diskutierte sogenannte DRG-Methodik. *Diagnosis-Related-Group-*

Verfahren sind im übrigen bereits in fast 50 Ländern der Welt eingeführt, teilweise seit Jahrzehnten. Daraus hat sich eine grundlegend neue Problemerkennntnis ergeben. Für viele traditionelle Krankenhäuser war klar, dass ein erheblicher Anpassungskurs gefahren werden musste. Diese Unternehmen haben bereits einen gewaltigen Kraftakt zur Verbesserung des Preis-/ Leistungsverhältnisses vollzogen. Sie zeigen sich damit als Motor der Weiterentwicklung der Gesundheitsbranche. So verlassen sie die gesetzlich geschützten Anbieterreservate und stellen sich dem Qualitäts- und Preiswettbewerb. Dabei übernehmen sie Transformationskonzepte aus anderen Bereichen der Wirtschaft. Das Geheimnis erfolgreichen Managements in der Gesundheitsbranche heißt somit Normalisierung. Daraus ergibt sich für viele Krankenhäuser alter Prägung ein Sanierungsprogramm, das im Zentrum die Konzentration auf das Kerngeschäft und deshalb die Ausgliederung aller nicht medizinischen Leistungen in eigene Betriebe, Tochtergesellschaften und Beteiligungen oder an Fremdbetriebe enthält. Der eigentliche Wettbewerb im Gesundheitssektor wird künftig in der Medizin über Qualität, Leistung und Preise entschieden. Deshalb ist die Neugestaltung des Krankenhauses als Medizinbetrieb dringend erforderlich. Dabei müssen alle Prozesse an den Bedürfnissen des Patienten ausgerichtet sein. Die Trennung eines Krankenhauses in verschiedene Fachabteilungen wird diesem Anspruch nicht gerecht. An den Schnittstellen zwischen den Units entstehen immer wieder Reibungspunkte. Diese gilt es zu überwinden. Einzelleistungsbezogene Kostenanalysen und standardisierte Behandlungsabläufe bilden die Basis zur Entwicklung von „Behandlungs-Produkten“. Es geht dabei darum, eine beschriebene Leistung mit einer garantierten Qualität zu vereinbarten Preisen und Rabatten anzubieten. Entsprechende Verträge werden dann mit einzelnen Krankenkassen vereinbart. Die Aufhebung des „einheitlich und gemeinsam“ im bisherigen System garantiert das Interesse der Vertragsparteien. Erste Modellverträge der genannten Art gibt es bereits zwischen einem Krankenhausunternehmen und ausgewählten Krankenkassen. Neben der Bestimmung der Leistung ist dabei die Form der Behandlung, etwa die Bestimmung der Tage, bis zu der die Operation oder auch die Entlassung erfolgt sein muss, wenn im Einzelfall nicht

**Das Gesundheitssystem in
Deutschland ist nicht auf
die Interessen der Patienten,
sondern vorrangig auf
die der Systemakteure
ausgerichtet.**

Heinz Lohmann, Diplom-Soziologe, Vorstandssprecher des Landesbetriebs Krankenhäuser Hamburg. Verfasser zahlreicher Publikationen, so mit Martin Kerres Autor des Buches „Der Gesundheitssektor: Chance zur Erneuerung“ sowie mit Karl-Heinz Wehkamp Herausgeber der neuen Buchreihe „Vision Gesundheit“, deren 1. Band „Gesundheit unternehmen: Das LBK Hamburg-Modell“ soeben erschienen ist.

medizinische Gründe dagegenstehen. Außerdem übernimmt in bestimmten Fällen das Krankenhaus eine genau festgelegte Gewährleistung. Vereinbart sind Festpreise und Rabatte, wenn es der Krankenkasse gelingt, mehr als bisher Patienten von der Behandlung in dem Vertragskrankenhaus zu überzeugen. Umfassende Gesundheitsangebote dieser Art werden künftig mehr und mehr im Rahmen von Gesundheitskonzernen erbracht, die sich in den kommenden Jahren in internationalen Zusammenhängen weiterentwickeln und zunehmend expandieren. In „Markenartikel – Ringen“ werden diese Leistungen auch überregional und gemeinsam mit ausgewählten ambulant tätigen Ärzten, Rehabilitationseinrichtungen und Pflegeanbietern als Komplexeleistungen zu Komplexpreisen auf den Markt gebracht. Diese behandlungsbezogenen Leistungspakete bieten die Basis dafür, in Zukunft das immer noch weitgehend verbindliche Budgetsystem zu Gunsten eines zukunftssträchtigen Vertragssystems zwischen einzelnen Leistungsanbietern und Anbietergruppen sowie einzelnen Krankenkassen und Krankenkassengruppen aufzugeben.

5. Zu ihrer weiteren Entwicklung benötigen erfolgreiche Gesundheitsunternehmen eine ausreichende Kapitalbasis. Die in Deutschland dominierenden öffentlichen und kirchlichen Klinikunternehmen kränken genau daran. Erforderlich aber sind innovative Gesellschaften, die für private Kapitalgeber, auch aus anderen Branchen, zunehmend interessant werden. Nur Krankenhausunternehmen, die Kapital auf sich ziehen, werden im härter werdenden nationalen und internationalen Wettbewerb erfolgreich sein. Nur sie werden die notwendigen Investitionen schnell genug tätigen können, um mit dem medizinisch-technischen Fortschritt Schritt halten zu können. Die Politik ist aufgefordert, die Rahmenbedingungen für moderne Strukturen und unternehmensorientiertes Handeln zu verbessern. Die bisherigen Restriktionen sind aufzuheben und das Ständewesen, das sich in vielen Selbstverwaltungsorganen niederschlägt, zu überwinden. Hierbei tut sich die Politik erkennbar schwer. Sie befürchtet nicht ganz zu Unrecht, bei der Eliminierung von Budgets, als Element der Steuerung des Gesundheitssystems, könne es zu einem massiven Ansteigen der Ausgaben durch eine dramatische Mengenausweitung der Leistungsanbieter kommen. Gerade deswegen ist es wichtig, Wege aus diesem Dilemma aufzuzeigen und zu beschreiten. Die Entwicklung von „Behandlungsprodukten“ ist dazu geeignet, da sie in der Lage sind, Produktivitätsgewinne mittels des Rabattsystems an die Versicherten weiterzugeben. Die Politik hat vor diesem Hintergrund die Chance, von der bisherigen Budgetsteuerung in ein zukunftsfähiges Vertragssystem zu wechseln.

6. In Zukunft kann erstmalig tatsächlich der Patient im Mittelpunkt eines neuen Gesundheitssystems stehen. Dazu ist es erforderlich, dass der Staat seine Aktivitäten auf die Wahrung der Konsumentenrechte konzentriert. Er muss, wie in anderen Branchen auch, zum Hüter der Marktordnung werden. Hingegen ist ein direktes steuerndes Eingreifen sowohl in die Versicherungs- als auch in die Gesundheitsanbieterlandschaft nicht erstrebenswert, weil nicht erfolgversprechend. Vielmehr muss die bisherige Institutionenorientierung im System gänzlich aufgegeben werden. Es gilt Behandlungsabläufe über die hergebrachten Sektoren des traditionellen Gesundheitssystems hinweg leistungsbezogen zu definieren und in Kooperation zwischen ambulant tätigen Ärzten, Krankenhäusern, Reha- und Pflegeeinrichtungen anzubieten. Entscheidend ist, dass das „einheitlich und gemeinsam“ aufgehoben wird und der Wettbewerb über Qualität und Preis erfolgt. Gruppen von Anbietern konkurrieren mit anderen Gruppen von Anbietern. Nicht der Umfang der Leistungen ist Differenzierungsmerkmal im neuen System, sondern die Art der Leistungserbringung. Das Prinzip des umfassenden Gesundheitsschutzes kann somit in einer solidarisch finanzierten Krankenversicherung gewahrt bleiben. Gesundheitsdienstleister wie ambulant tätige Ärzte, Krankenhäuser, Reha- und Pflegeeinrichtungen sowie weitere Anbieter, können ihr Überleben im Wettbewerb ausschließlich über weit reichende Modernisierung sichern. Der Staat bezieht die Sicherstellungsgarantie künftig konsequent auf die Patientenbedarfe. Er schafft deshalb eine gesetzliche Ordnung, die diesem Ziel folgt. Er schützt damit nicht mehr die Existenz der Anbieter, sondern sichert einen fairen Wettbewerb. So müssen die Krankenkassen ihren Versicherten den gesetzlich garantierten Leistungsumfang sichern, indem sie entsprechende Verträge mit Gesundheitsdienstleistern abschließen. Dabei sind die künftig staatlich vorgeschriebenen, für einzelne Behandlungsformen variierenden, angemessenen Einzugsraten zu beachten. Kooperationen zwischen Krankenkassen sind hierbei möglich. Definierte Notfallbehandlungen sind auch künftig in allen Gesundheitseinrichtungen möglich und müssen von den Krankenkassen unabhängig von vertraglichen Vereinbarungen bei einheitlichen Preisen finanziert werden. Sektorenübergreifende Anbietergruppen oder Gesundheitsunternehmen bieten einzelnen Krankenkassen oder Kassengruppen künftig genau beschriebene Behandlungskonzepte. Die Qualität wird durch staatlich festgelegte

Normen bestimmt. Dienstleistungen müssen beispielsweise definierte Mindestanforderungen aufweisen, zu denen Behandlungskomponenten und Erfolgsquoten sowie Kommunikations- und Gewährleistungspflichten gehören können. Dienstleister müssen z.B. jährliche Mindestmengen pro Behandlung erbringen und regional ein festgelegtes Mindestsortiment anbieten. Die Versorgungssicherheit kann sichergestellt werden, wenn Krankenkassen in großräumigen Regionen Policen nur anbieten dürfen, wenn sie entsprechende Gesundheitsdienstleister unter Vertrag haben. Sollte in einer Region kein Krankenversicherer zur Verfügung stehen, kann das Versorgungsgebiet mit einer für Krankenversicherungen at-

traktiven Region verbunden werden. Auf diese Weise ist immer eine bedarfsgerechte und effiziente Versorgung der Bevölkerung mit Gesundheitsdienstleistungen sicher gestellt.

7. Der Staat hat in einer Gesellschaft, in

der auf Grund demographischer Entwicklungen und der Innovationen der modernen Medizin der Bedarf an und damit die Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen zunimmt, künftig eine neue Rolle. Dies gilt insbesondere, da der Druck auf die solidarischen Finanzierungssysteme zunimmt, wenn die Transferkosten wegen der Erhaltung der globalen Wettbewerbsfähigkeit nicht steigen sollen. Da massive Leistungsreduktionen in der gesetzlichen Krankenversicherung vermieden werden sollen, kann das aufgezeigte Dilemma nur über erhebliche Produktivitätsverbesserungen im Gesundheitswesen aufgelöst werden. Das ist nur möglich, wenn ein durchgehendes Wettbewerbsprinzip etabliert wird. Die vielfältigen Standesorganisationen mit umfassenden Selbstverwaltungen müssen dazu durch unternehmerisch orientierte Betriebsstrukturen ersetzt werden. Vor diesem Hintergrund sind bestehende Gesundheitsunternehmen auf den verschiedenen Versorgungsebenen energisch zu restrukturieren. Oberstes Ziel muss dabei die Neuausrichtung auf die Belange der Patienten sein. Deshalb muss die bisherige Institutionenorientierung aufgegeben werden. Es gilt Behandlungsabläufe über die hergebrachten Sektoren des traditionellen Gesundheitssystems hinweg leistungsbezogen zu definieren und anzubieten. Entscheidend ist, dass das „einheitlich und gemeinsam“ aufgehoben wird und der Wettbewerb über Qualität und Preis erfolgt. Gruppen von Anbietern konkurrieren mit anderen Gruppen von Anbietern. Der Staat realisiert und garantiert die in einem solchen System unabdingbare Wettbewerbsordnung im Interesse der Patienten.

Wenn nicht die Leistungen drastisch rationiert werden sollen, muss die Produktivität der Gesundheitsbranche gesteigert werden.

Die neuen Disease Management Programme der GKV

– effektiver und solidarischer als amerikanische Managed Care Konzepte

Von Karl Lauterbach

Steigende Kosten im Gesundheitswesen – eine globale Herausforderung

Der steigende Kostendruck auf die medizinische Versorgung ist eine Herausforderung, mit der sich die Gesundheitssysteme aller entwickelter Nationen aufgrund ihrer strukturellen Ähnlichkeiten konfrontiert sehen. Um die steigenden Kosten in den Griff zu bekommen und das Gesundheitssystem finanzierbar zu halten, wurden immer wieder staatliche Eingriffe vorgenommen. Zum überwiegenden Teil handelt es sich dabei allerdings um Maßnahmen der Kostendämpfung ohne echte Strukturreform, so dass nicht von tatsächlichen Reformen gesprochen werden kann. Lediglich in den USA ist es in den 70er und frühen 80er Jahren des 20. Jahrhunderts auf Druck der privaten Industrie (Revolte der Kostenträger) zu Strukturveränderungen gekommen, die heute unter dem Begriff *Managed Care* als Vorbild für Strukturreformen in anderen Ländern diskutiert werden. Auch in Deutschland war Gesundheitspolitik in den vergangenen 20 Jahren im wesentlichen Kostendämpfungspolitik. Die Verantwortung für die Qualität der Versorgung wurde an die Selbstverwaltung in der Gesetzlichen Krankenversicherung weitergegeben.

Diese Vorgehensweise hat sich nicht bewährt und hat in Deutschland dazu geführt, dass im internationalen Vergleich eher durchschnittliche Versorgungsqualität zu deutlich über dem Durchschnitt liegenden Kosten produziert wird. Eine Wende in der Gesundheitspolitik wurde erst mit Ministerin Ulla Schmidt, SPD, vollzogen, die sich aktiv auch in die Steuerung der Versorgungsprozesse eingeschaltet hat. Der mit Abstand wichtigste Beitrag in diesem Zusammenhang ist die Einführung der sogenannten Disease Management Programme (Chronikerprogramme). Krankenkassen, die

Der wichtigste Beitrag zur Steuerung der Versorgungsprozesse ist die Einführung der sogenannten Chronikerprogramme.

chronisch Kranke in diese Programme einschreiben und besser als üblich versorgen erhalten ab dem 1.7.2002 einen höheren Ausgleich aus dem Risikostrukturausgleich der Krankenkassen. Im folgenden Beitrag soll zuerst eine kritische Bilanz der amerikanischen Managed Care Konzepte gezogen werden. Die entscheidenden Unterschiede zwischen den deutschen Disease Management Programmen und amerikanischen Managed Care Konzepten werden erläutert. Die Disease Management Programme können einen Neuanfang in der Gesundheitspolitik markieren, da sie, wenn konsequent umgesetzt, über eine verbesserte Versorgung chronisch Kranker, die bis zu 80 % der Gesamtkosten der gesetzlichen Krankenversicherung verursachen, Kosten durch Qualität und nicht zu Lasten von Qualität senken.

Strukturwandel in den USA – Vorbild für Deutschland?

Ausgelöst durch eine Diskussion um die Lohnnebenkosten wurde in den USA in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts die Heterogenität der ärztlichen Leistungserbringung thematisiert. Regionale Unterschiede in der Versorgung wie Kranken-

hausliegezeiten, Indikationsstellung zur operativen Therapie bestimmter Erkrankungen und Indikationen für eine stationäre Einweisung konnten nicht medizinisch begründet werden. In der Folge wurde die Steuerung

des Leistungsgeschehens durch Ärzte (Leistungserbringer) zugunsten einer Steuerung durch die Leistungsträger (staatliche Organisationen und private Unternehmen) abgelöst. Ziel der sich entwickelnden *Managed Care Organisationen* war die gezielte Steuerung der Bereitstellung und der Nutzung von Ressourcen im Gesundheitswesen. Als Folge kam es zu einer zunehmen-

den Ökonomisierung der Medizin. Gleichzeitig wurde ein Paradigmenwechsel vollzogen: Die medizinische Leistung wurde zur Produktionseinheit. Maßnahmen der Steuerung und der Qualitätssicherung traten wie in jedem anderen produzierenden Gewerbe mehr und mehr in den Vordergrund.

Abschöpfung von Rationalisierungspotenzialen durch gezielte Steuerung von Leistungserbringern und Leistungsnachfragern Managed Care Organizations sind große Konzerne mit kombinierter Versicherungs- und Versorgungsfunktion, die ihren Versicherten (i.d.R.) Leistungen auf der Basis des Sachleistungsprinzips zur Verfügung stellen. Sie zeichnen sich vor anderen Versorgungsformen durch die Zusammenführung von wirtschaftlicher und medizinischer Verantwortung in einer Hand aus. Dadurch wird eine gezielte Einflussnahme der Kostenträger auf die medizinische Versorgung möglich, die von diesen zur Abschöpfung von Rationalisierungspotenzialen eingesetzt wird. Um zu verstehen, wie der Leistungserstellungs- und Leistungsnachfrageprozess in Managed Care gesteuert wird, sollen die wichtigsten Grundmodelle von Managed Care kurz skizziert werden.

HMO: *Health Maintenance Organizations* erreichen eine Kostendämpfung durch die vertikale Integration aller Versorgungsstufen. Sie stellen für eine definierte, eingeschriebene Patientenpopulation ein breites Spektrum medizinischer Leistungen zur Verfügung, indem sie vertragliche Bindungen mit Ärzten und Krankenhäusern eingehen und nehmen die Funktionen eines Versicherungsunternehmens und Leistungserbringers wahr. Oft beschäftigen HMOs selbst Ärzte, d.h. die Leistungserbringer sind bei der Krankenversicherung angestellt. Der Versicherte kann sich z.T. nur bei diesen Ärzten behandeln lassen, es gibt keine freie Arztwahl.

PPO: *Preferred Provider Organizations* erlauben ihren Versicherten im Gegensatz zu HMOs auch die Inanspruchnahme nicht assoziierter Ärzte und Krankenhäuser. Allerdings müssen dafür Einschränkungen in der Versicherungsleistung bzw. Zuzahlungen in Kauf genommen werden. (Zuzahlung bei freier Arztwahl, Leistungskatalog wird im Vertrag zwischen Versicherung, Arzt und Versicherten geregelt)

POS: Point Of Service Plans versuchen Strukturen von HMOs und PPOs zu vereinen. Der Versicherte kann beim Eintritt eines Krankheitsfalles wählen, ob er sich innerhalb des Netzwerkes oder außerhalb versorgen lassen möchte. Die Anreizstrukturen sind so gesetzt, dass sich i.d.R. 65-85% aller Versicherten innerhalb der Netzstrukturen behandeln lassen. Damit bleibt ein Großteil der Kontrollfunktion erhalten.

In den USA haben es chronisch Kranke zunehmend schwerer, einen ausreichenden Versicherungsschutz zu angemessenen Prämien zu erhalten.

Die Steuerung der Leistungsnachfrager (Patientenführung) in Managed Care-Systemen erfolgt durch wirtschaftliche Anreize (niedrige Beitragssätze, wenn Leistungseinschränkungen akzeptiert bzw. die freie Arztwahl aufgegeben wird, Einholung von Kostenübernahmeerklärungen für Behandlungen außerhalb des Netzes) und durch ein Organisationssystem wie z.B. Hotlines, Case Management und Telefon-Triage.

Die Steuerung der Leistungserbringer erfolgt durch enge vertragliche Bindungen. Wird der Vertrag nicht erfüllt, so sind wirtschaftliche Konsequenzen, bzw. der Ausschluss des Arztes aus dem Netz ohne weitere Begründung möglich. Zur Erfüllung vorgegebener Bezugsgrößen (z.B. Anzahl von Diagnose- und Behandlungsvorgängen) werden ökonomische Anreize gesetzt, die den Arzt in eine Zwitterrolle zwischen Patienten- und Eigeninteressen bringen. So werden beispielsweise für die Unterlassung von Diagnose- und Behandlungsvorgängen Jahresendboni gezahlt bzw. bei Überschreitung der Bezugsgröße ein Teil der Vergütung des Arztes einbehalten. Auch in die Therapiehoheit des Arztes wird direkt steuernd eingegriffen. Dazu gehört der Zwang, medizinisch oder therapeutisch nicht notwendig erachtete Verfahren durch die Managed Care Organisation bewilligen zu lassen. Leitlinien müssen verbindlich beachtet werden und orientieren sich nicht nur an der besten medizinischen Evidenz sondern auch an wirtschaftlichen Interessen der Managed Care Organisation.

Durch die skizzierten Umstrukturierungsprozesse konnten in den USA beträchtliche Einsparungen realisiert werden. Die Gewinner sind allerdings häufig Investoren, an die die Unternehmensgewinne fließen. Zudem werden die Einsparungen nicht selten durch die hohen Verwaltungskosten (bis zu 30%) aufgezehrt. Im Endergebnis kommt es zwar zu Verschiebungen von Einsparpotenzialen, allerdings nicht zu Gunsten der Versicherten. Vielmehr ist durch den zunehmenden Wettbewerb um die Ausschöpfung von Rationalisierungsreserven eine Verschlechterung der Versorgung für „schlechte Risiken“ zu beobachten. So haben es chronisch Kranke zunehmend schwerer, einen ausreichenden

Versicherungsschutz zu angemessenen Prämien zu erhalten. Studien weisen auf schlechtere Versorgungsergebnisse von chronisch Kranken in Managed Care Organisationen sowie die Abwanderung chronisch Kranker aus den Managed Care Organisationen in Fee-for-Service Verträge hin. In den USA wird daher zunehmend über eine Regulierung des Wettbewerbs (managed competition) und über finanzielle Ausgleichsstrukturen

nachgedacht (die in manchen Bundesstaaten schon probeweise eingeführt wurden).

Disease Management als Alternative zu Managed Care in Deutschland

Unstrittig ist, dass auch im deutschen System noch Rationalisierungsreserven vorhanden sind, die durch eine Integration der Versorgung mobilisiert werden können. Bei der Übertragung von Managed Care Modellen auf Deutschland werden häufig rechtliche Limitationen wie z.B. die Bündelung von Versi-

cherungs- und Leistungsfunktionen beim Kostenträger angeführt. Entscheidend für die Überlegung, ob Managed Care ein Konzept für eine erfolgreiche Strukturreform in Deutschland sein kann, ist allerdings nicht, ob die Instrumente und Organisationsformen von Managed Care in Deutschland aufgrund der derzeitigen Rahmenbedingungen einführbar sind, sondern welche Auswirkungen von Konzepten wie Managed Care oder das zur Zeit aufgrund politischer Vorgaben stark diskutierte Disease Management auf Versorgungsinhalte und -formen zu erwarten sind (Tabelle 1). Disease Management ist ein Versorgungskonzept, das sich in der Managed Care Umgebung entwickelte, als sich abzeichnete, dass durch Komponentenmanagement (isolierte Betrachtung einzelner Bereiche wie z.B. der Pharmakotherapie) keine weiteren Einsparungen erzielt werden konnten. Es beruht auf der Prämisse, dass eine systematische, integrierte und evidenzbasierte Patientenversorgung effizienter und effektiver ist, als die fragmentierte Behandlung einzelner Krankheitsepisoden. International wird unter dem Begriff Disease Management ein sehr heterogenes Spektrum an Versorgungskonzepten zusammengefasst. In Deutschland wurde mit dem Gesetz zur Reform des Risiko-

Tabelle 1: Auswirkungen von Managed Care/Disease Management auf Versorgungsinhalte und Versorgungsformen

Instrument / Organisationsform	Managed Care	Disease Management in Deutschland
Leitlinien	Medizinische Inhalte z.T. durch wirtschaftliche Interessen dominiert	Evidenzbasierte Handlungsempfehlungen unter Beachtung der Kosten-Effektivität
Qualitätssicherung	Freiwillige Programme (HEDIS...)	Verbindlich definiert plus öffentliches Benchmarking
Kontrolle der Leistungserbringer	Erfolgt sehr eng durch MCO	Interne Qualitätssicherung durch Feedback
Auswahl der Leistungserbringer	Erfolgt durch MCO. Ab ca. 20% Marktpenetration der MCO ist Vertragsausschluss für Arzt existenzbedrohend	Jeder Arzt kann grundsätzlich teilnehmen, sofern er die Bedingungen erfüllt (Qualifikation, Fortbildung...), keine Existenzbedrohung bei Nicht-Teilnahme
Ökonomische Anreizsysteme	Werden zur Steuerung der Leistungserbringer (Leistungsreduktion, Leistungsverweigerung) eingesetzt.	Sollen Arzt den entstandenen Mehraufwand (Dokumentation) entschädigen und zur Teilnahme am DMP motivieren
Medikolegale und ethische Aspekte der Arzt-Patienten-Beziehung	Arzt in Zwitterrolle zwischen Patienten- und Eigeninteressen	Arzt als Partner des Patienten
Versorgungsqualität allgemein und von Randgruppen (z.B. chronisch Kranke)	Allgemeine Versorgungsqualität nach Studienlage vergleichbar mit Einzelleistungsvergütung. Für chronisch Kranke schlechter	Versorgungsqualität für chronisch Kranke bei evidenzbasiertem Konzept besser
Integration der Versorgung	Sehr gut. Wird zur Leistungskontrolle und z.T. zur Leistungsverweigerung eingesetzt	Wird zur Versorgungsverbesserung eingesetzt (Informationsfluss, Vermeidung von Wartezeiten)
Auswirkung auf Risikoselektion	Risikoselektion wird bewusst betrieben und durch leichten Datenzugang unterstützt	Intention ist die Verminderung von Risikoselektion durch Verknüpfung mit RSA
Auswirkung auf Prävention	Nicht lohnend, da Einsparungen erst nach Jahren realisiert werden. Der Versicherte bis dahin aber evtl. bei einer anderen MCA ist	Evidenzbasierte Sekundär- und Tertiärprävention sind Programminhalte

Legende: MCO: Managed Care Organisation DMP: Disease Management Programm
Quelle: Eigene Darstellung

strukturausgleichs der Begriff „Disease Management“ als eine integrierte Versorgungsform definiert, die auf evidenzbasierten Behandlungsempfehlungen (evidenzbasierten Leitlinien) für Ärzte und Patienten, Patientenschulungen, Maßnahmen der Qualitätssicherung und einem öffentlichen Benchmarking basiert. In der Praxis bedeutet dies, dass sich die Patienten nach der Diagnose der chronischen Krankheit in die Programme einschreiben und nach dem neuesten wissenschaftlichen Stand behandelt werden. Dieser ist in den Leitlinien der Behandlung beschrieben. Die Leitlinien heißen *evidenzbasiert*, weil alle Behandlungsschritte durch wissenschaftliche Studien abgesichert sind. Der Patient wird aktiv im Umgang mit der

Krankheit geschult, d.h. er bekommt spezielle Empfehlungen für seine Ernährung, Raucherentwöhnungskurse, Informationen zu seiner Krankheit und Anleitungen zur Einnahme seiner Arzneimittel. Internationale Studien haben zeigen können, dass mit dieser Behandlung die wichtigsten und teuersten Komplikationen der chronischen Erkrankungen vermieden werden können. Die ersten vier Krankheiten, für die die Programme eingeführt werden sollen sind Diabetes mellitus (Zuckerkrankheit), die koronare Herzkrankheit (Herzinfarkte), Asthma und Brustkrebs. Betrachtet man die zu erwartenden Auswirkungen von Managed Care und Disease Management auf Versorgungsinhalte und -formen im Vergleich, so zeigt sich gerade in den derzeitigen Schwachstellen der Versorgung (Sicherstellung der Versorgung chronisch Kranker auf hohem Niveau, Verminderung

von Risikoselektion sowie Stabilisierung der Kosten), dass hier mit einem Managed Care Ansatz in Deutschland keine Verbesserung erreicht werden könnten. Vielmehr würden zu erwartende Kosteneinsparungen aus dem System abgezogen bzw. durch erhöhte Verwaltungskosten aufgebraucht (Verwaltungskosten in der GKV z.Z. ca. 6 bis 8%). Der bereits bestehende dysfunktionale Wettbewerb um junge, gesunde Versicherte würde

weiter zunehmen sowie die Versorgung chronisch Kranker sich weiter verschlechtern. In einem solchen System wäre es auch nicht attraktiv aktiv Prävention zu betreiben, da die zu erwartenden Einsparungen erst nach Jahren realisiert werden. Bis zu diesem Zeitpunkt ist der Versicherte aber vielleicht schon längst Mitglied einer anderen Managed Care Organisation. Im Disease Management hingegen erstellt der Arzt zusammen mit dem Patienten des Behandlungsplan. Arzt und Patient haben ein gleichgerichtetes Interesse, ein Fortschreiten der Erkrankung möglichst zu verhindern. Gerade bei chronischen Erkrankungen ist die aktive Mitarbeit des Patienten bei Therapieplanung und -entscheidungen einer der wichtigsten Faktoren für den langfristigen Therapieerfolg. In Managed Care geht dieser patientenzentrierte Ansatz zugunsten der Leistungssteuerung durch die Managed Care Organisation verloren.

cherte aber vielleicht schon längst Mitglied einer anderen Managed Care Organisation. Im Disease Management hingegen erstellt der Arzt zusammen mit dem Patienten des Behandlungsplan. Arzt und Patient haben ein gleichgerichtetes Interesse, ein Fortschreiten der Erkrankung möglichst zu verhindern. Gerade bei chronischen Erkrankungen ist die aktive Mitarbeit des Patienten bei Therapieplanung und -entscheidungen einer der wichtigsten Faktoren für den langfristigen Therapieerfolg. In Managed Care geht dieser patientenzentrierte Ansatz zugunsten der Leistungssteuerung durch die Managed Care Organisation verloren.

Solidarischer Wettbewerb an Stelle einer Ökonomisierung der Medizin

In den USA initiierte der zunehmende Kostendruck im Gesundheitswesen einen Wett-

bewerb unter ökonomischen Vorzeichen mit der Ziel der Gewinnmaximierung durch Ausschöpfung von Rationalisierungsreserven. Die daraus resultierenden Einkommensverschiebungen führten nicht zu einer Entlastung des Systems durch Prämienreduktion bzw. Investition in eine bessere Versorgung, sondern werden dem System durch Ausschüttung an Aktionäre und durch Ausgaben für Werbekampagnen und immense Verwaltungskosten entzogen. Gegen chronisch Kranke wurde aktive Risikoselektion betrieben, ihre Versorgung verschlechterte sich. Dies ist letztlich das Resultat einer zunehmenden Ökonomisierung einer Medizin, in der freier Wettbewerb möglichst viele Rationalisierungspotenziale erschließen soll. Mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Reform des Risikostrukturausgleichs wird im deutschen Gesundheitssystem ein anderer Weg eingeschlagen. Durch die Schaffung von finanziellen Ausgleichsstrukturen für chronisch Kranke und einer gleichzeitigen Versorgungsoptimierung dieser Patienten in Disease Management Programmen sind die Grundlagen für einen solidarischen Leistungswettbewerb der Krankenkassen gelegt worden. In einem solchen System werden Krankenkassen nicht mehr bestraft, wenn sie chronisch Kranke anziehen. Die Versorgung dieser Patientengruppe, für die ein Großteil der Leistungsausgaben der Krankenkassen aufgewendet wird, wird auf eine evidenzbasierte Grundlage gestellt. Dadurch werden nicht-kosteneffektive Therapiealternativen durch kosteneffektive Maßnahmen ersetzt (z.B. Pseudoinnovationen, Me-too – „Ich auch“ – Präparate) und kostenintensive Spätkomplikationen vermieden. Die freiwerdenden Ressourcen verbleiben im System und können von den Krankenkassen zur weiteren Versorgungsoptimierung oder zur Entlastung ihrer Versicherten durch Beitragssatzsenkung eingesetzt werden. Daher sind die geplanten Chronikerprogramme ein wichtiger Paradigmenwechsel. Sie führen einen Krankenkassenwettbewerb um die bessere Versorgung chronisch Kranker ein. Gut versorgte Chroniker werden durch die Verbindung mit dem Risikostrukturausgleich für die Krankenkasse attraktiv. Jetzt sind Chroniker in Deutschland, genau wie in den Managed Care Unternehmen in den USA, für die Krankenkasse eine wirtschaftliche Bedrohung. Die Disease Management Programme der Bundesregierung sind daher das erste Beispiel für den Versuch, durch eine aktive Gesundheitspolitik die bestehenden Qualitätsprobleme im deutschen Gesundheitssystem zu beseitigen. Ein solcher Kurs muss konsequent und langfristig gegen die auf Statik gerichteten Interessen der Ärzteschaft und der Krankenkassen durchgehalten werden. Reine Kostenkontrolle, ob über Kostendämpfungsgesetze oder Managed Care, kann die Finanzierbarkeit eines solidarischen Gesundheitssystems nicht mehr lange halten.

Reine Kostenkontrolle, ob über Kostendämpfung oder Managed Care, kann die Finanzierbarkeit eines solidarischen Gesundheitssystems nicht mehr lange halten.



Foto: Christian Kiel (Berlin)

Gewerkschaften in Mitteleuropa und der EU Beitritt

– Mehr Fragen als Antworten

Von Wolfgang Weinz

In seiner Neujahrsansprache 2002 hat der Präsident der Tschechischen Republik, Václav Havel, zum Zustand und zur Zukunft von Staat und Gesellschaft folgende Bemerkungen gemacht:

„Werden wir ein Staat stolzer Bürger sein, die sich nicht fürchten, vor irgendjemandem den Mund aufzumachen und niemandem nach dem Mund reden müssen, oder werden wir ein Staat sein, in dem es sich für niemanden auszahlt mit den Einflussreichen in Streit zu geraten? Werden wir ein Staat in anständigen Verhältnissen, in gegenseitiger Solidarität und der gemeinsamen Sorge um das Aussehen unserer Wohngebiete und Landschaften sein oder ein Staat, dessen öffentliches Leben von Hass, Neid, Intrigen und Manipulation geprägt ist?“

An die Adresse der Politiker gerichtet stellt Havel fest:

„Wir sollten wissen, wie sie (die Politiker) den mafiosen Strukturen oder der mafiosen Interpretation des Kapitalismus entgegenzutreten wollen, wie konkret sie die Macht des Rechts und den Einfluss des Bürgers... zu stärken beabsichtigen, wie sie gedenken eine allgemeine Achtung gegenüber der moralischen und rechtlichen Ordnung durchzusetzen, ohne sich selbst mit der Fiktion zu täuschen, dies lediglich mit weiteren Tonnen von immer detaillierten Paragrafen erreichen zu können, die letztendlich nicht nur nicht respektiert werden, sondern in denen man sich immer schwerer überhaupt auskennt.“

Damit trifft Havel das Kernproblem mit dem auch die Gewerkschaften in Mittel- und Osteuropa (MOE) konfrontiert sind. Während sich die meisten Länder der Region immer noch in der ökonomischen Transformation befinden, zeichnet sich zur gleichen Zeit ein schwieriger Prozess der politischen Umstrukturierung und Demokratisierung ab, welcher aber nicht als abgeschlossenes oder stabiles Ergebnis bezeichnet werden kann. Neben den erfreulichen Veränderungen in Kroatien und Serbien muss zum einen festgestellt werden, dass diese Entwicklungen vor dem Hintergrund fragiler öko-

nomischer, sozialer und politischer Bedingungen ablaufen, während sich auf der anderen Seite reaktionäre Kräfte halten und/oder ein politisches Roll-Back in einigen Ländern insbesondere in der GUS zu unternehmen versuchen.

Trotz einiger ermutigender Zeichen und Entwicklungen ist Vorsicht geboten, Vorsicht gegenüber Hoffnungen eines schnellen und problemlosen Aufholprozesses der Länder in MOE. Die Gründe sind ökonomischer, sozialer wie politischer Art.

Zwar haben sich die Volkswirtschaften MOEs im letzten Jahrzehnt unterschiedlich entwickelt. Grundsätzlich gilt allerdings, einigen Gewinnern stehen viele Verlierer gegenüber. Nach einem Bericht der Weltbank über die ersten zehn Jahre der Transformation hatten nur fünf der insgesamt 27 Länder in der Region in 2000 ein höheres BSP als im Vergleichsjahr 1990. Mit dem Jahr 2000 kann zum ersten Mal seit dem Systemwechsel in der Region zwar ein Wachstum beobachtet werden, was aber zur dauerhaften Verminderung des Entwicklungsgefälles kaum ausreichen wird. Denn das Wachstum kommt von Ländern wie Russland, der Ukraine, Bundesrepublik Jugoslawien, Rumänien, Kroatien und Tschechien, die von einem Tiefpunkt starten und, wie im Falle Rußlands, in Verbindung mit der Preisentwicklung der Ölexporte stehen. Noch wichtiger ist, trotz der genannten Wachstumsentwicklung ist es nirgends gelungen, das Problem der Arbeitslosigkeit zu entschärfen. Im Gegenteil, die Beschleunigung der Industrieproduktion ist wegen der gleichzeitigen Rationalisierungsgewinne in der Regel von Arbeitsplatzverlusten begleitet. Eine wirklich einstellige Arbeitslosenquote weist nur Ungarn aus. Im übrigen muss an der Zuverlässigkeit gewisser Statistiken zweifelt und der enorme Anteil der Schattenwirtschaft in Rechnung gestellt werden. Dies und die nach wie vor bestenfalls in Ansätzen erkennbaren Systeme, der sozialen Sicherung, des Gesundheits- Bildungs- und Rentensystems, stellen die Gewerkschaften in der Region vor schwere Probleme.

Die gleiche Skepsis und Geduld ist bezüglich der politischen Entwicklung angebracht. Denn nicht nur die wirtschaftliche Transformation, sondern auch die Umgestaltung der politischen Strukturen wird durch das Erbe der Vergangenheit behindert. Dafür ist die kommunistische Ära nicht allein verantwortlich. Die entscheidenden Wurzeln liegen im 19. Jahrhundert und Anfang des 20. Jahrhunderts. Die unvollendete bzw. misslungene Modernisierung von oben – nach dem Ende des osmanischen Reichs, des Zarenreichs und der K u K Monarchie – schuf zentralistische Staaten, die das Entstehen einer Zivilgesellschaft bis heute behinderten. Dieses Erbe ist eine schwere Last, mit allen Folgen eines aufgeblähten Beamtenapparat, das Denken in Mustern des Patronagesystems, paternalistischer Mentalität, der Empfänglichkeit für Korruption, der Ineffizienz von Verwaltung und Wirtschaft und der Abwesenheit von ziviler Gesellschaft und starker unabhängiger Gewerkschaften. Vor diesem Hintergrund kann mit raschen und spektakulären Erfolgen nicht gerechnet werden, schon gar nicht durch eine rein formale Übertragung westeuropäischer Muster, Institutionen und Gesetze.

Die Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften in der Region als auch eine mitgliederorientierte Informations- und Bildungsarbeit zu Wünschen übrig lassen. Die Ursachen dafür liegen zum einen darin, dass unmittelbar nach 1989 in dieser Region vielfältige bilaterale Aktivitäten stattgefunden haben, die wenig koordiniert und konzipiert waren und in der Folge eher zu einem ungesunden Wettbewerb zwischen den Gewerkschaften Mitteleuropas geführt haben, denn zu einer Stärkung der interregionalen Zusammenarbeit. Dies ist auch ein Grund für die relative späte Errichtung der Büros. Zum zweiten, haben sich die Länder Mitteleuropas und damit auch die Gewerkschaften sehr schnell und intensiv auf die Mitgliedschaft in die EU konzentriert. Dass dabei viele Hoffnungen und Erwartungen enttäuscht wurden und werden ist evident, hat aber zu einer nationalen Isolation und der Verkenning der eigentlichen gewerkschaftlichen Probleme geführt. Die kritische gewerkschaftliche Lage in den EU-Beitrittsländern muss vor diesem Hintergrund erneut bewertet werden, zumal

Dr. Wolfgang Weinz arbeitet als Projektkoordinator der Internationalen Union der Lebensmittel-, Landwirtschafts-, Hotel-, Restaurant-, Café- und Genussmittelarbeitergewerkschaften (IUL) und lebt in der Nähe von Genf.

sich der Druck auf die meisten Gewerkschaften mit dem EU Beitritt erhöhen und verschärfen wird, was nicht ohne negative Auswirkungen auch auf die Gewerkschaften der alten EU bleiben wird.

Jede weitere positive Entwicklung in der Region wird von der Reformwilligkeit und -fähigkeit der gewerkschaftlichen Führung abhängen und von der Frage, wie durch die Projektarbeit aktive Gewerkschaftsmitglieder und betriebliche Gewerkschaftsvertreter erreicht werden können. Gleichzeitig sind einige strategische und politische Fragestellungen im Spannungsverhältnis alte EU und Osterweiterung zu klären. Dazu gehört u.a. die Frage, wie der Europäische Betriebsrat (EBR) agieren wird, wenn die Gewerkschaften Mitteleuropas vollberechtigte Mitglieder und als mögliche tarifpolitische Konkurrenten vom Management ins Spiel gebracht werden? Welche funktionsfähigen Instrumente sind im Rahmen der EBR-Arbeit vorhanden, um dem konzerninternen Wohlstandsgefälle angemessen begegnen zu können?

Von zentraler Bedeutung ist die Frage, was und wie der soziale Dialog der Europäischen Union bewirken kann und wie er unter den realen Bedingungen der Transformationsländer ein- und umzusetzen ist. Da muss natürlich zuvorderst gefragt werden, wie sich die Lage der Sozialparteien, Regierungen und Arbeitsbeziehungen in diesen Ländern darstellen. Oder genauer gefragt:

- Wie funktioniert der soziale Dialog in Staaten mit unzureichender Arbeitgeberstruktur, in Ländern, in denen sich Arbeitgeberverbände – wo es sie denn gibt – weigern in substantielle Verhandlungen mit den Gewerkschaften einzutreten?

- Wie greift der soziale Dialog in Ländern, die nach wie vor eine unterentwickelte Arbeitsgesetzgebung haben, in denen Arbeitsgerichte existieren, welche überlastet, ineffizient oder gar parteiisch sind?

- Wie soll der soziale Dialog in Ländern funktionieren, welche zwar EU-Richtlinien wie ILO Übereinkommen ratifizieren, aber nicht umsetzen und noch weniger Mechanismen, Mittel und den politischen Willen haben,

um diese Gesetzgebung auch zu überwachen?

- Und schliesslich, vor welchem sozialpolitischen Hintergrund Mitteleuropas soll dieser Dialog stattfinden. Wie stabil und seriös sind die sozialen Sicherungssysteme wie Rente, Arbeitslosenversicherung, Gesundheits- und Bildungswesen, berufliche Qualifikation etc.?

Es wäre höchst naiv und hochgradig gefährlich, wenn sich die Gewerkschaften in Mitteleuropa in Ermangelung einer nicht mit dem Westen vergleichbaren Genese und Lage der industriellen Beziehungen darauf verlassen, dass der Dialog es schon richten wird. Betrachtet man den Zustand nicht weniger mitteleuropäischer Gewerkschaften, so droht Gefahr für die gesamteuropäische Gewerkschaftsbewegung, wenn es nicht gelingt die Konflikt- und Kampffähigkeit der Gewerkschaften in Mitteleuropa zu erhöhen und den sozialen Dialog in der Weise zu modifizieren, dass er den realen Verhältnissen und Bedürfnissen der Arbeitnehmer und Gewerkschaften gerecht wird.

spw 3/2002

Zimbabwe nach „den Wahlen“

Von Meike Scholz

„Das habt Ihr gut gemacht, Zimbabwe. Makorokoto. Amhlophe.“ Fast schon überschwänglich versucht der sonst so spröde Robert Mugabe seiner Freude Ausdruck zu verleihen. „Wir haben den Imperialisten einen atemberaubenden Schlag versetzt.“ Der Tag seiner Vereidigung sei deshalb ein Sieg Afrikas gegen den Kolonialismus, jubiliert der 78-jährige und fügt hinzu: „Das ist mein Tag. Mein Tag, euer Tag, unser Tag.“

Natürlich hätte Mugabe gerne vor einem größeren Publikum gesprochen. Aber sogar die Mehrzahl seiner afrikanischen Kollegen hat sich nicht persönlich blicken lassen.

Der Südafrikaner Thabo Mbeki und der Nigerianer Olusegun Obasanjo. Sie fehlten nicht nur an Mugabes Ehrentag. Sie haben vorher auch für schwer wiedergutzumachende Verstimmung gesorgt. Gemeinsam mit dem australischen Premier haben die Präsidenten von Südafrika und Nigeria eine alte Forderung in die Tat umgesetzt: Die Suspendierung Zimbabwes vom Commonwealth.

Das kümmere ihn gar nicht, ließ Mugabe über seinen Informationsminister Jonathan Moyo verkünden. Diese Entscheidung sei mies, sie beruhe schließlich auf dem schlechten Bericht der Commonwealth-Wahlbeobachtermission. Dessen Mitglieder hatten sich nach stundenlanger Beratung und heftigen internen Grabenkämpfen doch zu einer eindeutigen Haltung durchgerungen: Die Wahlen in Zimbabwe seien weder frei noch fair gewesen, urteilten die nach Zimbabwe entsandten Commonwealth-Wahlbeobachter.

Die Bilder von dieser Chaos-Wahl sind weltweit zum Aufmacher der Nachrichtensendungen geworden. Tausende von Wählern standen in kilometerlangen Schlangen – geduldig und ruhig warteten sie: Zuerst Stunden, dann Tage.

„Natürlich warten wir hier – solange, bis wir unsere Stimme abgegeben haben. Das ist doch unser Recht,“ sagte ein Mann und vor sowie hinter ihm nickten die anderen mit den Köpfen. „Wir wollen einen Wandel“, fügte sein Nachbar hinzu. „22 Jahre Mugabe

sind genug.“ Wieder nicken die anderen mit den Köpfen. Deshalb warten sie. Deshalb bleiben sie geduldig, auch wenn es wahn-sinnig langsam vorangeht. In einigen Wahllokalen von Harare schafften es nur zwei oder drei Wähler pro Stunde, bis an die Urne vor zu kommen. Der Durchschnitt lag bei 50. Angesichts der langen Schlangen haben sich die meisten schon von vorneherein auf sieben oder acht Stunden Wartezeit eingerichtet. Viele hatten sich Stühle mitgebracht. Mittags packten einige ihre Thermoskannen und die belegten Brote aus und machten Picknick. Stunden vor Öffnung der Wahllokale waren sie doch schon gekommen, um einen Platz in der vorderen Reihe zu bekommen. Am Sonntag, dem zweiten Wahltag, war die Situation vielerorts immer noch nicht besser. Selbst bis zum Abend hatten die meisten in Harare und Chitungwiza immer noch nicht gewählt.

Frustrierend sei das schon, erklärten dazu einige Frauen. „Wir sind müde. Das alles dauert zu lange.“ Aber weggehen? Nein. Sie würden ihr Stehvermögen schon unter Beweis stellen. Etwas wichtigeres als diese Präsidentschaftswahl hat es schließlich seit 1980, also seit der Unabhängigkeit des Landes, nicht gegeben. Jedes Kind weiß das. Seit Monaten hat es doch kein anderes Gesprächsthema mehr gegeben. Verabredungen wurden verschoben: Nach den Wahlen,

Meike Scholz ist Pressefotografin und Journalistin, studiert Politik mit VWL und Staatsrecht, schreibt derzeit eine Arbeit zum Thema Wahlen als konfliktverschärfender Faktor am Beispiel Zimbabwe und Kenia.

sagten die meisten Menschen. Nach den Wahlen machen wir dies oder das. Beim Gedanken daran glühten die Augen der Menschen in den Hochburgen der Opposition: Das war in den Städten. Dann wird alles besser, sagten die Menschen dort. Direkt oder indirekt – je nachdem ob sie Markfrau, Busfahrer oder Angestellter waren. So wie bisher könne es doch nicht weitergehen. Jeder dritte in Zimbabwe ist arbeitslos, die Investitionsrate

liegt bei null Prozent, die Inflation bei knapp 120 Prozent und dann sind auch noch die Nahrungsmittel knapp. Speiseöl ist fast nie zu haben, genauso wie Zucker, Milch und Seife. Reis ist viel zu teuer. Den

kann sich der Normalbürger in Zimbabwe nicht leisten. Bei Brot sieht es ähnlich aus. Und für das Maismehl – Grundnahrungsmittel Nummer eins in Zimbabwe – müssen die Menschen stundenlang Schlange stehen. Und auch das gibt es nur selten und dann nicht überall. So, sagen die Menschen deshalb, könne es doch nicht weitergehen. Deshalb standen sie selbst kurz vor der Schließung der Wahllokale immer noch in der langen Schlange – und immer noch schien sie sich einfach nicht fortbewegen zu wollen. Bis die Polizei gekommen ist. In Glen Norah zum Beispiel, einem Stadtteil Harares: Die wartenden Wähler hat sie unter dem Einsatz von Tränengas auseinandergetrieben.

Das war am Montag. Da hätten die Wahlen längst vorbei sein sollen. Aber die Oppositionspartei MDC – deren Vorsitzender Morgan Tsvangirai war der größte Konkurrent Robert Mugabes – hatte einen gerichtlichen Antrag eingereicht. Weil so viele Wähler ihre Stimme noch nicht abgegeben haben, müssten die Wahlen verlängert werden. So ist es dann auch geschehen – zumindest offiziell. Denn tatsächlich haben die Wahllokale erst wieder gegen Mittag aufgemacht. Und um 18.00 Uhr war dann wieder Schicht. Wer nicht gehen wollte, wurde eben von der Polizei verjagt. Als hätten sie nicht schon genug durchgemacht. Patrick zum Beispiel hat noch Glück gehabt. Er wurde nicht geschlagen, sein Haus wurde nicht niedergebrannt, seine Frau nicht gedemütigt. Patrick ist eben hingegangen: Zu einer Wahlkampfveranstaltung Robert Mugabes. „Sie wollen, dass dort viele Menschen sind,“ sagt er. Deshalb wurde er bedroht und gezwungen dorthin zu gehen. „Wir mussten unsere Fäuste in die Luft strecken und schreien: Nieder mit der MDC. Nieder mit Morgan Tsvangirai. Hoch lebe ZANU-PF. Hoch lebe Robert Mugabe.“

Sanderson Makombe hat auch Glück gehabt. Seine Freunde nicht. Von Anhängern

der Regierungspartei waren sie angehalten worden. Man hatte sie mit Benzin übergossen, dann ein Streichholz geworfen. Sie sind bei lebendigem Leibe verbrannt. Sie waren Mitglieder der Oppositionspartei MDC. Jeder wusste das. „Das war das schlimmste Verbrechen, dass ich mir denken kann“, sagt Makombe.

Meistens kamen die Täter von der Regierung. Sie waren vom Geheimdienst oder Mitglieder der ZANU-PF-Jugendorganisation, sie nannten sich Kriegsveteranen oder Green Bombers, das sind die erst im November 2001 rekrutierten Milizionäre, das waren meist arbeitslose Jugendliche,

nicht älter als 16 oder 17. Bis heute werden sie vom Jugendminister angeheuert und ausgeschickt um für Chaos zu sorgen und Menschen einzuschüchtern, nachdem sie in Camps einem militärischen Drill unterzogen worden sind. 146 dieser Lager soll es im ganzen Land verstreut geben. Inzwischen trainieren die Jugendmilizen auch mit der Polizei oder sogar mit Armeeeinheiten. Dort sollen zwar auch viele Oppositionsanhänger zu finden sein, aber die gesamte Führung besteht aus Hardlinern und ewig langen Weggefährten Robert Mugabes. Der Luftwaffenchef Perence Shiri ist so einer: Der Schlächter von Bhalagwe wird er auch genannt. Anfang der 80er Jahre, also kurz nach der Unabhängigkeit stand er der 5. Brigade vor, einer von Nordkoreanern trainierten Spezialeinheit die direkt dem Kommando Mugabes untergeordnet war. Traurige Berühmtheit erlangte diese Truppe in der Provinz Matabeleland, der Hochburg der damaligen Oppositionspartei ZAPU. Dort hat sie Massaker verübt. Mehr als 20.000 Menschen sollen dabei ums Leben gekommen sein. Das war der sogenannte Gukurahundi. Wer nicht ermordet worden ist, musste in Foltercamps leiden, einige Gebiete wurden regelrecht ausgehungert. Gegen Dissidenten würde man vorgehen, hatte Mugabe damals erklärt. Aber was verstehen Kinder von Politik und welcher Dissident ist schon im siebten Monat schwanger?

Wenn heute die marodierenden Banden durchs Land ziehen, dann denken viele wieder an den Gukurahundi zurück. Und in den anderen Provinzen, wo überwiegend Shona leben, die von den damaligen Massakern nicht direkt betroffen waren, haben die Menschen angefangen zu verstehen, was damals passiert war. Denn inzwischen gehören auch sie zu den Opfern von Folter, Mord und einer strategisch geplanten und staatlich organisierten Einschüchterungskampagne. „So etwas wie den Gukurahundi wird es zwar nie wieder geben,“ sagt Shari

Eppel, Mitarbeitern der Menschenrechtsorganisation Amani Trust. „Aber die Intention der heutigen Gewalttaten ist die gleiche.“ Mehr als 120 Menschen sind in den vergangenen zwei Jahren ums Leben gekommen, weil sie sich gegen die Politik Robert Mugabes engagiert haben. MDC-Mitglieder, deren Anhänger, Farmer, Farmarbeiter, Lehrer und Krankenhauspersonal – alle die suspekt erscheinen, stehen unter Beschuss. 70.000 Menschen gelten als intern vertrieben. Bis zu 500.000 Menschen sollen Opfer von politischer Gewalt geworden sein. Sie wurden gefoltert, vergewaltigt, ihre Häuser wurden niedergebrannt, sie wurden geschlagen, entführt und bedroht. Und dennoch hatten sie immer noch genug Kraft. Sie hatten ja ihre Hoffnung: Nach den Wahlen wird alles besser.

„Mugabe kann nicht gewinnen“, sagte Prof. Masipula Sithole noch kurz vor den Wahlen. Die Umfragen sprächen gegen ihn. „Mugabe kann nicht als Sieger aus den Wahlen hervorgehen,“ erklärte Sithole. „Auch nicht, wenn sie nicht frei und fair sind. Es sei denn,“ schränkte der Politikwissenschaftler ein, „er fälscht die Wahlergebnisse.“

Das hat er getan. Anders lassen sich die Widersprüche in den Ergebnissen nicht erklären. Während in den städtischen Gebieten die Wahlbeteiligung eher als dürftig zu bezeichnen ist, war sie auf dem Land erstaunlich hoch. 80 Prozent – das war dort keine Seltenheit. Zwar deckt sich das nicht mit den Beobachtungen an den Wahltagen. Gähnende Leere zeichnete dort die Wahllokale aus. Aber das ist doch egal. Irgendwie bekommt man die Zahlen schon zusammen. Im Wahlkreis Mudzi zum Beispiel sollen knapp 40.000 Wähler ihre Stimme für Mugabe abgegeben haben. Dort leben bei weitem nicht so viele Menschen – geschweige denn Wahlberechtigte, kritisiert die Opposition. Und wenn man bedenkt, dass 1400 MDC-Wahlbeobachter über die Wahltag festgenommen und zahlreiche weitere mit dem Tode bedroht worden sind, wenn sie es wagen sollten, das Wahlbüro zu betreten, dann ist doch eins deutlich: In den ländlichen Regionen – diesen für die Opposition sogenannten no-go-zones – wurden die Stimmen zugefüttert, die Mugabe in den Städten trotz strategisch geplantem Chaos verloren hat.

Am 13. März war alles vorüber: Das Hoffen wie das Bangen. Tobaiwa Mudede, der Leiter der Registrierungsbehörde, trat vor die Kameras des von der Regierung kontrollierten Fernsehsenders ZBC. „Kraft meines Amtes erkläre ich Robert Gabriel Mugabe zum Sieger der Präsidentschaftswahlen.“ Amtlich besiegelt – die öffentliche Bekanntgabe des Wahlergebnisses: 56 Prozent für Mugabe. Nur knapp 42 Prozent für seinen Herausforderer Morgan Tsvangirai. Um mögliche Demonstrationen aufgebracht Oppositionsanhänger zu verhindern, hatte die Armee

Tausende von Wählern standen in kilometerlangen Schlangen – geduldig und ruhig warteten sie: Zuerst Stunden, dann Tage.

schon am Vortag Straßensperren in den dicht besiedelten Vororten der zwei größten Städte Harare und Bulawayo errichtet und dadurch quasi einen Ausnahmezustand geschaffen, der durch die schon vor den Wahlen verabschiedeten höchst umstrittenen Sicherheitsgesetze legitimiert worden ist.

„Ich fühle mich, als wäre ich auf meiner eigenen Beerdigung,“ sagte ein MDC-Anhänger nach der Verkündung der Wahlergebnisse. Mit einem so niederschmetternden Ergebnis hatte niemand gerechnet. Im Gegenteil: Die MDC-Aktivisten haben wirklich geglaubt, sie hätten eine Chance. Deshalb wollte wohl keiner an den Plan B denken: Was machen, wenn Mugabes Wahlsieg erklärt wird? „Wir erkennen das Wahlergebnis nicht an. Mugabes Sieg ist nicht legitim,“ sagte Oppositionsführer Tsvangirai vor der Presse. Aber wie er das Wahlergebnis anfechten wolle, verriet er nicht. Bis heute ist die Opposition recht still geblieben. Vor Gericht hat sie eine Klage eingereicht. Aber zu Massendemonstrationen wollte die MDC nicht aufrufen. Das sei auch gar nicht ihre Aufgabe, sagen Vertreter einiger zivilgesellschaftlicher Organisationen. Das müsste die NRO-Gemeinschaft machen – die NCA (National Constitutional Assembly) zum Beispiel, die von der Zivilgesellschaft unterstützte verfassungsgebende Versammlung: Für eine Verfassungsreform sollen die Menschen auf die Straße gehen. Denn ohne eine demokratische Verfassung, so der NCA-Vorsitzende Lovemore Madhuku, könne es doch auch keine demokratischen Wahlen geben. Deshalb sei die Opposition auch wirklich naiv gewesen. Sie hatte geglaubt, in einem diktatorischen Regime mit demokratischen Mitteln die Wahlen zu gewinnen. 16 Verfassungsänderungen hat es seit der Unabhängigkeit 1980 gegeben – 16 Verfassungsänderungen, die den Präsidenten bis heute zum unumschränkten Alleinherrscher gemacht haben.

Ganz oben auf der Agenda steht dabei natürlich der eigene Machterhalt. Dazu wur-

den in der jüngsten Vergangenheit Gesetze verabschiedet, die vornehmlich darauf ausgerichtet sind, oppositionelle Tätigkeiten im Keim zu ersticken. Nachdem der MDC schon kurz nach ihrer Gründung gesetzlich verboten wurde, sich mit ausländischen Geldern zu finanzieren, droht den NROs nun das gleiche Schicksal. In diesem Lichte sind auch die noch vor den Wahlen verabschiedeten repressiven Sicherheitsgesetze sowie die kürzlich in Kraft getretenen Mediengesetze zu sehen. Deren Sinn und Zweck zielt einzig und allein auf die Einschränkung der Versammlungs- und Meinungsfreiheit ab. „Wenn ich eine Versammlung einberufe“, erklärt David Hasluk, Vorsitzender des Großbauernverbandes CFU, „dann würde sie sowieso verboten.“ Wenn nicht im Vorfeld, dann spätestens nach Beginn der Versammlung. So war es bei einem Treffen der Führungsriege des Gewerkschaftsdachverbandes ZCTU. Sie wollten nur wenige Tage nach den Wahlen über ihr weiteres Vorgehen beraten. Aber dann stand die Polizei in der Tür und sagte: Ihr könnt nur weitermachen, wenn wir dabei sind. Die Veranstaltung wurde daraufhin abgebrochen. So wie der Bauernverband unterstützt schließlich auch die ZCTU bekanntermaßen die Opposition.

„Wir müssen von vorne anfangen,“ sagte Lovemore Madhuku kurz nach den Wahlen. „Aber dieses Mal wird es schwieriger“, prophezeite er. Die zweite Demonstration war zwar sehr erfolgreich. Die Menschen gingen nicht nur in Harare, sondern landesweit in vielen Städten auf die Straße. Aber es gab wieder einmal Verhaftungen, darunter auch die vom NCA-Vorsitzenden Madhuku. Interner Druck ist gut. Aber gefährlich. Auch nach den Wahlen geht schließlich die Hatz auf Oppositionelle weiter. Alles ist so wie vorher.

Ohne externen Druck wird sich deshalb nichts ändern. „Wir wollen nicht von der Internationalen Gemeinschaft abhängig sein,“ sagen Vertreter der NRO-Gemeinschaft zwar. Aber die Regierung könne die Internationale Gemeinschaft nicht ins Ge-

fängnis werfen. So begründen sie ihre Forderung nach mehr Solidarität aus dem Ausland.

Inzwischen ist Zimbabwe jedoch wieder in ziemliche Vergessenheit geraten: Die Suspendierung vom Commonwealth – eher ein symbolischer Akt – hat es gegeben, vor den Wahlen wurden schon ein paar sogenannte intelligente Sanktionen verhängt. Der Westen hat den Verlauf der Wahlen in zahlreichen Erklärungen stark kritisiert. Und auch die komplette Einstellung der Entwicklungshilfe ist im Gespräch. Aber ob das reicht?

Dass es der Präsident weiterhin auf hartem Kurs steuert zeigen auch die vom Scheitern bedrohten Gespräche zwischen der MDC und der Regierungspartei ZANU-PF. Über nichts anderes als über die Nahrungsmittelknappheit und die Vorbereitung von Neuwahlen wolle man sprechen, hatte der MDC-Vorsitzende Morgan Tsvangirai vor Beginn der Gespräche angekündigt. Die Idee einer Regierung der nationalen Einheit sei abstrus und würde nicht in Erwägung gezogen. Südafrika und Nigeria hatten diesen Vorschlag gemacht – zur Konfliktschlichtung sollte er beitragen. Aber in einer Regierung, die nicht legitim sei, erklärte Tsvangirai von Beginn an, könne die MDC nicht mitarbeiten. Und mit einem Präsidenten dem Korruption, Amtsmissbrauch und zahlreiche Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden, könne man nicht kooperieren. Schon gar nicht, wenn dieser Präsident es niemals für nötig gehalten hat, mit der Opposition persönlich Gespräche zu führen.

Inzwischen steht Mugabe das Wasser bis zum Hals. Nachdem er seinen Landwirtschaftsminister bis kurz vor den Wahlen noch verkünden lassen hat, in Zimbabwe gebe es genug Mais für alle, hat er nun den Katastrophenzustand ausgerufen. 7,8 Mio. Zimbabweer von insgesamt 13 Mio. leiden an Hunger.

Die Ausrufung des Katastrophenzustandes ist gewiss kein offizielles Eingeständnis einer gescheiterten Landpolitik. Mugabe steht immer noch zu seinen sogenannten Kriegsveteranen, die vor zwei Jahren begonnen haben, meist gewaltsam nicht nur die Farmen weißer Landbesitzer zu stürmen, sondern auch wirtschaftliche Betriebe unterschiedlichster Art sowie die Häuser oder Hütten von Oppositionsanhängern. Der letzte Schritt ist deshalb eher der Versuch, zu retten, was noch zu retten ist. Denn anerkannte Katastrophen haben einen Vorteil: Massive Hilfslieferungen. Und Mugabe scheint darauf zu spekulieren, diese Geschenke durch seine Kanäle verteilen zu können. Dann kann er weiterhin seine seit eh und je verfolgte Politik betreiben:

Den Feind aushungern, den Feind quälen, ihn müde machen und wenn gar nichts anderes hilft, dann wird er eben umgebracht.

Kristine von Soden (Hg.): Rosa Luxemburg. BilderLesebuch.

Berlin (Elefanten Press) 1995, 158 Seiten, Großformat, zahlr. s/w Abbildungen. Früher 15,24 €/29,80 DM, jetzt nur noch 6,95 € + Versandkosten (Büchersendung)

Ein Kaleidoskop aus analytischen und erzählenden Beiträgen, Zitaten, Briefen, Fotos, Karikaturen und Dokumenten zu Geschichte, Politik, Wissenschaft und Alltag zwischen Pariser Commune und Weimarer Republik.

Zu beziehen bei:

Robert Blum-Antiquariat - Angela Friedrich, Fasanenweg 7, D 65527 Niedernhausen, Tel 06127 965473, Fax 06127 965474, e-mail: riba-antiq@freenet.de

Marx und Demokratie

Von Diether Dehm

Marx Diktaturbegriff war zunächst und primär ausschließlich aus der uneingeschränkten Verfügung über ökonomische Ressourcen gefolgert. Die „Diktatur des Proletariats“ war gleichsam der qualitativ demokratischere Gegenentwurf zur Diktatur der Bourgeoisie über die strategisch entscheidenden Produktionsmittel. Später – mit dem „18. Brumaire des Louis Bonaparte“ gesellte sich auch jene Beschreibung von *politischer* Diktatur hinzu, auf die sich Georgi Dimitroff bezog, als er vom Faschismus als „offene Diktatur des ... am meisten imperialistischen Teils des Finanzkapitals“ sprach. Wer mit Marx philosophische Formen der *ökonomisch bedingten* Klassenherrschaft durchforscht bzw. dagegen „mehr Demokratie“ reklamiert, wird sich zunächst mit dem Parlamentarismus befassen müssen. Im Marxismus-Leninismus erscheint das bürgerliche Parlament nur als eine die wahre Klassenherrschaft verhüllende Show-Veranstaltung des „Demokratismus“, die im Wahlkampf Wettbewerb stets frisch ausgesiebte Tuis und Silberzungen vor die wahren Akteure der Kapitalverwertung schiebt, um entsprechende Ablenkung bei Krisenbetroffenen auszulösen, die nach mehrfach vergeblichen Versuchen mittels Wahlschein etwas zu verbessern, dann in Wahlmüdigkeit und Apathie absinken sollen. So würde Parlamentsarbeit automatisch zu „Parlamentarismus“ als Megaplan des „geschäftsführenden Ausschusses der Bourgeoisie“. Sicher: System hat System. Und die bürgerlich demokratische Parlamentsgeschichte ist reich an Beispielen, die diese marxistisch-leninistische Lesart vordergründig begünstigen könnte. Zumal, wenn die Entnazifizierung in Deutschland sich nahezu ausschließlich an politischen (vorgeschobenen) Akteuren der „offenen terroristischen Diktatur des Finanzkapitals“ abregiert hat, ohne deren Profiteure, die Kruppse und Abse, aus dem gesellschaftspolitischen Verkehr zu ziehen. Aber aus dieser statischen Sicht der Parlamente entwickelte sich im Marxismus-Leninismus nicht nur eine revolutionaristische Perspektive, mit der nach 1918 – statt auf die Nationalversammlung – auf „Sowjetdeutschland“ orientiert wurde (was in Katastrophen mündete), sondern

gleichzeitig auch eine dichotomische Apathie, die zu der rechtspopulistischen Sicht führt, im Parlament würde sowieso nur geschwätzt und nichts entschieden. Nicht einmal die von Lenin gebotene Hilfskonstruktion, das Parlament sei „Tribüne des Klassenkampfes“ wurde (zum Beispiel von der Westlinken) als eine echte Handlungsoption akzeptiert verinnerlicht.

Erst mit der Gramsci-Rezeption bzw. mit der Erkenntnis auch in der westdeutschen Linken, die sich nicht mehr auf den Leninismus, (wenn auch nicht unbedingt gegen Lenin) orientierte mit dem Ausweiten der Marburger Abendroth-Schule auf den euromarxistischen Gramsci-Diskurs (im Wesentlichen markiert durch Detlev Albers, Kurt Neumann, Sabine Kebir, Wolfgang Fritz Haug) wurde neben dem abstrakten Begriff der Diktatur (der allzu oft bilderbuchhaft wortwörtlich genommen war) der Begriff der Hegemonie bzw. der „kulturellen Hegemonie“ eingeführt. Nun konnten auch bei eindeutig bürgerlicher Klassenherrschaft Überbau zu umkämpften Plätzen erklärt werden. Während „Staat und Kultur“ im Marxismus-Leninismus erst *nach* der Revolution demokratisiert werden durften, war nun Demokratisierung *vor* dem Bruch mit der kapitalistischen Herrschaft zur Grundbedingung geworden. Dimitroffs Faschismusdefinition erschien in einem anderen Licht: Die „offene und terroristische Diktatur“ musste antifaschistisch verhindert werden (auch wenn es möglicherweise dadurch eine nicht offene, nicht terroristische Diktatur zu erkämpfen galt, in der es noch Kapitalismus gab – wie es Togliatti als Vorgabe seiner „Wende von Salerno“ formulierte). Die „am meisten imperialistischen Teile des Finanzkapitals“ mussten von der Herrschaft fern gehalten werden, auch wenn es dadurch weniger imperialistische Bourgeoisie-Teile an der Macht zu halten galt. Die „offene Gesellschaft“ (Popper)

musste antifaschistisch durchaus gegen die „offene Diktatur“ (Dimitroff) verteidigt werden.

Wo die Linke sich fast nur noch mit Parlament und Staatsverwaltung identifizierte und dies als einzige „Macht“ ausgab, verkümmerte allerdings Parlamentsarbeit zum Parlamentarismus – die Serie der Niederlagen führte jüngst von Österreich über Italien, Spanien bis Portugal – und Sachsen-Anhalt! Wo die Wirkung der herrschenden Klasse *hinter dem Staat* überführt und dann als endlich gezeigt werden kann – wie dies in Ansätzen in Schweden bei wechselnden Mehrheiten und außerparlamentarischen Kämpfen geschieht, öffnet dies neue politische Optionen nach links.

Schon Ende der 60er Jahre begann die Ablösung des Marxismus von den Revolutionaristen und der Apathie, die der Leninismus der Komintern im Westen ausgelöst hatte. In einem kühnen Vorgriff der Debatte

Wo die Linke sich fast nur noch mit Parlament und Staatsverwaltung identifizierte und dies als einzige „Macht“ ausgab, verkümmerte allerdings Parlamentsarbeit zum Parlamentarismus

der 70er Jahre begründete der ehemalige Bundesvorsitzende des Sozialistischen (sozialdemokratischen) Hochschulbundes Kurt Neumann 1968 die Teilnahme an der Bundestagswahl 1969, dass der „fortwährenden reformistischen Praxis“ die „abstrakten Revolutionsphrasen nicht wider-

derstehen konnten“ und folgert: „Voraussetzung für die den Kapitalismus sichernde Funktion des Parlamentarismus in der BRD ist eine systemtragende Politik der SPD. Eine solche Politik der Parteiführung ist jedoch ... durch die Mitgliedschaft ständig potentiell bedroht. Die Bedrohung nimmt aber in dem Maße ab, in dem die Mitgliedschaft von den politischen Entscheidungen ausgeschlossen wird: Für die SPD ist gleichzeitig mit der Aufgabe sozialistischer Perspektiven in der offiziellen Politik eine zunehmende Entdemokratisierung und Entpolitisierung zu konstatieren.“ (S. 5)

Neumann nennt verschiedene, damals aktuelle Hauptforderungen der Linken (qualifizierte Mitbestimmung, Kampf gegen die Notstandsgesetze, Investitionskontrollegesetz, Aussöhnung mit dem Osten), mit denen parlamentarischer Streit und Wahlkampf von links verschärft werden können, anstatt sie in reformistischer Formbestimmtheit technokratisch einzupassen und zu entschärfen: „Aus der Interdependenz zwischen der Teilnahme der SPD am Parlamentarismus und ihrer Anpassung an den Kapitalismus könnte gefolgert werden, dass schon die Teilnahme selbst zwangsläufig zur Anpassung führen müsse, dass deshalb die Wahlen zu boykottieren seien. Diese Po-

Dr. Diether Dehm, stellvertretender Vorsitzender der PDS.

Mit diesem Aufsatz dokumentieren wir einen weiteren Beitrag aus der Diskussionsreihe, die anlässlich der Inszenierung von „Marx in Soho“ (Howard Zinn) am Kasseler Staatstheater stattgefunden hat (vgl. spw 124, S. 50/51).

sition aber begnügt sich mit der Beschreibung der festzustellenden Entwicklung und berücksichtigt nicht die Analyse der historischen Bedingungen der Anpassung, vor allem die Unfähigkeit, eine sozialistische Strategie zu entwickeln, in der der Kampf für den Sozialismus und der Kampf um Tagesforderungen nicht auseinander fallen, eine Strategie, in der aktualisierbare ‚Zwischenziele‘ (Gorz), die auch als solche begriffen werden, Voraussetzungen für eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft bezeichnen.“ (S.8)

Mitentscheidend also für eine anti-parlamentaristische und dafür demokratisch parlamentarische Strategie bleiben in Deutschland die gesellschaftliche Mobilisierung von Gewerkschaften und Sozialdemokratie, besonders der den Essentials des Berliner SPD-Programms geschuldeten geistigen Potentiale in Mitglied- und Wählerschaft. Die dazu nötige Entkräftung der sozialliberal-demagogischen Einpassungsmechaniken geschieht nicht kontemplativ, sondern ausschließlich praktisch in Bewegung. In dem Maß, in dem eine linkssozialistische Partei heute für höhere Reallöhne, die Einführung der Wertschöpfungsabgabe, der Wiedereinführung der Vermögenssteuer, für die Tobin-Tax, die Wiederbelebung einer Mitbestimmungsdiskussion, das grundlegende Angriffskriegsverbot streitet etc. und dafür mit Teilen der Sozialdemokratie und Gewerkschaften in praktische Kämpfe parlamentarisch und auf der Strasse mobilisiert, wäre der entdemokratisierenden und integrationistischen Politik von Parlama-

rismus und SPD-Führung beizukommen. Es waren ja durchaus auch sozialreformistisch reklamierte und keine linksradikalen Forderungen, mit denen die Bewegungen des Oktober 1917 begannen: Frieden, Brot und Land für kleine Bauern!

In einer dauerhaften Perspektive muss dabei die grundgesetzliche Option einer demokratischen Enteignung (Artikel 15 GG) als sprengende Forderung des bürgerlichen Parlamentarismus in Parlament und NGOs zu neuem gesellschaftlichem Leben entfaltet werden. Immerhin: das transnational agierende Monopolkapital hat in den letzten zwei Jahrzehnten mehr Kleinunternehmer und Privatbesitz enteignet, als sämtliche kommunistische Parteien der Weltgeschichte zusammengekommen. Wenn aber Enteignung und Umstellung von Großbanken und Konzernen auf öffentlich-rechtliche Körperschaften von links gefordert werden, dann demokratisch und nach Recht und Gesetz.

Die gemeinsame Geschichte der Linken in der Frage der „Demokratisierung des Eigentums“ (von Oertzen), der von der SPD ins Grundgesetz gekämpfte Artikel 15, von dem das Bundesverfassungsgericht 1954 bis heute gültig bestätigt hat, dass damit eine grundsätzlich andere Wirtschafts- und Sozialordnung in Deutschland möglich sei, gibt in einer gemeinsamen Geschichte nach vorne und hinten genügend Interpretationsspielraum, damit antikapitalistische Gemeinsamkeiten praktisch erlebbar werden. Eine PDS unter fünf Prozent wäre hingegen die Garantie für eine Stoibersche Kanzlermehrheit. Eine erstarkte PDS kann nicht nur

die Berlusconiisierung Europas in Deutschland stoppen, sondern auch jener Sozialdemokratie, die sich auf ihr Berliner Programm beruft, mit „Zwischenzielen“ (Gorz), eine neue streitbare Praxis abgewinnen. Aber auch die PDS selbst hat Optimierungsbedarf: die Enteignungsperspektive hat längst noch nicht Wahlkampfführung und längerfristige Perspektive als antikapitalistisches „Zwischenziel“ durchdrungen.

Kurt Neumanns weitsichtigem Beitrag von 1968 verdanken wir auch das Augenmerk für den Widerspruch zwischen Sicherung und potentieller Aufhebung der kapitalistischen Verhältnisse durch den Staat aufklärendes Zitat, in dem der Klassiker die französische Verfassung von 1848 würdigt: „Der umfassende Widerspruch dieser Konstitution besteht darin: Die Klassen, deren gesellschaftliche Sklaverei sie verewigen soll, Proletarier, Bauern, Kleinbürger, setzt sie durch das allgemeine Stimmrecht in den Besitz der politischen Macht. Der Klasse, deren alte gesellschaftliche Macht sie sanktioniert, der Bourgeoisie, entzieht sie die politischen Garantien dieser Macht. Sie zwingt diese Herrschaft in demokratische Bedingungen, die jeden Augenblick den feindlichen Klassen zum Sieg verhelfen und die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft selbst in Frage stellen können. Von den einen verlangt sie, dass sie von der politischen Emanzipation nicht zur sozialen fort —, von den anderen, dass sie nicht von der sozialen Restauration zur politischen zurückgehen.“ (Karl Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich, MEW, Bd. 7, S. 43)

spw 3/2002

Neu im Juni! Jetzt bestellen!

Andrea Nahles, Benjamin Mikfeld (Hrsg.)



Jobs, Jobs, Jobs!

Wie weiter auf dem Arbeitsmarkt?

spw

Ulla Burchardt, Reinhold Rünker (Hrsg.)



Nachhaltigkeit
als Reformprinzip

Festschrift zum 65. Geburtstag
von Horst Peter

spw

Detlev von Larcher (Hrsg.)



Jenseits des Sparzwangs

Perspektiven für eine gerechte
Finanz- und Steuerpolitik

spw

Alle Bücher haben einen Umfang von ca. 120 Seiten und kosten 9,90 Euro
Bestellungen an: verlag@spw.de oder über www.spw.de

Auch in diesem Heft setzen wir unsere Debatte über den Generationenaufbau in der Linken fort. Juso-Bundesvorsitzender Niels Annen kommentiert, was bislang aus den vollmundigen Ankündigungen zum Netzwerk 2010 geworden ist. Was von den Jusos im Wahljahr zu erwarten ist, berichten Björn Böhning und Tobias Gombert. Als neuen Organisationsversuch in der Interessenvertretungsarbeit stellen uns Ole Erdmann und Mathias Körner scudag als parteienübergreifendes Netzwerk von Studierenden vor.

Im Kontext des Generationsaufbaus der Linken zu sehen ist auch der Beitrag von Mathias Brodkorb, ist seine Kernthese doch, dass eine erneuerte sozialdemokratische Linke noch eine Durchstrecke von zehn bis zwanzig Jahren zu durchschreiten habe. Man muss diese skeptische Haltung nicht teilen, aber klar wird hier – die jetzt in der SPD dominierenden Personen werden dann durch Jüngere abgelöst sein müssen, so oder so.

Reinhold Rünker, spw-Redaktion

Der Generationenaufbau in der SPD

Von Niels Annen

Folgt man den jüngsten Auslassungen der Berliner Journalisten, dann hat die Diskussion um den Generationenaufbau in der SPD gerade den Schritt von der drögen theoretischen Diskussion zur tagesaktuellen Thema vollzogen. Je schlechter die Umfragen für die SPD, desto häufiger wird die Frage gestellt: Wer führt die SPD, wenn Schröder am 22. September verliert?

Die Dramatik dieser Frage reduziert sich auch dann nicht, wenn man wie ich optimistisch davon ausgeht, dass die Wahl noch gewonnen werden wird. So richtig die Kritik an der dürftigen programmatischen Grundlage des Gründungsaufbaus für das Netzwerk 2010, so wenig relevant hat sich diese Debatte in der täglichen Verortung der Unterstützer des Aufrufs in der politischen Arbeit erwiesen. Der systematisch vorbereitete, durch Protektion „von oben“ abgesicherte Versuch, die Nachwuchskräfte der Partei zu organisieren und ideologisch neu auszurichten, ist ausgeblieben. In gewisser Weise ist dies sogar ärgerlich, weil die dringend notwendige Debatte um eine zukunftsfeste sozialdemokratische Politik für die nächsten Jahrzehnte entgegen allen Verlautbarungen bisher in der Partei nicht geführt worden ist.

In der konzeptionellen Arbeit der Parteistrategen und im anlaufenden Wahlkampf spielen die inhaltlichen Aufschläge des groß angekündigten „Netzwerk Kongresses“ keine Rolle. Die Beiträge etwa zum Regierungsprogramm sind schnell zusammengefasst und erschöpfen sich in meist unstrittigen Ergänzungen zur Mittelstands und Industriepolitik sowie dem Hinweis, sich stärker mit den kulturellen Trends in der Populärkultur zu befassen.

Die Debatte um den notwendigen Generationenaufbau der Partei wurde von vielen in der Linken, auch vielen Jusos mit einer grundsätzlichen Skepsis gegenüber jeder organisatorischer Verdichtung aufgenommen. Die Gründung des Netzwerk 2010 wurde wie das Eintreffen einer düsteren

Prophezeiung aufgenommen, anstatt sich selbstbewusst in die Debatte einzuschreiben, wartete man auf die vermeintlichen Sauereien der Parteiführung.

Inzwischen ist auf der einen Seite Erleichterung eingetreten, auf der anderen Seite Ernüchterung eingetreten. Das Netzwerk hat bisher keine inhaltlichen Akzente setzen können. In die Debatte um die Wiedererlangung politischer Handlungsfähigkeit in der Globalisierung, haben sich die Jungen in der SPD nicht eingeschrieben. Stattdessen wirbt der Bundeskanzler in gut platzierten Reden um die anwachsende Schar der Globalisierungskritiker und stützt seiner Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit gegenüber Hans Eichel den Rücken. Einige der Jusos der späten siebziger haben wohl doch noch etwas von ihren Bündnisstrategien aus alten Zeiten in Erinnerung behalten.

Auch in der zentralen Debatte um die Zukunft des deutschen Sozialstaats gibt es kaum maßgebliche Debattenbeiträge der Netzwerker. Solidarische Reform des Gesundheitswesens? Funkstille. Neue Ideen zur Reform der Bundesanstalt für Arbeit? Fehlanzeige.

Das sich diese Zurückhaltung nicht mit dem mangelnden Interesse in der Partei und den Medien begründen lässt, zeigt das Beispiel des Aufrufs zur Abschaffung der Wehrpflicht, der, initiiert von den Jusos, gemeinsam mit einigen prominenten „Netzwerkern“ der Öffentlichkeit vorgestellt wurde und inzwischen in der SPD auf breite Unterstützung zählen kann. Das Beispiel zeigt, dass es richtig und wichtig ist, sich dort wo es Übereinstimmungen zwischen Jusos und Netzwerknern gibt, diese auch zu artikulieren. Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer, aber für den tief sitzenden Pessimismus, der die Selbsteinschätzung vieler Jusos und ihrer Eingriffsmöglichkeiten in Partei und Gesellschaft prägt, gibt es keinen Grund. Die Jusos werden nur dann erfolgreich sein, wenn sie aus der richtigen Kritik

an der mangelnden inhaltlich-strategischen Stoßrichtung der Partei die Konsequenz ziehen, eigene Konzepte auch offensiv zu vertreten. Mit der gerade erst begonnenen Debatte um eine Arbeitsversicherung und den Erfolgen bei der Weiterentwicklung des Jump-Programms zu einem Jump plus haben Jusos Akzente gesetzt und die Politik der SPD mitgestaltet.

Natürlich lässt sich weder an einer einzelnen Debatte noch den genannten Erfolgen beim Regierungsprogramm die Relevanz der Jusos in der gesellschaftlichen Debatte ablesen. Generationenaufbau kann nicht nur bedeuten, die eigene Generation in der Partei gut zu vernetzen und für höhere Weihen in Stellung zu bringen. Politisch erfolgreich wird dieser Versuch nur dann sein, wenn wir die inhaltliche und strategische Herausforderung annehmen. Gerade die Jusos haben durch häufig schmerzhaft Debatten in den letzten Jahren erfahren, dass der Abschied vom Massenverband der siebziger Jahre und die politisch-organisatorischen Konsequenzen daraus noch nicht verarbeitet sind.

Die Spielräume für eine breit gefächerte Debatte über die sozialdemokratische Zukunftsstrategie sind dabei durchaus vorhanden. Und die Erfahrungen aus den ersten Wochen des Bundestagswahlkampfes habe es deutlich gemacht: Die Rolle der Partei in der Auseinandersetzung ist von entscheidender Bedeutung für den gemeinsamen Erfolg. Dies darf aber gerade für die Linke kein Lippenbekenntnis sein, wie es umgekehrt auch nicht den Schluss zulassen darf, nun alles beim alten zu belassen.

Der Hamburger Landesvorsitzende Olaf Scholz, der gerne genannt wird, wenn es um das Nachwuchspersonal auf Bundesebene geht, hat auf dem Netzwerkkongress die Säkularisierung der Sozialdemokratie gefordert. Die gewollte Assoziation war wohl Pragmatismus als Religionsersatz. Diese Einschätzung ist aber weder geeignet, eine Grundlage für den Generationenaufbau der SPD zu bilden, noch ist sie eine hinreichende Antwort auf die Frage nach der Zukunft des Politischen.

Recht auf Zukunftschancen umsetzen

Die Anforderungen der Jusos an die künftige rot-grüne Regierung sind formuliert

Von Björn Böhning und Tobias Gombert

Vom 12.-14. April fand in Potsdam der Juso-Bundeskongress statt. Dieser hat die inhaltliche lebenspolitische Initiative „Recht auf Zukunftschancen“ fortgesetzt und die Ansprüche der Jusos für eine nächste Legislaturperiode der rot-grünen Bundesregierung formuliert.

„Schröder, Schröder und noch mal Schröder!“ Das ist die ausgegebene Parole für den anstehenden Bundestagswahlkampf. Dieses verkürzte Wahlprogramm soll die besseren Umfragewerte des Kanzlers umsetzen und die schlechteren seiner Partei kaschieren, eine Analyse ganz im Geschmack der Demoskopie und der Parteistrategen, die befürchten, es könne sich noch vor der Bundestagswahl eine Diskussion um Inhalte ergeben: Schröder als Fixpunkt einer Geschlossenheit der SozialdemokratInnen. Damit sind die SozialdemokratInnen auch im Wahlkampf bei den Problemen einer Regierungspartei gelandet: Staatsmännisch muss da der Kanzlerbonus genutzt werden, Erfolge müssen verkauft werden, Wahlversprechen sind blumig, aber möglichst nicht bezifferbar zu halten. Dies ist auch ein entscheidendes Problem der SPD-Wahlkampfzentrale: Auf der Suche nach seinem eigenen Mythos wird die Kampa auf den Boden der Regierungsrealität zurückgeholt. Denn so wichtig auch Inszenierung und Personifizierung sein mögen, verankerbar in der Bevölkerung sind letztlich nur politische Inhalte, Symbole und Leitbilder.

Logische Fortsetzung dieser Wahlkampfstrategie bei den Jusos wäre also ein „Youth for Schröder II“ gewesen. Der Juso-Bundeskongress hat hier ein deutlich anderes Signal gesetzt: Mit der Fortsetzung der eigenen Jugendinitiative „Recht auf Zukunftschancen“ haben wir unsere Ansprüche an eine rot-grüne Bundesregierung formuliert und wesentliche Reformleitlinien für das Wahlprogramm festgelegt.

Sozialdemokratie im flexiblen Kapitalismus
Ausgehend von den Bedingungen eines zunehmend flexibleren Kapitalismus, der als neues Akkumulationsregime eine „neue Unsicherheit“ gerade für Jugendliche und junge Erwachsene mit sich bringt, ist die Frage dringender geworden, wie wir uns

den Wohlfahrtsstaat und eine Politik „eingreifenden Denkens“ (Brecht) und Handelns vorstellen können, die Flexibilität nicht als Bringschuld der ArbeitnehmerInnen, sondern als größere Freiheit der und des Einzelnen versteht und umsetzt. „Recht auf Zukunftschancen“ versucht somit einen Einstieg zu finden in eine solidarische Absicherung von Lebenslagen und in eine neue Strukturpolitik. Neben dieser Grundorientierung kam es für den Juso-Bundeskongress darauf an, die Regierungspolitik der letzten dreieinhalb Jahre zu beurteilen. Die Bilanz fiel an dieser Stelle wohlthuend ehrlich aus: So ist die Handschrift sozialdemokratische Reformpolitik durchaus in einigen vereinzelt Politikfeldern erkennbar (z.B. JUMP). Was indes fehlt ist eine Gestaltungslinie für die Regierungspolitik, ein roter Faden, der die Ansprüche, mit denen die SPD 1998 angetreten ist (Umbau des Sozialstaats, Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit), hätte Wirklichkeit werden lassen. Vielmehr wurde die Sparpolitik als Allheilmittel zum Fetisch erhoben und aktives staatliches Handeln im Bereich Arbeit, Strukturpolitik und Bildung vernachlässigt. Insbesondere bei den generationsmobilisierenden Themen (Verbot von Studiengebühren, Umlagefinanzierung, Abschaffung der Wehrpflicht) besteht Nachholbedarf.

Die Ansprüche der jungen Generation in die Mitte!

Der Juso-Bundeskongress hat jeweils mit breiter Mehrheit drei Leitanträge des Bundesvorstandes angenommen, die die gemeinsame inhaltliche Leitlinie für die kommenden Auseinandersetzungen vorgeben. Alle drei Anträge (Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Gesundheitspolitik) orientieren sich dabei an dem Leitbild einer selbstbestimmten und solidarischen Flexibilität der und des Einzelnen auf der einen Seite und einem gesellschaftlichen Umbau nach sozialen und ökologischen Gesichtspunkten in mittelfristiger Perspektive auf der anderen. Mittelfristig schon deshalb, weil keiner der Anträge behauptet, einen Generalfahrplan für ein sozialistisches Gesamtprojekt zu sein.

Die strategische Ausrichtung bezieht sich vielmehr mittelfristig darauf, den aufgeklärten Klassenkompromiss des Fordismus durch einen neuen zu ersetzen, der sich an dem Einzelnen und am Umbau wirtschaftlicher Wertschöpfung und Schaffung neuer zivilgesellschaftlich organisierter Wertschöpfungsmodelle im sozialen und ökologischen Bereich orientiert. Diese Perspektive setzen die Anträge um. Unumstritten war und ist diese Strategie und inhaltliche Ausrichtung nicht: Zwei Richtungen im Verband unterscheiden sich davon. Einerseits wird in der Analyse nach wie vor das Normalarbeitsverhältnis im Mittelpunkt gesehen und analog dazu lediglich einen Ausbau staatlicher (finanzieller) Interventionen gefordert, die sich dann in Teilen mit den Forderungen der Anträge decken. Zentraler Streitpunkt ist hier vor allem der Begriff der „Flexibilität“, nicht nur in der Analyse der Arbeitsform, sondern auch in der Zielrichtung, den Individuen mehr selbstbestimmte Flexibilität einzuräumen. Der Hauptkritikpunkt dabei ist wohl, dass man damit lediglich die Anforderungen des Kapitals in das staatliche Handeln übersetzt. Ganz davon abgesehen, dass es sich bei „Flexibilität“ durchaus nicht – wie teilweise unterstellt – um eine Qualität a priori handelt, sondern als ambivalentes Leitbild einer „neuen Klassenbildung“ mit (selbst)ausbeuterischen Zügen (vgl. Rünker/Rünker, spw 123) bezeichnet werden muss, bleibt im Zeichen einer marxistischen Analyse doch zu fragen, wie sozialistische Strategien einer neuen Ausformung der Produktionsverhältnisse aussehen können. Das bedeutet nicht, das Normalarbeitsverhältnis und auch die klassischen Produktionszusammenhänge als gänzlich verschwunden zu bezeichnen wären. Die Frage stellt sich aber anders: Wie können wir das neue Leitbild beeinflussen, das zunehmend auch auf die traditionellen Produktionsverhältnisse durchschlägt? Zudem ist die Einschätzung, das tradierte Normalarbeitsverhältnis geradezu als „sozialistisches Konzept“ misszuverstehen, äußerst fragwürdig. Vielmehr kommt es wohl darauf an die gesellschaftlich notwendige Arbeit besser zu verteilen. Es wird in Zukunft darauf ankommen, neue soziale Sicherungsmodelle zu etablieren, die über das fordistische NAV hinausweisen und Umverteilungen bzw. die Absicherung von Lebensansprüchen erreichen können.

Eine andere Richtung hat sich auf dem Bundeskongress weniger durch eigene Analysen und inhaltliche und strategische Forderungen hervorgerufen, dafür aber ihre Übereinstimmung mit der Politik der Bundesregierung deutlich gemacht, vor allem mit deren finanzpolitischen Zielen. Auf dem Tribünen des innerverbindlichen Integrationsbedarfs wird so jeglicher Gestaltungsanspruch für einen solidarischen Verband aufgegeben.

Verbesserte Debattenkultur

Als inhaltlich kontrovers aber politisch zielführend lassen sich die beiden Debatten zur Bildungs- und Gesundheitspolitik beschreiben:

Im Bereich Bildung geht es vor allem darum, das Spannungsfeld von Emanzipation und gesellschaftlicher Reproduktion und Transformation demokratisch, sozial und nachhaltig zu gestalten. Dabei ließ sich an den Anträgen der zurückliegenden Jahre häufig eine Abwehrhaltung erkennen, die dazu führte, lediglich Dammbürche zu bekämpfen. So wichtig und zum Teil erfolgreich die Kämpfe gegen Studiengebühren und für eine strukturelle BAFöG-Reform innerparteilich gewesen sind und von den meisten Debattenrednern auch auf diesem Bundeskongress hervorgehoben wurden, haben diese Debatten doch die fehlende Arbeit an einem integrierten Bildungskonzept, das den neuen gesellschaftlichen Ansprüchen von Kindern und Jugendlichen gerecht wird, nicht verdecken können. Der beschlossene Antrag bietet hier einen Einstieg in eine Bildungsreform auf allen Ebenen, ohne schon abschließendes Konzept zu sein:

1. Für den Ausbau von Kindertagesstätten, die ein verbessertes pädagogisches Angebot mit stärkerer stadtteilbezogener Orientierung darstellen.
 2. Für eine integrierte Gesamtschule als alleinige Regelschule mit Integration durch Regionale Bildungszentren. Die regionalen Bildungszentren sollen dabei die Zusammenarbeit mit anderen Berufsgruppen (PsychologInnen, MediatorInnen, Volkshoch-, Kunst- und Musikschulen, Sportvereinen sicherstellen) und öffentlich zugängliche Knotenpunkte und Anlaufpunkte darstellen.
 3. Für eine Duale Ausbildung, die sichere Perspektiven über individuelle Lebensfahrpläne ermöglicht.
 4. Für eine Hochschule mit durchlässigen Strukturen, Vernetzung von Arbeit und Bildung, eigenständiger Projektarbeit und demokratischen Strukturen.
- Im Bereich der Gesundheitspolitik befürworten die Jusos einen Umbau der Krankenversicherung in eine *Gesundheitsversicherung*, in der Prävention und Gesundheitsförderung im Mittelpunkt des Umbaus stehen. Leitbild einer modernen Gesund-



heitspolitik sind die Zusammenfassung der Kostenträger in regionalen Einheitskassen, die auch den regionalen Gesundheitsbedarf berücksichtigen können. Gleichzeitig gilt es, die Solidarität im System zu stärken und die Lebensqualität aller Milieus zu steigern. Einig war man sich mit Ulla Schmidt in der Ablehnung weiterer Privatisierung im Gesundheitssystem. Nun müssen die von ihr formulierten wichtigen Anknüpfungspunkte nach der Wahl für eine solidarische Reform aufgegriffen werden.

Bundeskongress als alternative Tankstelle? Wer die von allen Seiten konservierten Positionen von Juso-Bundeskongressen kennt, wird viele der persönlichen Einschätzungen, die man hören konnte, schon kennen: Vom hoffnungslos zerstrittenen Verband, abschreckenden und kaum nachvollziehbaren Diskussionen, aufreibenden Lagerkämpfen, veralteten theoretischen Ausrichtungen war da die Rede. Ganz davon abgesehen, dass man sicherlich das ein oder andere aufgreifen kann, stehen für uns drei Eindrücke am Schluss:

Viele der „alten“ Akteure, die über Jahre hinweg die Diskussionen geprägt haben, sind auf diesem Bundeskongress nicht mehr anwesend gewesen. Das hat den Verlauf beruhigt und zugleich in Teilen auch die analytische Schärfe genommen. Es wird nach dem Wahlkampf deswegen verstärkt um eine theoretische Auseinandersetzung gehen müssen, die dann auch verhindern sollte, lediglich alten Wein in neue Schläuche zu füllen. Auch die Qualifizierungsarbeit im Verband ist diesbezüglich zu reformieren. Zweitens: Mit den zentralen Verbandsprojekten *JumP Plus*, *Job-Garantie* und Abschaffung der Wehrpflicht haben es die Jusos geschafft bis weit in die Positionsfindung der Partei und das Regierungshandeln hinein zu wirken. Nun gilt es diese Positionen beim Bundesparteitag im Wahlpro-

gramm zu verankern und auch im Wahlkampf deutlich zu machen, was sich für die Jusos mit der Fortsetzung von rot-grün verbindet.

Drittens: Der Bundeskongress 2002 war eine erfolgreiche Tankstelle zum Aufladen des Wahlkampf-Akkus. Auf der Basis der gefassten inhaltlichen Gestaltungslinie und modernen campaigning-Formen (*Juso-Aktionsteams* etc.) ist es nun erforderlich, in der eigenen Generation für eine rot-grüne Option und gegen einen rückwärtsgewandten konservativen Kulturumbau zu kämpfen. Der Bundeskongress hat den Auftakt gegeben für den Kampf um eine Mehrheit jenseits von FDP und CSU. Und nach dem 22. September geht's drum: Die Ansprüche der jungen Generation an eine solidarische Alternative in den Mittelpunkt zu stellen!

spw 3/2002

WIDERSPRUCH

Beiträge zur
sozialistischen Politik

42

Sicherheit, Freiheit, globale Gerechtigkeit

Anti-Terror-Kriege, Völkerrecht, Solidarität:
Israel-Palästina-Konflikt; innere Sicherheit, Anti-Terror-
Gesetze, Freiheits- und Grundrechte; Fremde als
Sicherheitsrisiko; Rechtswidrigkeit, soziale Sicherheit,
transnationale Sozialpolitik; Gewalt und Geschlecht

U. Marz, R. Köpfer, H. Meißner, N. Prösch, L. Wozniak,
R. Gössner, H. Busch, M. Bossmann, M. R. Kistner,
U. Mader, G. Hosi, Th. Furrer, C. von Werthof

Weltsozialpolitik nach Porto Alegre

D. Keel: Neoliberalismus WTO-Regime
H. Schäppi/U. Seeliger: Gewerkschaftsinternationalismus
F. Niggli: Weltsozialforum – künftige Agenda
R.H. Strahm: Finanzplatz Schweiz unter Druck
A. Müssbach: Der Fall Enxos
R. Falk: Entwicklung und Finanzierung

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenkritik

22. Jg./1. Halbjahr 2002

Fr. 25.- + € 10.-

212 Seiten, Fr. 25.-/€ 16.- (Abonnement Fr./DM 40.-/€ 27.-)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich
Tel./Fax 0041 (0)1 - 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

„we will grow!“

Über die Arbeit von scudag, dem gewerkschaftlichen Netzwerk für SchülerInnen und Studierende

von Ole Erdmann und Matthias Körner

Am 4. März 2002 tagte im Gewerkschaftshaus in Frankfurt/Main die 3. Konferenz des Projektes für den Aufbau einer gewerkschaftlichen Interessenvertretung für SchülerInnen und Studierende kurz scudag. Im Folgenden sind die Entwicklungen bis zu dieser Konferenz und die derzeitigen Diskussionen in den Gewerkschaften, an Schulen und Hochschulen dargestellt.

1. Die Vorgeschichte

Seit Mitte der neunziger Jahre diskutieren SchülerInnen und Studierende immer wieder die Frage, ob und wenn ja wie sie sich gewerkschaftlich organisieren sollen. Nach den fast drei Monate andauernden Protesten an Schulen und vor allem Universitäten vom November 1997 bis Januar 1998 gewann diese Diskussion an Fahrt. Spätestens nach dem Regierungswechsel und den vielerorts enttäuschten Hoffnungen (Stichwort: BAFöG-Reform, Studiengebührenverbot etc.) wurde jedoch vielen engagierten SchülerInnen und Studierenden klar, dass eine Lösung ihrer Probleme über die klassisch parlamentarisch-parteilichen Wege immer schwieriger geworden ist. Gleichzeitig waren sich viele in ASTen, SV'en und Jugendorganisationen durchaus der eigenen Schwächen und Probleme bewusst: verkrustete Strukturen geprägt durch Massenorganisationen der 70iger Jahre und inhaltlich abstrakte Debatten weitab der sozialen Realität kamen und kommen bei Jugendlichen schlicht nicht an. Ähnliches gilt für die Gewerkschaften, wobei ihre Rolle sich nicht zuletzt von den vorgenannten unterscheidet, als dass sie immer noch ein deutlich höheres Vertrauen genießen als Parteien (Shell 2000, S. 71).

2. Das jugendpolitische Dilemma der Gewerkschaften

Das Verschwinden klassischer sozialer Milieus und der immer spätere Eintritt junger Menschen in den Betrieb – einhergehend mit zunehmender Individualisierung – tragen zur geringen Lust Jugendlicher bei, sich

zu organisieren. Dabei sollte eines nicht vergessen werden: Individualisierung und längere Schulausbildung, gehören zu den Freiräumen, die die Gewerkschaften neben der Durchsetzung von mehr Freizeit, höheren Einkommen und sozialer Absicherung erstritten haben, und unter denen sie – wie alle anderen „klassischen“ Großorganisationen auch – nun zu leiden haben. Insofern kann die Lösung nicht im ewigen Klagen über eine anders gewordene Gesellschaft bestehen.

Das Projekt „Scudag – Netzwerk für eine SchülerInnen und Studierendengewerkschaft“ will dort ansetzen, wo die länger gewordenen Bildungsgänge in den Fokus gesellschaftlicher Auseinandersetzungen geraten sind, die gewerkschaftliches Handeln geradezu herausfordern. Wenn bei gleichzeitigem Vordringen privaten Kapitals in die Schulen und Hochschulen die Gestaltungsspielräume der Gremien der bildungspolitischen Interessenvertretung immer weiter eingengt und dadurch mehr und mehr Werteerziehung im Interesse der privaten Wirtschaft betrieben wird, ist klar, dass die Handlungsfelder Schule und Hochschule nicht mehr nur noch ein Bereich des „gewerkschaftlichen Vorfelds“ sind, sondern in den Fokus der Gewerkschaften rücken müssen, wollen sie den „Kampf um die Köpfe“ nicht schon vor Eintritt der jungen Menschen in die Arbeitswelt verlieren.

3. Die Situation von SchülerInnen und Studierenden

Die Lebenssituation von SchülerInnen und Studierenden hat sich seit den 60/ 70er Jahren grundlegend gewandelt. Die Verlängerung der Bildungszeiten, der Bedeutungsverlust familiärer Sozialisation und eine relative soziale Sicherheit etablierte Jugend als eigenständige Lebens- und Experimentierphase. Dieser Raum für eigene Erfahrungen und Entfaltung wird in den letzten Jahren zunehmend enger (Jobelius/Lenz, 1999, S. 188)

Mittlerweile arbeiten nach Erhebungen des

Deutschen Studentenwerkes über 2/3 der Studierenden neben ihrem Studium (DSW 2001), davon geben etwa die Hälfte an, dass dies „zur Bestreitung des Lebensunterhalts unbedingt notwendig“ sei. Ähnliches gilt für ältere SchülerInnen (z.B. Berg/Haggenstein 2001). Ganze Bereiche wie z.B. die Gastronomie, Call-Center, Aushilfen in der industriellen Fertigung, Tankstellen etc. sparen mit der Arbeit der lernenden jungen Leute enorme Summen ein. Das geht einher mit der Abnahme staatlicher Förderung wie dem BAFöG, das 1997 lediglich noch 18,6% der Studierenden bezogen, gegenüber 26,8% im Jahre 1994. Anderweitige Entwicklungen wie die Erhöhung des Kindergeldes entlasten zunächst die Kasse der Eltern, die allerdings ihrerseits aufgrund anderer sozialer Einschnitte die Aufwendungen oft nicht weitergeben (können). Neben dieser „Schließung des sozialen Raumes“ gehen auch die Angst vor Arbeitslosigkeit und die gleichzeitig gestiegenen Ansprüche der Gesellschaft an Jugendlichen nicht spurlos vorüber.

Dabei stimmen wir Jan Kellermann und Raoul Machalet zu, die den Grund für ein Teilzeitstudium in den gewachsenen Ansprüchen der Studierenden sehen, Arbeit und Bildung enger miteinander zu verzahnen (spw 5/01) um so angesichts der sozialen Perspektiven ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Diesem Anspruch junger Menschen steht nun jedoch die soziale Wirklichkeit aus prekären Beschäftigungsverhältnissen, eingeschränkten Lern- und Freizeitkapazitäten sowie Ungleichverteilung von Bildungschancen generell entgegen. Gewerkschaftliche Gegenwehr tut hier offensichtlich Not.

4. Bildung und Wissen als Ware?

Die wachsende Bedeutung der durch den Bildungsbetrieb vermittelten Inhalte wird aktuell gerne unter dem Begriff „Wissensgesellschaft“ subsumiert. Die bildungspolitischen Debatten deuten darauf hin, dass es meist nur noch um relativ technokratische Vorgänge der Wissensverteilung geht – von einem emanzipatorischen Ideal von Wissensgesellschaft ist das alles weit entfernt. Der Begriff der Wissensgesellschaft bedeutet nichts anderes, als dass nun ein neuer Aspekt menschlichen Handelns zum Mittelpunkt des Produktionsprozesses geworden

Ole Erdmann, Sprecher des scudag-Koordinierungskreises, studiert VWL und Politik in Köln, lebt in Bonn

Matthias Körner, Landesjugendsekretär des DGB Landesbezirkes Hessen, lebt in Frankfurt

ist. Eine fortschrittliche Gesellschaft muss diese zentrale Ressource gerecht verteilen. Zielgröße ist der Abbau öffentlicher Bildung durch verschiedene Formen der Privatisierung und Kommerzialisierung, mit welchen Bildungsprozesse in Eigentumsoperationen mit Wissen als Ware umgewandelt werden (Lohmann, 2000). Und damit bestimmen mehr denn je die materiellen und sozialen Lebensbedingungen der Menschen über den Zugang zu Bildung. Die Patentierbarkeit von Lebewesen, die schleichende Wanderung ehemals hochschulischer Forschung in die Labors von privatisierten Instituten oder direkt in die Labors der Industrie deuten darauf hin, dass sich auch der Sockel des bereits vorhandenen Wissens in der Gefahr einer Enteignung der Gesellschaft zugunsten der Großkonzerne befindet.

5. Education is not for sale!

Die o.g. Entwicklungen finden zudem in einem Kontext globalisierter Wirtschaftsbeziehungen statt. So ist seit 1994 mit der Unterzeichnung des GATS (General Agreement on Trades in Services), dem internationalen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen, der Bildungsbereich durch weitere Expansion privatwirtschaftlichem Profitinteresse bedroht. „Too often the education process is entrusted to people who appear to have no dialogue with, nor understanding of, industry and the path of progress ... The provision of education is a market opportunity and should be treated as such.“ (European Roundtable of Industrialists, Quelle: www.gatswatch.org), so argumentiert die mächtige Lobbyorganisation der Europäischen Industrie in Brüssel.

Mit der Unterstützung der europaweiten Studierenden- und Schülerproteste im Herbst 2001, die in einer Demonstration gegen den EU Gipfel am 14.12.01 in Brüssel mündete, hat scudag bewiesen, das es als Netzwerk ein wichtiges Bindeglied zwischen SchülerInnen- und Studierenden und gewerkschaftlichen Zusammenhängen sein kann. Die damals als breites Bündnis ins Leben gerufene Kampagne „Education is not for sale“ ist eines der zentralen Projekte des Netzwerkes, deren weitere Aktivitäten sich gegen Privatisierung von Bildungseinrichtungen, Einführung von Studiengebühren und globaler Konkurrenz im Bildungswesen richtet. Jan Hoby, Vorsitzender der dänischen Studierendengewerkschaft PLS, die auf der 3. scudag Konferenz in Frankfurt über die Zusammenhänge von Globalisierung von Bildung diskutiert haben, bringt es auf den Punkt: The movement against neoliberal globalisation has to fight on a european level, because most of the education policy is already fixed by treaties like Bologna and GATS on the international level. But when we see all the activities

around the „Education is not for sale“-campaign you can be sure: we will grow!“ weitere infos: www.education-is-not-for-sale.org

6. scudag – die Konferenz in Frankfurt, Zwischenbilanz eines ehrgeizigen Projektes

Im dritten Jahr seiner Existenz steht das „scudag Netzwerk für eine SchülerInnen und Studierendengewerkschaft“ an einem Wendepunkt. Unterstützt durch die DGB Jugend Hessen, Aktive aus den Landes-SchülerInnenvertretungen NRW und Hessen, Vertretern der ver.di-Studierenden und linker Hochschulgruppen aus Kassel und Köln ist es gelungen, das Netzwerk an vielen Stellen bekannt zu machen. Erste bisher „unorganisierte“ Interessierte steigen ein, so eine Gruppe Design-Studierender der FH Aachen, die für scudag den Internetauftritt (www.scudag.org) sowie das gesamte Erscheinungsbild erarbeiten.

Es gibt im gewerkschaftlichen Bereich auch kaum jemanden, der dem prinzipiellen Gedanken der scudag – gewerkschaftliche Methoden in sozialen Konflikten, unter denen SchülerInnen und Studierende leiden, anzuwenden – nichts abgewinnen könnte. Die Notwendigkeit stärkeren gewerkschaftlichen Engagements in Schule und Hochschule wird von niemanden bestritten.

Die Frage ist, ob es gelingt, für den Ansatz von scudag innerhalb der Gewerkschaften weitere Unterstützung zu organisieren, damit gewerkschaftliche Angebote aus einer Hand an Schulen und Hochschulen durch die Betroffenen selbst verbreiten werden können, und dabei ein politisches wie kulturelles Bindeglied zwischen Interessenvertretung in Schule, Uni und Arbeitswelt entsteht.

Die Weiterentwicklung von der abstrakten Diskussion um Positionspapiere zum konkreten Handeln ist die große Herausforderung, vor der scudag nun steht. Nur dann, wenn der Grundgedanke des Organisationsprinzips in einer Praxis abgeglichen wird, die sich an der Lösung von Problemen von SchülerInnen und Studierenden – sei es im Job oder in der Bildungspolitik – orientiert, lässt sich seine Tragfähigkeit unter Beweis stellen. Oder um es fußballerisch auszudrücken: „Was zählt, ist auf dem Platz.“

spw 3/2002

Literatur

- M. Jobelius/Lenz: SchülerInnenvertretungsarbeit neu denken und organisieren in: S. Jobelius/Rünker/Völsing (Hrsg.): Bildungs-Offensive, Hamburg 1999
Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2000, Band 1; Opladen 2000
Machalet/Kellermann: „Der individualisierte Begriff von Bildung“ in: spw 5/01
Deutsches Studentenwerk (Hrsg.): 16. Sozialerhebung des DSW
Berg/Haggenstein: Schule ist Nebenjob, in: FR vom 9.6.2001
Ingrid Lohmann: After neoliberalism, in: Lohmann, Rillig (Hrsg.): Die verkaufte Bildung, Opladen 2002

www.sozialismus.de



Redaktion Sozialismus: Rote Laternen und braune »Ordnungskräfte«

Richard Detje: Gewerkschaften und SPD im flexiblen Kapitalismus; Werner Dreibus: Politische Bildungsarbeit auf dem Rückzug; Sergio Cofferati: Der Faden der Träume

Michael Kasten: Gesundheitsversorgung auf hohem Niveau? Kai Mosebach: Optionen zur Reform der gesetzlichen Krankenversicherung

Birger Scholz: Die Berliner Bankgesellschaft und der politische Offenbarungseid der PDS; Sozialistische TINA? Klaus Kohlmeyer: Integrationskonzepte gegen Ausgrenzung junger Migrant/innen; Lennart Labrenz: In Deutschland ist die Mitte preußisch

Joachim Bischoff/Christoph Lieber: Von der Masse zur Menge – vom Imperialismus zum Empire; Arno Klönne: Empire und Empirie

Bernhard Sander: Balkanisierung der Linken; Helmut Peters: Mittelstand – Erbauer des Sozialismus chinesischer Prägung; Redaktion Sozialismus: Die Zerstörung Palästinas; Theodor Bergmann: Internationalismus im Nahostkonflikt

Stichwort: Eurokommunismus

Supplement: Peter Gowan, US-Hegemonie und globale Unordnung

Abo: € 62,- (erm. € 44,-)
Probeheft: Redaktion Sozialismus
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Fax 040/280 505 68
e-Mail: redaktion@sozialismus.de

Vive la gauche?

Über die Rekonstruktionsbedingungen einer sozialdemokratischen Linken

Von Mathias Brodkorb

Glaubt man den Ausführungen Benjamin Mikfelds in seiner Einschätzung des letzten SPD-Bundesparteitages (spw 123), so hat sich die Linke offenbar nichts vorzuwerfen. Zwar sind die Bedingungen von Politik in einer Mediendemokratie für eine politisch subalterne Linke denkbar schlecht, aber gerade weil es sich um einen *gesellschaftlichen* Trend handelt, der in einer Erlahmung und Auflösung der politischen Flügel der SPD mündet, war offenbar mehr gar nicht möglich: Jedenfalls findet man bei Mikfeld weder irgendeinen Vorschlag, um der Marginalität der Linken in der SPD entgegenzuwirken noch irgendeine konkrete (Selbst)Kritik der sozialdemokratischen Linken. Die Verantwortung für eigene Fehler, für den eigenen Mangel an Kreativität und Willen den „objektiven Mächten“ der Geschichte zuzuschreiben, ist mir persönlich etwas zu „marxistisch“. Eine solche Vorgehensweise verfehlt außerdem den Kern dessen, was Politik ist, nämlich der Versuch, unter den Bedingungen der geschichtlichen Situation, der Spontaneität und der politischen Führung selbst neue Realitäten zu schaffen, und nicht, sich als Transmissionsriemen einer Apparatur „Geschichte“ zu verstehen.

Zur Rolle von Parteitag

Wohl wahr, Parteitage sind zu Orten der medialen Inszenierung geworden: „Parteitage haben somit einen Funktionswandel hinter sich. Sie dienen kaum noch dem nach innen gerichteten Sortierungsprozess einer Partei und statt dessen immer mehr der Erzeugung eines Außenbildes.“ (spw 123/5) Nur muss man sich vielleicht trotzdem die Frage stellen, ob a) dieses Erwartungsbild von Medien und Öffentlichkeit durch die Parteien nicht selbst bedient und daher verstärkt wird und ob b) nicht die Tatsache, dass die Medien die Geschlossenheit des Parteitages der SPD nicht goutiert haben, sondern ihr vielmehr den Vorwurf des faden und saftlosen „Kanzlerwahlvereins“ machten, eher dafür spricht, dass Parteitage durchaus mehr sein können und müssen als regierungskonforme Inszenierungen. Und inso-

fern *könnten* auch engagierte und niveauvolle Auseinandersetzungen und/oder Kampfabstimmungen auf Parteitag eine gewisse positive Wirkung auf Medien und Gesellschaft hinterlassen.

Benjamin Mikfeld hat außerdem hervorgehoben, dass der Parteitag der Umwandlung der Arbeitslosenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung zugestimmt hat und bedauert, dass unter dem Eindruck des 11. September dieser Beschluss von den Medien kaum zur Kenntnis genommen wurde (spw 123/4. Ich glaube kaum, dass dies ohne den 11. September anders gewesen wäre, aber selbst wenn: Was nützt ein Parteitagsbeschluss, der unter den Bedingungen der Hegemonie eines rechten Flügels zustande kommt (wenn man hier die Begriffe „rechts“ und „links“ mal substantiell und nicht relational versteht)? Was nützt das Projekt „Arbeitsversicherung“, an dessen Zustandekommen Mikfeld großen Anteil hat, unter der Definitionsmacht von Riester und Schröder, zumal Mikfeld selbst feststellt: „Das Machtverhältnis zwischen Führung und Basis ist asymmetrisch, denn die Führung kann den medialen Druck, dem sie unterliegt, als Machtressource einsetzen und an die Basis weitergeben – nach dem Motto: ‚Ihr könnt ja beschließen, was ihr wollt, aber ich kann und werde es nicht umsetzen.‘“ (spw 123/5)? Benjamin Mikfelds Fokussierung auf Parteitagsbeschlüsse steht daher in großer Spannung zu seiner Analyse der Bedeutungslosigkeit von Parteitag. Das eigentliche Problem ist nicht der 11. September, sondern dass nur eine Handvoll SPD-Mitglieder überhaupt den Beschluss bemerkt, geschweige denn begriffen hat, was die „Arbeitsversicherung“ überhaupt ist. Das Problem ist also, dass die Linke politische Prozesse nicht von unten nach oben organisiert, sondern auf ohne für die Basis nachvollziehbare Weise „im politischen Vorlauf [...] Kompromisse vereinbart“ (spw 123/4) – mit anderen Worten: Hinterzimmerpolitik. Es ist ein Unterschied, ob *infolge* eines hegemonialen Prozesses der Linken Kompromisse mit dem Mehrheitsflügel erwirkt werden oder ob man sich ohne ei-

nen solchen Vorgang über den grünen Tisch ziehen lässt.

Aber, die Parteitage sind gar nicht das eigentliche Problem. Insofern ließe sich auch allen, die mit großem Gestus den Verfall der *politischen* Bedeutung von Parteitag hervorheben, umgekehrt entgegenen, dass sie selbst die Bedeutung der Parteitage *überschätzen*. Parteitage sind höchstens der Ausdruck eines gewissen Kräfteverhältnisses und bieten daher einen Rahmen der Orientierung. Parteitage waren in der Sozialdemokratie *nie* die eigentlichen Höhepunkte der Flügelausinandersetzungen. Sie fungierten immer nur, und für eine marginalisierte Linke gilt das allemal, als Seismographen, die Auskunft über den momentanen Zustand der Partei geben. Parteitage müssen vielmehr wieder als *Abschlüsse* hegemonialer Prozesse verstanden werden. Das Problem der Linken sind nicht die Parteitage, sondern das Fehlen dieser hegemonialen Prozesse auf Seiten der Linken *zwischen* den Parteitag.

Die Bedingungen linker Politik in der SPD

Die eigentlichen Probleme der Linken sind daher nicht die Medien als solche oder die Parteitage, sondern völlig andere:

1. Der Wandel in der Sozialstruktur der SPD-Mitgliedschaft: Die SPD ist ohne Zweifel seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten die Partei der „neuen Mitte“. Rechtsanwälte, Lehrer, Beamte, Angestellte zählen zu den größten Mitgliedergruppen. Der Alltagsverstand normaler SPD-Mitglieder entspricht diesem kleinbürgerlichen Milieu und Wertehorizont inzwischen. Die Ungleichzeitigkeit zwischen Sozialstruktur der SPD-Mitglieder und ihrem politischen Horizont, die in den 70er und 80er Jahren noch bestand, ist inzwischen aufgelöst. Linke Politik ist in der SPD damit heute nur noch *gegen* das alltägliche Selbstverständnis bzw. den Alltagsverstand ihrer Mitglieder möglich. Zahlreiche Linkssozialisten sehen dies – und durchaus nicht zu Unrecht – als den schwerwiegendsten Einwand gegen die Mitarbeit in der SPD.

2. Die Zerstörung eines einheitlichen Kommunikationsraumes: Politische Massenbewegungen wurden erst im Zuge der kapitalistischen Produktivkraftentwicklung möglich. Erst moderne Kommunikations- und Reisemittel schufen die Bedingungen für das Entstehen politischer Massenorgani-

sationen und den Aufstieg der Sozialdemokratie: Insbesondere Massenblätter, Flugschriften Anfang des 20. Jahrhunderts sowie Radio bzw. Fernsehen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ermöglichten der sozialistischen Bewegung über die Konstituierung eines einheitlichen Kommunikationsraumes einen mächtigen Zugriff auf die Gestaltung des Alltagsverständes. Als sich die Produktivkräfte in den 80er und 90er Jahren in Verbindung mit einer Politik der Liberalisierung so weit entwickelten, dass zahlreiche alternative Medienangebote die Märkte eroberten (z.B. private Fernsehanstalten), zerfiel dieser einheitliche Kommunikationsraum. Hiermit wurde außerdem eine der Existenzbedingungen sozialer Bewegungen zerstört. Ohne einheitlichen Kommunikationsraum lassen sich soziale Bewegungen des alten Typs nicht mehr organisieren. Wenn „soziale Bewegungen“ überhaupt noch eine Zukunft haben sollen, müssen sie völlig neu gedacht werden. Man kann also den mangelnden Kontakt der SPD zu „sozialen Bewegungen“ nicht bedauern, bevor man sich nicht den neuen Bedingungen von sozialen Bewegungen analytisch gestellt hat.

3. Die programmatische Krise der sozialistischen Linken: Die Linke hat sich stets als der „bessere Kapitalist“ verstanden. Es war der Anspruch der sozialistischen Bewegung seit Marx, nur insofern einen völlig neuen Typus der Zivilisation hervorzubringen, als der implizite Selbstanspruch der bürgerlichen Gesellschaft und Aufklärung vollstreckt werden sollte – mit all den Konsequenzen, die das haben *musste*: produktivistische Ideologien, gespaltenes Verhältnis zur Ökologiebewegung, Reduzierung des Menschen auf den Konsumismus. Die heutige Krise der Linken hat unter anderem damit zu tun, dass sie an diesem Anspruch gnadenlos gescheitert ist: Die Linke selbst war und ist zu „kapitalistisch“. Ein Beispiel hierfür lässt sich in der Krisenphase des Fordismus ausmachen: Die sozialistische Bewegung erkämpfte in der Blütezeit des Fordismus hohe Einkommen und eine hohe soziale Absicherung, mit dem Ergebnis, dass die sozialistische Kultur und Hegemonie wenig später zerfiel. Die sozialistische Bewegung hat sich so gesehen selbst abgeschafft. Sie hat nämlich ihre Stärke immer daraus bezogen, dass sie der aus der bürgerlichen Gesellschaft ausgegrenzten Arbeiterklasse eine eigene Kultur, eine eigene politische „Heimat“ und eigene Hilfsorganisationen entgegengesetzte. Es war immer eine Gemeinschaft der Not. Als diese „Not“ auf dem Höhepunkt des Fordismus nicht mehr bestand, als es sich die „Arbeiter“ leisten konnten, sich schrittweise in die bürgerliche Kulturindustrie einzukaufen, und die Arbeiterbewegung den Kampf um Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum nicht mit dem Kampf um eine alternative Kultur und ein alterna-

tives Zivilisationsmodell verband, sondern nach wie vor auf den Fundamenten des Kapitalismus (insbesondere Konsumismus und Produktivismus) stehen blieb, zerfiel die Arbeiterkultur und gerieten die Organisationen der Arbeiterbewegung in die Krise – verschärft durch einen kollabierenden Fordismus. Die arrivierte Arbeiterklasse hatte *diesen* Sozialismus *dank* der sozialistischen Bewegung einfach nicht mehr nötig.

4. Die Erschöpfung der Symbole der Arbeiterbewegung (Kulturkrise): Eine unmittelbare Folge der programmatischen Krise der sozialistischen Bewegung ist ihr kultureller Niedergang. Gerade weil sie unfähig zur Herausbildung einer organischen Kulturkonzeption war, bestand und besteht ihre kulturelle Identität in der Rehabilitierung symbolischer Anachronismen. Noch immer wird der „Ästhetik des Widerstandes“ der 1920er Jahre und damit der „alten sozialen Bewegung“ gehuldigt: Noch immer wird die „Internationale“ gesungen, wird der Versuch unternommen, Massenaufmärsche mit „Roten Fahnen“ zu inszenieren etc. Wenn dies als Kabarett gemeint wäre, wäre es vielleicht lustig. Da es ernst gemeint ist, verdeutlicht es nur, wie sehr sich die Linke von der Realität entfernt und es nicht geschafft hat, sich selbst zu modernisieren, eine organische Kulturkonzeption und zeitgemäße „Ästhetik des Widerstands“ zu konzipieren.

Für einen realistischen Zeithorizont!

Es gibt keinen Universalschlüssel, mit dessen Hilfe entschieden werden könnte, wie und in welchen Organisationen SozialistInnen sich organisieren sollten; „Sich auf den Standpunkt einer ‚einzigen‘ Linie fortschrittlicher Bewegung zu stellen, für die jede Errungenschaft akkumuliert und zur Voraussetzung neuer Errungenschaften wird, ist ein schwerer Irrtum: die Linien sind nicht nur vielfältig, sondern es kommt auch auf der ‚mehr‘ fortschrittlichen Linie zu Rückschritten.“ (Gramsci 1991ff: 1777; Heft 15, § 58) Die einen halten die PDS für reform- und modernisierungsfähig und unter solchen Umständen auch die Westausdehnung für möglich, die anderen sehen dies eher skeptisch und ihre politische Heimat daher eher in der SPD. Vielleicht sind Reform sowie Westausdehnung der PDS und Linkswende der SPD gleich unwahrscheinlich. Festzustehen scheint daher: Die Linke muss von vorne anfangen – auf höherem gesellschaftlichen Niveau. Dazu gehört auch, dass sie zahlreiche Stufen ihrer Entwicklung erneut durchmachen muss. Das kollektive Gedächtnis ist erodiert und muss neu angeeignet werden. Besserwisserische Hinweise aus der akademischen Linken darauf, dass die „Genua-Linke“ ja überhaupt keine richtige Linke sei, weil sie nur die Verteilungsfrage und nicht die Frage der Eigentums- und Produktionsverhältnisse stelle,

sind daher politisch naiv. Diese Taler *müssen* neu durchschritten werden.

Die politische Linke ist nach einer Phase historischer Erfolge so dermaßen an den Rand gedrängt, dass sie über einen aufrechten Gang erst in mittelfristiger Perspektive wieder nachdenken kann: Wenn die SPD-Linke überhaupt noch eine Chance hat, dann erst in 10–15 Jahren. Und dies aus mehreren Gründen:

1. Ist die SPD-Linke zu schwach (und teilweise nicht einmal vorhanden), um kurzfristig aus eigener Kraft wieder eine bedeutende Rolle zu spielen. Ab 2010 wird es allerdings allein aus demografischen Gründen zu einer deutlichen Entlastung des Arbeitsmarktes kommen. Diese Entwicklung wird, wenn sie sich denn bewahrheitet, günstige Voraussetzungen für die politische Linke und die Gewerkschaften wiederherstellen. Ob diese veränderte Ausgangsbedingung genutzt wird, entscheiden die politischen Akteure selbst. Einen Automatismus gibt es nicht. Zwar ist es peinlich, dass sich die sozialistische Linke nicht aus eigener Kraft aus ihrer desolaten Lage befreien kann und sie „gezwungen“ ist, die historische „Segnung“ einer wenig gebärfreudigen Gesellschaft in ihr strategisches Kalkül miteinzubeziehen, aber dies entspricht dem derzeitigen Zustand und der Verzweiflung der sozialistischen Linken. Im übrigen soll dies nicht bedeuten, dass sich die SPD-Linke für die nächsten Jahre grundsätzlich von dem Versuch verabschieden sollte, Politik zu gestalten. Aber sie sollte anerkennen, dass sie dazu nur sporadisch in der Lage sein wird und sie ihre Hauptkräfte in Abwehrkämpfe und die Rekonstruktion ihrer eigenen Basis stecken muss.

2. Die Rekonstruktion einer Linken wird gerade aufgrund des erodierten kollektiven Gedächtnisses lange Zeiträume in Anspruch nehmen *müssen*. Es wäre eine Illusion zu glauben, den Verfall der Linken, der sich in den letzten 30 Jahren vollzogen hat, in kurzer Zeit wieder aufholen zu können. Ein politisches Projekt so großer Tragweite, wie es die Linke verfolgt, braucht historische Kontinuität: „Da man im Kampf immer die Niederlage in Betracht ziehen muss, ist die Vorbereitung der eigenen Nachfolger ein ebenso wichtiges Element wie der Einsatz für den Sieg.“ (Gramsci 1991ff: 1697; Heft 14, § 70). Die heutige politische Randlage der Linken erklärt sich daher nicht zuletzt aus der Tatsache, dass es die 68er-Linke versäumt hat, ihre eigenen Nachfolger heranzubilden.

3. Die historische Kontinuität hat aber wiederum eine organisationspolitische zur notwendigen Voraussetzung. Nur wenn der Parteiapparat mehr oder weniger kontinuierlich mit linken, organisierten Kräften durchzogen ist, kann er auch periodisch sein Potenzial ausbauen und halten. Die Rekonstruktion einer Parteilinken muss da-

her *organisch* sein, also von unten nach oben verlaufen. Dass dies nichts mit einem „naiven“ Festhalten am Politikmodell aus Vorzeiten der Mediendemokratie zu tun hat, sondern eine grundlegende strategische Voraussetzung darstellt, hat der Fall Lafontaine gezeigt. Aus seinem Rücktritt müssen vier Schlussfolgerungen gezogen werden: 1. dass die sozialdemokratische Linke (fast) tot ist, 2. dass die marxistische Unterstellung, die Strukturen würden die Geschichte machen und nicht die Personen, Unsinn ist, 3. dass nur er bereit war, den Versuch zu wagen, die konservative Hegemonie zu brechen und dies 4. ohne politischen Rückhalt in Partei und Gesellschaft nicht möglich ist. Lafontaines Rücktritt und anschließende (!) Wahlniederlagen der SPD haben daher nicht, wie Mikfeld meint, gezeigt, wie fatal mangelnde Geschlossenheit ist, sondern wie wichtig der Bruch mit der konservativen Hegemonie ist, die in 16 Jahren Kohl im Alltagsverstand verankert wurde, und wie aussichtslos dieser Kampf ist, wenn er nicht systematisch vorbereitet wurde.

Die Aufgaben einer Parteilinken

Bei der Skizzierung der Aufgaben einer neuen Parteilinken muss ich mich leider vorerst auf ein paar allgemeinere Bemerkungen beschränken (konkrete Projektvorschläge sollen später nachgereicht werden) Da vor dem 22. September 2002 ohnehin nicht mit einer intensiveren Debatte über die Zukunft der SPD-Linken zu rechnen ist, mag dieses Defizit vorerst erträglich sein. Der größte Mangel der nachfolgenden Äußerungen besteht darin, dass sie sich vorwiegend auf parteiinterne Probleme beschränken und die Frage der außerparlamentarischen oder Bewegungsarbeit vorerst ausklammern. Analyse des Alltagsverstandes und Programmatische Debatte

Das größte Hindernis bei der Rekonstruktion einer SPD-Linken ist ohne Zweifel die soziale Basis der SPD. Noch einmal: Linke Politik ist in der SPD momentan und in den nächsten Jahren nur *gegen* den zu erwartenden Alltagsverstand des entsprechenden Milieus durchsetzbar. Gerade deshalb halten viele Linkssozialisten eine Arbeit in der SPD inzwischen für aussichtslos. Allerdings ist mir diese Sichtweise zu fatalistisch bzw. marxistisch, weil sie die Menschen nicht als politische Akteure, sondern als Transmissionsriemen des Automaten Geschichte versteht. Wäre der Automatismus, der im Rückschluss vom sozialen Milieu auf die Struktur des spezifischen Alltagsverstandes unterstellt wird, wahr, hätte es Marx, Engels, Luxemburg, Gramsci... *Bourdie* nicht geben dürfen. Sie alle haben, was allerdings eine etwas ungenaue Formulierung ist, als Intellektuelle *gegen* ihr Milieu, gegen ihre „objektiven Interessen“ gehandelt. Offenbar ist es also möglich, von seinen

Lebensbedingungen zur abstrahieren und durch eine „Katharsis“ (Gramsci) den Status der reinen Interessenvertretung zu verlassen und zur Politik zu gelangen. Bedingung einer solchen Entwicklung ist allerdings eine intensive, langfristig angelegte Bildungsarbeit: „Die theoretische Schwäche, das Fehlen von Schichtenbildung und historischer Kontinuität [!!!, M.B.] der linken Richtung haben einen der Gründe der Katastrophe ausgemacht [...] Wenn eine Bildungstätigkeit der Partei fehlt, erwerben sich die Einzelnen eine Bildung, wie sie können [...]“ (Gramsci, Antonio: Gefängnishefte, Heft 3, Berlin 1991, S. 365) Und das Ergebnis eines solchen Prozesses ist der Zerfall der Linken, weil so dem individuellen Alltagsverstand kein einheitliches Bewusstsein entgegengesetzt werden kann.

Eine der vornehmsten und wichtigsten Aufgaben – übrigens der gesamten sozialistischen Linken – stellt daher eine konzise Analyse des modernen Alltagsverstandes dar. Wenn es richtig ist, dass der Alltagsverstand ein widersprüchliches Ensemble moderner und anachronistischer Elemente und Hegemonie nur dann erreichbar ist, wenn politische Kräfte *intellektuell* führend werden, also diesem widersprüchlichen Ensemble ein gewisses Maß an Kohärenz verleihen, indem sie die fortschrittlichen Elemente des Alltagsverstandes synthetisieren und ausbauen, kommt es entscheidend darauf an, sich überhaupt Klarheit darüber zu verschaffen, welche Elemente des modernen Alltagsverstandes Anknüpfungspunkte für eine fortschrittliche Linke darstellen. Dieses Wissen ist deshalb unumgänglich, weil eine Linke dem bestehenden Alltagsverstand nicht mechanisch einen neuen entgegensetzen kann, sondern aus dem bestehenden einen neuen, fortschrittlicheren generieren muss. Dieses Problem stellt sich für die Parteilinke daher gleich auf drei Ebenen:

1. Auf der Ebene des Alltagsverstandes der SPD-Mitglieder: Wenn weiter oben gesagt worden ist, dass ein linker Flügel sich nur *gegen* den Alltagsverstand der meisten SPD-Mitglieder durchsetzen kann, war damit nicht gemeint, dass die Partei-Linke dem bestehenden Alltagsverstand einen völlig neuen, grundsätzlich verschiedenen entgegensetzen soll, sondern dass sich die SPD-Linke der Aufgabe widmen muss, die Dominanz der rückschrittlichen Elemente zugunsten der fortschrittlichen zu verschieben. Dies heißt konkret, dass es wenig Sinn macht, das Konzept des „Dritten Weges“ pauschal zu verwerfen. Wer dies tut, katalysiert sich selbst aus dem politischen Diskurs. Vielmehr gilt auch hier, dass fortschrittliche Elemente des „Dritten Weges“ in eine modernisierte linkssozialistische Konzeption zu integrieren sind.
2. auf der Ebene der „Ästhetik des Widerstands“ (Kulturkonzeption): Auch hier geht

es darum, den Begriff der Gegenkultur prägnant zu verstehen. Gemeint war und ist also nicht eine mechanische Negation des Bestehenden, sondern das organische Entwickeln neuer Formen des Protestes mit den Mitteln und der kulturellen Traditionen der modernen Welt.

3. auf der Ebene der sozialistischen Programmatik: Auch für die Programmatik gilt, dass wir die progressiven Wünsche und Vorurteile (Volks glauben) der Bevölkerung mobilisieren müssen. Aber: Was sind die progressiven Elemente in dieser Hinsicht im modernen Alltagsverstand und warum? Die entscheidenden Stichworte sind hier: Pluralisierung der Lebensstile, Individualismus/Kollektivismus, Rechte/Pflichten. Ebenso notwendig wie eine Analyse des modernen Alltagsverstandes ist daher eine intensive programmatische Debatte der Linken. Nur vor dem Hintergrund einer programmatischen Zielbestimmung kann der moderne Alltagsverstand überhaupt im Hinblick auf seine fortschrittlichen und reaktionären Elemente analysiert werden.

Organisationspolitische Konzeption

Die Linke gefällt sich sehr im Selbstbild der programmatischen Speerspitze der Partei. Zwar politisch kraftlos, habe man dennoch letztlich die besseren Konzepte. Das Missliche ist nur, dass sich dafür niemand interessiert, weil eine machtpolitische Basis fehlt, um diese Programme, deren Existenz man übrigens auch bezweifeln darf, überhaupt durchzusetzen. Merkwürdig ambivalent ist daher die Haltung der Linken zur Organisationspolitik: Zwar ist auch bei ihr der Satz „Satzungsfragen sind Machtfragen“ Allgemeingut, aber organisationspolitisch ist sie völlig kopflös: Anstatt selbst die Initiative zu ergreifen, wird sie immer wieder von organisationspolitischen Vorschlägen der derzeitigen Parteiführung „überrollt“. Eine Parteilinke, die langfristig wieder die Machtfrage in der Partei stellen will, braucht aber nicht nur eine eigene Strategie, sondern auch eine organisationspolitische Konzeption für die Partei. Sie muss eine eigene Vorstellung darüber entwickeln, wie aktive Parteiarbeit vor Ort zu organisieren ist und wie demnach die Parteistrukturen beschaffen sein müssen. Dies ist langfristig nicht nur eine wichtige machtpolitische Fragestellung, sondern auch ein günstiger Anknüpfungspunkt für die Zusammenarbeit mit Parteimitgliedern, deren Ausrichtung nicht vorwiegend ideologisch, sondern „pragmatisch“ ist und dennoch ein Interesse an der organisationspolitischen Entwicklung der Partei haben. Und hierzu gehört auch das intensive Bemühen darum, linke politische Kräfte für die SPD zu gewinnen. Der Kampf um die SPD wird nie nur innerhalb der SPD ent-

schieden, sondern auch von der Frage abhängig sein, ob es gelingt, eine nennenswerte Anzahl linker politischer Kräfte für die Arbeit in der SPD oder ihrem Umfeld zu gewinnen. Warum z.B. nicht im Rahmen eines attraktiven politischen Projektes (!) eine Mitgliederwerbekampagne auf die Beine stellen nach dem Motto: „Die Linke in der SPD stärken – Mitglied werden!“?

Langfristiges Rekonstruktionsprojekt

Wenn ich recht habe mit der Behauptung, dass die Analyse und Veränderung des modernen Alltagsverständes als das vielleicht wichtigste Projekt der Linken angesehen werden muss, dann sollte diese Erkenntnis auch im Zentrum der Reorganisation einer Parteilinken stehen. Es muss uns also gelingen, langfristige hegemoniale Prozesse zwischen den Parteitagen (!) einzuleiten, die Fragen der politischen Bildung (z.B. Tagungen, Seminare, Diskussionsrunden, Zeitschriften etc.) mit solchen der politischen Initiative (z.B. Schreiben und Durchsetzen politischer Anträge in Parteigremien) angemessen verknüpfen. Ein solcher Prozess kann realistischsterweise frühestens nach der Bundestagswahl in Angriff genommen werden. Hierzu ist zu analysieren, welche Bestandteile der Partei am ehesten einer intensiven programmatischen und politischen Arbeit zugänglich sind (z.B.: Arbeitsgemeinschaften oder vereinzelt Parteiliederungen) Nach einer solchen Abschätzung sind dann konkrete Formen der politischen Arbeit zu konzipieren, die folgende Fragen berücksichtigen müssen:

1. Welche Themen/Projekte sind für die Linke wichtig?
2. Welche Themen/Projekte sind mittel- und langfristig *objektiv* von Belang?
3. Welche dieser objektiv bedeutenden Themen/Projekte eignen sich besonders, um eine sachlich begründete Emanzipation bestimmter Kreise der Partei von der derzeitigen Parteiführung herbeizuführen (z.B. die Themen Rente, Gesundheit, Arbeit)?

Eine Parteilinke kann aber nicht nur programmatisch, sondern muss auch organisations- und personalpolitisch agieren. So wie die Partei als eine Vorwegnahme des Staates interpretiert werden kann, muss die Parteilinke als Vorwegnahme einer linken Partei verstanden werden. Es kommt also nicht nur darauf an, eine einheitliche Ideologie zu entwickeln, sondern ebenso darauf, eine einheitliche Organisation und eine ausreichende Anzahl entwickelter politischer Funktionäre hervorzubringen. Bestandteil einer Rekonstruktion der Parteilinken muss daher auch eine personalpolitische Konzeption sein. Die ostdeutschen Landesverbände bieten in dieser Hinsicht besonders günstige Voraussetzungen: Sie sind organisationspolitisch besonders schwach und stellen daher für die Linke ein günstiges Terrain dar. Ob diese historische Chance von

der Linken genutzt wird, hängt nicht zuletzt von den Jusos ab.

Tetralog einer neuen Parteilinken

Eine Parteilinke, die erfolgreich sein und ihre weitere Mitgliedschaft in der SPD noch *politisch* rechtfertigen will, muss daher m.E. folgende Grundsätze beachten.

1. Sie muss geduldig sein: Unter einem Zeitraum von 10–20 Jahren wird nichts zu machen sein. Die SPD-Linke ist innerhalb der Partei seit Jahrzehnten unterlegen und wird es vorerst bleiben. Wir brauchen den Mut zu einer Kultur der Subalternität und Niederlage. Erst im Anschluss an eine langfristige Rekonstruktionsphase *kann* die Linke überhaupt erst wieder *dauerhaft* erfolgreich sein: „Man muss nüchterne, geduldige Leute schaffen, die nicht verzweifeln angesichts der schlimmsten Schrecken und sich nicht an jeder Dummheit begeistern. Pessimismus des Verstandes, Optimismus des Willens.“ (Gramsci 1991ff: 2232; Heft 28, § 11)

2. Sie muss gebildet sein: Wenn die Politik die Mittlerin zwischen Alltagsverstand und Wissenschaft ist, kommt ihr demnach eine doppelte Aufgabe zu: Sie muss sowohl eine genaue Kenntnis über die aktuellen wissenschaftlichen Fakten als auch über die Geschichte und den momentanen Zustand des Alltagsverständes besitzen. Hinzu kommt, dass die Wiederbelebung einer SPD-Linken zwar machtpolitische Aspekte nicht außer Acht lassen kann, letztlich ihre langfristige Basis aber in einer überzeugenden inhaltlichen Alternative finden muss.

3. Sie muss selbstkritisch sein: Wie sagte Rudolf Scharping einst so schön? „Es gibt eine Sache, die ist wichtiger als wir.“ Gerade weil das so ist, ist Fähigkeit zur Selbstkritik eine der wichtigsten Eigenschaften. Man muss sich daher auch nichts vormachen und sich ständig damit selbst betrügen, dass man sogar die kleinsten Kompromisse, die man der Parteiführung abnötigt, als „Er-

folge“ feiert und folglich notwendige Abwehrkämpfe mit Momenten der politischen Initiative verwechselt. Wer Kritik nicht erträgt und nicht selbstkritisch ist, stellt nicht die Sache, sondern sich selbst in den Mittelpunkt.

4. Sie muss (neo)sozialistisch sein: Ohne eine Revision ihrer Kultur und Programmatik wird die sozialistische Linke nicht die Ausstrahlungsfähigkeit, die sie benötigt, erlangen können. Dies heißt m.E. vor allem, dass sie sich die Frage gefallen lassen und stellen muss, ob sie in ihrer bisherigen Geschichte wirklich oder ausreichend sozialistisch gewesen ist. Damit meine ich nicht, dass die sozialistische Linke einen reformistischen Zerfallsprozess rückgängig machen und wieder bei den Klassikern (z.B. Marx) ankommen müsste, sondern damit meine ich, dass sie sich die Frage stellen muss, ob ihre grundsätzlichen Orientierungen und damit auch die ihrer „Gründungsväter“ nicht vielmehr noch so sehr mit der bürgerlichen Gesellschaft verwoben, noch so sehr in ihr verhaftet gewesen sind, dass sie langfristig gar keine attraktive gesellschaftspolitische Alternative generieren konnte, weil sie eigentlich nicht den Kapitalismus überwinden, sondern ihn übertreffen, also zu seinem eigentlichen Begriff bringen wollte. Mit anderen Worten: Die herkömmliche Linke war *hypermakrokapitalistisch* und ist auch deshalb heute in der Defensive, denn den Kapitalismus können Kapitalisten besser organisieren als Sozialisten. Zum Projekt einer programmatischen Erneuerung der sozialistischen Linken gehört zuerst und vor allem eine politische Ethik: „Es kann keine dauerhafte und entwicklungsfähige Vereinigung geben, wenn sie nicht von bestimmten ethischen Prinzipien getragen ist, welche die Vereinigung selbst ihren einzelnen Bestandteilen auferlegt, um der inneren Festigkeit und Homogenität willen, die notwendig sind, um das Ziel zu erreichen.“ (Gramsci 1991ff: 770f; Heft 6, § 79)

spw 3/2002



Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung

Der Fachinformationsdienst für Globalisierung, Nord-Süd und internationale Ökologie

Die 12 W&E-Monatsbriefe und ca. 6 Sonderdienste pro Jahr enthalten orientierende **Kurzanalysen**, **Fachartikel** und Beiträge zur **Strategiediskussion** der Bewegung für globale Gerechtigkeit. Die Rubriken **W&E-Update** und **W&E-Infospiegel** halten auf dem Laufenden mit Kurzinformativen, Lesehinweisen und einer ausführlichen Terminvorschau.

Jahresabo für Einzelpersonen 23,- €, für Institutionen, Organisationen und Medien 46,- €, jeweils zzgl. Versandkosten.

Abos und Probeexemplare: WEED, Bertha-von-Suttner-Pl. 13, D-53111 Bonn, Tel. ++228/766130, Fax 696470, E-mail: weed@weedbonn.org, Internet: www.weedbonn.org

Das neue Dogma

Replik auf Matthias Machnig: Politische Kommunikation 2002 – Herausforderungen für Parteien

Von Björn Wiele

Vorbemerkung

Die Diskussion um Politische Kommunikation ist von unbestrittener Bedeutung für die SPD. Insofern ist der Beitrag von Matthias Machnig (Machnig 2002, spw 124, S. 5-7) zu begrüßen. Leider – oder soll ich zynisch sagen: zum Glück – macht genau dieser Beitrag deutlich, dass die Defizite der „modernen“ Sozialdemokratie nicht nur im Bereich der Politischen Kommunikation liegen.

Bereits seine Eingangsthese macht dies in doppelter Weise deutlich: Die von ihm vorgestellten Thesen der Medienwissenschaftler Kocks und Bolz sind nämlich nur eine Ausformung dessen, was unter Medienwissenschaftlern diskutiert wird. Auch wenn diese Thesen populär sind und die Hegemonie im wissenschaftlichen Diskurs über Politische Kommunikation haben, gibt es doch dem widersprechende Forschungsergebnisse. Dies wird mit keinem Wort erwähnt. Ein gegeneinander Abwägen unterschiedlicher Forschungsergebnisse, eine Begründung warum man sich gerade diesen Thesen anschließt, findet nicht statt. Nicht einmal erwähnt ist z. B. das neue Buch von Thomas Meyer: „Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien“.

Es geht Machnig nicht darum, ob die genannten Thesen richtig sind oder nicht, sondern sie werden als absolutes Dogma gesetzt. Genau diese Krankheit, die gerade in der öffentlichen Debatte hegemonialen Thesen unreflektiert als Dogma zu setzen, die Unfähigkeit kritisch zu denken und eigene Schlüsse zu ziehen ist es aber, welche das Führungspersonal der „modernen“ Sozialdemokratie befallen hat. Deshalb sollen in diesen Beitrag einige kritische Anmerkungen und Gegenthesen aufgezeigt werden. Kommunikationswahrnehmung vs. der Persönlichen Wahrnehmung

Der Autor schließt sich der These an, die Medien „... berichten nicht die Geschehnisse, sie entscheiden was geschehen ist“ und „... dass Kommunikationswahrnehmung an die Stelle der Weltwahrnehmung tritt.“ Weiter führt er aus: „Medien setzen die Themen, über die Wähler reden, reflektieren und diskutieren“ (Machnig, 2002, 5) Dass dies schlicht falsch ist, erkennt man bereits beim Nachdenken über diese Thesen. Hier einige Beispiele:

1. Dass die Studienbedingungen an deutschen Universitäten schlecht sind, erfährt jeder Student und jede Studentin, wenn er oder sie in überfüllten Seminaren und Vorlesungen sitzen. Dies ist eine persönliche Erfahrung, die nichts damit zu tun hat, ob oder wie die Medien sie thematisieren.

2. Wer dieser Tage mit Gewerkschaftsfunktionären oder besser noch mit normalen Arbeitnehmern in Betrieben redet, weiß, dass die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik reale Einkommensverluste hinnehmen mussten. Es ist vollkommen egal, ob und wie die Medien dies thematisieren oder nicht. Die Appelle zur Mäßigung bei den Lohnforderungen verhalten aufgrund dieser individuellen Wahrnehmung ungehört.

3. Matthias Machnig spricht von einer Euro-Euphorie, die es wohl bei einigen Bürgern, insbesondere bei den wirtschaftlichen Führungskräften, gegeben hat. Dieser Euphorie stand aber eine große Skepsis, besonders bei älteren Bürgern, gegenüber. Mediale Aufklärung hat hier nicht geholfen, die Ängste zu nehmen. Natürlich ist die individuelle Wahrnehmung der Bürger (die eben nicht nur Wähler sind) auch medial geprägt. Alles was außerhalb seines persönlichen Wahrnehmungsbereiches liegt KANN nur über Medien, also Mittler, wahrgenommen werden. Dies war aber schon immer so. Lange bevor es die Massenmedien gab, waren es Reisende, die Neuigkeiten von Geschehnissen aus anderen Ländern verbreiteten. Dies blieb so bis zur Erfindung des Buchdruckes. Doch es waren nicht die Bücher, die Medien zu einem politischen Faktor machten, sondern die Flugschriften ohne die sich die Gedanken der Reformation nicht in Europa hätten verbreiten können. Die Reformation ist das erste geschichtliche Ereignis, welches ganz wesentlich durch Medien beeinflusst wurde.

Nach den Flugschriften kamen Zeitungen dazu, Plakate und schließlich die elektronischen Medien: Radio, Fernsehen, Internet. Doch so sehr sich die Medien auch weiterentwickelten, persönliche Erfahrungen machten die Menschen weiterhin.

Individualisierung und Wechselwähler
Auch Machnig geht davon aus, dass sich die traditionellen sozialen Milieus auflösen und die Bindung zu den Parteien dadurch zurückgeht: „Die gesellschaftlichen Umbrüche in der Arbeitswelt und der Lebensstile, verändern sozialdemokratische und konservative Milieus und ihre Integrationskraft. Das hat für die Parteien weitreichende Folgen: Mehrheiten werden heute auf Zeit, zu eher lose verkoppelten Interessensgemeinschaften, die es durch politische Kommunikation zu organisieren und mobilisieren gilt.“ (Machnig, 2002, 5)

Richtig ist die Annahme, dass sich diese traditionellen Milieus in einem Prozess der Auflösung befinden. So ist zum Beispiel „...die traditionelle Variante des Arbeiterbewußtseins ... auf etwa 5 % geschrumpft, während sie sich in Ostdeutschland noch bei einem Viertel der Menschen findet.“ (Vester, 1994, 108) Entsprechend dieser Entwicklung trat seit den 1980er Jahren die „Individualisierungstheorie“ ihren Siegeszug in der politischen und sozialwissenschaftlichen Diskussion an. Sie behauptet eine Entstrukturierung bzw. Auflösung der historisch entwickelten Zusammenhänge und Abgrenzungen (vgl.: Beck, 1986, 140). Nachweisen lassen sich die Annahmen der „Individualisierungstheorie“ besonders in drei Bereichen. Erstens als „Kompetenzerweiterung“, zweitens als „partizipatorische Revolution“, drittens als „Selbstverwirklichung“ (vgl.: Vester, 1997, S. 23).

Aus den Auswirkungen der Grundannahmen der „Individualisierungstheorie“ wird als Folge für die Parteien die Annahme abgeleitet, es entstünden flexible, „frei floriende“ (so Thomas Hermann) Wählermassen. Machnig schließt sich dieser These an, indem er formuliert: „Geht man davon aus, dass Wähler nach einer Art kommunikativen Maximalprinzip handeln, also versuchen, mit einem gegebenen Einsatz das beste Ergebnis zu

Doch so sehr sich die Medien auch weiterentwickelten, persönliche Erfahrungen machten die Menschen weiterhin.

erreichen, so müssen sie thematisch selektieren, sich also entscheiden, welches Thema für sie Priorität besitzen.“ Leider übersieht er dabei, dass immer mehr Menschen den gegebenen Einsatz bei Null (Wahlenthaltung) setzen, was in seinem Beitrag vollkommen ausgeblendet wird.

Insofern ist es vielleicht auch nicht verwunderlich, dass Thomas Hermann in einer Untersuchung über die Kommunalwahlen in Hannover zu der gegenteiligen Aussage kommt: „Die These vom zunehmend mobilen, flexiblen, frei florierenden Wähler, ... läßt sich nicht bestätigen.“ (Hermann, 1997, 138)

Wenn „... in den alten Bundesländern 83,5% der CDU/CSU Anhänger und knapp 76% der SPD Sympathisanten Stamm- oder Wiederwähler ... waren und unzufriedene Anhänger weit eher gar nicht wählen gehen als kurzfristig die Partei oder gar das politische

Lager ... zu wechseln, dann deutet dies nicht nur auf die große Begrenztheit des Wechselwählermarktes, sondern gleichzeitig auch auf starke und immer noch vorhandene Partei-Affinitäten und Milieubindungen.“ (Hermann, 1997, S. 138f) Noch einen Schritt weiter geht Karl-Heinz Naßmacher mit dem Hinweis, dass es sich bei der Kategorie „Wechselwähler“ überhaupt um einen Artefakt der Wahlsoziologie handeln würde. (vgl. Naßmacher, 1981, S. 176)

Soweit wie Naßmacher muss man natürlich nicht gehen. Selbst wenn eine, vielleicht auch in den 1980ern und 1990ern größer gewordenen Gruppe von Wechselwählern existiert, darf nicht der Fehler gemacht werden, diese Gruppe als absolut zu sehen. Die Gruppe der Wechselwähler ist eben doch nur eine Wählergruppe und auch nicht die dominierende. Statt dessen existieren immer noch feste Bindungen bestimmter Wählergruppen an bestimmte Parteien. Daran hat auch die Erosion traditioneller sozialkultureller Milieus nichts geändert. Insofern kann es nicht verwundern, wenn sich statt einer Auflösung sozialer Milieus das Herausbilden neuer sozialer Milieus feststellen lässt. (vgl. u.a.: Vester 1994, Vester 1997, Vester 2000, Hermann 1997)

Bei einer genaueren Betrachtung wird Machnigs These auch von anderen Wahlergebnissen nicht bestätigt. Die relative Stabilität der CDU bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein trotz Spendenaffäre spricht genauso dagegen wie die starken Verluste der SPD bei den Wahlen im Wahljahr 1999. Gerade die SPD, die sich von ihrem traditionellen Wählerklientel zugunsten einer nicht existenten „Neuen Mitte“ orientiert, muss sich nicht wundern, wenn ihre traditionellen Wähler einfach zu Hause blei-

ben. Exemplarisch können an dieser Stelle die Kommunalwahlergebnisse zur Stadtratswahl in Bonn 1999 betrachtet werden. Während die SPD 7,7% einbüßte, konnte die CDU 9,9% hinzugewinnen. Werden jedoch die absoluten Zahlen betrachtet, ergeben sich für die SPD Verluste von 26.916 Stimmen, für die CDU Verluste von 8.442 Stimmen (Weitere Ergebnisse: Grüne: - 10.766 Stimmen, F.D.P.: -838 Stimmen.). Beide großen Parteien haben also Stimmen verloren. Der prozentuale Zugewinn der CDU basiert demzufolge auf den überproportionalen Verlusten der SPD. Die SPD erhielt nur noch

55,42% ihrer Wählerstimmen im Vergleich zur vorherigen Kommunalwahl (33.454 Stimmen 1999 zu 60.370 Stimmen 1994). Die Wahlbeteiligung ging um 51.133 Stimmen zurück. Damit machen die Verluste der SPD

in absoluten Stimmen 52,64% der Wählerstimmen aus, die sich an der Wahl nicht beteiligt haben (vgl.: SPD, 1999, - Ohne Berücksichtigung der Wählerwanderungen zwischen den Parteien.).

Die eigentliche Gefahr für die SPD liegt aber nicht darin, dass ihre traditionellen Wähler einmal zu Hause bleiben, sondern dass dies der Beginn eines Entfremdungsprozesses ist. Der kann dazu führen, dass sich die traditionellen Wählermilieus von der Sozialdemokratie abwenden und ihre politische Interessenvertretung bei anderen Parteien suchen. Diese sind dann aber keine frei florierenden Wechselwähler, die durch einen guten Wahlkampf oder eine gute Inszenierung von Politik zurückgewonnen werden können, sondern es handelt sich um eine (kurzfristig) nicht wieder umzukehrende Entwicklung, welche die Mehrheitsfähigkeit der SPD auf Dauer ausschließt.

In diesem Zusammenhang sei an das Phänomen erinnert, dass besonders in den Großstädten die Wahlerfolge von Republikanern (REP) und Deutscher Volkunion (DVU) gerade in den klassischen sozialdemokratischen Hochburgen stattfanden. „Es wird kaum ein Zufall sein, dass sich Wähler rechtsextremer Parteien und Nichtwähler summa summarum in ihrem Meinungs- und Sozialprofil recht stark ähneln“ (Poerschke, 1997, 9). Während bei der Hamburger Bürgerschaftswahl von 1991 die REP mit 1,2% noch eine zu vernachlässigende Größe waren, änderte sich dies 1993 als die REP 4,8% erhielten. Gleichzeitig stieg die Wahlbeteiligung von 66,1% (1991) um 3,5% auf 69,3% (1993). Das gemeinsame Wählerpotential von REP und DVU bei der Bürgerschaftswahl 1993 und 1997 lag konstant um die 8%. Bei den Bürgerschaftswahlen 2001

gingen diese Wähler fast geschlossen zu Schill. Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass die Hälfte der Schill-Wähler ehemalige sozialdemokratische Wähler sind. (vgl.: Viele, 2001, S.4) Insofern stellt der Entfremdungsprozess zwischen der Sozialdemokratie und ihren klassischen Wählerklientel nicht nur eine Gefahr für die SPD selbst, sondern auch für die Demokratie dar. Rolle der Medien

Wenn sich aber die These von der Auflösung sozialer Milieus nicht bestätigen lässt, muss auch die Annahme, die Bedeutung der Medien für die Politische Kommunikation nehme zu, hinterfragt werden. Zuerst einmal kann ein Wandel der Medien selber festgestellt werden. Der Konkurrenz des Freien Marktes ausgesetzt, werden die Medien auf ihre ökonomische Verwertbarkeit reduziert (vgl.: Dohmen, 84f). Der Informationsanteil wird zugunsten von Unterhaltungsanteilen verringert. Die verbleibende Information wird zum „Infotainment“, also zur unterhaltsamen Information. Nachrichten werden auf das „Wesentliche“ verkürzt. Für die Entwicklung im Fernsehen lassen sich vier Tendenzen feststellen. Erstens die Tendenz zu Sensationalismus, zweitens die Tendenz zum Negativismus, drittens die Tendenz der Skandalisierung und viertens die Tendenz zur ritualisierten Politikdarstel-

Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass die Hälfte der Schill-Wähler ehemalige sozialdemokratische Wähler sind.

Ein individueller Weg für
IHR politisches Engagement

FRAUEN
VERNETZTE

Diskussionsforen
Newsletter
Adressen
Links
Termine
Veranstaltungstipps

www.vernetzte-frauen.de

lung (vgl.: Hamm, 1995, S. 71ff). Für das Radio lässt sich feststellen, dass es sich zu einem „Hintergrundmedium“ entwickelt. Radio wird nebenbei gehört, ob beim Autofahren oder während der Arbeit. Immer mehr Programme werden auf „Durchhörbarkeit“ formatiert. Die „Klangfarbe“ der Musik steht im Vordergrund, Nachrichten und Reportagen werden möglichst kurz gehalten. Bei den öffentlich-rechtlichen Sendern werden längere Informationsmeldungen in extra dafür eingerichtete Programme „abgeschoben“. Einschaltquoten und Reichweitenanalysen belegen, dass diese Programme nur von einer Minderheit der Zuhörer genutzt werden.

Die Parteien und Politiker reagieren darauf, indem sie sich dieser Entwicklung unterordnen. „Dennoch wächst das Interesse der Politiker an der Präsenz in den Medien, vor allem im Fernsehen, weil sie ihrer Meinung nach nur auf diese Weise eine Öffentlichkeit erreichen können. Dafür passen sie sich den Eigengesetzlichkeiten des Mediums an. >Media Fitness< ist ein wichtiges Ziel. Politische Leistungen drohen hinter darstellerische Qualitäten zurückzufallen. In der Konkurrenz um Öffentlichkeit haben Politiker Professionalität in der Platzierung und Inszenierung von Ereignissen entwickelt. So werden Entscheidungen mit Fernsehzeiten abgestimmt, der Anforderung des Mediums nach Personalisierung wird durch Stilisierung der eigenen Person entsprochen. Politik gerät so zu einem ausschließlich von Personen getragenen Prozess.“ (Hamm, 1995, S. 17) So soll ein Bild des einheitlichen, geschlossenen Handelns transportiert werden. Politik wird auf Slogans und Schlagwörter reduziert, um Inhalte in die Öffentlichkeit zu transportieren.

Diese Entwicklung ist nicht unproblematisch. „Dies erscheint wie eine Rückkehr der höfischen Öffentlichkeit, weil sich die Repräsentation von der Vertretung Anderer zur Darstellung des Amtes entwickelt. Der Preis für Politik und Journalismus heißt Verlust an

Glaubwürdigkeit, für die politische Kultur heißt er Entfremdung von der Sachdiskussion.“ (Hamm, 1995, S.17) Der so entstandene Verlust an Glaubwürdigkeit und die Entfremdung von der Sachdiskussion muss zwangsläufig auch zu einer Entfremdung von Politik und Wähler, von Parteien und der mit ihnen verbundenen sozialen Milieus führen. Verstärkt wird diese Entwicklung durch einen Abbau der innerparteilichen Demokratie. Wenn Parteitage nicht mehr der offenen Diskussion um Inhalte und Positionen dienen, sondern der Inszenierung eines Medienereignisses, führt dies zwangsläufig zu einer Ausgrenzung von Interessen, Probleme und Wünsche der sozialen Basis. Keine Parteiführung kann so weise sein, dass sie alle Interessen ihrer sozialen Basis kennt. Ohne die Möglichkeit einer authentischen Interessensartikulation gibt es für viele Menschen keinen Grund mehr sich in „Ihrer“ Partei zu engagieren. Anstelle einer Mitgliederstruktur, die der sozialen Basis in etwa entspricht, erreichen die Parteien nur noch jene Menschen, die sich über die Partei eine Karriere, auch eine berufliche, erhoffen. Das ehrenamtliche Parteimitglied, das aus politischer Überzeugung oder Interesse die Basis „vor Ort“ bildet, hat immer weniger Grund sich in „seiner“ Partei zu engagieren.

Ein Beispiel hierfür ist der Umgang mit dem „Regierungsprogramm“ der SPD. Es wurde am 24. April der Öffentlichkeit vorgestellt und soll am 02. Juni auf dem Bundesparteitag beschlossen werden. Da der Antragschluss bereits der 03. Mai ist, haben die Gliederungen der SPD gerade mal eineinhalb Wochen Zeit sich mit dem „Regierungsprogramm“ zu befassen. Diese Zeit ist zu kurz um eine wirkliche Diskussion darum zu führen. Dies ist gewollt, denn das Programm ist auf den Kanzlerkandidaten und nicht auf die Partei zugeschnitten. Doch durch dieses Vorgehen, dem faktischen Verbinden von politischen Diskussionen in der Partei, werden die engagierten Mitglieder frustriert. Es löst die Bindungskraft der Partei zu den eigenen Mitgliedern und damit folgerichtig auch zu den Wählern.

Genau hier setzt meine Kritik an Machnig an. Sein Artikel begründet auf pseudo- intellek-

tuellen Niveau, warum die gesamte Partei auf >Media Fitness< getrimmt werden muss. Doch die theoretischen und empirischen Grundlagen dafür sind äußerst dünn und halten einer kritischen Überprüfung eben nicht stand.

Nicht in Machnigs Ausgangsthesen, sondern in diesen beschriebenen Zusammenhängen ist die Erklärung für die abnehmende Bindungskraft und die schlechten

Stimmergebnisse der SPD zu suchen. Durch gute Inszenierung von Politik und deren mediengerechte Darstellung wird nicht der von den „Modernisierern“ gewünschte Effekt eintreten. Vielmehr liegt darin der Grund für die Integrations- und Mobilisierungsprobleme der

SPD. Damit sägen die „Modernisierer“ selbst an dem Ast, auf dem sie sitzen. spw 3/2002

Durch Inszenierung von Politik (...) wird nicht der von den „Modernisierern“ gewünschte Effekt eintreten. Vielmehr liegt darin der Grund für die Integrations- und Mobilisierungsprobleme der SPD.

Literatur:

- Dohmen, Florian: Medien und Macht, Hamburg 1998
 Dürr, Tobias: Anachronistische Wunder. Zur Zukunft der Volksparteien nach dem Zerfall ihrer Voraussetzungen. In: Blätter für Deutsche und Internationale Politik 1999, S. 595 – 603,
 Ulrich, Beck: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986
 Hamm, Ingrid (Hg.): Bericht zur Lage des Fernsehens, Gütersloh 1995
 Hermann, Thomas: Klassenlagen, Milieus und Wahlverhalten: Aggregatdatenanalysen aus Anlaß der niedersächsischen Kommunalwahl 1996 in Hannover. In: Geiling, Heiko (Hg.): Integration und Ausgrenzung, Hannover 1997
 Machnig, Matthias: Politische Kommunikation 2002-Herausforderung für Parteien. In spw Nr. 124, März / April 2002, S.5-7
 Meyer, Thomas: Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien. Frankfurt am Main 2001.
 Naßmacher, Karl-Heinz: Regionale Tradition als Bestimmungsfaktor des Parteiensystems. Neue Perspektiven der Politischen Ökologie. In: Günther, Wolfgang (Hg.): Sozialer und politischer Wandel in Oldenburg. Oldenburg 1981
 Poerschke, Ralf: Jeder vierte lügt. Der Nichtwähler – Analyse eines (fast) Unbekannten. In: Hamburger Rundschau Nr. 34, 14.08.1997, S. 8-9
 SPD: Organisationskonferenz der Bonner SPD: Materialien zur Diskussion, Bonn 30.11.1999
 Vester, Michael: Alltagsbewußtsein und Gegenmacht. Bedeutet die „Individualisierung“ das Ende solidarischer Reformbewegungen? In: Benz-Overhage, Karin; Jüttner, Wolfgang; Peter, Horst (Hg.): Zwischen Rätesozialismus und Reformprojekt. Köln 1994
 Vester, Michael: Individualisierung und soziale (Des-) Integration. Mentalitäten, soziale Milieus und Konfliktlinien in Deutschland. In: Geiling, Heiko (Hg.): Integration und Ausgrenzung, Hannover 1997
 Vester, Michael: Gibt es eine „neue Mitte“? Die gesellschaftliche Basis für eine sozialdemokratische Reformpolitik. In: spw 1/2000, S. 43 – 48, Dortmund 2000
 Wiele, Björn: Das SPD – Desaster von Hamburg. In: spw 5/1997, S.9.
 Wiele, Björn: Das Ende der Demokratie in der Mediengesellschaft. In: „Praxis Politische Bildung“ 4/2000, S. 268 ff
 Wiele, Björn: Das SPD – Desaster von Hamburg. In: spw 6/2001, S. 4-5.

TOPTHEMA IM NEUEN HEFT

RHEIN-ALARM

BAYER-Gifte für Millionen.

STICHWORT BAYER

Widerstand gegen Konzernmacht.

Konkret, spannend, international.

Coordination gegen BAYER-Gefahren • Postfach 150418, 40081 Düsseldorf
 Fon 02 11 - 33 39 11 • Fax 02 11 - 33 39 40 • e-mail: CBGnetwork@aol.com

KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN, JETZT...

Einkommensdifferenzen von Frauen und Männern aus der Arbeitsmarktperspektive

Von Dr. Astrid Ziegler

Obwohl der Grundsatz der Lohn- gleichheit schon lange im europäischen und auch im deutschen Gesetz verankert ist, bestehen nach wie vor erhebliche Ungleichbehandlungen im Entgeltbereich bei Frauen und Männern. Hierbei geht es weniger um direkte Lohndiskriminierungen von Frauen, sondern um viele Ursachen, die schwierig zu belegen sind, da sie oft versteckt sind. [Dass es geschlechtsspezifische Differenzen zwischen Frauen und Männern am Arbeitsmarkt und bei den Einkommen gibt und dass diese auf vielfältige Ursachen zurückzuführen sind, hat das WSI zusammen mit anderen Forschungseinrichtungen in dem kürzlich erschienenen „Bericht zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern“ für die Bundesregierung im Detail erarbeitet. (WSI u.a. 2001) Der vorliegende Beitrag gibt Teilergebnisse dieser Untersuchung wieder.]

Die bis heute bestehenden geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede können nicht allein durch den unterschiedlichen Umfang der Erwerbstätigkeit, wie Vollzeit und Teilzeit, erklärt werden, sondern u.a. auch durch Unterschiede in Bezug auf die Erwerbsorientierungen und die Karriereverläufe von Frauen und Männern. (WSI u.a. 2001)

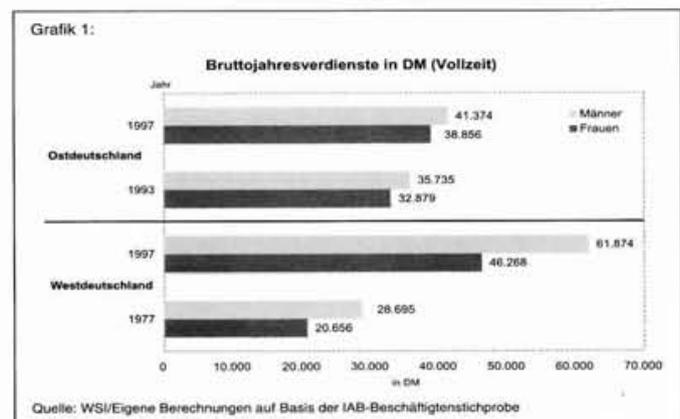
Bei der Diskussion um den Einkommensabstand zwischen Frauen und Männern werden gewöhnlich zwei Komponenten unterschieden. Die eine Komponente ist die Einkommensdifferenzierung aufgrund von verschiedenen Merkmalen, wie z.B. Unterschiede in Ausbildung, Beruf, Tätigkeiten oder in den Branchenlohnhierarchien; die andere Komponente ist die Einkommensdiskriminierung aufgrund des Geschlechts. Dabei lässt sich die Einkommensdifferenzierung nach Strukturmerkmalen empirisch leichter nachweisen als die Einkommensdiskriminierung. Die folgenden Ausführungen zur Einkommenssituation von Frauen und Männern in Deutschland setzen bei der ersten Komponente – der Einkommensdifferenzierung – an.

Die Strukturanalyse basiert auf einer bisher zu diesem Thema wenig beachteten Daten-

quelle – nämlich auf der IAB-Beschäftigtenstichprobe. (für ausführliche Dokumentationen der IAB-Beschäftigtenstichprobe siehe Bender u.a. 1996, 1999, 2000) Die IAB-Beschäftigtenstichprobe ist die zur Zeit wohl größte und gleichzeitig nach Merkmalen differenzierteste Stichprobe in Deutschland. Die erhobenen Daten beruhen auf den Meldungen der Arbeitgeber an die Sozialversicherungsträger über jede einzelne sozialversicherungspflichtig beschäftigte Person in den Betrieben. Der Vorteil der IAB-Beschäftigtenstichprobe ist z.B. gegenüber der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung, die sonst üblicherweise herangezogen wird, dass sie alle Größenklassen (also auch die Kleinbetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten) und alle Wirtschaftsbereiche berücksichtigt (also auch den für die Frauenerwerbstätigkeit wichtigen öffentlichen Dienst). Die Beschäftigtenstichprobe enthält zuverlässige Angaben über den effektiven Verdienst und weitere individuelle sowie betriebliche Merkmale. Allerdings hat auch sie Nachteile: sie liefert gesicherte Informationen nur über das Einkommen von Vollzeit beschäftigten Frauen und Männern und wie jede Statistik stellt die IAB-Beschäftigtenstichprobe Daten erst mit einem gewissen Zeitverzug zur Verfügung. So liegen gesicherte Daten für Westdeutschland von 1977 bis 1997 und für Ostdeutschland von 1993 bis 1997 vor.

Nach dieser IAB-Beschäftigtenstichprobe (vgl. Grafik 1) betrug der durchschnittliche Bruttojahresverdienst einer vollzeitbeschäftigten Frau in Westdeutschland im Jahr 1997 46.268 DM, ein vollzeitbeschäftigter Mann erzielte im selben Jahr ein durchschnittliches Bruttojahreseinkommen in Höhe von 61.874 DM. Auch in Ostdeutsch-

land verdient eine Frau im Durchschnitt weniger als ein Mann. Eine ostdeutsche vollzeit beschäftigte Frau kam 1997 im Durchschnitt auf ein Bruttojahreseinkommen in Höhe von 38.856 DM und ein Mann auf 41.374 DM. Im Westen erreichen Frauen durchschnittlich 75 % des Einkommens von Männern, im Osten knapp 94 %. Der Einkommensabstand zwischen Frauen und Männern verringerte sich in den letzten Jahrzehnten kaum. Westdeutsche Frauen konnten im Zeitraum von 20 Jahren (1977

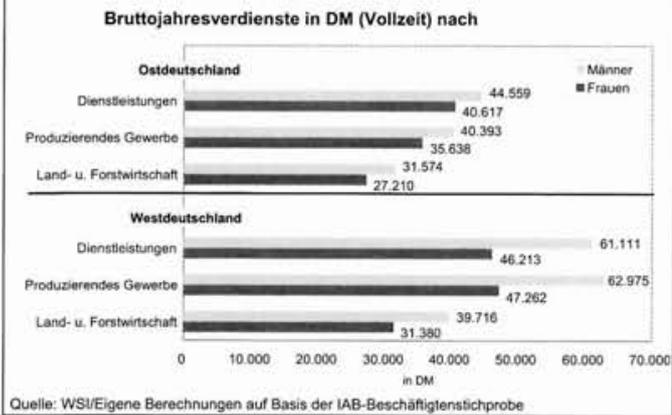


bis 1997) noch nicht einmal 3 Prozentpunkte aufholen, für Ostdeutsche verringerte sich der Abstand in den 90er Jahren um fast 2 Prozentpunkte. Wenn sich dieses Tempo nicht grundlegend ändert, dann ist im Westen Lohngleichheit erst in 152 Jahren und im Osten in etwas mehr als 12 Jahren erreicht.

Diese Zahlen machen darüber hinaus große Einkommensunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland deutlich. Die durchschnittlichen Bruttojahreseinkommen liegen – absolut gesehen – im Westen deutlich über den ostdeutschen Verdiensten, dies gilt sowohl für Frauen wie auch für Männer. Gleichzeitig liegen in Ostdeutschland die Verdienste zwischen Frauen und Männern deutlich näher beieinander als in Westdeutschland.

Dieses von Frauen und Männern erzielte Arbeitseinkommen ist von vielen Faktoren abhängig. Für die Höhe des Einkommens ist es nicht unerheblich, in welcher Branche die Beschäftigten arbeiten und welche Berufe sie ausüben. Auf dem geschlechtsspezifisch

Grafik 2:



gespaltenen Arbeitsmarkt unterscheiden sich die Beschäftigungsschwerpunkte von Frauen und Männern erheblich. Frauen sind bei ihrem Berufseinstieg mittlerweile genauso gut wenn nicht sogar besser ausgebildet als die gleichaltrigen Männer, gleichwohl arbeiten Frauen vielfach in anderen Branchen als Männer, üben andere Berufe sowie Tätigkeiten aus. Wie diese sogenannten Strukturmerkmale die Höhe des Verdienstes von sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen und Männern beeinflussen, wird im nachfolgenden diskutiert.

Einkommen nach Wirtschaftsbereichen

Frauen konzentrieren sich vorwiegend auf Branchen am unteren Ende der Verdienstskaala, wie das Textil- und Bekleidungs-gewerbe, den Handel oder bestimmte Dienstleistungsbereiche; Wirtschaftszweige mit einem hohen Verdienstniveau, wie z.B. die Chemische Industrie, die Energie- und Wasserversorgung, der Fahrzeug- und Maschinenbau, weisen traditionell einen geringen Frauen- aber einen hohen Männeranteil auf. (vgl. Klammer u.a. 2000)

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden aber auch innerhalb der einzelnen Wirtschaftsbereiche unterschiedlich bezahlt. Wie die Grafik 2 für die Wirtschaftsbereiche Land- und Forstwirtschaft, Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen für Ost- und Westdeutschland zeigt, erzielten 1997 vollzeitbeschäftigte Männer im westdeutschen Produzierenden Gewerbe mit fast 63.000 DM das höchste Bruttojahreseinkommen. Im Vergleich dazu erreichten vollzeitbeschäftigte Frauen ein durchschnittliches Bruttojahreseinkommen in Höhe von fast 47.270 DM. Die geringsten Durchschnittsverdienste hatten vollzeitbeschäftigte Frauen in den ostdeutschen Bundesländern. In der Land- und Forstwirtschaft kamen sie gerade mal auf einen durchschnittlichen Bruttojahreseinkommen von 27.210 DM. Gleichzeitig verdienten sie im Dienstleistungsbereich mehr als 91 % und im Produzierenden Gewerbe mehr als 88 % des Bruttojahreseinkommens ihrer

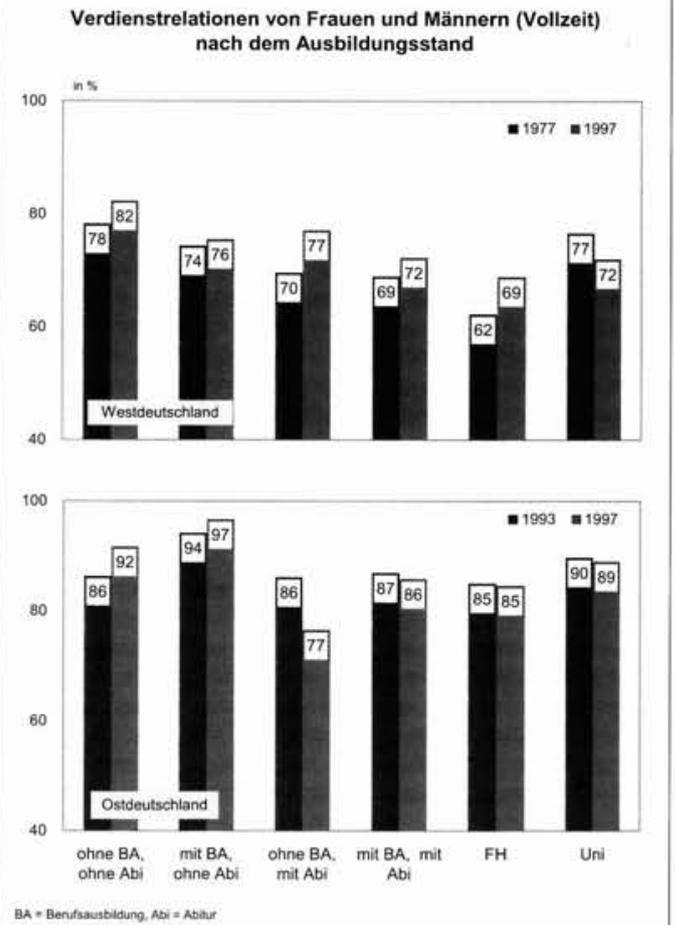
männlichen Kollegen. Dagegen erreichte eine Frau in den selben westdeutschen Wirtschaftsbereichen nur drei Viertel des durchschnittlichen Bruttojahreseinkommens eines männlichen Beschäftigten. Einkommen nach dem Bildungsniveau Eine Grundvoraussetzung, um ein hohes Einkommen zu erzielen, ist das Bildungsniveau. Obwohl Mäd-

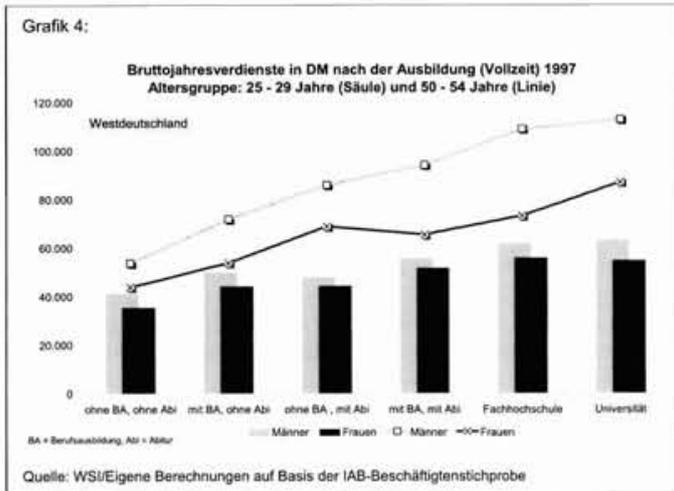
chen bei der schulischen und bei der beruflichen Ausbildung aufgeholt und in manchen Bereichen die Jungen sogar überholt haben (vgl. WSI 2001), hat sich ihre höhere Qualifikation bisher nicht in einem vergleichbaren Aufholprozess bei den Einkommen niedergeschlagen. Die durchschnittlichen Einkommen von Frauen spiegeln immer noch nicht den Anstieg ihrer Qualifikationen wider. Ein Vergleich der Verdienstreue von Frauen und Männern nach ihrem tatsächlichen Schul- und Ausbildungsabschluss zeigt, dass auf allen Qualifikationsniveaus in West- und Ostdeutschland die Einkommen der Frauen unter denen der Männer liegen. Die Relationen liegen alle unter 100 %. In den alten Bundesländern waren sie 1997 im Durchschnitt zwischen 1/3 und 1/5 niedriger (Grafik 3). In absoluten Größen heißt das, dass selbst Frauen mit Universitätsabschluss im Durchschnitt kaum mehr verdienen als Männer mit Abitur. Ihr durchschnittlicher Bruttojahreseinkommen (70.130 DM) liegt zwischen dem Einkommen eines Mannes mit Abitur aber ohne Ausbildung (64.984 DM) und dem Einkommen eines Mannes mit Abitur und mit Ausbildung (75.616 DM). Der Einkommensabstand ist zwischen Frauen und Männern mit Fachhochschulabschluss am größten.

In den alten Bundesländern erreichten Frauen mit Fachhochschulabschluss 1997 gerade einmal 69 % des durchschnittlichen Männereinkommens; 1977 waren es 62 %. In fast allen Qualifikationsstufen haben sich seit 1977 die Einkommen leicht angenähert. Eine gegenläufige Entwicklung ist jedoch bei der höchsten hier ausgewiesenen Qualifikation, dem Hochschulabschluss, auszumachen. Frauen mit Hochschulabschluss erreichten 1997 knapp 72 % des Einkommens der Männer mit Universitätsabschluss; 1977 lag die geschlechtsspezifische Einkommensrelation noch bei fast 77 %. Das heißt, dass gerade Frauen mit hoher Ausbildung bisher ihre Qualifikation nicht adäquat in ein entsprechend hohes Erwerbseinkommen haben umsetzen können.

In Ostdeutschland sind die Einkommensunterschiede nach der Qualifikation geringer als in Westdeutschland. Bei den unteren Abschlüssen erreichen Frauen fast das Einkommen der Männer. In den 90er Jahren ist ihre Differenz kleiner, bei allen anderen jedoch größer geworden. Bildung ist insofern eine notwendige, aber bei Frauen noch keine hinreichende Bedingung für ein höheres Einkommen und für die Beseitigung der geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede. Oder anders ausgedrückt: Eine gute Ausbildung zahlt sich für Frauen weniger aus als für Männer.

Grafik 3:





Einkommen nach Ausbildung und Alter

Diese Aussage wird untermauert, wenn zusätzlich zu dem Ausbildungsstand das Alter herangezogen wird. Die Einkommen differieren stark in Abhängigkeit vom Alter der Beschäftigten. Das Alter stellt auf indirekte Weise einen Maßstab für Berufserfahrung und erlangte Fähigkeiten und Kenntnisse dar. Daneben wird bei der Betrachtung von Ausbildung und Alter der Tatsache Rechnung getragen, dass jüngere Frauen im Durchschnitt heute besser ausgebildet sind als ältere Frauen.

Wie sich diese bessere Ausbildung auf das Einkommen der Frauen und vor allem auf den Einkommensabstand zu den Männern auswirkt, zeigt die folgende Grafik 4. In der Grafik ist der durchschnittliche Bruttojahresverdienst von vollzeitbeschäftigten Frauen und Männern nach ihrem Ausbildungs-niveau exemplarisch für zwei Altersgruppen abgebildet – zum einen für die Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen, zum anderen für die 50- bis 54-Jährigen. I.d.R. steigen die Einkommen mit höherer Bildung und zunehmendem Alter an. Diese Aussage gilt für Frauen und Männer gleichermaßen, wie für die Einkommen in West- und Ostdeutschland – obwohl in dieser Grafik nur Westdeutschland dargestellt ist. Gleichzeitig sind die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern mit besserer Ausbildung und mit steigendem Alter größer, die Einkommensrelationen sind ungünstiger. Trotzdem heute im Durchschnitt Mädchen mit gleichem oder sogar besserem Ausbildungsniveau ihren Berufsweg starten, verdienen sie auch in jüngeren Jahren nicht so viel wie ihre Alterskollegen mit gleichem Bildungsstand. So erreichten 1997 im früheren Bundesgebiet zwar die 25- bis 29-jährigen Vollzeit beschäftigten Frauen mit einer Berufsausbildung und mit Abitur ein Durchschnittseinkommen von fast 51.600 DM und damit etwa 93 % des Einkommens der gleichaltrigen männlichen Beschäftigten mit gleicher Ausbildung (61.550 DM). Bei den Frauen mit Hochschulabschluss belief sich die entsprechende Relation dagegen

Fachhochschulabschluss erzielte 1997 einen durchschnittlichen Bruttojahresverdienst von 73.305 DM; ein gleichaltriger Mann mit der gleichen Ausbildung 108.969 DM; damit kommt diese Frau auf 67 % des Einkommens ihres Alterskollegen.

Unabhängig von der Bildung liegen die Einkommen in den jüngeren Lebensjahren näher beieinander, während bei den älteren Frauen der Abstand zu dem Einkommen der gleichaltrigen Männer größer ist. Der schon beim Berufseinstieg vorliegende Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern verstärkt sich während der ersten Berufsjahre und nimmt – im Westen mehr als im Osten – mit dem Alter weiter zu. Die Grafik verdeutlicht noch einen weiteren Effekt: Mit höherer Ausbildung und zunehmendem Alter ist die Einkommensdifferenzierung innerhalb der Geschlechtergruppen größer. Vergleicht man die jüngeren Frauen (Männer) mit den älteren Frauen (Männer) so stellt man fest, dass die Einkommensunterschiede bei den Männern deutlich über den bei den Frauen liegen. Ein 25- bis 29-jähriger Vollzeit beschäftigter Mann mit einem Hochschulabschluss kommt gerade mal auf 56 % des Durchschnittsverdienstes eines 50- bis 54-jährigen, bei den Frauen lag diese Relation bei 63 %.

Einkommen nach Ausbildung und Tätigkeit

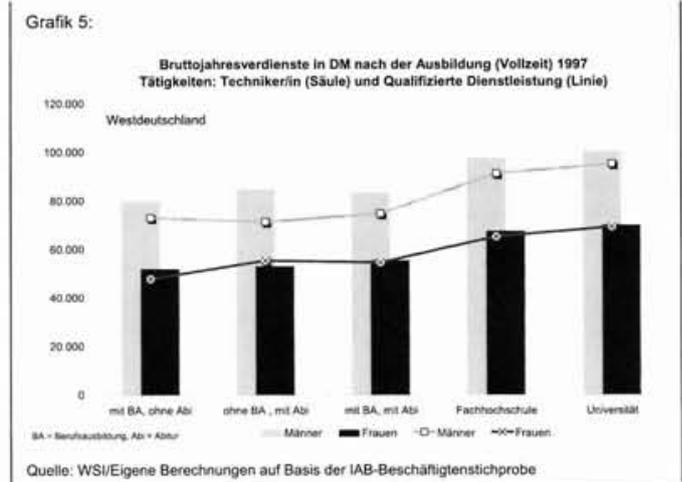
Der Ausbildungsstand ist darüber hinaus eine wichtige Voraussetzung um bestimmte Berufe und Tätigkeiten ausüben zu können. Ein höheres Bildungsniveau eröffnet häufig erst den Zugang zu höheren beruflichen Positionen und damit zu einem höheren Einkommen. Wie

auf lediglich 87 % (54.650 DM zu 62.860 DM). Die Einkommen zwischen Frauen und Männern liegen nach dem Ausbildungsgrad bei den 50- bis 54-Jährigen weiter auseinander und zwar je höher das Ausbildungsniveau ist. Die Linien ähneln einer Schwere, die sich nach oben hin öffnet. Eine 50- bis 54-jährige Vollzeit beschäftigte Frau mit einem

sieht die Einkommensdifferenzierung von Frauen und Männern in Abhängigkeit von ihrem Bildungsniveau und ihrer beruflichen Position aus?

Dazu sind in der vorliegenden Grafik 5 nach dem Bildungsstand differenziert zwei Tätigkeitsgruppen jeweils eine aus dem technisch-gewerblichen und aus dem tertiären Bereich gegenüber gestellt worden. Mit höherem Bildungsstand steigen die Einkommen sowohl bei der technischen wie auch bei der tertiären Tätigkeit von Frauen und Männern an. Vollzeit beschäftigte Frauen erzielen als Technikerinnen einen Bruttojahresverdienst, der in etwa dem Einkommen in qualifizierten Dienstleistungsberufen entspricht. Etwas anders sieht es bei den Männern aus. Als Techniker verdienen sie unabhängig des Ausbildungsstandes deutlich mehr als wenn sie einen qualifizierten Dienstleistungsberuf ausüben würden. Für Männer lohnt es sich daher eher einen Arbeitsplatz im technisch-gewerblichen Bereich anzunehmen, für Frauen spielt die Wahl des Arbeitsplatzes – was die Höhe des Einkommens betrifft – keine Rolle.

Gleichzeitig liegen die Einkommensdifferenzen zwischen Technikerinnen und Techniker weiter auseinander als bei Frauen und Männern in den qualifizierten Dienstleistungsberufen. So erreichte 1997 eine Vollzeit beschäftigte Technikerin ohne Berufsausbildung und mit Abitur nur 63 % des Einkommens ihres Kollegen ohne Ausbildung und mit Abitur. Im Vergleich dazu kam eine Vollzeit beschäftigte Frau in dieser Kategorie in einem qualifizierten Dienstleistungsberuf auf annähernd 78 % des Einkommens ihres gleich ausgebildeten Kollegen. Nach den Ergebnissen der IAB-Beschäftigtenstichprobe ist also festzuhalten: Nach wie vor existieren erhebliche Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern. Dabei liegen die Einkommen zwischen Frauen und Männern in Ostdeutschland näher beieinander als in Westdeutschland. Der Abstand verringerte sich insbesondere im Westen in den letzten 20 Jahren kaum.



Frauen und Männer weisen mit vergleichbaren Merkmalen Einkommensunterschiede auf. Im Durchschnitt liegt der Verdienst der Frauen unterhalb dem der Männer. In den unteren Kategorien liegen die Einkommen näher beieinander als in den höheren Kategorien. Mit ansteigendem Einkommen sind die Einkommensdifferenzen zwischen Frauen und Männern in vielen Bereichen am größten und diese sind z.T. in den letzten Jahrzehnten noch größer geworden. Auch kommt es häufig zu einer Kumulation verschiedener Kriterien, die die Verdienstopposition der Frauen schwächen.

In jedem Fall muss aber konstatiert werden, dass sich auch die Einkommensdifferenzierung innerhalb der Gruppe der Frauen vergrößert hat: Gut verdienende Frauen stehen einer wachsenden Zahl gering verdienender erwerbstätiger Frauen gegenüber. Auch unter den Frauen gibt es somit „Gewinnerinnen“ und „Verliererinnen“.

spw 3/2002

Literatur:

Bender, Stefan; Hilzendegen, Jürgen; Rohwer, Götz; Rudolph, Helmut (1996), Die IAB-Beschäftigtenstichprobe 1975-1990. Eine praktische Einführung, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 197, IAB, Nürnberg.

Bender, Stefan; Haas, Anette; Klose, Christoph (1999), Die IAB-Beschäftigtenstichprobe 1975-1995, ZA-Information 45, 104-114.

Bender, Stefan; Haas, Anette; Klose, Christoph (2000), The IAB Employment Subsample 1975-1995, Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Heft 4, Berlin.

Klammer, U. u.a. (2000), WSI-FrauenDatenReport, Berlin
WSI u.a. (2001), Bericht zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern, Düsseldorf, Stadtbergen, Berlin

(Auf den Internet-Seiten des BMFSFJ ist der Bericht in pdf-Format abrufbar: <http://www.bmfsfj.de/top/sonstige/Politikbereiche/Gleichstellung/ix4790.htm>)

ATTAC ist ATTAC

Von Wolfgang Schmidt

Selten wohl hat ein einziger Artikel eine derartig mobilisierende Wirkung gehabt. Im Dezember 1997 veröffentlichte der Chefredakteur von „Le Monde Diplomatique“, Ignacio Ramonet, seinen Aufruf mit dem Titel „Die Märkte entschärfen“. Darin stellte er in verständlicher Sprache die neo-liberalen Entwicklungen der Weltwirtschaft und des internationalen Finanzsystems an den Pranger. Seine Analyse mündete in der damals eher rhetorisch gemeinten Frage: „Warum nicht eine weltweite regierungsunabhängige Organisation namens „Aktion für eine Tobin-Steuer als Bürgerhilfe (Action pour une taxe Tobin d'aide aux citoyens – Attac)“ ins Leben rufen?“

Die Geschichte Attacs

Attac wurde am 3. Juni 1998 in Paris gegründet. Innerhalb kürzester Zeit wuchs sie in Frankreich auf über 30.000 Mitglieder in mehr als 230 Lokalgruppen an. Hinzu kommen die sympathisierenden Mitglieder der Gewerkschaften und NGOs, die kollektiv eingetreten sind.

Aber das intellektuelle Leitorgan der undogmatischen Linken in Frankreich, Le Monde Diplomatique, wird nicht nur in jenem Land gelesen. Über die internationalen Ausgaben der Zeitschrift und den Informationsfluss durch das Internet gelangte die Idee einer neuen zivilgesellschaftlichen Organisation in viele andere Länder, auch außerhalb Europas. Inzwischen sind es über 40 Länder, in denen sich Attac-Gruppen gegründet haben.

Am 11. Dezember 1998, dem fünfzigsten Jahrestag der UN-Erklärung der Menschen-

rechte, gründeten Delegierte aus zehn Ländern nach zweitägiger Diskussion die „Internationale Attac-Bewegung“ und verabschiedeten die Charta von Attac International.

Die ersten Schritte zur Gründung von Attac Deutschland wurden auf einer Konferenz am 22. Januar 2000 in Frankfurt gemacht. Eingeladen durch verschiedene entwicklungs- und handelsbezogene NGOs wurde dort ein bundesweites Treffen unter dem Motto „Für eine politische Regulierung der internationalen Finanzmärkte“ abgehalten. Die TeilnehmerInnen kamen aus dem genannten NGO-Bereich, aus Kirchengruppen, Dritte-Welt-Initiativen und Stiftungen. Auch die Jusos waren vertreten. Die eingeladenen VertreterInnen von Attac Frankreich berichteten vom großen Zuspruch und schnell war man sich einig, dass es auch in Deutschland eines entsprechenden Netzwerkes bedurfte. Im April 2000 wurde dann in Hannover bereits der erste „Ratschlag“, eine Versammlung aller an Attac interessierten Menschen und Gruppen, abgehalten und Attac Deutschland damit aus der Taufe gehoben.

Strukturen und Akteure

Der Versuch, Attac in die üblichen Muster von Verein, Netzwerk, Bewegung oder NGO einzuordnen, fällt schwer. Im Selbstverständnis heißt es dann auch zutreffen, dass Attac ein innovativer Organisationstyp sei. Attac sei ein Projekt, das Schnittstellen zu allen Organisationstypen enthalte und versuche, ihre Vorteile miteinander zu verknüpfen

und die Nachteile zu vermeiden. Dabei sollen die Flexibilität und Offenheit der Netzwerkstrukturen ohne deren Unverbindlichkeit kombiniert werden mit dem machtpolitischen Gewicht von sozialen Bewegungen, jedoch ohne deren Instabilität und der Kompetenz, Stabilität und Verbindlichkeit von NGOs und Verbänden ohne deren Abhängigkeiten und Bürokratisierungstendenzen.

Nach dem eigenen Verständnis soll Attac ein Ort sein, wo politische Lern- und Erfahrungsprozesse ermöglicht werden, in dem unterschiedliche Strömungen emanzipatorische Politik miteinander diskutieren und zu gemeinsamer Handlungs- und Aktionsfähigkeit zusammenfinden.

Die Mitglieder von Attac sind sowohl Einzelpersonen als auch Verbände, regionale Parteigliederungen, NGOs und Gewerkschaften. Aus dieser – auch in Hinblick auf ihre ideologische Ausrichtung – sehr heterogenen Zusammensetzung ergeben sich Herausforderungen für die Koordination der Arbeit von Attac.

Nach dem eigenen Verständnis wird diese Arbeit vor allem in den über 70 Lokalgruppen vor Ort geleistet. Daneben bestehen auf Bundesebene Arbeits- und Aktionsgruppen.

Die Lokalgruppentreffen haben häufig den Charakter klischeehafter Juso-Ortsgruppen-sitzungen. Die Mitglieder erarbeiten sich gemeinsam die Attac-Themen, referieren über die verschiedenen Aspekte der Welt-handels- oder Finanzordnung und planen auch regionale Aktionen und Informationsveranstaltungen, beispielsweise zur Welt-handelsrunde der WTO oder vor der Filiale eines in Steueroasengeschäfte verwickelten Konzerns. Sie sind gleichzeitig Orte des Lernens und der Aktion. Die Zusammensetzung der Mitglieder ist dabei eher zufällig und jedenfalls heterogen. Einige Ortsgruppen wurden unter tätiger Mithilfe der lokalen Jusos aufgebaut, andere unterstehen dem Einfluss des Linksruck.

Noch aus der Gründungszeit von Attac als Netzwerk einiger NGOs zu dem Thema

Wolfgang Schmidt, Rechtsreferendar und Doktorand, ist Vizepräsident der Jugendorganisation der Sozialistischen Internationalen (IUSY), er lebt in Hamburg

Weltfinanzwerke resultiert der große Einfluss entwicklungs- und handelsbezogener Verbände, wie beispielsweise WEED aus Bonn oder der Redaktionsgruppe der Zeitschrift *ila*. Der intellektuelle Input, die Formulierung der Forderungen und die strategische Ausrichtung wird bislang weitgehend von den Mitgliedern dieser Gruppen dominiert. Daneben agieren die Menschen aus dem bisher in Verden an der Aller in Niedersachsen gelegenen Büro, das nunmehr nach Frankfurt verlegt werden soll.

Die Organe von Attac sind bislang nicht in einer Satzung oder in Statuten festgehalten. Mit dem Erfolg der Bewegung hat sich jedoch auch aus der Sicht von Attac die Notwendigkeit ergeben, die eigene Struktur klarer zu fassen und demokratisch zu gestalten. In Zukunft wird es neben dem Ratschlag, der zweimal jährlich tagen soll, einen Attac-Rat und den Koordinierungskreis geben. Formale Abstimmungen sollen so weit wie möglich vermieden und das Konsensprinzip soll eingehalten werden. Während im Ratschlag Delegierte aus allen Lokalgruppen, den NGOs und den Arbeitsgruppen diskutieren und abstimmen sollen, werden dem Koordinationskreis und Attac-Rat nach dem Delegationsprinzip zahlenmäßig genau festgelegte VertreterInnen der einzelnen Mitgliederformen angehören.

Attac – überall gleich?

Auch wenn Attac international existiert und jeweils unter diesem Namen firmiert, unterscheidet sich die tatsächliche Arbeitsweise und Zusammensetzung erheblich. Gleich ist ihnen lediglich die grundsätzliche thematische und globalisierungskritische Ausrichtung. Wie bunt die Welt von Attac ist, lässt sich besonders gut am Weltsozialforum ablesen, bei dem die europäischen Attac-Gruppen den Großteil der TeilnehmerInnen aus Europa stellten (vgl. den Bericht von Detlev von Larcher in der letzten spw). Über das Internet, insbesondere die internationale Homepage www.attac.org und den Newsletter „Sand im Getriebe“, besteht ein reger Erfahrungs- und Meinungsaustausch zwischen den einzelnen Ländergruppen. Von besonderer Bedeutung ist dabei Attac Frankreich. Nicht nur fand Attac hier seinen Ursprung, auch intellektuell prägen die *Le monde diplomatique* und ihr intellektuelles Umfeld nach wie vor den globalisierungskritischen Diskurs. Und anders als in Deutschland kann bei Attac Frankreich auch von einer wirklichen sozialen Bewegung gesprochen werden. Das mag nicht nur an den über 30.000 Mitgliedern liegen, eine Zahl, neben der sich die deutschen 5.000 Mitglieder bescheiden ausnehmen. Vor allem ist es das intellektuelle Gewicht und sind es die Köpfe, die Attac in Frankreich so einflussreich machen. Aufgrund der starken öffentlichen Wirkung, für die *Le monde diploma-*

tique ein wichtiges Werkzeug ist, konnte beispielsweise in der französischen Nationalversammlung ein Beschluss über die Tobin-Tax herbeigeführt werden. Anders als in Deutschland existiert in Frankreich eine linke intellektuelle Szene mit Interesse an politischer Einmischung. Diese Szene hat sich dem Engagement bei Attac verschrieben. In Deutschland versucht Attac nunmehr, durch die Gründung eines wissenschaftlichen Beirates, dem Beispiel Frankreichs nachzufolgen und einen stärkeren inhaltlichen Input zu gewährleisten.

Über die Tobin-Tax hinaus

Bislang wird die inhaltliche Arbeit zum einen in den Lokalgruppen, zum anderen aber vor allem in bundesweiten Arbeitsgruppen vorangetrieben. Die Namen der Arbeitsgruppen geben einen guten Einblick in das Themenspektrum von Attac. Neben den zu erwartenden Bereichen wie „Welt-handel und WTO“, „Tobin-Steuer“, „Stoppt Steuerflucht“, „Globalisierung und Ökologie“ findet sich auch das Thema „Soziale Sicherungssysteme“.

Das zunächst grundlegende und namensgebende Anliegen von Attac ist die Einführung einer Devisenumsatz- oder Tobin-Steuer. Diese Forderung kann als Musterbeispiel für erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit herangezogen werden. War die vom US-Ökonomen James Tobin Ende der siebziger Jahre aufgebrachte Idee, auf Devisentransaktionen einen Steuersatz von einem Prozent zu erheben, um „etwas Sand ins Getriebe unserer übermäßig effizienten internationalen Geldmärkte zu streuen“, zunächst nur einem kleinen Kreis von Eingeweihten bekannt, so zählt sie nunmehr zum common sense der Linken. Gewerkschaften, Parlamentarier in aller Welt und auch große Teile der Sozialdemokratie fordern inzwischen die Einführung einer Tobin-Tax.

Eng mit dieser Forderung verbunden ist die Kampagne „Stoppt Steuerflucht“, die sich gegen Steueroasen und Offshore-Bankzentren richtet. Dabei wird zum einen auf die immensen Summen abgestellt, die jährlich am Fiskus und den Aufsichtsbehörden vorbei transferiert werden. Andererseits lenkt Attac das Augenmerk auch auf die mit der Kapitalflucht verbundenen Auswirkungen auf die inländischen Politiken: Steuer-senkungen für die Kapitaleinkünfte und –vermögen sowie fehlende Mittel für Investitionen in Bildung, Gesundheit und Soziales. Und auch im Rahmen der WTO-Kampagne wird nicht nur auf die Liberalisierung des Welthandels mit seinen negativen Auswirkungen auf die ärmeren Länder Bezug genommen. Attac prangert vielmehr ebenfalls die, z.B. infolge der Liberalisierung des Dienstleistungssektors, auch in den Industrieländern drohenden Gefahren an. Neben den Auswirkungen auf die Gesundheits-

und Wasserversorgung in den Entwicklungsländern ist daher einer der Schwerpunkte von Attac Deutschland nunmehr auch die Situation der Sozialsysteme. Dabei wendet sich Attac gegen die marktförmige Umgestaltung des Gesundheitswesens, eine Spaltung in Wahl- und Pflichtleistungen der Krankenkassen sowie gegen umfassende Privatisierungen.

Dieser kurze Überblick zeigt, dass Attac nicht mehr nur eine Ein-Punkt-Bewegung ist. Ausgehend von der Tobin-Steuer sind vielmehr weitere Fragen der ökonomischen Globalisierung Gegenstand von Attac-Initiativen. Die damit einhergehende Gefahr des thematischen Supermarktes wird auch bei Attac gesehen. Als Lösung des Dilemmas wird im Selbstverständnis von Attac eine Konzentration auf die ökonomischen, international wirksamen Dimensionen der Globalisierung vorgeschlagen. Bei den mit den Fragen der ökonomischen Globalisierung verbundenen innenpolitischen oder nicht-ökonomischen Problemen (wie Krieg und Frieden, demokratische Rechte) soll sich Attac darauf beschränken, die Perspektive der ökonomischen Globalisierung einzubringen. Die Zuspitzung der ausufernden Themen im Zusammenhang mit Globalisierung auf einfache und hegemoniefähige Botschaften soll die politische Durchschlagskraft von Attac sicherstellen.

Fix it or nix it?

Doch bereits bei den derzeitigen Themen von Attac ergeben sich bei den Mitgliedern erhebliche Unterschiede im politischen Ansatz und hinsichtlich der zu wählenden Strategie. Die heterogene Zusammensetzung von Attac spiegelt sich in dem Umgang mit den Forderungen wieder. So finden sich bereits im nur zweiseitigen Entwurf des neuen Selbstverständnisses mehrere Passagen, in denen ein vom Ratschlag zu entscheidender Dissens vermerkt ist. Sollen WTO, Weltbank und IWF nur demokratisiert und grundlegend umgestaltet werden oder gehören diese Institutionen gänzlich abgeschafft. Soll die Europäische Union zu einer demokratischen, sozialen und den Interessen auch der Menschen in den anderen Teilen der Welt verpflichteten Organisation reformiert werden oder gehört auch sie abgeschafft?

Aufgrund des sehr offenen Charakters von Attac gibt es keine vorgegebene ideologische Festlegung. Eine klare Abgrenzung gibt es nur gegenüber völkischen, rassistischen und rechten Ansichten. Und auch gegenüber der Gewalt als Aktionsform. Diese Klarstellung wurde nicht zuletzt durch die gewalttätigen Proteste in Prag, Göteborg und Genua nötig, bei denen einige wenige Protestierende sich der klassischen Politikform der gewaltakzeptierenden Autonomen bedienten.

Die Zukunft von Attac wird sich nicht zuletzt daran entscheiden, ob die heterogene Zusammensetzung (von linksradikalen Antikapitalisten, moderaten Kapitalismuskritikern und den rein humanitär orientierten, eher unpolitischen Aktivist:innen) in eine dauerhaft trag- und arbeitsfähige Struktur gebracht werden kann. In der seit der Gründung von Attac anhaltenden Aufbruchphase und –stimmung, und begünstigt durch den Charakter von Attac als einer „Negativkoalition“ gegen die vorherrschende neoliberale Wirtschaftstheorie und anfänglichen Ein-Punkt-Bewegung, erwies sich die heterogene Zusammensetzung zunächst als tragfähig. Es besteht die Gefahr, dass der Konsens zerbricht, sobald Richtungen und Prioritäten anzugeben sind. Diejenigen Kräfte, die eine radikale, oft auch revolutionäre Umgestaltung der Weltwirtschaftsordnung fordern (im Sinne eines „smash capitalism“ oder, etwas bescheidener, „smash the WTO“), werden sich zwangsläufig von jenen reformorientierten Kräften scheiden, welche die bestehende Ordnung grundsätzlich anerkennen und sich auf die Umgestaltung der bestehenden Institutionen beschränken wollen.

Auch wenn Attac selbst immer wieder die Offenheit und Pluralität betont, so lässt sich doch ein gewisses Übergewicht der letztgenannten, reformorientierten Strömung konstatieren. Gleichzeitig ist jedoch auch den Vertretern dieser Grundhaltung bewusst, dass der pluralistische Charakter von Attac ein erhebliches Einbindungs- und Mobilisierungspotential bietet. Und die radikaleren, oft aus der radikalen Linken stammenden Organisationen und Mitglieder sind klug genug, Attac nicht unmittelbar auf ihre Ziele festlegen zu wollen. Gleiches gilt für die reformorientierten Gruppen – und sollte auch für die Sozialdemokratie gelten.

Medienphänomen oder reale Bewegung?

Die wachsende Bedeutung Attacs kann nicht isoliert ohne die sich auch auf der Strasse manifestierenden Proteste gegen die derzeit vorherrschende neoliberale Globalisierungsideologie und ihre Institutionen betrachtet werden. Ob es nun die Proteste in Seattle im Dezember 1999, die EU-Tagung in Göttingen oder als vorläufiger Höhepunkt die Ereignisse anlässlich des G8-Gipfels von Genua im Juli 2001 waren: zum einen gingen massenhaft Menschen auf die Straße, um ihrem Protest WTO, IWF und G8 deutlich zu machen. Und zum anderen wurde dieser Protest medial umfassend wahrgenommen. Zunächst noch als Gutmenschen bespöttelt, dann als gewalttätige Spinner abgetan setzte sich doch die Erkenntnis durch, dass sich dort eine engagierte Bürgerbewegung aus Jung und Alt manifestierte. Diese Bewegung verstand es, den wenig greifbaren

Begriff der Globalisierung und ihrer Folgen zu thematisieren und das Augenmerk der Öffentlichkeit auf diese Themen zu lenken. Schließlich widmete auch der Spiegel Attac und den als Globalisierungskritiker oder auch –gegner bezeichneten Aktivist:innen eine Titelstory. Gerhard Schröder revidierte seine zunächst abwertende Haltung und die Anzahl der Beitrittschreiben, die in Verden/Aller eingingen, erhöhte sich massiv.

Auch wenn es nur zu einem geringen Teil eingeschriebene Mitglieder von Attac waren, die sich in Genua und andernorts auf der Strasse befunden haben – die hinter Attac stehende Grundhaltung war auch den Protestierenden eigen. Und Attac steht für deren Ziele und kann sie nicht nur auf der Strasse, sondern auch in Veranstaltungen und Gesprächen artikulieren.

Dennoch ist in der Öffentlichkeit eine gewisse Überschätzung von Attac Deutschland vorhanden. Denn bislang hat Attac in Deutschland, trotz beachtlicher Mitgliederzuwächse, noch keine den alten sozialen Bewegungen der 70er oder 80er Jahre vergleichbare Mobilisierung geschafft. So ist beispielsweise die Zahl derjenigen gering, die sich explizit als Attac-Mitglieder zum EU-Gipfel in Brüssel im Dezember 2001 aufgemacht haben. Und die Mobilisierung aktionsbereiter Protestler:innen gelang beim Kölner G7-Gipfel auch ohne Attac.

Doch der Erfolg von Attac bemisst sich eher in der vorhandenen Stimmung und der Fähigkeit, Fragen zu thematisieren, die bislang Expert:innen und politischen Kleingruppen vorbehalten waren. Dann der globalisierungskritischen Bewegung und Attac sind die Themen der globalen Gerechtigkeit, der gerechten Welthandels- und Finanzordnung sowie der Alternative zur vorherrschenden neoliberalen Wirtschaftstheorie einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht worden. Und damit hat sich auch in der realen Politik der angegriffenen Organisationen ein Bewusstseinswandel ergeben. Die Verhandlungen für eine neue Welthandelsordnung in Seattle sind zwar nicht an dem geäußerten Protest auf der Strasse gescheitert, aber dieser Protest hat die behandelten Themen aus dem Dunkel an das Licht der Öffentlichkeit geholt und dafür gesorgt, dass die Unterhändler der Industrienationen ihre Positionen öffentlich rechtfertigen mussten. Dies hat zumindest bei der Europäischen Union und einigen europäischen Regierungen zu einem gewissen Umdenken geführt.

Und ein weiterer Effekt von Attac ist nicht zu vernachlässigen. Der der sich selbst erfüllenden Prophezeiung. Von den in den Medien und bei der kritisch eingestellten linken Öffentlichkeit geweckten hochfliegenden Erwartungen geht ein beflügelnder Effekt aus. Dies wurde nicht zuletzt

beim Attac-Kongress im Oktober 2001 in Berlin deutlich. Unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich“ hatten sich über 3.000 Teilnehmer:innen versammelt, um an drei Tagen in mehr als 80 Workshops zu diskutieren und den Redner:innen, darunter Susan George und Oskar Lafontaine, zu folgen. Die Zusammensetzung des Kongress-Publikums zeigte eine Mischung aus Alt-68ern, den „üblichen Verdächtigen“ der linken und entwicklungspolitischen Szene, aber auch vielen Jugendlichen, Schüler:innen und Menschen jenseits der 60, die „irgendwas gegen die herrschende Politik machen“ wollten. Im Ergebnis führt Attac neue Menschen mit den sich revitalisierenden Bewegungskernen zusammen und sorgt so für frischen Schwung in beiden Teilen.

Linke Sozialdemokratie und Attac

Für die Sozialdemokratie stellt sich naturgemäß die Frage, wie mit Attac und der hinter ihr stehenden Bewegung umzugehen ist. Falsch wäre zunächst sicher eine ignorante oder besserwisserische Haltung, wie sie beispielsweise Joschka Fischer nach Genua oder jüngst der grüne Staatssekretär Berninger in der F.A.Z. am Sonntag, der die Bewegung schlangweg als „Globalisierungsgegner“ disqualifizierte, an den Tag legten. Aber genauso falsch und zum Scheitern verurteilt ist der Versuch, sich Attac anzudienen und im Sinne einer Umarmungsstrategie übernehmen oder für die eigenen Ziele nutzbar machen zu wollen. Sicher gibt es, insbesondere für die sozialdemokratische Linke, eine grundsätzliche Übereinstimmung in den Forderungen. Vieles, was Attac fordert, findet sich zumindest in den Papieren der Jusos ebenfalls seit einigen Jahren. Und aus diesem Grunde ist es auch wichtig und richtig, dass viele Einzelpersonen aus der SPD, auch Mandatsträger:innen, aber auch Gliederungen und die Jusos Mitglieder bei Attac geworden sind. Und das zum Teil bereits sehr frühzeitig.

Auch die hinter Attac stehenden Köpfe wissen, dass sie für die tatsächliche Durchsetzung ihrer Forderungen Bündnispartner in den Parteien und traditionellen Organisationen benötigen. Eine stärkere Zusammenarbeit und Einbindung auch der linken Sozialdemokratie in die Arbeit von Attac wäre daher wünschenswert.

Schließlich zeigt nicht zuletzt der Beitritt verschiedener Gewerkschaften, dass sich mit Attac eine organisatorische Klammer für eine Linke in Deutschland bildet, die sich gegen den vorherrschenden neoliberalen Kurs zur Wehr setzen wird. Dies gilt insbesondere in Zeiten, in denen Teile nicht nur der sozialdemokratischen Linken sich mit der scheinbaren Alternativlosigkeit des vorherrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells abgefunden haben.

Out of Stammtisch

Analysen zur Politik der USA und zum 11. September

Noam Chomsky: *The Attack*. Übersetzt aus dem Amerikanischen von Michael Haupt. Europa Verlag, Hamburg 2001. 89 Seiten, 9,90 EUR. ISBN 3-203-76013-4

Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie (Hrsg.): Prokla 125. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Globalisierung des Terrors. Westfälisches Dampfboot Verlag, Münster 2001. 10,50 EUR. ISBN 3-89691-325-5

Der Ausgangspunkt von Noam Chomskys Kritik ist bekannt. Schon in seinem letzten Buch „Rogue States, the Rule of Force in World Affairs“ (2000) skizzierte er die US-Außenpolitik als Sammelsurium terroristischer und gewaltstaatlicher Methodiken. Nach den Attacken des 11. September sind nun einige seiner zahlreichen Interviews zu einem schmalen Band zusammengefügt worden.

Chomsky's Fokus ist dabei auf zwei wesentliche und überaus spannende Momente gerichtet: die propagandistische Legitimitätsschlacht in der Innenpolitik, sowie die historischen außenpolitischen Instrumente, derer sich die USA – in weitgehender Missachtung ethischer Grundsätze oder juristischer Regelungen innerhalb internationaler Korporationen – in der Vergangenheit bediente.

Während Präsident Bush jr. im Stile eines politischen Ziehsohnes John Waynes auftritt, entzweit er die Welt: Mit uns, oder mit dem Terrorismus. In etwa diese Devise war schon Carl Schmitt zueigen, wenn es um die Zuordnung innerhalb der Begriffswelt des Politischen ging. Weltweit wird diese These, in den kapitalistischen Zentren als Selbstanspruch zur weitgehend kritiklosen Demonstration von Macht-Nähe, in den wirtschaftlich und kulturell marginalisierten Gegenden schlicht furchtvoll zur Maxime der Justierung des außenpolitischen Kurses akzeptiert. Mit Chomsky hat sich ein Einzelner und in seiner Einzigkeit fast schon wieder entwerter Kritiker dieser unterkomplexen Weltpolitik etabliert, von ihm können solche Zwischenrufe erwartet werden, sie verhalten weitgehend konsequenzlos. Dennoch scheinen die USA, wie so gerne, auf theoretische Handreichungen, Analysen oder Auseinandersetzungen nicht zu warten, ja eine deutliche Abwehr ist vor Ort verschiedentlich spürbar. So redet leider eben wieder nur Chomsky im Hause des Gehenkten vom Strick, von der Überführung des Staatsterrorismus, den die USA in Nicaragua in den achziger Jahren anwendeten; vom Sprengsatz, der CIA-gesteuert 1985 in Beirut in die Masse der Moscheegänger explodierte; von der langen Liste der Henker und Diktatoren, die die USA gerne und selbst im blutigsten Morden un-

terstützte – solange sie nur den USA willfährig ihre Dienste erfüllten. Darauf, dass sich im Grunde genommen nach dem 11.09. nichts änderte und dass eben nicht, wie es auch die deutsche Presselandschaft so gerne gleichsam vorausleitend formuliert wurde, die Administration Bush zunächst gewartet und überlegt hätte – die Einstellung und Blockade der Hilfslieferungen für Afghanistan haben unzähligen Menschen im vergangenen Winter das Leben gekostet. Es klingt fast resignativ, wenn zu lesen ist: „Wir können in einer Welt bequemer Illusionen leben oder aber, wenn wir es wollen, die jüngstvergangene Geschichte mitsamt den unverändert gebliebenen institutionellen Strukturen und den Plänen, die verkündet wurden, betrachten – und die Fragen entsprechend beantworten. Ich sehe keinen Grund für die Annahme, dass die langfristigen Motivationen oder politischen Ziele [der USA] sich, abgesehen von taktischen Anpassungen [...] geändert haben sollten.“ Dennoch kommt Chomsky nicht aus der bereits nachvollzogenen Analyse heraus – der Widerstand gegen die Politik und das politische wie intellektuelle Establishment ist verständlicherweise zu fundamental, als wenn es hier um politische Lösungsansätze ginge. Wir lesen von der Anwendung der Gesetze gegen Verbrechen und von der interessanten Analogie, dass die britische Regierung in der schon traditionellen Auseinandersetzung mit der IRA eben nicht darauf kommt, Belfast mit Streubomben dem Erdboden gleich zu machen. Und dass überhaupt die Definition von Terrorismus immer noch passgenau zur politischen Konjunktur angewendet wird. Natürlich vom Westen. Wer aber, und da sind wir vielleicht wieder bei einem arg reduzierten Carl Schmitt, selbst eine Kultur des Terrorismus züchtet, kann nun mit den ebengleichen Methoden nicht logisch einen Kampf gegen den Terrorismus führen. Derlei Paradoxie wird nur zu einer temporären Lösung führen, oder zur völligen Vernichtung von allem, was nicht der wirtschaftlichen und kulturellen Logik der USA entspricht. Joschka Fischer nennt das dann vielleicht die notwendige Kontinuität der Außenpolitik.

An dieser Stelle stellt sich in der letzten PROKLA (Nr. 125) „Globalisierung des Terrors“ ein tiefergehende Analyserahmen. Vor allem Sabah Alnasser diskutiert die Rahmenbedingungen derzeitiger und zukünftiger Kriegshandlungen: das politische und soziale Innenleben der arabischen Welt ist sein Thema. Indem er vergleichsweise kurz darauf verweist, dass Bin Laden auch als „ideologische Konstruktion“ und „globales Bedrohungszenario“, das den USA und Großbritannien angesichts ihrer Bestrebungen den nahöstlichen und zentralasiatischen Raum im Lichte ihrer ökonomischen Interessen politisch umzustrukturieren, gelegen kommt, trifft er sich am Rande mit Chomskys Ansatz. Der

wesentliche Fokus liegt allerdings auf der differenzierten Skizze der sozioökonomischen Transformationen der arabischen Gesellschaften seit den 70er Jahren. Dabei spielen die wirtschaftlichen Liberalisierungsbemühungen und Strukturanpassungen von IWF und Weltbank, die die Tendenz der Privatisierung von staatlichen Funktionen und öffentlichen Räumen, der Tendenz nach dem reaktionären Diskurs der von ihm in Abgrenzung zur westlich-denunziatorischen Begriffsbildung „islamitisch“ (und nicht islamistisch) genannten Gruppen in die Hände. Im Zuge der sich verschärfenden sozialen Ausgrenzung durch den wirtschaftlichen Strukturwandel der 70er Jahre und dem Wandel der Orientierungspunkte durch die Öleinnahmen in Form von Petrodollars – „von einer ehemals dominanten panarabischen und sowjetischen Konstellation hin zu einer konservativ-neoliberalen unter der Schirmherrschaft der USA und den Regionalmächten Ägypten und Saudi-Arabien“ – verlieren große soziale Gruppen und Milieus ihren vorherigen Stand und ihre wirtschaftliche Bedeutung. Während Großgrundbesitzer zu mächtigen Agrokapitalisten werden, geraten die marginalisierten Bauern, Lohnabhängige, kleine Warenproduzenten, lokale Industrien und einfache Angestellte an den Rand der Existenznot. Aus dieser gesellschaftlichen Peripherisierung erwächst die soziokulturelle Akzeptanz radikaler Gruppen des Islam. Das gerne von Schröder, Scharping oder Fischer artikuliert Bedrohungszenario, dass so gerne auf die Parabel von der Bedrohung des Abendlandes, respektive der Zivilisation zurückgreift, entblößt seine intellektuelle Kapitulation im Lichte solcher Analysen. Darüber hinaus diskutiert Wolf-Dieter Narr den generell gewalthaften Charakter von moderner Staatlichkeit und seiner Verbindung mit den Veränderungen des sich globalisierenden Kapitalismus. Daraus erschließt sich, dass Konfliktlösungen eine weiter gefasste Analyse des voranschreitenden Kapitalismus implizieren. In ähnlicher Weise thematisiert Joachim Hirsch die Globalisierung als voranschreitende Interessenspolitik westlicher Mächte – unter der dominanten Führung der USA; die Position der Kontinuität der US-Politik im Rahmen der „neuen Weltordnung“ illustrieren Brigitte Young und Simon Heglich. Zudem zeigt Trevor Evans auf, dass die USA bereits vor dem September am Rande einer Rezession stand, die ideologische Verbrämung des „War on Terrorism“ und die EU Wirtschaftspolitik sind weitere Themen der weitgreifenden und bestimmt nicht abschließenden Diskussionsansätze. Diese können gewürdigt werden, wenn der populistische Anspruch, Probleme der gegenwärtigen Weltpolitik am Stammtisch zu lösen nicht zum Zuge kommt.

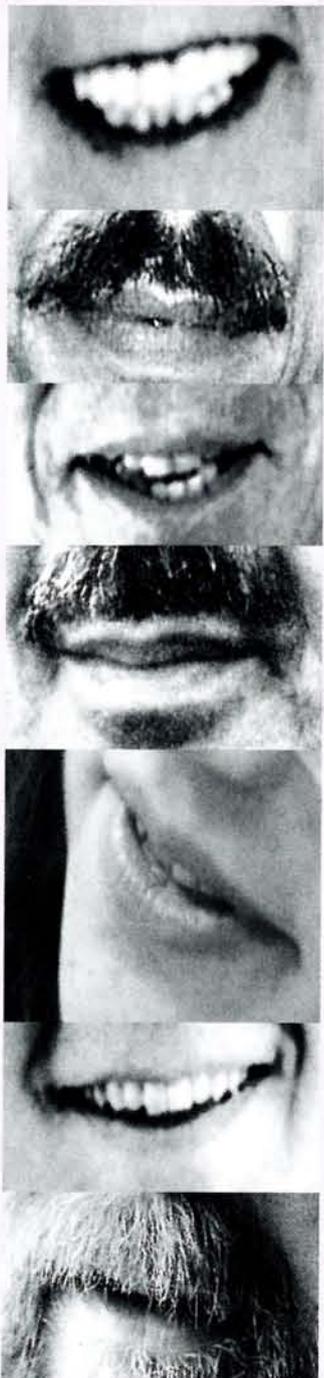
(Lennart Laberenz, Berlin)

spw 3/2002

...wissen, was die SPD-Linke diskutiert – spw!

2002 ist wieder Wahljahr!

Was hat die rot-grüne Bundesregierung geschafft? Was ist aus dem rot-grünen Reformprojekt von 1998 geworden? Welche Perspektiven gibt es über den Wahltag hinaus? In drei aktuellen Büchern, die im Mai 2002 erscheinen werden, ziehen spw-AutorInnen Bilanz



Sie haben die Wahl – bestellen Sie jetzt:

Titel	Stück	Preis	Gesamt
<i>Jobs, Jobs, Jobs. Wie weiter auf dem Arbeitsmarkt?</i>	_____	9,90 Euro	_____
<i>Jenseits des Sparzwangs. Perspektiven für eine gerechte Finanz- und Steuerpolitik</i>	_____	9,90 Euro	_____
<i>Nachhaltigkeit als Gestaltungsprinzip</i>	_____	9,90 Euro	_____
Ebenfalls neu im Verlagsprogramm: <i>Ulrike Hensel/Joachim Schuster:</i> Mehr Beschäftigung durch nachhaltige Mobilität? ca. 120 S., erscheint im Mai 2002			
	_____	9,90 Euro	_____
Gesamt:	_____		

Und was die SPD-Linke vor und nach dem Bundestagswahlkampf diskutiert, erfahren Sie in spw!

- Bitte schicken Sie mir ein spw-Probeheft
- Ich abonniere spw für mindestens 12 Monate
 - Normalabo 34 Euro Bei Bankeinzug 32 Euro
 - Auslandsabo 37 Euro

Absender/Lieferadresse:

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Vertrauensgarantie: Diese Bestellung kann ich innerhalb von zwei Wochen (Poststempel) widerrufen. Hiermit bestätige ich, daß ich über mein Widerrufsrecht informiert wurde. Ich bin einverstanden, dass die Post etwaige Änderungen meiner Anschrift an den Verlag weiterleitet.

Datum, Unterschrift _____

Ich bezahle per Bankeinzug von meinem Konto:

Konto _____

Bank _____

Bankleitzahl _____

Datum _____

Unterschrift _____

Bestellungen an: spw-Verlag – Postfach 12 03 33 – 44 293 Dortmund oder Fax 02 31 – 40 24 16